

# Deutsche Bank Aktiengesellschaft

handelnd durch ihre Hauptniederlassung in Frankfurt am Main und ihre  
Zweigniederlassung in London

Nachtrag O vom 24. März 2005

gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz

zum

unvollständigen Verkaufsprospekt vom 16. Juli 2002

für

## Optionsscheine

gerichtet auf Zahlung eines Differenzbetrags, der von der Preisentwicklung des in den jeweiligen Optionsbedingungen angegebenen Optionsgegenstands abhängig ist (Optionsscheine mit Barausgleich). Optionsgegenstand kann sein:

- eine Aktie sowie ein ihr gleichstehendes Recht (**Aktien-Optionsscheine**),
- ein Index (**Index-Optionsscheine**),
- ein Betrag in fremder Währung (**Währungs-Optionsscheine**),
- eine Anleihe sowie ein ihr gleichstehendes Recht (**Zins-Optionsscheine**),
- ein Rohstoff (einschließlich Edelmetalle) (**Rohstoff-Optionsscheine**),
- ein Futurekontrakt (**Future-Optionsscheine**).

Der Nachtrag N ergänzt den vorgenannten Verkaufsprospekt.

Frankfurt am Main, im März 2005

**Deutsche Bank**  
Aktiengesellschaft

# Finanzbericht 2004



# Deutsche Bank

## Der Konzern im Überblick

	2004	2003
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	65,32 €	65,70 €
Aktienkurs höchst	77,77 €	66,04 €
Aktienkurs tiefst	52,37 €	32,97 €
Dividende je Aktie (für 2004 vorgeschlagen)	1,70 €	1,50 €
Ergebnis je Aktie	5,02 €	2,44 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) <sup>1</sup>	4,53 €	2,31 €
Ausstehende Aktien (Durchschnitt), in Mio	493	559
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	532	590
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	9,1%	4,7%
Bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) <sup>2, 3</sup>	10,5%	5,2%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	14,8%	9,5%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) <sup>3</sup>	16,3%	10,1%
Aufwand-Ertrag-Relation <sup>4</sup>	79,9%	81,8%
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	21.918	21.268
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	372	1.113
Zinsunabhängige Aufwendungen	17.517	17.399
Ergebnis vor Steueraufwand und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden	4.029	2.756
Jahresüberschuss	2.472	1.365
	<b>31.12.2004</b>	<b>31.12.2003</b>
	in Mrd €	in Mrd €
Bilanzsumme	840	804
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	136	145
Eigenkapital	25,9	28,2
BIZ-Kernkapitalquote (Tier-I)	8,6%	10,0%
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	1.559	1.576
davon in Deutschland	831	845
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	65.417	67.682
davon in Deutschland <sup>5</sup>	27.093	29.878
Langfrustrating		
Moody's Investors Service, New York	Aa3	Aa3
Standard & Poor's, New York	AA-	AA-
Fitch Ratings, New York	AA-	AA-

<sup>1</sup> Einschließlich Verwässerungseffekt aus Derivaten, nach Steuern.

<sup>2</sup> Bei dieser Berechnung wird der Jahresüberschuss (2004: 2.472 Mio €; 2003: 1.365 Mio €) um den Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000 (2004: 120 Mio €; 2003: 215 Mio €) und Effekte aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (2004: -; 2003: 151 Mio €) bereinigt.

<sup>3</sup> Wir berechnen eine bereinigte Messgröße für unsere Eigenkapitalrendite, anhand derer ein Vergleich mit unseren Konkurrenten vereinfacht wird. Diese bereinigte Messgröße definieren wir als „Eigenkapitalrendite, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich jedoch nicht um eine Performancemesszahl nach US GAAP. Bei einem Vergleich unserer Quote mit der anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2004: 27.194 Mio €; 2003: 28.940 Mio €) bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne und Verluste aus Wertpapieren „Available for Sale“, nach darauf entfallenden Steuern (2004: 1.601 Mio €; 2003: 810 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividendenzahlung (2004: 815 Mio €; 2003: 756 Mio €), die nach Zustimmung der Hauptversammlung erfolgt.

<sup>4</sup> Zinsunabhängige Aufwendungen in Prozent der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängigen Erträgen.

<sup>5</sup> Die Zahl für das Jahr 2003 wurde auf Grund einer veränderten Zuordnung der Mitarbeiter in Repräsentanzen angepasst.

Auf Grund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

# Inhalt

<b>Lagebericht</b>	2	Lagebericht
<b>Konzernabschluss</b>	39	Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung
	40	Umfassende Periodenerfolgsrechnung des Konzerns (Statement of Comprehensive Income)
	41	Konzernbilanz
	42	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung
	43	Konzern-Kapitalflussrechnung
	44	Notes
<b>Risikobericht</b>	133	Risikobericht
<b>Bestätigungen</b>	165	Erklärung des Vorstands
	166	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
	167	Bericht des Aufsichtsrats
<b>Corporate-Governance-Bericht</b>	170	Vorstand und Aufsichtsrat
	175	Erfolgsorientierte Vergütung
	178	Rechnungslegung und Transparenz
	184	Wirtschaftsprüfung und Controlling
	186	Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex
<b>Gremien</b>	187	Aufsichtsrat
	189	Beraterkreis
<b>Ergänzende Informationen</b>	190	Der Konzern im Fünfjahresvergleich
	191	Patronatserklärung
	192	Glossar
		Impressum/Publikationen

## Lagebericht

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Erläuterungen (Notes) gesehen werden. Unsere Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2004 und 2003 wurden von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

### Überblick

Im Jahr 2004 war die Weltwirtschaft trotz des hohen Ölpreises, der anhaltenden Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro und der anhaltenden politischen Risiken stabiler als in den Jahren 2002 und 2003. Nord- und Südamerika sowie die stark wachsenden Volkswirtschaften im asiatisch-pazifischen Raum erlebten einen starken Aufschwung. Dagegen fiel das Wirtschaftswachstum in den entwickelten Volkswirtschaften der Eurozone, insbesondere in Deutschland, geringer aus. In der Bankenbranche blieben die Volumina in einigen unserer Kerngeschäftsfelder weit hinter denen des Spitzenjahres 2000 zurück. In vielen Bereichen, insbesondere bei den standardisierten Produkten wie dem Devisenhandelsgeschäft, hielt der Margendruck an. Trotz dieses Umfelds haben wir unsere Ziele erreicht und konnten Rekordergebnisse im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) und im Debt Sales & Trading-Geschäft erzielen. Darüber hinaus haben wir unsere Marktposition sowohl in Deutschland als auch international weiter gefestigt.

Unser Ergebnis vor Steuern stieg in 2004 von 2,8 Mrd € im Vorjahr auf 4,0 Mrd €. In diesem Ergebnis waren Restrukturierungsaufwendungen von 400 Mio € verkräftet, die im Zusammenhang mit unserem im vierten Quartal 2004 eingeleiteten Fortentwicklungsprogramm („Business Realignment Program“) standen. Unsere Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) verbesserte sich deutlich von 10% im Vorjahr auf 16% in 2004 (die Eigenkapitalrendite, basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital, stieg von 10% auf 15%). Der Jahresüberschuss von 2,5 Mrd € wuchs um 81% im Vergleich zu 1,4 Mrd € im Vorjahr und das Ergebnis je Aktie konnten wir um 106% auf 5,02 € steigern.

Die Erträge vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 21,9 Mrd € waren um 650 Mio € beziehungsweise 3% höher als in 2003. Der Anstieg war unter anderem auf verbesserte Ergebnisse aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen sowie auf Gewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen und Gebäuden zurückzuführen. Zu dem Ertragswachstum trugen darüber hinaus Rekorderträge von 6,3 Mrd € aus dem Sales & Trading-Geschäft mit Schuldtiteln und sonstigen Produkten (diese Gesamterträge beinhalten im Wesentlichen das dem Geschäft zuordenbare Zins-, Provisions- und Handelsergebnis) sowie unsere auf 1,9 Mrd € gestiegenen Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft bei. Negativ wirkten sich dagegen niedrigere Erträge aus Eigenhandelsaktivitäten im Sales & Trading (Equity), niedrigere Gewinne aus dem Verkauf von Nichtkerngeschäftsfeldern sowie der negative Effekt des starken Euro auf die Umrechnung unserer nicht auf Euro lautenden Erträge aus.

Unsere zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich in 2004 auf 17,5 Mrd € im Vergleich zu 17,4 Mrd € im Vorjahr. Sie beinhalteten Restrukturierungsaufwendungen von 400 Mio € und Abfindungszahlungen von 282 Mio €. In 2003 betragen die Abfindungszahlungen 702 Mio €. Niedrigere zinsunabhängige Aufwendungen infolge von Mitarbeiterabbau, sonstiger Effizienzsteigerungsmaßnahmen und des erwähnten Effekts aus der Wechselkursumrechnung wurden durch höhere erfolgsabhängige Vergütungen kompensiert, in denen sich unsere in 2004 erreichten Ergebnisverbesserungen widerspiegelten. Zudem enthielten die zinsunabhängigen Aufwendungen in 2004 Belastungen im Zusammenhang mit dem Vergleich der WorldCom-Klage.

Das sich weiterhin aufhellende Kreditumfeld, unser nachhaltiges und diszipliniertes Risikomanagement sowie die Auflösung von Wertberichtigungen für zuvor als notleidend eingestufte Engagements führten zu einer Reduzierung der Risikovorsorge und trugen zur weiteren Verbesserung der Qualität unseres Kreditportfolios bei. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank von 1,1 Mrd € in 2003 um 67% auf 372 Mio € in 2004. Die Problemkredite konnten zum Jahresende 2004 auf 4,8 Mrd € reduziert werden. Dies entsprach einem Rückgang von 27% gegenüber 6,6 Mrd € im Vorjahr.

Für 2005 haben wir uns vorgenommen, von den getätigten Investitionen in unseren Kerngeschäftsfeldern zu profitieren und die geplanten Kosteneinsparungen umzusetzen. Unser Business Realign-

ment Program umfasst eine Vielzahl von Initiativen, die auf eine bessere Integration von Kundenbetreuungs- und Produktbereichen abzielen. Zu diesen Initiativen gehören die Neuaufstellung unserer Verkaufs- und Handelsplattformen durch die Schaffung eines einheitlichen Bereichs Global Markets, die engere Verzahnung unserer Leistungen im Corporate-Finance-, Firmenkunden- und Transaction-Banking-Geschäft, die Überarbeitung unserer Organisationsstruktur im Asset Management, die Stärkung der Regionen und Fokus auf Deutschland sowie die Verschlinkung unserer Infrastruktur.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für 2004 und 2003:

in Mio €	2004	2003	Veränderung 2004 gegenüber 2003	
			in €	in %
Zinsüberschuss	5.182	5.847	- 665	- 11
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	372	1.113	- 741	- 67
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>	<b>4.810</b>	<b>4.734</b>	<b>76</b>	<b>2</b>
Provisionsüberschuss	9.506	9.332	174	2
Handelsergebnis	6.186	5.611	575	10
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	235	20	215	N/A
Gewinn/Verlust (-) aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	388	- 422	810	N/A
Sonstige zinsunabhängige Erträge	421	880	- 459	- 52
<b>Zinsunabhängige Erträge</b>	<b>16.736</b>	<b>15.421</b>	<b>1.315</b>	<b>9</b>
<b>Erträge insgesamt nach Risikovorsorge</b>	<b>21.546</b>	<b>20.155</b>	<b>1.391</b>	<b>7</b>
Personalaufwand	10.222	10.495	- 273	- 3
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	19	114	- 95	- 83
Restrukturierungsaufwand	400	- 29	429	N/A
Sonstige zinsunabhängige Aufwendungen	6.876	6.819	57	1
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>17.517</b>	<b>17.399</b>	<b>118</b>	<b>1</b>
<b>Ergebnis vor Steuern und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden</b>	<b>4.029</b>	<b>2.756</b>	<b>1.273</b>	<b>46</b>
Ertragsteueraufwand	1.437	1.327	110	8
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000	120	215	- 95	- 44
<b>Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern</b>	<b>2.472</b>	<b>1.214</b>	<b>1.258</b>	<b>104</b>
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	-	151	- 151	N/A
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.472</b>	<b>1.365</b>	<b>1.107</b>	<b>81</b>

N/A – Nicht aussagefähig

Der Jahresüberschuss wird inklusive der Effekte aus dem Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000 (wie weiter unten beschrieben) und des kumulierten Effekts aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (wie in Note [2] des Konzernabschlusses dargelegt) ausgewiesen. Die nachfolgende Tabelle zeigt den um diese Effekte bereinigten Jahresüberschuss:

in Mio € (ausgenommen Ergebnis je Aktie)	2004	je Aktie	je Aktie (verwässert)	2003	je Aktie	je Aktie (verwässert)
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.472</b>	<b>5,02</b>	<b>4,53</b>	<b>1.365</b>	<b>2,44</b>	<b>2,31</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>						
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000	120	0,24	0,23	215	0,39	0,36
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	-	-	-	- 151	- 0,27	- 0,25
<b>Jahresüberschuss vor Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000 und Änderungen der Bilanzierungsmethoden</b>	<b>2.592</b>	<b>5,26</b>	<b>4,76</b>	<b>1.429</b>	<b>2,56</b>	<b>2,42</b>

Der Jahresüberschuss beinhaltete Vorsteuergewinne in Höhe von 140 Mio € in 2004 und 222 Mio € in 2003, die den Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000 verursachten.

## Auswirkungen der deutschen Steuerreformen 1999/2000 und Ertragsteuerbilanzierung

Das Steuerreformgesetz 2000 schreibt vor, dass Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen an inländischen Kapitalgesellschaften mit Wirkung vom 1. Januar 2002 steuerfrei sind. Diese Regelung war im Konzernabschluss 2000 dahingehend zu berücksichtigen, dass die entsprechende latente Steuerverbindlichkeit, die wir im Zusammenhang mit den unrealisierten Gewinnen von nicht festverzinslichen Wertpapieren „Available for Sale“ in der Position kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income, OCI) gebildet hatten, über die Gewinn- und Verlust-Rechnung in der Steuerzeile als Ertrag aufgelöst werden musste, obwohl die Gewinne auf Grund des bisher nicht erfolgten Verkaufs der Wertpapiere noch nicht realisiert waren.

Die Auflösung der latenten Steuerverbindlichkeit über die Gewinn- und Verlust-Rechnung veränderte den Abzugsposten im OCI nicht. Er ist in Höhe des zum Zeitpunkt der Auflösung der Steuerverbindlichkeit ermittelten Betrags bis zum Zeitpunkt der Veräußerung der Wertpapiere festgeschrieben.

Die nachstehende Tabelle zeigt die unrealisierten Gewinne und die damit zusammenhängenden Effekte aus nicht festverzinslichen Wertpapieren „Available for Sale“ beim DB Investor, der den überwiegenden Teil unserer Industriebeteiligungen hält.

in Mrd €	2004	2003	2002	2001	2000
Marktwert	5,4	6,3	5,3	14,1	17,5
Anschaffungskosten	4,0	4,6	5,0	5,7	5,6
<b>Unrealisierter Gewinn im übrigen umfassenden Periodenerfolg</b>	<b>1,4</b>	<b>1,7</b>	<b>0,3</b>	<b>8,4</b>	<b>11,9</b>
Abzüglich latenter Steuern aus Steuersatzänderungen 1999 und 2000 in Deutschland	2,7	2,8	2,9	5,5	6,5
<b>Übriger umfassender Periodenerfolg, netto</b>	<b>- 1,3</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 2,6</b>	<b>2,9</b>	<b>5,4</b>

Aus diesem Grund kann die bilanzielle Behandlung von Steuersatzänderungen wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis in den Berichtsperioden haben, in denen wir diese Beteiligungen veräußern. Dieser Effekt zeigte sich in 2004, 2003, 2002 und 2001, als wir einen Teil unserer qualifizierenden Beteiligungen veräußerten. Die Gewinne aus den meisten Verkäufen in diesen Jahren waren steuerfrei. Die auf diese Wertpapiere entfallenden latenten Steuern waren zum 31. Dezember 2000 aufgelöst worden, so dass bei einer Veräußerung der damals ausgewiesene Steuerertrag aus der Steuersatzänderung durch einen entsprechenden Steueraufwand auszugleichen war. Der dafür ausgewiesene Steueraufwand belief sich auf 120 Mio € für das Geschäftsjahr 2004, 215 Mio € für 2003, 2,8 Mrd € für 2002 und 995 Mio € für 2001.

Die Steuerreform 2004, die im Dezember 2003 verabschiedet wurde, unterwirft ab 2004 bei Kapitalgesellschaften 5% der Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen an in- und ausländischen Kapitalgesellschaften der Besteuerung, unabhängig von Haltedauer und Beteiligungsquote. Veräußerungsverluste bleiben unverändert steuerlich nicht abziehbar.

Weder die ursprüngliche Auflösung der latenten Steuerverbindlichkeiten noch die unrealisierten Gewinne und Verluste aus Wertpapieren „Available for Sale“ werden beim aufsichtsrechtlichen Kernkapital oder bei der Berechnung unserer bereinigten Eigenkapitalrendite berücksichtigt. Der gesamte Vorgang stellt lediglich eine US GAAP-spezifische Bilanzierungsweise dar, die nach unserer Überzeugung die ökonomischen Realitäten in den Berichtsperioden vor und bei der Realisierung der Effekte aus Steuersatzänderungen durch einen Verkauf nicht zutreffend wiedergibt.

Informationen zu dieser Bilanzierungsmethode sind auch in dem entsprechenden Abschnitt unseres SEC-Berichts nach Form 20-F vom 24. März 2005 dargestellt.

## Ergebnis unserer Geschäftstätigkeit

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

### Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Zinsüberschuss:

in Mio € (außer Prozentangaben)	2004	2003	Veränderung 2004 gegenüber 2003	
			in €	in %
Summe der Zinserträge	28.023	27.583	440	2
Summe der Zinsaufwendungen	22.841	21.736	1.105	5
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>5.182</b>	<b>5.847</b>	<b>- 665</b>	<b>- 11</b>
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt <sup>1</sup>	751.557	736.046	15.511	2
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt <sup>1</sup>	695.094	683.127	11.967	2
Zinsertragssatz <sup>2</sup>	3,73%	3,75%	- 0,02 Ppkt.	- 1
Zinsaufwandssatz <sup>3</sup>	3,29%	3,18%	0,11 Ppkt.	3
Zinsspanne <sup>4</sup>	0,44%	0,57%	- 0,13 Ppkt.	- 23
Zinsmarge <sup>5</sup>	0,69%	0,79%	- 0,10 Ppkt.	- 13

Ppkt. – Prozentpunkte

<sup>1</sup> Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

<sup>2</sup> Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

<sup>3</sup> Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

<sup>4</sup> Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

<sup>5</sup> Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss belief sich im Geschäftsjahr 2004 auf 5,2 Mrd € und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 665 Mio €. Diese Entwicklung resultierte zum einen aus einem niedrigeren Kreditvolumen. Die verzinslichen Aktiva stiegen im Jahresdurchschnitt um 16 Mrd € beziehungsweise 2%. Das darin enthaltene durchschnittliche Kreditvolumen, das grundsätzlich die höchsten Zinsertragssätze und weite Zinsspannen erzielt, ging um 21 Mrd € auf 144 Mrd € zurück. Der Rückgang war im Wesentlichen auf eine geringe Nachfrage durch unsere Firmenkunden, einschließlich des deutschen Mittelstandsgeschäfts, zurückzuführen und wurde teilweise durch höhere Kreditvolumina im Privatkundengeschäft ausgeglichen. Diese Entwicklung des Kreditvolumens war der wesentliche Grund für den Rückgang des Zinsertragssatzes um zwei Basispunkte trotz eines leicht gestiegenen allgemeinen Zinsniveaus, das zu einem Anstieg des Zinsaufwandssatzes um elf Basispunkte führte.

Der Zinsüberschuss in 2004 wurde zum anderen durch weitere Faktoren beeinflusst. Die Volumina der durchschnittlichen Handelsaktiva und -passiva stiegen im Vergleich zu 2003 deutlich an. Die damit verbundenen höheren handelsbezogenen Zinserträge und -aufwendungen stellten jeweils die größte Einzelkomponente im Anstieg beider Zinskategorien dar. Die Zins- und Dividenderträge aus Wertpapieren „Available for Sale“ und sonstigen Finanzanlagen waren unter anderem wegen niedrigerer Dividenderträge aus unserem reduzierten Industriebeteiligungsportfolio rückläufig. Die Zinserträge in 2004 beinhalteten zudem 131 Mio € aus Steuererstattungen, die aus geänderten Steuerveranlagungen früherer Jahre resultieren.

Darüber hinaus wird die Entwicklung unseres Zinsüberschusses in erheblichem Umfang von der Bilanzierung einiger Derivategeschäfte geprägt. Wir schließen derartige Derivate, die nicht zu Handelszwecken dienen, zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken von Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva ab. Wenn Derivate die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft erfüllen, werden erhaltene beziehungsweise gezahlte Zinsen aus den Derivaten unter den Zinserträgen und -aufwendungen ausgewiesen. Dort kompensieren sie die Zinsströme aus den Aktiv- und Passivkomponenten, zu deren Absicherung sie abgeschlossen wurden („Hedge Accounting“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsergebnisse aus den Derivaten dem Handelsergebnis zugeordnet.



## Handelsergebnis

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Handelsergebnis:

in Mio € (außer Prozentangaben)	2004	2003	Veränderung 2004 gegenüber 2003	
			in €	in %
CIB – Sales & Trading (Equity)	2.192	2.491	– 298	– 12
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.666	3.481	185	5
Sonstiges Handelsergebnis	328	– 361	689	N/A
<b>Handelsergebnis insgesamt</b>	<b>6.186</b>	<b>5.611</b>	<b>575</b>	<b>10</b>

N/A – Nicht aussagefähig

Der Rückgang des Handelsergebnisses von CIB – Sales & Trading (Equity) war auf niedrigere Erträge aus Eigenhandelsaktivitäten zurückzuführen, die zum Teil durch höhere Erträge aus dem Derivate- und Prime-Services-Geschäft kompensiert werden konnten.

Der Anstieg des Handelsergebnisses aus Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) reflektierte unsere führende Marktposition in strukturierten High-Value-Produkten wie Zinsderivaten, Kreditderivaten und im Handel von notleidenden Krediten.

Das in 2004 berichtete sonstige Handelsergebnis enthielt im Wesentlichen Erträge aus dem Devisenauftragshandel im Geschäftsbereich Global Trade Finance und im Konzernbereich PCAM, positive Marktwertanpassungen von 69 Mio € aus Investmentfonds mit Wertgarantie in Asset and Wealth Management (AWM) sowie Verluste von 231 Mio € aus Credit Default Swaps zur Absicherung unseres Investment-Grade-Kreditportfolios.

In 2003 lagen die Erträge aus dem Devisenauftragshandel unter dem Niveau von 2004. Darüber hinaus enthielt das sonstige Handelsergebnis in 2003 Verluste von 285 Mio € aus Credit Default Swaps zur Absicherung unseres Investment-Grade-Kreditportfolios, Verluste von 143 Mio € aus der Absicherung unseres Industriebeteiligungsportfolios, Verluste auf Grund von Währungseffekten bei bestimmten Verbindlichkeiten im Konzernbereich CIB und negative Marktwertanpassungen aus Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter Auslandstöchter.

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Positionen in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Zinserträge aus Handelsaktivitäten (beispielsweise Kupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelsaktiva sind Bestandteil des Zinsüberschusses. Abhängig von einer Reihe von Faktoren wie zum Beispiel Risikomanagementstrategien, sind die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Handelsergebnis auszuweisen. Dies kann von Periode zu Periode zu einem unterschiedlichen Ausweis führen. Um diese Entwicklung geschäftsorientiert analysieren zu können, untergliedern wir die Summe aus Zinsüberschuss und Handelsergebnis nach Konzernbereichen und innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten und nicht nach der Art der erzielten Erträge, wie in der folgenden Tabelle dargestellt:

in Mio €	2004	2003	Veränderung 2004 gegenüber 2003	
			in €	in %
Zinsüberschuss	5.182	5.847	- 665	- 11
Handelsergebnis	6.186	5.611	575	10
<b>Zinsüberschuss und Handelsergebnis</b>	<b>11.368</b>	<b>11.458</b>	<b>- 90</b>	<b>- 1</b>
<b>Aufgliederung nach Konzernbereich/ CIB-Produkt<sup>1</sup></b>				
Sales & Trading (Equity)	1.591	2.286	- 695	- 30
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	5.370	5.367	4	0
Sales & Trading insgesamt	6.961	7.652	- 691	- 9
Kreditgeschäft <sup>2</sup>	701	664	37	6
Transaction Services	828	830	- 2	- 0
Sonstige Produkte <sup>3</sup>	- 246	- 340	94	28
<b>Corporate and Investment Bank insgesamt</b>	<b>8.244</b>	<b>8.807</b>	<b>- 563</b>	<b>- 6</b>
Private Clients and Asset Management	2.920	2.814	105	4
Corporate Investments	118	- 11	128	N/A
Consolidation & Adjustments	87	- 153	241	N/A
<b>Zinsüberschuss und Handelsergebnis</b>	<b>11.368</b>	<b>11.458</b>	<b>- 90</b>	<b>- 1</b>

N/A – Nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Diese Aufgliederung reflektiert lediglich Zinsüberschuss und Handelsergebnis. Die Erläuterung der Erträge insgesamt nach Segmenten erfolgt im Abschnitt Segmentberichterstattung.

<sup>2</sup> Enthält sowohl die Zinsspanne für Darlehen als auch die Ergebnisse aus Credit Default Swaps zur Absicherung unseres Investment-Grade-Kreditportfolios.

<sup>3</sup> Enthält Emissions-, Beratungs- und sonstige Produkte.

**Corporate and Investment Bank (CIB).** Zinsüberschuss und Handelsergebnis aus Sales & Trading-Produkten gingen um 691 Mio € auf 7,0 Mrd € zurück. Der Rückgang war im Wesentlichen auf einen starken Einbruch der Erträge aus Eigenhandelsaktivitäten in Sales & Trading (Equity) zurückzuführen, der teilweise durch ein Wachstum in strukturierten Aktienprodukten, speziell im Derivate- und Prime-Services-Geschäft, kompensiert werden konnte. Zinsüberschuss und Handelsergebnis aus dem Kreditgeschäft stiegen um 37 Mio €. Der Anstieg war überwiegend auf geringere Belastungen aus Hedgingaktivitäten im Kreditgeschäft zurückzuführen. Dem stand der Effekt aus der Reduzierung des durchschnittlichen Kreditportfolios gegenüber. Zinsüberschuss und Handelsergebnis aus sonstigen Produkten verbesserten sich gegenüber 2003 um 94 Mio €. Diese Zunahme resultierte im Wesentlichen aus in 2003 enthaltenen Verlusten aus Währungsumrechnung bei bestimmten Verbindlichkeiten im Konzernbereich CIB.

**Private Clients and Asset Management (PCAM).** Zinsüberschuss und Handelsergebnis stiegen gegenüber dem Vorjahr um 105 Mio €. Zu diesem Anstieg trugen höhere Kreditvolumina in PBC sowie niedrigere Refinanzierungs- und Hedgingkosten im Zusammenhang mit dem Immobilienportfolio von AWM bei.

**Corporate Investments (CI).** Der Anstieg spiegelt primär die in 2003 verbuchten Handelsverluste in Höhe von 143 Mio € im Zusammenhang mit der Absicherung unseres Industriebeteiligungsportfolios wider. Darüber hinaus beinhaltete das Ergebnis niedrigere Dividendenenerträge, teilweise kompensiert durch geringere Refinanzierungskosten, infolge des Verkaufs von Industriebeteiligungen.

**Consolidation & Adjustments** beinhaltete in 2004 Zinserträge in Höhe von 131 Mio €, die aus geänderten Steuerveranlagungen früherer Jahre resultieren. Der verbleibende Anstieg gegenüber 2003 spiegelt im Wesentlichen geringere Belastungen aus Marktwertanpassungen bei Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter Auslandstöchter wider.

### Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft spiegelt Zuführungen zum und Auflösungen vom Wertberichtigungsbestand wider, den wir für zu erwartende Kreditausfälle bilden. Der Bestand an Wertberichtigungen setzt sich aus Einzelwertberichtigungen, die sich auf Einzelengagements beziehen, und aus

Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen. Letztere beinhalten Länderwertberichtigungen, Wertberichtigungen für das homogene Portfolio und sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken zur Abdeckung von Verlusten in unserem Kreditportfolio, die noch nicht auf individueller Basis identifiziert wurden, und spiegelt Unwägbarkeiten und Unsicherheiten der Einschätzung unserer Wertberichtigungen wider.

Unsere Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen im Jahr 2004 372 Mio €. Der Rückgang um 741 Mio € oder 67% gegenüber dem Vorjahr spiegelt die im Jahresverlauf zu beobachtende Verbesserung des Kreditklimas – unterstützt durch einige größere Auflösungen von Wertberichtigungen sowie die Fortsetzung unserer strikten Risikodisziplin – wider. Fast 73% unserer in 2004 gebildeten Wertberichtigungen entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement.

### Zinsunabhängige Erträge, ohne Handelsergebnis

in Mio €	2004	2003	Veränderung 2004 gegenüber 2003	
			in €	in %
Provisionsüberschuss <sup>1</sup>	9.506	9.332	174	2
Beiträge im Versicherungsgeschäft	123	112	11	10
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	235	20	215	N/A
Gewinn/Verlust (–) aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	388	– 422	810	N/A
Übrige zinsunabhängige Erträge	298	768	– 470	– 61
<b>Zinsunabhängige Erträge, ohne Handelsergebnis</b>	<b>10.550</b>	<b>9.810</b>	<b>740</b>	<b>8</b>

N/A – Nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Einschließlich:

Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften:				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	281	240	41	17
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	2.847	2.968	– 121	– 4
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	83	65	18	28
<b>Insgesamt</b>	<b>3.211</b>	<b>3.273</b>	<b>– 62</b>	<b>– 2</b>
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts:				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	1.793	1.638	155	9
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	1.918	1.926	– 8	0
<b>Insgesamt</b>	<b>3.711</b>	<b>3.564</b>	<b>147</b>	<b>4</b>
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.584	2.495	89	4
<b>Provisionsüberschuss insgesamt</b>	<b>9.506</b>	<b>9.332</b>	<b>174</b>	<b>2</b>

**Provisionsüberschuss.** Der Provisionsüberschuss stieg in 2004 um 174 Mio € im Vergleich zum Vorjahr. Der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft stieg um 155 Mio €, vor allem auf Grund von Ergebnisverbesserungen in CIB bei der Emission von Aktien und hochverzinslichen Anleihen sowie im Leveraged-Lending-Geschäft. Der Anstieg des Provisionsüberschusses für sonstige Dienstleistungen um 89 Mio € war vorwiegend auf höhere Umsätze bei der Vermittlung von Versicherungsprodukten, die stark von Änderungen in der deutschen Steuergesetzgebung begünstigt waren, zurückzuführen. Der Rückgang des Provisionsüberschusses aus Treuhandgeschäften um 62 Mio € war in erster Linie auf einen Rückgang des verwalteten Vermögens in unserem institutionellen Asset Management, geringere Performance Fees aus dem Hedgefondsgeschäft in Asset Management und die Auswirkung des starken Euro auf unsere auf US-Dollar lautenden Erträge zurückzuführen.

**Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“.** Das Ergebnis in 2004 enthielt Veräußerungsgewinne aus verschiedenen Beteiligungen. Der größte Einzelbetrag belief sich auf 118 Mio € und resultierte aus der Verringerung unseres Anteils an der DaimlerChrysler AG. Im Jahr 2003 wurden mehrere Gewinne in einer Größenordnung von 30 bis 120 Mio € nahezu vollständig durch nicht temporäre Wertminderungen bei verschiedenen Wertpapieren „Available for Sale“, die hauptsächlich unserem Industriebeteiligungsportfolio zuzuordnen waren, kompensiert.

**Gewinn/Verlust aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen.** Der größte Teil des Gewinns aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen in 2004 entfiel zu fast gleichen Teilen auf Beteiligungen im Zusammenhang mit strukturierten Transaktionen in den Sales & Trading-Bereichen

von CIB sowie auf Private Equity- und andere Beteiligungen in CI. Ein kleinerer Teil resultierte aus Beteiligungen im Immobiliengeschäft im Unternehmensbereich AWM. Der in 2003 berichtete Verlust beinhaltete im Wesentlichen die vollständige Abschreibung unserer Beteiligung an der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (490 Mio €) und Verluste aus Private-Equity-Beteiligungen im Konzernbereich CI. Diese Verluste in 2003 konnten zum Teil durch Gewinne aus Beteiligungen im Zusammenhang mit strukturierten Transaktionen in den Sales & Trading-Bereichen von CIB und durch Gewinne aus Beteiligungen im Immobiliengeschäft des Unternehmensbereichs AWM ausgeglichen werden.

**Übrige zinsunabhängige Erträge.** Die übrigen zinsunabhängigen Erträge lagen in 2004 um 470 Mio € unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang war primär auf den im Jahr 2003 verbuchten Gewinn von 583 Mio € aus dem Verkauf eines wesentlichen Teils unseres Global-Securities-Services-Geschäfts zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung dieses Veräußerungsgewinns lagen die übrigen zinsunabhängigen Erträge im Wesentlichen wegen höherer Ergebnisse aus zur Veräußerung bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft über Vorjahresniveau.

### Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den zinsunabhängigen Aufwendungen:

in Mio €	2004	2003	Veränderung 2004 gegenüber 2003	
			in €	in %
Personalaufwand	10.222	10.495	- 273	- 3
Übrige zinsunabhängige Aufwendungen <sup>1</sup>	6.616	6.709	- 93	- 1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	260	110	150	136
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	19	114	- 95	- 83
Restrukturierungsaufwand	400	- 29	429	N/A
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt</b>	<b>17.517</b>	<b>17.399</b>	<b>118</b>	<b>1</b>

N/A – Nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Einschließlich:

Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude	1.258	1.251	7	1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	178	193	- 15	- 8
EDV-Aufwendungen	1.726	1.913	- 187	- 10
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen <sup>2</sup>	824	836	- 12	- 1
Kommunikation und Datenadministration	599	626	- 27	- 4
Sonstige Aufwendungen <sup>2</sup>	2.031	1.890	141	7
<b>Übrige zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>6.616</b>	<b>6.709</b>	<b>- 93</b>	<b>- 1</b>

<sup>2</sup> Rechtskosten, die bei Rechtsstreitigkeiten und Eintragungen anfallen oder im Zusammenhang mit operativen Risiken stehen, wurden von „Sonstige Aufwendungen“ nach „Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen“ reklassifiziert. Die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend angepasst, um dieser Änderung Rechnung zu tragen.

**Personalaufwand.** Der Rückgang von 273 Mio € in 2004 gegenüber dem Vorjahr spiegelte mehrere, sich zum Teil kompensierende Faktoren wider:

- Die Abfindungszahlungen beliefen sich in 2004 auf 282 Mio € und lagen um 420 Mio € unter dem Vorjahr. Mehr als 60% der Einsparungen entfielen auf den Unternehmensbereich PBC.
- Die Maßnahmen zum Mitarbeiterabbau und zum Verkauf von Nichtkerngeschäftsfeldern führten zu niedrigeren Aufwendungen für Löhne und Gehälter. Sie wurden teilweise durch Mitarbeiteraufbau in ausgewählten Wachstumsbereichen ausgeglichen.
- Die Stärke des Euro wirkte sich positiv auf unseren in Fremdwährung lautenden Personalaufwand aus.
- Die erfolgsorientierten Vergütungen erhöhten sich 2004 im Wesentlichen wegen verbesserter operativer Ergebnisse in unseren Corporate Banking & Securities-Geschäftsfeldern und, in geringerem Maße, wegen einer Reduzierung des Anteils der aktienbasierten Vergütungsmodell.

**Übrige zinsunabhängige Aufwendungen.** Die EDV-Aufwendungen gingen in 2004 um 187 Mio € zurück. Wesentliche Gründe hierfür waren Kostensenkungsmaßnahmen, Entkonsolidierungs- und Outsourcingeffekte sowie die Stärke des Euro. Diesen Einsparungen standen höhere Kosten für Zah-

lungs- und Clearingleistungen entgegen, die auf Serviceverträge mit dem Käufer unserer ehemaligen Tochtergesellschaft DB Payments und mit anderen Anbietern in Deutschland zurückzuführen waren.

**Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.** Der Anstieg in 2004 resultierte aus neu zu bildenden Vorsorgen einschließlich der Zuführungen im Zusammenhang mit dem Vergleich der WorldCom-Klage. Diese Neubildungen wurden durch Auflösungen für bestimmte andere selbst versicherte Risiken zum Teil ausgeglichen.

**Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte.** Die nicht temporäre Wertminderung von 19 Mio € in 2004 bezog sich auf immaterielle Vermögenswerte im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management und war Folge der Kündigung bestimmter Vermögensverwaltungsverträge in Großbritannien. Im Geschäftsjahr 2003 wurde eine nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill in Höhe von 114 Mio € im Konzernbereich CI ausgewiesen, die im Zusammenhang mit Entscheidungen über das provisionsgenerierende Private-Equity-Geschäft stand.

**Restrukturierungsaufwand.** Im vierten Quartal 2004 gaben wir unser Business Realignment Program bekannt. Die auf das Geschäftsjahr 2004 entfallenden Restrukturierungsaufwendungen von 400 Mio € betreffen rund 1.200 Mitarbeiter unserer Geschäfts- und Infrastruktureinheiten. Weitere Informationen zu unseren Restrukturierungsaktivitäten sind in Note [29] unseres Konzernabschlusses enthalten.

**Ertragsteueraufwand.** 2004 betrug der Ertragsteueraufwand 1,6 Mrd € und lag nur geringfügig über dem Vorjahreswert. In jedem Jahr werden die Auswirkungen der Steuersatzänderungen berücksichtigt, die in den Jahren 1999, 2000 und 2003 in Kraft traten. Aus dem Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen ergab sich in 2004 ein Aufwand von 120 Mio € beziehungsweise in 2003 ein Aufwand von 215 Mio €. Dieser resultierte aus Verkäufen von Wertpapieren „Available for Sale“, die den Ausgleich der per 31. Dezember 2000 im übrigen umfassenden Periodenerfolg ausgewiesenen latenten Steuern zur Folge hatten. Im Zuge weiterer Verkäufe von Wertpapieren wird es auch künftig zusätzlichen Steueraufwand aus dem Ausgleich latenter Steuern geben. Zudem haben die deutschen Steuergesetzänderungen 2003 zu einem Steueraufwand von 154 Mio € geführt. Die tatsächliche effektive Steuerquote unter Berücksichtigung der Auswirkungen von Steuersatzänderungen in Deutschland betrug 39% im Jahr 2004 und 56% im Jahr 2003. Ohne die Effekte aus Steuersatzänderungen in Deutschland betrug die effektive Steuerquote 36% im Jahr 2004 und 43% im Jahr 2003. Die höhere effektive Steuerquote im Jahr 2003 erklärt sich hauptsächlich durch gestiegene steuerlich nicht abzugsfähige Abschreibungen auf Anteile an at equity bewerteten Unternehmen.

## Segmentberichterstattung

Die nachfolgenden Erläuterungen zeigen die Ergebnisse unserer Konzernbereiche Corporate Investment Bank, Private Clients and Asset Management und Corporate Investments. Informationen zu folgenden Sachverhalten sind in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen in unserer Organisationsstruktur;
- Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Bereichsergebnisse;
- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung;
- Erläuterungen zu den methodischen Grundlagen unserer Managementberichtssysteme;
- Überleitungsposition zum Konzernabschluss nach US GAAP;
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Bereiche verwendeten bereinigten Finanzzahlen und
- Erläuterung der einzelnen Positionen, um welche die Ergebnisse bereinigt werden.

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu unseren Bereichen auf Basis unserer Managementberichtssysteme. Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2004 gültige Konzernstruktur. Weitere Erläuterungen zu unseren Konzernbereichen sind in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

2004	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (außer Prozentangaben)						
<b>Erträge<sup>2</sup></b>	<b>13.331</b>	<b>8.030</b>	<b>621</b>	<b>21.981</b>	<b>- 63</b>	<b>21.918</b>
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	89	264	19	372	-	372
Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 65	- 1	-	- 65	-	- 65
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>24</b>	<b>263</b>	<b>19</b>	<b>307</b>		
Operative Kostenbasis <sup>1</sup>	10.245	6.212	414	16.871		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	50	-	50	210	260
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	5	1	- 1	4	- 1	3
Restrukturierungsaufwand	299	98	3	400	-	400
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	-	19	-	19	-	19
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>3</sup></b>	<b>10.549</b>	<b>6.380</b>	<b>416</b>	<b>17.344</b>	<b>238</b>	<b>17.582</b>
<b>Ergebnis vor Steuern<sup>4</sup></b>	<b>2.757</b>	<b>1.387</b>	<b>185</b>	<b>4.330</b>	<b>- 301</b>	<b>4.029</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>						
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	- 31	- 8	- 38	- 76		
Wesentliche Equity Pick-ups/Nettogewinne (-) aus Beteiligungen	-	-	- 148	- 148		
Nettoergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“/Industriebeteiligungen inkl. Hedgingaktivitäten	-	-	- 176	- 176		
Nettogewinne (-) aus der Veräußerung von Gebäuden	-	-	- 20	- 20		
Restrukturierungsaufwand	299	98	3	400		
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	-	19	-	19		
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>3.026</b>	<b>1.497</b>	<b>- 194</b>	<b>4.328</b>		
Aufwand-Ertrag-Relation in %	79	79	67	79	N/A	80
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	77	78	174	78		
Aktiva <sup>5</sup>	729.872	113.818	16.442	832.933	7.135	840.068
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	139.124	65.677	10.242	215.044	1.743	216.787
Durchschnittliches Active Equity <sup>6</sup>	12.867	6.718	3.933	23.519	1.259	24.778
Eigenkapitalrendite in %	21	21	5	18	N/A	16
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	24	22	- 5	18		

N/A – Nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Einschließlich:  
Abfindungszahlungen

170 101 1 272 10 282

<sup>2</sup> Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.<sup>3</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).<sup>4</sup> Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.<sup>5</sup> Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Management Reporting insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.<sup>6</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

2003 in Mio € (außer Prozentangaben)	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
<b>Erträge<sup>2</sup></b>	<b>14.193</b>	<b>8.217</b>	<b>- 921</b>	<b>21.490</b>	<b>- 223</b>	<b>21.268</b>
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	752	325	36	1.113	-	1.113
Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 45	- 3	- 2	- 50	-	- 50
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>707</b>	<b>321</b>	<b>35</b>	<b>1.063</b>		
Operative Kostenbasis <sup>1</sup>	9.963	6.699	681	17.343		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	21	-	21	89	110
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	13	15	- 31	- 3	-	- 3
Restrukturierungsaufwand	- 29	- 1	-	- 29	-	- 29
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-	114	114	-	114
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>3</sup></b>	<b>9.947</b>	<b>6.735</b>	<b>763</b>	<b>17.445</b>	<b>3</b>	<b>17.449</b>
<b>Ergebnis vor Steuern<sup>4</sup></b>	<b>3.539</b>	<b>1.162</b>	<b>- 1.719</b>	<b>2.982</b>	<b>- 225</b>	<b>2.756</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>						
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	- 583	- 51	141	- 494		
Wesentliche Equity Pick-ups/Nettoverluste aus Beteiligungen	-	-	938	938		
Nettoergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“/Industriebeteiligungen inkl. Hedgingaktivitäten	-	-	184	184		
Nettoverluste aus der Veräußerung von Gebäuden	-	-	107	107		
Restrukturierungsaufwand	- 29	- 1	-	- 29		
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-	114	114		
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.926</b>	<b>1.109</b>	<b>- 236</b>	<b>3.800</b>		
Aufwand-Ertrag-Relation in %	70	82	N/A	81	N/A	82
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	73	82	152	78		
Aktiva <sup>5</sup>	681.722	124.606	18.987	795.818	7.796	803.614
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	137.615	63.414	13.019	214.048	1.625	215.672
Durchschnittliches Active Equity <sup>6</sup>	14.192	7.225	4.900	26.317	1.057	27.374
Eigenkapitalrendite in %	25	16	- 35	11	N/A	10
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	21	15	- 5	14		

N/A – Nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Einschließlich:  
Abfindungszahlungen

260 395 20 675 27 702

<sup>2</sup> Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.<sup>3</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).<sup>4</sup> Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.<sup>5</sup> Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Management Reporting insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.<sup>6</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

## Konzernbereiche

### Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate and Investment Bank für die Geschäftsjahre 2004 und 2003 auf Basis unserer Managementberichtssysteme:

in Mio € (außer Prozentangaben)	2004	2003
<b>Erträge:</b>		
Sales & Trading (Equity)	2.486	3.118
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.299	6.077
Emissionsgeschäft (Equity)	499	485
Emissionsgeschäft (Debt)	916	806
Beratung	488	465
Kreditgeschäft	1.142	1.193
Transaction Services	1.862	1.914
Sonstiges	- 361	136
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>13.331</b>	<b>14.193</b>
Davon: Zinsüberschuss und Handelsergebnis insgesamt	8.244	8.807
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft:</b>		
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	89	752
Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 65	- 45
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>24</b>	<b>707</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen<sup>1</sup>:</b>		
Operative Kostenbasis	10.245	9.963
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	5	13
Restrukturierungsaufwand	299	- 29
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>10.549</b>	<b>9.947</b>
Davon: Abfindungszahlungen	170	260
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.757</b>	<b>3.539</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>		
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	- 31	- 583
Restrukturierungsaufwand	299	- 29
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>3.026</b>	<b>2.926</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	79%	70%
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	77%	73%
Aktiva	729.872	681.722
Risikopositionen (BiZ-Risikopositionen)	139.124	137.615
Durchschnittliches Active Equity <sup>2</sup>	12.867	14.192
Eigenkapitalrendite in %	21%	25%
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	24%	21%

<sup>1</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

<sup>2</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

Nachfolgend diskutieren wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank.



### Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities (CB&S) für die Geschäftsjahre 2004 und 2003 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar:

in Mio € (außer Prozentangaben)	2004	2003
<b>Erträge:</b>		
Sales & Trading (Equity)	2.486	3.118
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.299	6.077
Emissionsgeschäft (Equity)	499	485
Emissionsgeschäft (Debt)	916	806
Beratung	488	465
Kreditgeschäft	1.142	1.193
Sonstiges	- 392	- 447
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>11.437</b>	<b>11.697</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft:</b>		
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	80	750
Zuführungen zu/Auflösungen von (-) Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 66	8
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>14</b>	<b>759</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen<sup>1</sup>:</b>		
Operative Kostenbasis	8.670	8.220
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	5	13
Restrukturierungsaufwand	272	- 23
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>8.947</b>	<b>8.211</b>
Davon: Abfindungszahlungen	154	194
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.477</b>	<b>2.727</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>		
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	-	-
Restrukturierungsaufwand	272	- 23
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.749</b>	<b>2.704</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	78%	70%
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	76%	70%
Aktiva	720.546	693.414
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	128.027	127.449
Durchschnittliches Active Equity <sup>2</sup>	11.481	12.776
Eigenkapitalrendite in %	22%	21%
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	24%	21%

<sup>1</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft)

<sup>2</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

Das *Ergebnis vor Steuern* in Corporate Banking & Securities ging im Geschäftsjahr 2004 um 250 Mio € auf 2,5 Mrd € zurück. Dieser Rückgang war auf niedrigere Erträge und höhere zinsunabhängige Aufwendungen zurückzuführen, die zum Teil durch eine niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgeglichen wurden. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Restrukturierungsaufwendungen, die im Zusammenhang mit dem im vierten Quartal 2004 eingeleiteten Business Realignment Program standen. Das bereinigte Ergebnis vor Steuern blieb mit 2,7 Mrd € nahezu unverändert gegenüber 2003.

Die *Erträge* betrugen in 2004 11,4 Mrd € und lagen damit um 259 Mio € unter dem Vorjahreswert von 11,7 Mrd €. Sie waren negativ durch den im Jahresdurchschnitt um mehr als 9% gegenüber dem Euro gesunkenen Kurs des US-Dollar beeinflusst.

Die Erträge aus Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 222 Mio € und erreichten eine Rekordhöhe von 6,3 Mrd €. Der Anstieg ist Beleg für unsere führende Marktposition in strukturierten High-Value-Produkten wie Zinsderivaten, verbrieften Produkten, Kreditderivaten, hochverzinslichen Schuldtiteln und im Handel von notleidenden Krediten. Für diese Produkte wurden wir von renommierten Fachmagazinen wie *Risk* und *International Financial Review* ausgezeichnet. In den standardisierten Produkten wie zum Beispiel dem Devisenhandelsgeschäft konnten höhere Volumina den anhaltenden Rückgang der Margen weitgehend kompensieren. Das kundenbezogene Geschäft repräsentiert weiterhin den überwiegenden Teil unserer geschäftlichen Aktivitäten.

Die Erträge aus Sales & Trading (Equity) betrugen 2,5 Mrd € und lagen damit um 632 Mio € unter dem Wert von 2003. Der Rückgang war im Wesentlichen auf einen starken Einbruch der Erträge aus Eigenhandelsaktivitäten zurückzuführen, der teilweise durch ein anhaltend kräftiges Wachstum in strukturierten Aktienprodukten, speziell im Derivate- und Prime-Services-Geschäft, kompensiert werden konnte.

Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft stiegen gegenüber dem Vorjahr um 146 Mio € auf 1,9 Mrd €. Das Emissionsgeschäft (Equity) erzielte ein solides Geschäftsergebnis bei anhaltender Fokussierung auf Innovationen bei Vermeidung unprofitabler Transaktionen. Das Emissionsgeschäft (Debt) in hochverzinslichen Schuldtiteln und im Leveraged Lending entwickelte sich, insbesondere in den USA, sehr gut. Im Beratungsgeschäft hat sich die Marktsituation in 2004 verbessert. Das angekündigte Volumen im M&A-Geschäft stieg im Vergleich zu 2003 global und in allen wesentlichen Regionen.

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft lagen mit 1,1 Mrd € leicht unter denen des Vorjahres. Der Rückgang war im Wesentlichen auf die weitere Reduzierung des Kreditportfolios im Jahresverlauf 2004 zurückzuführen.

Die *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* belief sich im Jahr 2004 auf 14 Mio € gegenüber 759 Mio € im Jahr 2003. Diese Entwicklung spiegelt die im Jahresverlauf zu beobachtende Verbesserung des Kreditklimas wider und zeigt den Erfolg unserer verstärkten Risikodisziplin. Darüber hinaus beinhaltete die Risikovorsorge die Auflösung von Wertberichtigungen für zuvor als notleidend eingestufte Engagements.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* stiegen in 2004 um 736 Mio € auf 8,9 Mrd € (2003: 8,2 Mrd €). Darin waren Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 272 Mio € für die im vierten Quartal 2004 initiierten Pläne enthalten. In 2003 waren 23 Mio € der in 2002 gebildeten Restrukturierungsrückstellungen nach vollständiger Umsetzung der Pläne aufzulösen. Ohne Berücksichtigung der Restrukturierungsaufwendungen in beiden Jahren stiegen die zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahr 2004 um 441 Mio €. Dieser Anstieg wurde im Wesentlichen durch höhere erfolgsabhängige Vergütungen, und hierbei teilweise durch die Änderungen im Vergütungsmodell des Konzerns, verursacht.

Die *Aufwand-Ertrag-Relation* stieg um 8 Prozentpunkte auf 78% in 2004. Sie spiegelt die oben beschriebenen Entwicklungen in den Erträgen und zinsunabhängigen Aufwendungen wider.

### Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Global Transaction Banking (GTB) für die Geschäftsjahre 2004 und 2003 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar:

in Mio € (außer Prozentangaben)	2004	2003
<b>Erträge</b>	<b>1.893</b>	<b>2.497</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft:</b>		
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	9	2
Zuführungen zu/Auflösungen von (-) Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	1	- 53
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>11</b>	<b>- 51</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen<sup>1</sup>:</b>		
Operative Kostenbasis	1.574	1.743
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	-	-
Restrukturierungsaufwand	28	- 6
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>1.602</b>	<b>1.737</b>
Davon: Abfindungszahlungen	16	66
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>280</b>	<b>811</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>		
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	- 31	- 583
Restrukturierungsaufwand	28	- 6
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>277</b>	<b>222</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	85%	70%
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	85%	91%
Aktiva	16.639	16.709
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	11.097	10.166
Durchschnittliches Active Equity <sup>2</sup>	1.386	1.416
Eigenkapitalrendite in %	20%	57%
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	20%	16%

<sup>1</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

<sup>2</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

Das *Ergebnis vor Steuern* ging im Geschäftsjahr 2004 um 531 Mio € auf 280 Mio € zurück. In 2003 hatten wir wesentliche Teile unseres Global-Securities-Services-Geschäfts (GSS) an die State Street Corporation verkauft, woraus ein Gewinn von 583 Mio € resultierte. In 2004 ergaben sich aus dieser Transaktion weitere Gewinne von 55 Mio €. Ihnen standen Belastungen von 24 Mio €, die den auf GTB entfallenden Verlustanteil aus dem Verkauf von DB Payments darstellten, entgegen. Ohne Berücksichtigung der Ergebnisse aus diesen Verkäufen sanken die Erträge leicht um 51 Mio €, hauptsächlich weil das erste Quartal 2003 noch laufende Erträge aus den veräußerten Geschäftsfeldern enthielt.

Die *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* zeigte in 2004 eine Nettoneubildung von 11 Mio € gegenüber einer Nettoauflösung von 51 Mio € im Jahr 2003.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* lagen mit 1,6 Mrd € um 135 Mio € oder 8% unter dem Vergleichswert von 2003. Sie beinhalteten Restrukturierungsaufwendungen von 28 Mio € für die im vierten Quartal 2004 initiierten Pläne. In 2003 waren 6 Mio € der in 2002 gebildeten Restrukturierungsrückstellungen nach vollständiger Umsetzung der Pläne aufzulösen. Der Rückgang der zinsunabhängigen Aufwendungen spiegelt hauptsächlich die niedrigere Kostenbasis nach der Veräußerung von GSS im ersten Quartal 2003 wider.

Die *Aufwand-Ertrag-Relation* von 85% lag um 15 Prozentpunkte über dem Wert von 2003, primär auf Grund der oben beschriebenen Effekte aus Veräußerungsgewinnen. Nach Bereinigung um diese Gewinne und die Restrukturierungsaufwendungen verbesserte sich die bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation um 6 Prozentpunkte von 91% auf 85%.

### Konzernbereich Private Clients and Asset Management

In der nachstehenden Tabelle sind die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2004 und 2003 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt:

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2004	2003
<b>Erträge:</b>		
Portfolio-/Fund Management	2.526	2.615
Brokeragegeschäft	1.659	1.591
Kredit-/Einlagengeschäft	2.358	2.330
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	915	823
Sonstiges	571	858
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>8.030</b>	<b>8.217</b>
Davon: Zinsüberschuss und Handelsergebnis	2.920	2.814
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft:</b>		
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	264	325
Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 1	- 3
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>263</b>	<b>321</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen<sup>1</sup>:</b>		
Operative Kostenbasis	6.212	6.699
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	50	21
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	1	15
Restrukturierungsaufwand	98	- 1
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	19	-
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>6.380</b>	<b>6.735</b>
Davon: Abfindungszahlungen	101	395
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1.387</b>	<b>1.162</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>		
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	- 8	- 51
Restrukturierungsaufwand	98	- 1
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	19	-
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1.497</b>	<b>1.109</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	79%	82%
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	78%	82%
Aktiva	113.818	124.606
Risikopositionen (BiZ-Risikopositionen)	65.677	63.414
Durchschnittliches Active Equity <sup>2</sup>	6.718	7.225
Eigenkapitalrendite in %	21%	16%
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	22%	15%
Invested Assets (in Mrd €) <sup>3</sup>	828	865

<sup>1</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

<sup>2</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

<sup>3</sup> Die Zahlen wurden entsprechend der überarbeiteten Definition von Invested Assets angepasst. Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessenswährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Nachfolgend erläutern wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management.

### Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2004 und 2003 auf Basis unserer Managementberichtssysteme:

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2004	2003
<b>Erträge:</b>		
Portfolio-/Fund Management (AM)	2.040	2.195
Portfolio-/Fund Management (PWM)	300	281
<b>Portfolio-/Fund Management insgesamt</b>	<b>2.339</b>	<b>2.476</b>
Brokeragegeschäft	668	654
Kredit-/Einlagengeschäft	132	128
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	18	12
Sonstiges	334	559
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>3.491</b>	<b>3.830</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft:</b>		
Zuführungen zu/Auflösungen von (-) Wertberichtigungen für Kreditausfälle	- 6	2
Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-	- 3
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>- 6</b>	<b>- 1</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen<sup>1</sup>:</b>		
Operative Kostenbasis	2.925	3.094
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	50	21
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	1	13
Restrukturierungsaufwand	88	-
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	19	-
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>3.083</b>	<b>3.128</b>
Davon: Abfindungszahlungen	51	78
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>415</b>	<b>702</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>		
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	- 32	- 55
Restrukturierungsaufwand	88	-
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	19	-
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>490</b>	<b>647</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	88%	82%
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	86%	82%
Aktiva	34.945	48.138
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	11.424	12.170
Durchschnittliches Active Equity <sup>2</sup>	5.038	5.694
Eigenkapitalrendite in %	8%	12%
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	10%	11%
Invested Assets (in Mrd €) <sup>3</sup>	679	715

AM – Asset Management

PWM – Private Wealth Management

<sup>1</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

<sup>2</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

<sup>3</sup> Die Zahlen wurden entsprechend der überarbeiteten Definition von Invested Assets angepasst. Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessenswährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management erzielte im Geschäftsjahr 2004 ein *Ergebnis vor Steuern* von 415 Mio €. Der Rückgang um 288 Mio € resultierte unter anderem aus Restrukturierungsaufwendungen von 88 Mio € im vierten Quartal 2004, nicht temporären Wertminderungen von 19 Mio € auf immaterielle Vermögenswerte im Zusammenhang mit der Kündigung von Vermögensverwaltungsverträgen in Großbritannien und niedrigeren Gewinnen aus der Veräußerung von Geschäftsfeldern um 23 Mio €. In 2004 verzeichneten wir Gewinne aus dem Verkauf unseres australischen Immobiliengeschäfts und des Scudder Private Investment Counsel in Höhe von 32 Mio €, während wir in 2003 Gewinne von 55 Mio € aus dem Verkauf des überwiegenden Teils unseres Passive-Asset-Management-Geschäfts verzeichneten. Ohne Berücksichtigung dieser Sonderfaktoren sank das Ergebnis vor Steuern um 158 Mio €. Der Rückgang war vorwiegend auf den Verkauf der Immobilienbeteiligungen an den Global-Real-Estate-Opportunity-Fonds in 2003 zurückzuführen.

In 2004 beliefen sich die *Erträge* auf 3,5 Mrd € und lagen damit um 339 Mio € beziehungsweise 9% unter dem Vorjahreswert. Ursache für diesen Rückgang waren teilweise die oben genannten Faktoren. Zusätzlich sanken unsere Erträge aus dem Portfolio-/Fund Management, was durch die Zunahmen in anderen Ertragskategorien nur teilweise ausgeglichen werden konnte.

Die Erträge aus dem Portfolio-/Fund Management des Geschäftsbereichs Asset Management betrugen 2,0 Mrd € und gingen gegenüber dem Vorjahr um 155 Mio € oder 7% zurück. In diesem Rückgang spiegeln sich die schwierigen Marktbedingungen, insbesondere im Bereich Alternative Assets, die wachsende Stärke des Euro sowie die Effekte aus Nettomittelabflüssen von Invested Assets wider. Der Rückgang konnte teilweise durch den anhaltenden Erfolg unserer deutschen Fondsgesellschaft DWS ausgeglichen werden, die nach einer Erhebung des Bundesverbands Investment und Asset Management e. V. (BVI) ihren Marktanteil an Nettomittelzuflüssen in Investmentfonds auf über 50% ausbaute.

Die Erträge aus dem Portfolio-/Fund Management des Geschäftsbereichs Private Wealth Management stiegen um 18 Mio € oder 7% auf 300 Mio €, vor allem auf Grund der verbesserten Performance bei Vermögensverwaltungsprodukten.

Im Brokeragegeschäft stiegen die Erträge von 668 Mio € um 14 Mio € oder 2%. Die Verbesserung war in erster Linie auf höhere transaktionsbezogene Erträge sowie auf die erfolgreiche Einführung alternativer Investments (insbesondere in Asien) und maßgeschneiderter strukturierter Produkte zurückzuführen. Durch den starken Euro wurden Ertragszuwächse in US-Dollar-Geschäften teilweise kompensiert.

Die Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft in Höhe von 132 Mio € haben sich um 4 Mio € oder 3% vor allem durch den Ausbau des Lombardgeschäfts erhöht. Lombardkredite ermöglichen den Kunden die Optimierung ihrer Portfolioerentabilität.

Die Erträge aus sonstigen Produkten von 334 Mio € waren 225 Mio € oder 40% niedriger als in 2003. Dieser Rückgang stand vor allem im Zusammenhang mit der erwähnten Immobilientransaktion in 2003 und den niedrigeren Gewinnen aus dem Verkauf von Geschäftsfeldern. Des Weiteren trugen niedrigere Ergebnisse aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen, insbesondere im Immobilienbereich, zu dem Rückgang bei.

In 2004 beliefen sich die *zinsunabhängigen Aufwendungen* auf 3,1 Mrd € und lagen trotz der erwähnten Restrukturierungsaufwendungen und der Wertminderung immaterieller Vermögenswerte um 45 Mio € beziehungsweise 1% unter dem Vorjahreswert. Hauptgrund für die Einsparungen waren Reduzierungen in den meisten Personalaufwandskategorien, insbesondere bei Abfindungs- und Bonuszahlungen. Zudem wirkte sich der stärkere Euro positiv auf die zinsunabhängigen Aufwendungen aus.

Die *Aufwand-Ertrag-Relation* betrug in 2004 88%. Der Anstieg von 6 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2003 ist vor allem durch den zuvor erwähnten Rückgang bei den Erträgen, die stärker absanken als die Aufwendungen, begründet.

Die *Invested Assets* gingen in 2004 um 36 Mrd € auf 679 Mrd € zurück. Die Nettomittelabflüsse im Geschäftsbereich Asset Management betrugen in 2004 42 Mrd €. Dies betraf vor allem das institutionelle Geschäft in Großbritannien mit 20 Mrd €, das Retailgeschäft in Nord- und Südamerika mit 6 Mrd € und das institutionelle Geschäft in Asien mit Nettomittelabflüssen mit 5 Mrd €, die zusammen 75% der gesamten Nettomittelabflüsse ausmachten. Der Geschäftsbereich Private Wealth Manage-

ment erzielte Nettomittelzuflüsse von 6 Mrd € vor allem in Asien/Pazifik, der Schweiz und im sonstigen Ausland. Positiven Marktentwicklungen standen negative Effekte wegen des stärkeren Euro entgegen.

### Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2004 und 2003 auf Basis unserer Managementberichts-systeme dar:

in Mio € (Ausnahmen angegeben)	2004	2003
<b>Erträge:</b>		
Portfolio-/Fund Management	187	139
Brokeragegeschäft	991	937
Kredit-/Einlagengeschäft	2.226	2.202
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	898	811
Sonstige	237	299
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>4.539</b>	<b>4.388</b>
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft:</b>		
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	270	322
Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 1	- 1
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>269</b>	<b>322</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen<sup>1</sup>:</b>		
Operative Kostenbasis	3.287	3.605
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	-	2
Restrukturierungsaufwand	10	- 1
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>3.297</b>	<b>3.607</b>
Davon: Abfindungszahlungen	50	317
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>973</b>	<b>459</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>		
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	24	4
Restrukturierungsaufwand	10	- 1
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1.007</b>	<b>462</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	73%	82%
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	72%	82%
Aktiva	78.930	78.477
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	54.253	51.244
Durchschnittliches Active Equity <sup>2</sup>	1.681	1.531
Eigenkapitalrendite in %	58%	30%
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	60%	30%
Invested Assets (in Mrd €) <sup>3</sup>	150	150
Kreditvolumen (in Mrd €) <sup>4</sup>	69	66
Einlagenvolumen (in Mrd €) <sup>4</sup>	63	64

<sup>1</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt).

<sup>2</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

<sup>3</sup> Die Zahlen wurden entsprechend der überarbeiteten Definition von Invested Assets angepasst. Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessenswährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

<sup>4</sup> Die Zahlen wurden entsprechend der überarbeiteten Definition des Geschäftsvolumens der Kunden angepasst.

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients erzielte in 2004 ein um 514 Mio € höheres *Ergebnis vor Steuern* von 973 Mio €. Ohne Berücksichtigung des auf PBC entfallenden Verlusts von

24 Mio € aus dem Verkauf von DB Payments sowie Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 10 Mio € läge der Gewinn vor Steuern über 1,0 Mrd €. Mit diesem Rekordergebnis haben wir in 2004 unser ehrgeiziges Ergebnisziel erreicht. Wir konnten die Eigenkapitalrendite vor Steuern in 2004 auf 58% verbessern und im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppeln.

Die *Erträge* stiegen gegenüber 2003 um 151 Mio € beziehungsweise 3%. Das Wachstum war hauptsächlich auf den Vertrieb von Anlage- und Versicherungsprodukten zurückzuführen, letztere begünstigt durch Änderungen in der deutschen Steuergesetzgebung.

Die Erträge aus dem Portfolio-/Fund Management und dem Brokeragegeschäft stiegen um 47 Mio € beziehungsweise 54 Mio €. Mit erfolgreichen Produktinitiativen wie der Platzierung von Immobilienfonds und dem Angebot strukturierter Produkte konnten wir sowohl unseren Kundenstamm ausweiten als auch die Geschäftsvolumina erhöhen.

Die Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft haben sich vor allem infolge gestiegener Kreditvolumina um 24 Mio € erhöht.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr, der Kontoführung und den übrigen Finanzdienstleistungen stiegen um 87 Mio €, hauptsächlich infolge höherer Erträge aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten, die insbesondere von Änderungen in der deutschen Steuergesetzgebung begünstigt waren.

Die Erträge aus anderen Produkten in Höhe von 237 Mio € in 2004 waren 62 Mio € niedriger als im Vorjahr. Ursächlich dafür war der vorgenannte Verlust von 24 Mio € aus dem Verkauf von DB Payments in 2004, während in 2003 in den Erträgen Gewinne von 55 Mio € aus dem Verkauf von Wertpapieren „Available for Sale“ enthalten waren. Bereinigt um diese Effekte, stiegen die Erträge aus anderen Produkten im Wesentlichen wegen höherer Ergebnisse aus dem Zins- und Liquiditätsmanagement um 18 Mio €.

Die *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* ging in 2004 auf 269 Mio € zurück und spiegelte niedrigere Ausfallquoten in unseren Hypothekenkrediten und bei gewerblichen Ratenkrediten wider.

In 2004 beliefen sich die *zinsunabhängigen Aufwendungen* auf 3,3 Mrd € und lagen um 310 Mio € beziehungsweise 9% unter dem Vorjahreswert. Hauptursache für diesen Rückgang waren um 267 Mio € niedrigere Abfindungszahlungen.

Die *Aufwand-Ertrag-Relation* betrug in 2004 73%. Die deutliche Verbesserung um 9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr reflektiert die niedrigeren Abfindungszahlungen und die gestiegenen Erträge, insbesondere aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten.

Die *Invested Assets* beliefen sich zum 31. Dezember 2004 auf 150 Mrd € und blieben damit gegenüber dem 31. Dezember 2003 unverändert. Bei den einzelnen Anlageformen wurden niedrigere Einlagenvolumina durch höhere Wertpapiervolumina ausgeglichen, deren Wertentwicklung von der Erholung der Kapitalmärkte profitierte.



## Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate Investments für die Geschäftsjahre 2004 und 2003 auf der Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt:

in Mio € (außer Prozentangaben)	2004	2003
<b>Erträge</b>	<b>621</b>	<b>- 921</b>
Davon: Zinsüberschuss und Handelsergebnis	118	- 11
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft:</b>		
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	19	36
Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-	- 2
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>19</b>	<b>35</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen<sup>1</sup>:</b>		
Operative Kostenbasis	414	681
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	- 1	- 31
Restrukturierungsaufwand	3	-
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	114
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>416</b>	<b>763</b>
Davon: Abfindungszahlungen	1	20
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>185</b>	<b>- 1.719</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>		
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	- 38	141
Wesentliche Equity Pick-ups/Nettogewinne (-)/-verluste aus Beteiligungen	- 148	938
Nettoergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“/Industriebeteiligungen inkl. Hedgingaktivitäten	- 176	184
Nettogewinne (-)/-verluste aus der Veräußerung von Gebäuden	- 20	107
Restrukturierungsaufwand	3	-
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	114
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>- 194</b>	<b>- 236</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	67%	N/A
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	174%	152%
Aktiva	16.442	18.987
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	10.242	13.019
Durchschnittliches Active Equity <sup>2</sup>	3.933	4.900
Eigenkapitalrendite in %	5%	- 35%
Bereinigte Eigenkapitalrendite in %	- 5%	- 5%

N/A – Nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt).

<sup>2</sup> Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

Unser Konzernbereich Corporate Investments wies in 2004 ein *Ergebnis vor Steuern* von 185 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 1,7 Mrd € in 2003 aus.

Die *Erträge* beliefen sich in 2004 auf 621 Mio €, was einem Anstieg um 1,5 Mrd € im Vergleich zum Vorjahr entsprach. In 2004 beinhalteten die Erträge Nettogewinne von 176 Mio € aus dem Verkauf von Wertpapieren „Available for Sale“ und aus unserem Industriebeteiligungsportfolio. Die größte Transaktion war die Reduktion unseres Anteils an der DaimlerChrysler AG von 11,8% auf 10,4%, mit der wir einen Gewinn von 118 Mio € erzielten. Der Abbau unserer Beteiligung an der DEUTZ AG von 10,5% auf 4,5% sowie der Verkauf unserer Beteiligungen an der Fresenius AG und der Motor-Columbus AG trugen ebenfalls zu dem Nettogewinn aus Wertpapieren „Available for Sale“ und unserem Industriebeteiligungsportfolio in 2004 bei. Die Erträge in 2003 enthielten Nettoverluste von 184 Mio € aus dem Verkauf von Wertpapieren „Available for Sale“ und aus unserem Industriebeteiligungsportfolio. Diese standen primär im Zusammenhang mit nicht temporären Wertminderungen auf unsere Anteile an EFG

Eurobank Ergasias S.A., Fiat S.p.A. und mg technologies ag sowie mit Verlusten aus Nichthandelsderivaten zur Absicherung unseres Industriebeteiligungsportfolios. Diese Belastungen wurden durch realisierte Gewinne aus der späteren Veräußerung unserer Anteile an EFG Eurobank Ergasias S.A. und mg technologies ag sowie durch Gewinne aus der Reduzierung unserer Beteiligung an der Allianz AG und dem Verkauf unserer Anteile an der HeidelbergCement AG teilweise kompensiert.

In 2004 beinhalteten die Erträge Gewinne von 38 Mio € aus der Veräußerung von bestimmten Geschäftsfeldern, die unser verbliebenes nordamerikanisches Commercial-and-Consumer-Finance-Geschäft betrafen. In 2003 beinhalteten die Erträge Nettoverluste von 141 Mio € aus der Veräußerung von bestimmten Geschäftsfeldern, die im Wesentlichen Tele Columbus und Teile unseres verbliebenen nordamerikanischen Commercial-and-Consumer-Finance-Geschäfts betrafen. Die Erträge in 2004 beinhalteten darüber hinaus Nettogewinne von 20 Mio € aus dem Verkauf von Gebäuden und von 148 Mio € aus wesentlichen Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen und anderen Beteiligungen. Darin enthalten war ein Gewinn von 52 Mio € aus dem Verkauf unserer 49%igen Beteiligung an DSI Financial Solutions Pte Ltd. Die Erträge in 2003 beinhalteten Nettoverluste von 107 Mio € aus dem Verkauf von Gebäuden und Nettoverluste von 938 Mio € aus wesentlichen Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen und anderen Beteiligungen. Darin enthalten war ein Verlust von 490 Mio € für die vollständige Abschreibung unserer at equity bewerteten Beteiligung an der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG. Ertragsmindernd im Vergleich zu 2003 wirkten sich niedrigere Erträge nach der Entkonsolidierung von Center Parcs im ersten Quartal 2003, Tele Columbus im dritten Quartal 2003 und maxblue Americas im ersten Quartal 2004 sowie niedrigere Dividendenerträge infolge des Verkaufs von Industriebeteiligungen aus.

Für die *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* wurden in 2004 19 Mio € gegenüber 35 Mio € in 2003 ausgewiesen. Ursache für den Rückgang um 15 Mio € war die Verringerung unseres Kreditengagements im verbleibenden Teil unseres Financial-Services-Geschäfts in Nordamerika.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* gingen in 2004 auf 416 Mio € nach 763 Mio € in 2003 zurück. Die Verringerung war vor allem auf den Verkauf der oben genannten Geschäftsaktivitäten zurückzuführen. Die zinsunabhängigen Aufwendungen spiegelten eine Reihe von negativen Faktoren wider wie zum Beispiel Belastungen von 173 Mio € für nicht mehr benötigte Büroflächen infolge des Stellenabbaus und des Verkaufs von Geschäftsfeldern. In 2003 beliefen sich vergleichbare Aufwendungen auf 174 Mio €. Zudem enthielten die zinsunabhängigen Aufwendungen in 2003 eine nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill von 114 Mio € als Folge von Entscheidungen hinsichtlich des provisionsgenerierenden Private-Equity-Geschäfts.

Am Ende des Geschäftsjahres 2004 betrug der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios im Konzernbereich Corporate Investments 1,6 Mrd €. Davon entfielen 38% auf direkte Private-Equity-Beteiligungen, 27% auf Beteiligungen im Immobilienbereich und 35% auf indirekte Private-Equity- und andere Beteiligungen. Wir werden dieses Portfolio weiterhin vierteljährlich auf potenzielle Wertminderungen überprüfen. Sollten sich die Bedingungen an den internationalen Märkten für Aktien und hochverzinsliche Titel verschlechtern, können wir zu der Einschätzung kommen, dass weitere Abschreibungen und Wertanpassungen erforderlich sind.

### **Consolidation & Adjustments**

Weitere Informationen zu Consolidation and Adjustments sind in Note [28] des Konzernabschlusses enthalten.

## Außerbilanzielle Transaktionen mit nicht konsolidierten Gesellschaften

Bestimmte Geschäftsaktivitäten werden durch Vereinbarungen mit nicht konsolidierten Gesellschaften durchgeführt. Im Rahmen dieser Vereinbarungen gewähren wir gegebenenfalls finanzielle Unterstützung oder können anderweitig einem Verlustrisiko ausgesetzt sein, insbesondere durch herausgelegte Garantien oder das Behalten nachrangiger Tranchen an verbrieften Forderungen. Der Zweck, die Risiken und die Auswirkungen dieser Vereinbarungen sind im Folgenden beschrieben. Dazu verweisen wir auch auf die in Note [31] des Konzernabschlusses dargestellten Erläuterungen zu ausstehenden Garantien und im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit eingegangenen Verpflichtungen im Kreditgeschäft, durch die außerbilanzielle Kreditrisiken entstehen.

Wir stellen finanzielle Unterstützung im Rahmen von außerbilanziellen Transaktionen, hauptsächlich in Verbindung mit der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitization), Commercial-Paper-Programmen, Gewerbeimmobilien-Leasinggesellschaften und Investmentfonds mit Wertgarantie, die wir nicht konsolidieren, bereit. Nach der Einführung von FIN 46 und FIN 46(R) wurden einige dieser Aktivitäten konsolidiert, andere werden weiterhin nicht konsolidiert. Zu näheren Erläuterungen verweisen wir auf Note [2] des Konzernabschlusses, in der Informationen zur Erstanwendung von FIN 46 und FIN 46(R) gegeben werden. Im Folgenden gehen wir nur auf die nicht konsolidierten Teile dieser Aktivitäten ein. Zu näheren Erläuterungen verweisen wir auf Note [9] des Konzernabschlusses, in der Informationen zu den konsolidierten und unkonsolidierten Teilen dieser Aktivitäten gegeben werden.

Wir können finanzielle Unterstützung im Zusammenhang mit der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitization) gewähren, indem wir eine nachrangige Tranche an den verbrieften Forderungen behalten. Im Rahmen der Verbriefung von Forderungen verkaufen wir Finanzaktiva an eine Zweckgesellschaft, die den Kauf durch die Ausgabe von Schuldtiteln (Asset-backed Securities) an Anleger refinanziert. Nach erfolgtem Verkauf haben wir keine Kontrolle über die Zweckgesellschaft und weder wir noch unsere Gläubiger haben einen Anspruch auf die veräußerten Forderungen. Analog dazu können weder die Anleger noch die Zweckgesellschaft Rückgriff auf unsere sonstigen Vermögenswerte nehmen, falls die Verpflichtungen aus den veräußerten Forderungen in Verzug geraten. Asset-backed Securities sind für Anleger wegen der Größe und Liquidität des Markts attraktiv, der für Unternehmen und Verbraucher niedrigere Finanzierungskosten und eine hohe Verfügbarkeit von Krediten bietet.

Die im Rahmen dieser Transaktionen eingesetzten Zweckgesellschaften sind nur begrenzt Liquiditätsrisiken ausgesetzt, da die Auszahlungen zu Gunsten der Anleger direkt an die eingehenden Zahlungen aus den Vermögenswerten der Zweckgesellschaften gekoppelt sind. Veränderungen unserer eigenen Bonität oder Finanzlage betreffen daher die Zweckgesellschaft nicht. Ein unvorhergesehenes Nachlassen der Anlegernachfrage nach Asset-backed Securities könnte uns dazu bewegen, künftig weniger zur Verbriefung verwendbare Kredite zu vergeben. Wir sind jedoch nicht von der Verbriefung von Forderungen als Finanzierungsquelle abhängig. Folglich würde eine solche Marktveränderung zu keinem signifikanten zusätzlichen, nicht bereits in unseren Risikoanalysen berücksichtigten Liquiditätsrisiko führen. Sofern wir von einer Zweckgesellschaft begebene erstrangige oder nachgeordnete Schuldtitel im Bestand haben, entsteht ein Kreditrisiko, das wir in unsere Kreditrisikobeurteilungen oder Marktbewertungen einbeziehen. Note [9] des Konzernabschlusses enthält weitere Informationen über die Höhe der von uns gehaltenen Tranchen der Forderungsverbriefungen und das Volumen dieser Aktivitäten.

Durch Commercial-Paper-Programme können Dritte ihre Finanzaktiva verbrieft. Bei Commercial-Paper-Programmen agieren wir lediglich als Verwalter und verbrieft unsere eigenen Vermögenswerte damit nicht. In dieser Eigenschaft arrangieren wir den Verkauf von Krediten, sonstigen Forderungen oder Wertpapieren von Dritten an eine Zweckgesellschaft („Special Purpose Entity“, SPE). Darüber hinaus unterstützen wir die Übertragung der in diesem Zusammenhang als Sicherheiten Dritter gegenüber der SPE dienenden Kredite und Wertpapiere. Die SPE emittiert die so besicherten Commercial Paper am Markt. Weiterhin ist es dem Commercial-Paper-Emittenten untersagt, Kreditforderungen von uns zu erwerben oder uns Kredite zu gewähren. Die Ratingagenturen klassifizieren solche Commercial Paper auf Grund der Unterstützung von Finanzinstituten bei der Bereitstellung von Sicherheiten und Krediten in der Regel in der höchsten kurzfristigen Kategorie.

Im Gegensatz zu Zweckgesellschaften zur Verbriefung stellen Commercial-Paper-Programme ein Liquiditätsrisiko dar, da das Commercial Paper kurzfristig begeben wird, während die Aktiva des Emittenten längerfristiger Natur sind. Wir übernehmen dieses Risiko in den Fällen, in denen wir dem Emittenten eine Kreditlinie einräumen. Im Jahr 2003 ist eine Methodik zur Integration dieser Eventualverbindlichkeiten in unser Regelwerk für Liquiditätsrisiken (einschließlich Stresstests) entwickelt und von dem Group Asset and Liability Committee genehmigt worden.

Im Rahmen dieser Programme können wir auch Vermögenswerte des Emittenten garantieren. Wegen der Übernahme des „First Loss“ durch Dritte, die ihre Forderungen an die SPE verkauft haben, ergibt sich für uns ein sekundäres Kreditrisiko.

Wir unterstützen Gewerbeimmobilien-Leasinggesellschaften und geschlossene Fonds, bei denen Drittinvestoren erstrangige Finanzierungsmittel für den Kauf von Gewerbeimmobilien bereitstellen, die wiederum an Dritte vermietet werden. In der Regel stellen wir hierbei eine nachrangige Finanzierung bereit, wodurch wir einem Immobilienrisiko ausgesetzt sind. Für unsere Verwaltungstätigkeit erhalten wir eine Provision.

Im Fall von Investmentfonds mit Wertgarantie, die von uns verwaltet werden, wird der Wert der Fondsanteile garantiert. Diese Investmentfonds wurden gegründet, um für die Anleger in diesen Fonds Erträge zu erwirtschaften.

Der Umfang der von uns bei bestimmten dieser Transaktionen zur Verfügung gestellten Unterstützung wird in Note [9] des Konzernabschlusses bei der Offenlegung des maximalen Verlustpotenzials des Konzerns infolge der Beteiligung an Variable Interest Entities aufgeführt, an denen der Konzern maßgeblich beteiligt ist, die er aber nicht konsolidiert. Die hieraus entstehenden Risiken beziehen wir in unsere allgemeine Betrachtung von Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiken ein.

## Überblick zu vertraglichen Verpflichtungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die am 31. Dezember 2004 bestehenden, aber noch nicht fälligen Barleistungsverpflichtungen aus spezifischen vertraglichen Vereinbarungen:

Vertragliche Verpflichtungen in Mio €	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1–3 Jahre	3–5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten	106.870	15.032	24.781	25.802	41.255
Finanzleasingverpflichtungen	1.037	73	366	92	506
Operating-Lease-Verpflichtungen	3.028	533	816	569	1.110
Kaufverpflichtungen	4.000	762	1.163	823	1.252
Langfristige Einlagen	25.370	–	8.097	7.227	10.046
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	10.748	271	2.034	1.003	7.440
<b>Insgesamt</b>	<b>151.053</b>	<b>16.671</b>	<b>37.257</b>	<b>35.516</b>	<b>61.609</b>

Operating-Lease-Verpflichtungen sind nicht um die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 682 Mio € gekürzt. Kaufverpflichtungen stellen Mindestzahlungsverpflichtungen aus langfristigen Immobiliengeschäften und Outsourcingverträgen dar, bei denen Zahlungen in Höhe von jährlich mindestens 10 Mio € oder in Höhe von mindestens 15 Mio € über die gesamte Vertragslaufzeit zu leisten sind. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Die sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten umfassen hauptsächlich Verpflichtungen zum Erwerb Eigener Aktien sowie Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft. Diese Rückstellungen sind in der Spalte „Mehr als 5 Jahre“ ausgewiesen, da sie ihrem Wesen nach langfristig sind und die tatsächlichen Zahlungstermine im Einzelnen noch nicht feststehen. Weitere Informationen finden sich in den Erläuterungen (Notes) des Konzernabschlusses: Note [11] zu Leasingverpflichtungen, Note [15] zu Einlagen, Note [17] zu langfristigen Verbindlichkeiten, Note [18] zur Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien und Note [24] zu Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft.

## Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen

Der vorliegende Konzernabschluss wurde nach US GAAP erstellt. Die in Note [1] des Konzernabschlusses dargelegten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind für das Verständnis unseres Geschäftsergebnisses und der Finanzlage des Konzerns von maßgeblicher Bedeutung. Die Anwendung einiger dieser Rechnungslegungsgrundsätze erfordert wesentliche Einschätzungen, die auf komplexen subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen. Da sich diese Einschätzungen auf zukünftige Ereignisse beziehen können, deren Auswirkungen sich nicht mit Sicherheit vorhersagen lassen, können sie in den einzelnen Rechnungsperioden abweichen, wenn sich die zu Grunde gelegten Bedingungen ändern. Diese Einschätzungen können sich erheblich auf die Finanzlage auswirken oder die Finanzlage selbst beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen, wenn sich die jeweiligen Umstände und zu Grunde liegenden Bedingungen ändern.

Die Auswahl der als wesentlich zu betrachtenden Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen wird mit dem Prüfungsausschuss abgestimmt. Wir haben die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

### Bestimmung des Fair Value

Bestimmte Finanzaktiva und -passiva werden mit ihrem Fair Value bilanziert. Darunter fallen zu Handelszwecken gehaltene Aktiva und Passiva, nicht zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Wertpapiere „Available for Sale“ und von spezifischen Investmentgesellschaften gehaltene Beteiligungen. Des Weiteren werden nicht marktgängiger Anteilsbesitz und Beteiligungen an Venture-Capital-Gesellschaften, auf die der Konzern weder einen kontrollierenden Einfluss ausübt noch an diesen maßgeblich beteiligt ist, zu historischen Anschaffungskosten ausgewiesen, vermindert um den Rückgang des Fair Value unter die Anschaffungskosten, soweit der Rückgang nicht als temporär anzusehen ist. Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum Verkauf bestimmt sind, werden nach dem Niederstwertprinzip (LOCOM) angesetzt.

Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, voneinander unabhängigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Wir erachten diese Einschätzungen als wesentlich, da die ermittelten Fair Values von den tatsächlich realisierbaren Werten abweichen können. Dies gilt insbesondere für den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities, da dieser mit bestimmten OTC-Derivaten handelt, von denen einige lange Laufzeiten oder komplexe Strukturen aufweisen, die mit Hilfe von Modellen bewertet werden. Ferner sind solche Einschätzungen für den Konzernbereich Corporate Investments wesentlich, der unter anderem nicht aktiv gehandelte Anteile hält.

### Methoden zur Bestimmung des Fair Value

Börsenkurse sind in liquiden Märkten die verlässlichste Messgröße für den Fair Value. Die meisten der von uns zum Fair Value ausgewiesenen Wertpapiere basieren auf Börsenkursen. Für bestimmte Instrumente, Finanzanlagen und Geschäfte liegen jedoch gegebenenfalls keine Kursnotierungen vor. Dies betrifft zum Beispiel zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft, außerbörslich gehandelte Kontrakte, Anteile an Venture-Capital-Gesellschaften und nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere.

Die Fair Values von Finanzaktiva und -passiva werden, falls Börsenkurse nicht verfügbar sind, nach der Discounted-Cashflow-Methode, auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen oder anderen Bewertungsmodellen ermittelt. Die Discounted-Cashflow-Methode basiert auf geschätzten zukünftigen Cashflows und zu Grunde gelegten Abzinsungsfaktoren. In Bewertungen auf Basis von Finanzmodellen gehen Parameter wie Zeitwerte, Zinsstrukturkurven, Volatilitäts- und Korrelationsfaktoren, vorzeitige Tilgungen, Ausfallquoten, die Verlusthöhe sowie die aktuellen Markt- und Transaktions-

preise der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente, ein. Das Verfahren zur Bewertung von Finanzinstrumenten zum Fair Value beinhaltet die Berichtigung der Preise und der nach dem Bewertungsmodell ermittelten Ergebnisse um Faktoren wie Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken.

Können Finanzinstrumente wegen fehlender Marktpreise nur subjektiv bewertet werden, sind vom Management entsprechende Beurteilungen und Annahmen zu treffen. Werden beispielsweise Preise oder Modellparameter für vergleichbare Finanzinstrumente verwendet, ist zu prüfen, ob adäquate Anpassungen für abweichende Bonitätsrisiken, Liquiditätsrisiken oder sonstige Faktoren vorzunehmen sind. Basiert der Fair Value nicht auf objektiv ermittelten Marktpreisen oder Modellparametern, wird der an dem betreffenden Handelstag verzeichnete Gewinn oder Verlust abgegrenzt.

### **Interne Fair-Value-Kontrollen**

Um eine möglichst angemessene Bewertung zu erreichen, haben wir interne Kontrollmechanismen in die Bewertungsprozesse eingebaut. Die Kontrolle von Preis- und Parametereingaben ist ein wichtiges Instrument für die Bewertung von Finanzinstrumenten im Front Office, die entweder durch unabhängige Preissetzung, unabhängige Preisüberprüfung oder alternative Verfahren erfolgt.

*Eine unabhängige Preissetzung* erfolgt in den Fällen, in denen die Preise oder Modellparameter direkt durch den Bereich Controlling aus Marktinformationsquellen bezogen werden. Es handelt sich hierbei um die bevorzugte Bewertungskontrolle und Controlling prüft fortlaufend die Datenqualität einschließlich der automatisierten Überprüfung veralteter oder fehlender Preise.

Werden Preise und Parameter vom Front Office eingegeben, nimmt Controlling eine *unabhängige Überprüfung der Daten* anhand verfügbarer unabhängiger Marktquellen vor.

Der größte Teil des vom Konzern gehaltenen Handelsportfolios (einschließlich Wertpapieren und Derivaten) und das „Available for Sale“-Portfolio werden unabhängigen Preissetzungs- bzw. Überprüfungsverfahren unterzogen.

Fehlen am Markt beobachtbare Preis- oder Parameterangaben, wird die Angemessenheit des Fair Value anhand *alternativer Verfahren* geprüft. Diese Verfahren beinhalten die Prüfung der Bewertungsergebnisse mit Hilfe geeigneter alternativer Instrumente, die Durchführung von Sensitivitätsanalysen und die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Diese Verfahren müssen der Beurteilung des Managements entsprechend durchgeführt werden.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die tägliche Prüfung und Analyse von Gewinnen und Verlusten, die Validierung von Bewertungsergebnissen durch Ermittlung des Close-out-Gewinns beziehungsweise -Verlusts sowie Value-at-risk Back-testing. Weitere Angaben zu unserer Value-at-risk-Analyse finden sich im Risikobericht. Soweit der Fair Value auf Bewertungsmodellen basiert, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam aus dem Bereich Controlling unabhängig geprüft.

### **Risikovorsorge im Kreditgeschäft**

Die ausgewiesene Risikovorsorge entspricht unserer Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste in unserem Kreditportfolio. Die Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen durch das Management sowie die Nutzung von Annahmen. Zu den Komponenten der Wertberichtigung für Kreditausfälle zählen spezifische und inhärente Verlustkomponenten. Letztere bestehen aus der Länderwertberichtigung, der Wertberichtigung für standardisierte homogene Kleinkredite sowie aus den sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken. Wir erachten die Bemessung der Wertberichtigung für Kreditausfälle als eine wesentliche Einschätzung, da die zu Grunde liegenden Annahmen über spezifische und inhärente Verlustkomponenten sich im Zeitablauf ändern können. Diese Änderungen können sich erheblich auf das Ergebnis des Konzerns auswirken. Die Bestimmung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle ist eine wesentliche Einschätzung im Rahmen der Rechnungslegung der Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities sowie Private & Business Clients.

Die spezifische Verlustkomponente umfasst Wertberichtigungen für Kredite, bei denen das Management es als wahrscheinlich erachtet, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen geleistet werden. Bei der Festsetzung der spezifischen Verlustkomponente, die den

überwiegenden Teil unserer Kreditvorsorge bildet, sind verschiedene Faktoren zu berücksichtigen. Zu diesen Faktoren zählen unter anderem die Finanzkraft unserer Kunden, die erwarteten zukünftigen Cashflows, der Fair Value der zu Grunde liegenden Sicherheiten oder die Marktpreise der Kredite. Alle Kreditengagements, für die bereits Einzelwertberichtigungen bestehen, sowie die auf unserer Watchlist geführten Engagements werden regelmäßig einer Neubewertung unterzogen. Als Folge werden unsere Annahmen entweder bestätigt oder basierend auf der Neubewertung angepasst.

Die inhärente Verlustkomponente wird unter anderem auf der Basis von Einschätzungen zu historischen Ausfallquoten sowie politischen, wirtschaftlichen und sonstigen relevanten Faktoren ermittelt. Wir legen unsere Länderwertberichtigungen unter Einbezug von historischen Erfahrungswerten und von die Finanzlage eines Landes beeinflussenden aktuellen Marktdaten fest. Unser Portfolio standardisierter homogener Kleinkredite wird bezüglich inhärenter Verluste auf zusammengefasster Basis bewertet, wobei bei der Ermittlung der Wertberichtigung für jede Produktkategorie spezifische Erfahrungswerte wie Stand des Zahlungsverzugs und Liquidationserlöse für Sicherheiten einbezogen werden. Die Wertberichtigung für inhärente Risiken stellt unsere Schätzung der noch nicht individuell identifizierten inhärenten Verluste im Portfolio dar und spiegelt die Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bei der Einschätzung der Kreditrisikoversorge wider.

Wesentliche Änderungen in jedem dieser Faktoren könnten sich erheblich auf die Ertrags- und Finanzlage des Konzerns auswirken. Wenn beispielsweise die erwarteten zukünftigen Cashflows, auf deren Basis wir die spezifische Verlustkomponente ermittelt haben, von den tatsächlichen Cashflows abweichen, kann dies zu zusätzlichem Wertberichtigungsbedarf für Kreditausfälle führen. Des Weiteren kann sich die erwartete Finanzkraft eines Kunden ändern, beispielsweise auf Grund veränderter weltwirtschaftlicher Bedingungen oder zusätzlicher Informationen über den Kunden, die zum Zeitpunkt der Beurteilung noch nicht vorlagen. In solchen Fällen sind unsere Einschätzungen unter Umständen anzupassen und zusätzliche Wertberichtigungen für Kreditausfälle zu bilden.

Für das Geschäftsjahr 2004 wurden Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Höhe von 372 Mio € gebildet (2003: 1,1 Mrd €).

Im Risikobericht sowie in den Notes [7] und [8] des Konzernabschlusses werden die Wertberichtigungen für Kreditausfälle näher erläutert.

### **Wertminderung (Impairment) anderer Vermögenswerte**

Bestimmte Vermögenswerte wie zum Beispiel Anteile an at equity bewerteten Unternehmen, sonstige Finanzanlagen (einschließlich Anteilen an Venture-Capital-Gesellschaften und nicht marktgängigen nicht festverzinslichen Wertpapieren), Wertpapiere „Available for Sale“, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte unterliegen einer Werthaltigkeitsprüfung. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst, wenn nach unserer Einschätzung ein Vermögensgegenstand einen nicht nur temporären Rückgang des Fair Value zu verzeichnen hat oder dessen Bilanzwert möglicherweise nicht realisierbar sein wird. Auf der Grundlage unserer Werthaltigkeitsprüfungen für diese Aktiva erfassten wir Wertminderungen in Höhe von insgesamt 135 Mio € in 2004 und 1,5 Mrd € in 2003. Weitere Abschreibungen für Wertminderungen können erforderlich werden, wenn zum Beispiel ungünstige Marktbedingungen auf eine Verschlechterung der Werthaltigkeit oder einen Rückgang des Fair Value eines Vermögenswerts hinweisen. Wann eine Wertminderung als nicht nur temporär einzustufen ist und/oder die Bestimmung ihrer Höhe unterliegt in erheblichem Umfang einer individuellen Beurteilung.

Die Werthaltigkeit von Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen, übrigem Anteilsbesitz und Wertpapieren „Available for Sale“ wird quartalsweise überprüft. Zusätzliche Prüfungen erfolgen bei Eintritt bestimmter Ereignisse, die auf eine Beeinträchtigung der Werthaltigkeit hinweisen. Anzeichen hierfür können die Entwicklung einer Branche oder einer geografischen Region beziehungsweise Informationen zur Finanzlage des Unternehmens wie die Herabstufung von dessen Kreditwürdigkeit sein. Wenn spezifische Informationen unter Umständen erst nach Abschluss unserer Wertermittlung verfügbar werden, können zukünftig Abschreibungen für Wertminderungen, die als nicht temporär zu beurteilen sind, erforderlich werden. Diese Beurteilungen erachten wir als wesentlich, da sich die Einschätzungen der Wertminderungen im Zeitablauf und in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen verändern können. Unseren Werthaltigkeitsprüfungen für at equity bewertete Unternehmen, übrigen Anteilsbesitz und Wertpapiere „Available for Sale“ entsprechend erfassten wir Wertminderungen in

Höhe von insgesamt 96 Mio € in 2004 und 1,3 Mrd € in 2003. Weitere Informationen über Wertpapiere „Available for Sale“ sind in Note [5] und über Anteile an at equity bewerteten Unternehmen und übrigen Anteilsbesitz in Note [6] des Konzernabschlusses enthalten.

Die Werthaltigkeit von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten wird jährlich überprüft. Darüber hinaus wird bei Eintritt bestimmter Ereignisse, die den Wert dieser Aktiva beeinträchtigt haben könnten (beispielsweise Verschlechterung des Geschäftsklimas), eine Werthaltigkeitsprüfung vorgenommen. Der im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung ermittelte Fair Value erfordert Beurteilungen und Annahmen auf Basis von Börsenkursen, verfügbaren Preisen für vergleichbare Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsmethoden oder auf Basis einer Kombination dieser Bewertungsverfahren. Wir erachten diese Einschätzung als wesentlich, da durch Änderungen in den zu Grunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können. Zum 31. Dezember 2004 betrug der Goodwill 6,4 Mrd € und zum 31. Dezember 2003 6,7 Mrd €, wobei die sonstigen immateriellen Vermögenswerte zum Jahresende jeweils mit 1,1 Mrd € ausgewiesen wurden. Die Beurteilung der Werthaltigkeit dieser Aktiva erfordert wesentliche Einschätzungen in mehreren Unternehmensbereichen. Im Geschäftsjahr 2004 wurde im Anschluss an die Kündigung einiger Vermögensverwaltungsverträge eine Wertminderung in Höhe von 19 Mio € auf immaterielle Vermögenswerte im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management erfasst. Im Geschäftsjahr 2003 wurde im Anschluss an eine Werthaltigkeitsprüfung eine Wertminderung auf Goodwill in Höhe von 114 Mio € erfasst. Zuvor waren bestimmte Bereiche des provisionsgenerierenden Private-Equity-Geschäfts auf den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management übertragen worden. Weitere Informationen zum Goodwill sind in Note [12] des Konzernabschlusses enthalten.

#### **Wertberichtigungen latenter Steueransprüche**

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte aus Differenzen zwischen den im US GAAP-Abschluss angesetzten Bilanzwerten der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten und deren steuerlich maßgeblichen Wertansätzen, aus Verlustvorträgen und Steuergutschriften gebildet. Zum 31. Dezember 2004 und 31. Dezember 2003 beliefen sich unsere konsolidierten latenten Steueransprüche auf 24,7 Mrd € beziehungsweise 15,6 Mrd € und unsere konsolidierten latenten Steuerverbindlichkeiten auf 22,3 Mrd € beziehungsweise 12,3 Mrd €. Wir weisen eine Wertberichtigung für aktive latente Steuern aus, wenn deren Realisierbarkeit auf Basis der verfügbaren maßgeblichen Informationen nicht wahrscheinlich ist. Die Festsetzung der Wertberichtigung erfordert wesentliche Beurteilungen und Annahmen seitens des Managements. Zur Festsetzung der Wertberichtigung stützen wir uns auf historische und auf der Basis genehmigter Geschäftspläne zukünftig erwartete Ergebnisse unserer Geschäftstätigkeit. Dies umfasst auch eine Überprüfung der betreffenden Verlustvorträge, der Steuerplanungsstrategien und sonstiger relevanter Aspekte. In jedem Geschäftsquartal werden unsere im Rahmen der vorzunehmenden Wertberichtigungen getroffenen Einschätzungen einschließlich der Annahmen hinsichtlich unserer künftigen Rentabilität einer Neubewertung unterzogen. Zum 31. Dezember 2004 und 31. Dezember 2003 betrug die Höhe der Wertberichtigungen 888 Mio € beziehungsweise 964 Mio €.

Wir erachten die im Rahmen der vorzunehmenden Wertberichtigungen latenter Steueransprüche getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzung, da sich die zu Grunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse unserer Geschäftstätigkeit könnten eine Veränderung der Wertberichtigung latenter Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zu Lasten des Ertragsteueraufwands in der Periode ausgewiesen, in der eine solche Feststellung getroffen wird.

Als Ergebnis der Überprüfung der oben erläuterten Faktoren im Zusammenhang mit der angemessenen Höhe der Wertberichtigungen erfassten wir in unserem Ertragsteueraufwand zum 31. Dezember 2004 insgesamt einen Steuerertrag in Höhe von 7 Mio € und zum 31. Dezember 2003 einen Steueraufwand von etwa 99 Mio €. Der Steuerertrag in 2004 war vor allem auf die verbesserte Einschätzung der Nutzung bestehender Verlustvorträge und Steuergutschriften zurückzuführen, die den künftigen Steueraufwand senken werden.



Weitere Informationen zu latenten Steuern und den Wertberichtigungen latenter Steueransprüche sind in Note [26] des Konzernabschlusses enthalten.

### **Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie Steuerprüfungen**

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Wertberichtigungs- bzw. Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie für Nachforderungen aus Steuerprüfungen wichtig. Wir bemessen potenzielle Risiken aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie Steuerprüfungen und den entsprechenden Wertberichtigungsbedarf, soweit solche Verluste wahrscheinlich eintreten und bestimmbar sind, nach Maßgabe von SFAS No. 5, „Accounting for Contingencies“. Solche Schätzungen erfordern wesentliche Beurteilungen und unsere endgültigen Verbindlichkeiten können letztendlich erhebliche Abweichungen aufweisen.

Unsere gesamten Verbindlichkeiten aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren werden auf Einzelfallbasis ermittelt und entsprechen unserer Einschätzung wahrscheinlicher Verluste nach der Berücksichtigung von Faktoren wie unter anderem dem jeweiligen Verfahrensfortschritt, unseren eigenen Erfahrungen und den Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen sowie den Gutachten und Meinungen von Rechtsberatern. In Anbetracht der Schwierigkeit, das Ergebnis gerichtlicher Auseinandersetzungen vorherzusagen, insbesondere bei Klagen auf hohen oder unbezifferten Schadensersatz, können wir den Verlust oder Verlustumfang nicht abschätzen, wenn nur eine hinreichende Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines tatsächlichen Verlusts besteht. Weitere Informationen zu gerichtlichen, aufsichtsbehördlichen und Schiedsverfahren sind in Note [34] des Konzernabschlusses enthalten.

### **Neuere Entwicklungen in der Rechnungslegung**

#### **EITF 04-8**

Im Oktober 2004 hat das Financial Accounting Standards Board (FASB) den erzielten Konsens zu Emerging Issues Task Force (EITF) Issue No. 04-8, „The Effect of Contingently Convertible Debt on Diluted Earnings Per Share“ („EITF 04-8“), bestätigt. EITF 04-8 sieht vor, dass Schuldtitel mit bedingten Wandlungsrechten in das Ergebnis je Aktie (verwässert) unabhängig vom Eintreten der Wandlungsbedingungen einzubeziehen sind, sofern sie verwässernd wirken. EITF 04-8 ist auf nach dem 15. Dezember 2004 endende Berichtsperioden anzuwenden und sieht aus Gründen der Vergleichbarkeit vor, die für vorhergehende Perioden ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie rückwirkend anzupassen. Die Erstanwendung von EITF 04-8 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss.

#### **EITF 02-14**

Im Juli 2004 hat das FASB den erzielten Konsens zu EITF Issue No. 02-14, „Whether an Investor Should Apply the Equity Method of Accounting to Investments Other than Common Stock“ („EITF 02-14“), bestätigt. EITF 02-14 urteilt, dass ein Investor, der einen maßgeblichen Einfluss auf ein Beteiligungsunternehmen ausüben kann, nur dann die Equitymethode anwenden sollte, wenn er in Stammaktien investiert hat und/oder die gehaltenen Anteile substantiell Stammaktien darstellen. EITF 02-14 legt fest, unter welchen Voraussetzungen gehaltene Anteile substantiell Stammaktien darstellen, beinhaltet jedoch keine Änderung der derzeitigen Vorschriften für die Beurteilung der Fähigkeit eines Investors, maßgeblichen Einfluss auf ein Beteiligungsunternehmen auszuüben. Der zu EITF 02-14 erzielte Konsens gilt für nach dem 15. September 2004 beginnende Berichtszeiträume. Die Erstanwendung von EITF 02-14 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss.

**FSP 106-2**

Im Mai 2004 veröffentlichte das FASB die Staff Position No. 106-2, „Accounting and Disclosure Requirements Related to the Medicare Prescription Drug, Improvement and Modernization Act of 2003“ („FSP 106-2“), welche die im Januar 2004 veröffentlichte FSP 106-1 ablöste. Mit diesem am 8. Dezember 2003 in Kraft getretenen Gesetz wurden in den USA Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente sowie Subventionen für Unternehmen beschlossen, die ihren Pensionären Gesundheitsfürsorgepläne anbieten, welche eine Leistung darstellen, die versicherungsmathematisch mindestens der im Rahmen des Gesetzes zu gewährenden Leistung entspricht. FSP 106-2, welche auf die nach dem 15. Juni 2004 beginnende Berichtsperiode anzuwenden ist, enthält verbindliche Vorschriften für die Bilanzierung der Effekte dieses Gesetzes sowie Offenlegungsvorschriften für die darin vorgesehenen staatlichen Leistungen. Wir haben festgestellt, dass die Effekte aus diesem Gesetz keine signifikanten Auswirkungen haben, die eine unterjährige Neubewertung der Verpflichtung gemäß den Vorschriften von SFAS No. 106, „Employers' Accounting for Postretirement Benefits Other Than Pensions“, erfordern würden. Infolgedessen reflektieren, wie in FSP 106-2 zugelassen, die Gesamtaufwendungen aus sonstigen Versorgungszusagen für das Geschäftsjahr 2004 nicht die Auswirkungen aus diesem Gesetz. Die Leistungsverpflichtung (APBO) für die betroffenen Versorgungszusagen wurde zum 30. September 2004 neu bewertet, um die Effekte aus diesem Gesetz zu berücksichtigen. Daraus ergab sich ein Rückgang der APBO um ungefähr 36 Mio €.

**FSP 129-1**

Im April 2004 veröffentlichte das FASB die Staff Position No. 129-1, „Disclosure Requirements under FASB Statement No. 129, Disclosure of Information about Capital Structure, Relating to Contingently Convertible Securities“ („FSP 129-1“). FSP 129-1 sieht vor, dass die Offenlegungsvorschriften nach Maßgabe von Statement 129 auf alle bestehenden sowie neu begebenen Wertpapiere mit bedingten Wandlungsrechten sowie auf deren potenziell verwässernde Auswirkungen auf das Ergebnis je Aktie anzuwenden sind. Die Anwendung der Offenlegungsvorschriften von FSP 129-1 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss.

**EITF 03-6**

Im März 2004 hat das FASB den erzielten Konsens zu EITF Issue No. 03-6, „Participating Securities and the Two-Class Method under FASB Statement No. 128, Earnings Per Share“ („EITF 03-6“), bestätigt. EITF 03-6 definiert, welche Charakteristika ein Wertpapier mit Ergebnisanteilsrechten (Participating Securities) aufzuweisen hat, und schreibt vor, dass nach Begebung dieser Wertpapiere das Ergebnis je Aktie nach der Zweiklassenmethode zu berechnen ist. Nach Maßgabe von EITF 03-6, der am 1. April 2004 wirksam wurde, sind die für vorhergehende Perioden ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie rückwirkend anzupassen. Die Erstanwendung von EITF 03-6 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss.

**SAB 105**

Mit Wirkung zum 1. April 2004 wendet der Konzern das Staff Accounting Bulletin No. 105, „Application of Accounting Principles to Loan Commitments“ („SAB 105“), an. SAB 105 stellt die Anforderungen an die Bewertung von Kreditzusagen klar, die gemäß SFAS 133 als Derivate zu behandeln sind. Die Erstanwendung von SAB 105 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss.

**FIN 46(R) (überarbeitet im Dezember 2003)**

Mit Wirkung zum 31. März 2004 wenden wir die überarbeitete Version der FIN 46, „Consolidation of Variable Interest Entities, an Interpretation of ARB No. 51“ („FIN 46(R)“), an. Das FASB modifizierte FIN 46 dahingehend, dass bestimmte technische Korrekturen vorgenommen wurden und spezifischen Implementierungsaspekten Rechnung getragen wurde. Die Erstanwendung von FIN 46(R) führte zu einer Entkonsolidierung von Investmentfonds mit Wertgarantie, woraus sich eine Reduzierung der Bilanzsumme um 12,5 Mrd € ergab. Die Erstanwendung hatte keine Auswirkung auf den Jahresüberschuss. Auf Grund der Entkonsolidierung werden allerdings seit dem 1. April 2004 bestimmte sich ausgleichende Erträge und Aufwendungen, die primär im Handelsergebnis, Zinsüberschuss sowie als

Aufwendungen in den sonstigen Erträgen ausgewiesen wurden, in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns nicht mehr berichtet.

#### **EITF 03-1 und FSP EITF 03-1-1**

Im März 2004 hat das FASB den erzielten Konsens zu EITF Issue No. 03-1, „The Meaning of Other-Than-Temporary Impairment and Its Application to Certain Investments“ („EITF 03-1“), bestätigt. Durch die Entscheidungen wurde ein allgemein gültiger Beurteilungsansatz geschaffen, um bei zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten nicht festverzinslichen Wertpapieren und Wertpapieren „Available for Sale“ festzustellen, ob Wertminderungen dieser Papiere als nicht temporär anzusehen sind. Im September 2004 hat das FASB eine endgültige FASB Staff Position, No. EITF 03-1-1 („FSP EITF 03-1-1“) veröffentlicht, die das In-Kraft-Treten der Ansatz- und Bewertungsvorschriften von EITF 03-1 verschiebt. Die in EITF 03-1 enthaltenen Offenlegungsvorschriften werden unverändert zum 31. Dezember 2004 wirksam. Sobald das In-Kraft-Treten der Ansatz- und Bewertungsvorschriften bestätigt ist, wird das Management die Auswirkungen von EITF 03-1 auf unseren Konzernabschluss abschätzen.

#### **FSP 109-2**

Im Dezember 2004 veröffentlichte das FASB die Staff Position No. 109-2, „Accounting and Disclosure Guidance for the Foreign Earnings Repatriation Provision within the American Jobs Creation Act of 2004“ („FSP 109-2“). Mit diesem am 22. Oktober 2004 in Kraft getretenen Gesetz wurde in den USA unter anderem der Steuersatz auf Erträge amerikanischer Steuerzahler aus Dividendenausschüttungen von deren ausländischen Tochtergesellschaften gesenkt. FSP 109-2 sieht eine über die Berichtsperiode, in der das Gesetz in Kraft trat, hinausgehende Frist zur Prüfung der Auswirkung dieser gesetzlichen Regelung im Hinblick auf die Anwendung von SFAS No. 109, „Accounting for Income Taxes“, vor. Wir schätzen, dass ungefähr 370 Mio € für eine Ausschüttung unter dieser gesetzlichen Regelung in Frage kommen. Wir überprüfen derzeit die Auswirkungen einer solchen Kapitalrückführung, gehen aber davon aus, dass diese Regelung keinen wesentlichen Einfluss auf unseren Konzernabschluss haben wird.

#### **SFAS 123 (überarbeitet in 2004)**

Im Dezember 2004 hat das FASB die SFAS No. 123 (überarbeitet in 2004), „Share-Based Payment“ („SFAS 123(R)“), veröffentlicht. SFAS 123(R) ersetzt SFAS No. 123, „Accounting for Stock-Based Compensation“ („SFAS 123“), und löst APB Opinion No. 25, „Accounting for Stock Issued to Employees“, ab. Nach der neuen Vorschrift sind Unternehmen verpflichtet, Personalaufwand für aktienbasierte Zahlungsvorgänge in ihrem Jahresabschluss auszuweisen. Der Personalaufwand ist auf Basis des Fair Value der emittierten Eigenkapitalinstrumente oder Schuldtitel zu ermitteln. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2003 hat die Deutsche Bank ihre aktienbasierten Vergütungen nach der in SFAS 123 vorgeschriebenen Fair-Value-Methode abgebildet. Diese Methode wurde prospektiv auf alle Mitarbeitervergütungen angewandt, die nach dem 1. Januar 2003 gewährt, modifiziert oder ausgeübt wurden. Die Deutsche Bank wendet derzeit zur Schätzung des Fair Value der den Mitarbeitern gewährten Optionsrechte ein Black-Scholes-Optionsbewertungsmodell an und wird dies voraussichtlich auch im Rahmen der Anwendung von SFAS 123(R) tun. SFAS 123(R) beinhaltet auch einige Änderungen hinsichtlich des Zeitpunkts des Ausweises von Aufwendungen, der Behandlung von verfallenen Vergütungen und der Neubewertung von als Verbindlichkeit ausgewiesenen Vergütungen zum aktuellen Fair Value. SFAS 123(R) gilt für die nach dem 15. Juni 2005 beginnenden Berichtszeiträume. Wir prüfen gegenwärtig die anzuwendende Überleitungsmethode und die Auswirkungen von SFAS 123(R) auf unseren Konzernabschluss.

#### **SOP 03-3**

Im Dezember 2003 hat das American Institute of Certified Public Accountants die Statement of Position 03-3, „Accounting for Certain Loans or Debt Securities Acquired in a Transfer“ („SOP 03-3“), veröffentlicht. Gegenstand von SOP 03-3 ist die Bilanzierung von Unterschieden zwischen den vertraglichen und erwarteten Zahlungsströmen bei Krediten oder Schuldtiteln, die im Rahmen eines Transfers er-

worben wurden, sofern diese Unterschiede zumindest teilweise auf die Kreditqualität zurückzuführen sind. Das SOP verbietet die Bildung einer Wertberichtigung für Kreditausfälle bei der erstmaligen Bilanzierung von Krediten, die unter die Regeln des SOP fallen. Das SOP begrenzt darüber hinaus die Berücksichtigung von Erträgen und spezifiziert die bilanzielle Behandlung späterer Änderungen der erwarteten Cashflows aus den erworbenen Krediten oder Wertpapieren. SOP 03-3 findet Anwendung auf Kredite oder Schuldtitel, die in nach dem 15. Dezember 2004 beginnenden Geschäftsjahren erworben wurden. SOP 03-3 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss haben.

### **IFRS**

Nach Maßgabe der in der EU und in Deutschland geltenden Bestimmungen muss der Deutsche Bank-Konzern seinen den EU- und deutschen Regulierungsbehörden vorzulegenden Konzernabschluss spätestens für das Geschäftsjahr 2007 (einschließlich der entsprechenden Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2006) auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellen. Nach IFRS erstellte Jahresabschlüsse werden von der SEC anerkannt, sofern darin eine Überleitungsrechnung auf bestimmte nach US GAAP ermittelte Positionen des Jahresabschlusses offen gelegt wird.

Die Erstanwendung von IFRS bewirkt keine Anpassung von nach US GAAP ermittelten Beträgen. Es besteht jedoch eine Reihe von Abweichungen zwischen den Rechnungslegungsvorschriften nach IFRS und US GAAP, die unter Umständen stark abweichende Gewinn- und Verlust- sowie Bilanzpositionen ergeben. Nach Maßgabe der spezifischen Übergangsvorschriften für diese Erstanwendung müssen (mit einigen Ausnahmen) die zum Berichtszeitpunkt geltenden IFRS auf die Eröffnungsbilanz angewandt werden. Aus diesem Grund können sich künftige Änderungen der Vorschriften auf die Eröffnungsbilanz nach IFRS auswirken. Abweichungen zwischen den nach US GAAP und IFRS ermittelten Gewinn- und Verlust- sowie Bilanzpositionen lassen sich daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersagen.

## Risikofaktoren

Eine Investition in Aktien der Deutschen Bank ist mit bestimmten Risiken verbunden. Vor dem Kauf und/oder dem Verkauf von Deutsche Bank-Aktien sollten die nachfolgend dargestellten Risiken unter Berücksichtigung der sonstigen Informationen dieses Finanzberichts bedacht werden.

### **Rückläufige Marktentwicklungen und Marktvolatilitäten können unsere Erträge und Gewinne erheblich belasten.**

In den letzten Jahren haben wir durch den Ausbau unserer Investment-Banking-Aktivitäten einschließlich Handelsgeschäften unser Engagement an den Finanzmärkten verstärkt, während wir in unserem traditionellen Kreditgeschäft weniger Wachstum angestrebt haben. Wir sind deshalb der Ansicht, dass negative Entwicklungen auf den Finanzmärkten für uns ein höheres Risiko bergen, als wenn wir einen höheren prozentualen Anteil unserer Erträge aus dem traditionellen Kreditgeschäft erzielen würden. Rückläufige Marktentwicklungen können zu verminderten Erträgen führen und wenn es uns nicht gelingt, unsere Ausgaben in gleichem Maß zu senken, kann dies unsere Profitabilität untergraben. Zudem kann sich die Volatilität an den Märkten unter Umständen negativ auf unseren Erfolg auswirken.

Eine insgesamt negative Marktentwicklung kann unsere geschäftliche und finanzielle Performance beeinträchtigen. Negative Marktentwicklungen können nicht nur aus rein ökonomischen Faktoren resultieren, sondern auch durch Kriege, Terroranschläge, Naturkatastrophen und ähnliche Ereignisse verursacht werden.

Im Einzelnen sind folgende Risiken zu beachten:

- *Marktschwankungen können wesentliche Verluste bei unseren Handels- und Investmentaktivitäten verursachen.* Wir gehen vornehmlich im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities umfangreiche Handels- und Investmentpositionen auf den Renten-, Aktien- und Währungsmärkten ein, wobei zahlreiche Positionen derivative Finanzinstrumente beinhalten. Zudem halten wir durch unseren Konzernbereich Corporate Investments wesentliche Investitionen in einzelne Beteiligungen. In allen Produktkategorien und Geschäftssparten, in denen wir solche Positionen eingehen, gehört die Einschätzung der Finanzmärkte und deren Entwicklung zu unseren Aufgaben. Die Höhe der Erträge und der Gewinne, die wir aus einer Vielzahl solcher Positionen und den zu Grunde liegenden Transaktionen erzielen, wird von den Marktpreisen bestimmt.
- *Eine anhaltende Marktschwäche kann zu verminderter Marktliquidität führen und unter Umständen den Verkauf von Finanzinstrumenten erschweren sowie erhebliche Verluste verursachen.* Einige unserer Geschäftsfelder können durch anhaltend negative Markttrends, insbesondere Kursrückgänge, welche die Marktaktivität beziehungsweise die Marktliquidität beeinträchtigen, beeinflusst werden. Solche Entwicklungen können erhebliche Verluste nach sich ziehen, wenn es nicht gelingt, die risikobehafteten Positionen zeitnah zu schließen.
- *Selbst wenn unsere Kunden Verluste aus Transaktionen mit Finanzinstrumenten erleiden, kann uns, wenn sie nicht in der Lage sind, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ein erheblicher Verlust entstehen und unser Ruf geschädigt werden.*
- *Unsere provisionsbezogenen Investment-Banking-Erträge aus Beratungs- und Emissionsgeschäften können bei ungünstigen Marktbedingungen oder schlechten wirtschaftlichen Bedingungen zurückgehen.*
- *Erträge aus Maklergeschäften und anderen provisionsgenerierenden Geschäften können sinken, wenn die Transaktionsvolumina unserer Kunden zurückgehen.* Provisionseinnahmen für die Vermögensverwaltung werden in zahlreichen Fällen durch den Wert oder durch die Wertentwicklung dieser Anlagen bestimmt. Eine negative Marktentwicklung, die den Wert der Kundenanlagen schmälert oder zu einer vermehrten Kündigung von Kundenanlagen führt, kann daher zu einer Reduzierung dieser Erträge führen.

**Zusätzliche Kreditrisiken können auch aus unseren Geschäften, die nicht dem klassischen Kreditgeschäft zuzurechnen sind, entstehen.**

Derartige nicht klassische Kreditrisiken können beispielsweise durch das Halten von Wertpapieren Dritter im eigenen Bestand oder den Abschluss von Swap- oder sonstigen Derivatekontrakten entstehen. Diese mit Kreditrisiken behafteten Transaktionen werden insbesondere durch den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities abgeschlossen und stehen häufig mit anderen Geschäften in Verbindung.

**Wenn wir unser Business Realignment Program (BRP) nicht umsetzen können, besteht das Risiko, dass wir Kosteneinsparungen nicht erzielen sowie unsere Eigenkapitalrendite nicht erhöhen und dass unsere künftigen Ergebnisse wie auch der Kurs unserer Aktie erheblich belastet werden.**

Ab 2002 haben wir eine Reihe von Maßnahmen zur Kostensenkung, zur Reduzierung unseres Risikoprofils sowie zur Steigerung unserer Effizienz und unserer Profitabilität ergriffen. Um diese Ziele auch künftig weiterzuverfolgen, haben wir das im vierten Quartal 2004 bekannt gegebene Business Realignment Program (BRP) initiiert. Das BRP umfasst fünf Schlüsselinitiativen: Neuaufstellung unserer Verkaufs- und Handelsplattformen sowie unseres Firmenkundengeschäfts, Umstrukturierung unseres Geschäftsbereichs Asset Management, Stärkung der Regionen und Fokus auf Deutschland sowie Verschlankung unserer Infrastruktur. Wir könnten nicht in der Lage sein, Kosteneinsparungen zu erzielen sowie unsere Eigenkapitalrendite zu erhöhen. Unsere künftigen Erträge und unsere Fähigkeit, die angestrebte Eigenkapitalrendite zu erreichen, sowie der künftige Wert unserer Aktie könnten erheblich beeinträchtigt werden, wenn wir die BRP-Initiativen nicht umsetzen beziehungsweise wenn die Umsetzung bestimmter BRP-Initiativen nicht zu den gewünschten Erfolgen führt. Dies kann durch eine Reihe interner und externer Faktoren bedingt sein. Dazu zählen Veränderungen auf Märkten, in denen wir tätig sind, veränderte wirtschaftliche Bedingungen auf globaler, regionaler oder nationaler Ebene sowie ein stärkerer Wettbewerb um Geschäfte und Mitarbeiter.

**Der Umfang unserer Clearingaktivitäten setzt uns einem erhöhten Verlustrisiko aus, falls diese Aktivitäten nicht störungsfrei abgewickelt werden können.**

Unseres Erachtens sind wir, unsere Kunden und Dritte durch den enormen Umfang unserer Clearing- und Settlementaktivitäten einem erhöhten Risiko bei Funktionsstörungen unserer Systeme ausgesetzt. Die Folge könnten erhebliche finanzielle Einbußen sein. Das trifft selbst dann zu, wenn diese Funktionsstörungen nur von kurzer Dauer sind oder der Grund für die Störungen oder Unterbrechungen außerhalb unseres Einflussbereichs liegt.

**Unsere Grundsätze, Verfahren und Methoden des Risikomanagements könnten nicht vorhersehbare oder nicht identifizierte Risiken, die zu wesentlichen Verlusten führen könnten, unberücksichtigt lassen.**

Wir haben beträchtliche Ressourcen in die Entwicklung unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden des Risikomanagements investiert und beabsichtigen, dies auch in Zukunft fortzusetzen. Dennoch kann es vorkommen, dass unsere Risikomanagementtechniken und -strategien unser Risiko nicht in allen Marktsituationen hinreichend abdecken oder uns nicht gegen alle Risikoarten absichern, insbesondere nicht gegen solche, die wir nicht identifiziert oder erwartet haben.

**Unzulänglichkeiten bei der Auswahl und Abwicklung von Akquisitionen können ebenso wie Entscheidungen für oder gegen Akquisitionen zu einer erheblichen Beeinträchtigung unserer Geschäftsergebnisse und unseres Aktienkurses führen.**

Von Zeit zu Zeit ziehen wir Unternehmenszusammenschlüsse in Betracht. Obwohl wir im Rahmen von potenziellen Akquisitionen die in Frage kommenden Unternehmen genau prüfen, ist es in der Regel nicht möglich, diese Prüfungen in jeder Hinsicht vollständig durchzuführen. Daher lässt sich nicht ausschließen, dass aus einer solchen Akquisition Verbindlichkeiten resultieren, die im Rahmen dieser Prüfung nicht identifiziert wurden, oder der Erfolg einer Akquisition sich nicht in erwartetem Maße einstellt. Sollten wir einen bedeutenden Unternehmenszusammenschluss durchführen, könnte der Kurs

unserer Aktie erheblich fallen, wenn Investoren die Transaktion für zu kostspielig oder für nicht geeignet halten, unsere Wettbewerbsposition zu verbessern. Wenn wir keine Unternehmenszusammenschlüsse eingehen oder es unterlassen, attraktive Akquisitionsmöglichkeiten zu nutzen, könnte dies von Marktteilnehmern negativ interpretiert werden, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Konsolidierungsphase.

**Ein Verkauf unserer Randaktivitäten zu einem vorteilhaften Preis könnte sich als schwierig erweisen oder nicht möglich sein.**

**Ereignisse bei Unternehmen, an denen wir beteiligt sind, können die Veräußerung dieser Anteile erschweren und unabhängig von aktuellen Marktentwicklungen erhebliche Verluste zur Folge haben.**

Soweit wir wesentliche Beteiligungen an anderen Unternehmen halten, können Verluste und Risiken dieser Unternehmen zu einem Wertrückgang und damit auch zu einer Minderung des Buchwerts unserer Anteile an diesen Unternehmen führen. Dies kann eine Belastung unserer Ergebnisse selbst bei allgemein günstigen Marktbedingungen mit sich bringen.

**Der intensive Wettbewerb, besonders in unserem deutschen Heimatmarkt, könnte unsere Erträge und Gewinne erheblich beeinträchtigen.**

In allen primären Geschäftsfeldern, in denen wir aktiv sind, herrscht ausgeprägter Wettbewerb. Wenn es uns nicht gelingt, auf dem wettbewerbsträchtigen Markt in Deutschland und anderen bedeutenden Märkten zu bestehen, könnten wir Marktanteile in für uns wichtigen Geschäftsfeldern verlieren oder in einigen oder allen Bereichen unserer Geschäftsaktivitäten Verluste erleiden. Zudem könnte eine konjunkturelle Abschwächung in Deutschland den Wettbewerbsdruck weiter verstärken, beispielsweise durch erhöhten Preisdruck und geringere Geschäftsvolumina.

## Ausblick

Die Weltwirtschaft startete in das Jahr 2004 mit einem kräftigen Wachstum der Bruttoinlandsprodukte. Ende letzten Jahres verlangsamte sich der Aufschwung auf Grund steigender Ölpreise und nachlassender politischer Impulse in den USA. Zu Beginn des Jahres 2005 bleiben maßgebliche Indikatoren für die Weltwirtschaft auf einem soliden Niveau und weisen somit auf ein durchschnittliches Wachstum hin. China und die USA sind voraussichtlich auch 2005 die Triebfedern der Weltwirtschaft. Das Wirtschaftswachstum in China wird für 2005 auf 8,5% geschätzt, nach einer Quote von 9,5% im letzten Jahr. Das Wachstum in den USA liegt trotz des höheren Leitzinssatzes der amerikanischen Zentralbank und fehlender zusätzlicher fiskalischer Anreize weiterhin bei rund 4%. Die Rentabilität bei den Unternehmen bleibt weiterhin hoch und ermöglicht zusätzliche Ausgaben für Investitionen und Neueinstellungen. Der leichte Konjunkturanstieg in der Eurozone dürfte sich vor dem Hintergrund eines BIP-Wachstums von nahezu 1,5% und eines stärkeren privaten Verbrauchs als in den vergangenen Jahren in 2005 fortsetzen. Gehemmt durch erhebliche Strukturprobleme und durch einen steigenden Euro, war die Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2004 erneut schwach; es wird in diesem Jahr voraussichtlich um nur 1% steigen.

Die zukünftigen Risiken insbesondere für Europa beruhen primär auf dem hohen Leistungsbilanzdefizit der USA und einem möglichen Erstarken des Euro angesichts der Tatsache, dass viele asiatische Länder keine wesentliche Aufwertung ihrer Währungen zulassen. Zudem sind nahezu alle Preise für Vermögenswerte stark gestiegen, während Risikoprämien in den letzten zwei Jahren infolge niedriger Zinssätze in den großen Volkswirtschaften wesentlich gesunken sind. Dies steigert das Risiko eines Rückschlags an den Anlagemärkten und führt zu rückläufigem Verbrauch und weltweit nachlassenden Investitionen.

Im Laufe des Jahres 2004 haben wir ein nachhaltiges Gewinnwachstum erreicht. Wir haben den Abbau von Risiken durch die Verringerung unserer Problemkredite, unserer Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie unseres Engagements in Alternative Assets weiter fortgeführt. Gleichzeitig konnten wir unsere starke Kapitalisierung mit einer BIZ-Eigenkapitalquote (Tier-I) in der oberen Hälfte unserer Zielbandbreite von 8–9% beibehalten. Den Erfolg unserer ‚Transformation‘ haben wir mit attraktiven Dividenden und fortlaufenden Aktienrückkäufen an unsere Aktionäre weitergegeben. Gleichzeitig haben wir weiter in unsere Kerngeschäftsfelder investiert. So haben wir beispielsweise mit dem erfolgreichen Ausbau unseres Unternehmensbereichs Private & Business Clients eine stabile, bedeutende Ertragsquelle geschaffen und dadurch eine solide Basis für anhaltendes profitables Wachstum in 2005 und den kommenden Jahren gelegt.

Das im vierten Quartal 2004 bekannt gegebene Business Realignment Program (BRP) umfasst fünf Schlüsselinitiativen mit weitreichenden strategischen und finanziellen Auswirkungen: Neuaufstellung unserer Verkaufs- und Handelsplattformen sowie unseres Firmenkundengeschäfts, Umstrukturierung unseres Geschäftsbereichs Asset Management, Stärkung der Regionen und Fokus auf Deutschland sowie Verschlinkung unserer Infrastruktur. Diese Initiativen sollen das Ertragswachstum in gezielten Bereichen sowohl durch eine bessere Kundenbetreuung als auch durch Produktsynergien beschleunigen und gleichzeitig Kostensynergien durch Rationalisierung, verbesserte Prozessabläufe und Outsourcing schaffen.

- *Neuaufstellung unserer Verkaufs- und Handelsplattformen.* Wir haben eine weltweit führende Verkaufs- und Handelsplattform für Wertpapiere geschaffen, die sich durch hervorragende Mitarbeiter, kontinuierliche Innovationen und eine dynamische Organisation auszeichnet. Die Kunden wünschen zunehmend integrierte Lösungen, die beide Anlageformen, das Aktien- und Anleihegeschäft, umfassen, während der Margendruck in ausgereiften Produkten und gesättigten Märkten zunimmt. Darauf reagieren wir, indem wir die Betreuung von Investoren über alle Bereiche hinweg integrieren und Produkteinheiten dort zusammenführen, wo Synergien am größten sind. Das gilt auch für unsere Emerging-Markets-Abteilungen im Aktien- und Anleihegeschäft, unser Research sowie unsere Entwicklungs- und Vertriebsaktivitäten für Privatkunden.
- *Neuaufstellung unseres Firmenkundengeschäfts.* Der Bedarf an integrierten Lösungen nimmt auch seitens der Firmenkunden zu. Deswegen werden wir die Kundenbetreuung in diesem Bereich zusammenfassen, unsere Kunden intensiver betreuen und die Produktgestaltung gezielter auf die



Kundenbedürfnisse ausrichten. Dadurch können wir sowohl in den Geschäfts- als auch in den unterstützenden Infrastruktureinheiten kostengünstiger verfahren.

- *Umstrukturierung unseres Geschäftsbereichs Asset Management.* 2005 ist unser Hauptaugenmerk darauf gerichtet, eine effiziente und kostengünstige Organisation zu schaffen und die operative Komplexität zu verringern. Darüber hinaus planen wir unseren Geschäftsmix neu auszurichten, indem wir in Produktbereiche investieren, die hohe Erträge erwirtschaften und den Ausbau der DWS europaweit und im asiatisch-pazifischen Raum vorantreiben. Wir werden uns auch weiterhin auf die Steigerung unseres Anlageergebnisses konzentrieren. Dazu sollen die neugeschaffene Funktion des Global Chief Investment Officer (CIO) und unsere neue, globale Anlageplattform beitragen. Derzeit führen wir eine umfassende globale strategische Überprüfung aller Asset-Management-Einheiten durch und prüfen sämtliche Optionen insbesondere für die Geschäfte in Großbritannien. Zu diesen Optionen gehören entweder das organische Wachstum des Geschäfts oder dessen vollständige oder teilweise Veräußerung.
- *Stärkung der Regionen und Fokus auf Deutschland.* Das neu geschaffene Management Committee Deutschland, das sich aus Vertretern all unserer Geschäftsbereiche und zentralen Schlüsselfunktionen zusammensetzt, wird eine wichtige Rolle spielen, unsere Kundenbeziehungen zu vertiefen, das Cross-Selling zu verbessern, unser Geschäft weiterzuentwickeln und den Dialog mit nationalen, Regierungs- und Aufsichtsbehörden sowie Industrieverbänden zu fördern. Des Weiteren wurden vergleichbare Gremien auch in Nord- und Südamerika, dem asiatisch-pazifischen Raum und Japan sowie in unseren europäischen Kernmärkten geschaffen. Diesen Gremien kommt eine Schlüsselrolle in der Erreichung unseres Ziels zu, das Gewicht der Regionen weltweit zu stärken.
- *Verschlankeung unserer Infrastruktur.* Die Weiterentwicklung unserer Front-Office-Strukturen schafft Potenzial für weitere Optimierungen im Back-Office-Bereich. Hierzu werden wir eine zielorientierte Organisation schaffen, in der Smartsourcingmöglichkeiten umfassend genutzt werden. Smartsourcing umfasst die Konsolidierung von dezentralen Einheiten, Outsourcing von Prozessen oder von Teilprozessen sowie die Möglichkeit, Vorteile aus Unterschieden im Kostenniveau verschiedener Lokationen, zum Beispiel bei den Arbeitskosten, zu ziehen. In den Bereichen IT, Operations, Kreditrisikomanagement und anderen Back-Office-Funktionen wollen wir unsere Effizienz erheblich steigern, indem manuelle Prozesse automatisiert und redundante Systeme abgebaut werden. Diese Maßnahmen werden von gezielten Investitionen in unser Kontrollumfeld flankiert.

Das BRP sieht zusammen mit zusätzlichen Maßnahmen im vierten Quartal 2004 einen Nettostellenabbau von circa 5.200 Arbeitsplätzen vor (gerechnet auf der Basis von Vollzeitkräften). Der Großteil betrifft Infrastrukturbereiche. In dieser Zahl ist auch die Reduzierung von Stellen im Rahmen des Effizienz- und Investitionsprogramms für Deutschland enthalten, das wir im Dezember letzten Jahres bekannt gegeben haben. Die Deutsche Bank schätzt die gesamten Aufwendungen, die im Zusammenhang mit dem BRP und zusätzlichen Maßnahmen im vierten Quartal berücksichtigt wurden und für das Jahr 2005 erwartet werden, auf circa 1,3 Mrd €. Jedoch erwarten wir für 2005 von unserem BRP und den zusätzlichen Maßnahmen Kosteneinsparungen von rund 1,2 Mrd €.

Das Ziel, unsere Profitabilität weiter zu erhöhen, wird durch ein aktives Kapitalmanagement unterstützt. Im Rahmen unserer Kapitalsteuerung investieren wir gezielt in Geschäftsfelder, die eine besonders hohe Profitabilität versprechen. Wir gehen davon aus, dass unser im Juli 2004 gestartetes Aktienrückkaufprogramm angesichts unserer anhaltend soliden regulatorischen und wirtschaftlichen Kapitalisierung zu Ende geführt wird. Zusätzlich werden wir unsere Aktionäre im Rahmen der nächsten Hauptversammlung im Mai 2005 um die Zustimmung zu einem vierten Aktienrückkaufprogramm bitten.

In unseren Kerngeschäftsfeldern wollen wir unsere Führungsposition nachhaltig ausbauen und die Rentabilität erhöhen. Auf diese Weise können wir überdurchschnittliche Gewinne für unsere Aktionäre erzielen und unsere strategische Eigenständigkeit festigen, indem wir die Deutsche Bank zu einem der weltweit führenden Finanzhäuser gemessen an der Marktkapitalisierung machen.

Das Jahr 2005 hat gut für uns angefangen. Wir haben bereits große Fortschritte bei der Umsetzung unseres Business Realignment Program erzielt. Wenn sich die Weltwirtschaft und die Lage an den Finanzmärkten weiterhin positiv entwickeln, sind wir zuversichtlich, dass wir unser erklärtes finanzielles Ziel erreichen können.

# Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio € (ausgenommen Ergebnis je Aktie)	[Notes]	2004	2003	2002
<b>Zinsüberschuss:</b>				
Zinserträge	[23], [31]	28.023	27.583	35.781
Zinsaufwendungen	[23], [31]	22.841	21.736	28.595
<b>Zinsüberschuss</b>		<b>5.182</b>	<b>5.847</b>	<b>7.186</b>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[6], [7], [8]	372	1.113	2.091
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>		<b>4.810</b>	<b>4.734</b>	<b>5.095</b>
<b>Zinsunabhängige Erträge:</b>				
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften		3.211	3.273	3.926
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts		3.711	3.564	4.319
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen		2.584	2.495	2.589
Beiträge im Versicherungsgeschäft		123	112	744
Handelsergebnis	[31]	6.186	5.611	4.024
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	[5]	235	20	3.523
Gewinn/Verlust (-) aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	[6]	388	- 422	- 887
Sonstige Erträge	[6], [13], [31]	298	768	1.123
<b>Zinsunabhängige Erträge</b>		<b>16.736</b>	<b>15.421</b>	<b>19.361</b>
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen:</b>				
Personalaufwand	[20], [25], [31]	10.222	10.495	11.358
Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude		1.258	1.251	1.291
Betriebs- und Geschäftsausstattung		178	193	230
EDV-Aufwendungen		1.726	1.913	2.188
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen		824	836	1.001
Kommunikation und Datenadministration		599	626	792
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft		260	110	759
Sonstige Aufwendungen		2.031	1.890	2.643
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	[12]	19	114	62
Restrukturierungsaufwand	[29]	400	- 29	583
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>		<b>17.517</b>	<b>17.399</b>	<b>20.907</b>
<b>Ergebnis vor Steueraufwand und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden</b>				
		<b>4.029</b>	<b>2.756</b>	<b>3.549</b>
Ertragsteueraufwand	[26]	1.437	1.327	372
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000	[26]	120	215	2.817
<b>Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern</b>				
		<b>2.472</b>	<b>1.214</b>	<b>360</b>
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	[2]	-	151	37
<b>Jahresüberschuss</b>		<b>2.472</b>	<b>1.365</b>	<b>397</b>
<b>Ergebnis je Aktie</b> [2], [12], [20], [27]				
Basic				
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		5,02 €	2,17 €	0,58 €
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		-	0,27 €	0,06 €
<b>Jahresüberschuss</b>		<b>5,02 €</b>	<b>2,44 €</b>	<b>0,64 €</b>
Verwässertes Ergebnis je Aktie				
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		4,53 €	2,06 €	0,57 €
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		-	0,25 €	0,06 €
<b>Jahresüberschuss</b>		<b>4,53 €</b>	<b>2,31 €</b>	<b>0,63 €</b>
<b>Gezahlte Bardividende je Aktie</b>		<b>1,50 €</b>	<b>1,30 €</b>	<b>1,30 €</b>

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

## Umfassende Periodenerfolgsrechnung des Konzerns (Statement of Comprehensive Income)

in Mio €	2004	2003	2002
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.472</b>	<b>1.365</b>	<b>397</b>
<b>Übriger umfassender Periodenerfolg (Other Comprehensive Income):</b>			
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000	120	215	2.817
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Wertpapieren „Available for Sale“:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) (per saldo) des Geschäftsjahres, nach Steuern und sonstigen Anpassungen <sup>1</sup>	12	1.619	- 5.596
Reklassifizierungen auf Grund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen <sup>2</sup>	- 189	162	- 3.527
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern <sup>3</sup>	40	- 4	2
Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen, nach Steuern <sup>4</sup>	- 1	8	- 8
Anpassungen aus der Währungsumrechnung:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) (per saldo) des Geschäftsjahres, nach Steuern <sup>5</sup>	- 719	- 936	- 1.602
Reklassifizierung auf Grund von Gewinnrealisierungen, nach Steuern <sup>6</sup>	-	- 54	-
<b>Übriger umfassender Periodenerfolg (Other Comprehensive Income)</b>	<b>- 737</b>	<b>1.010</b>	<b>- 7.914</b>
<b>Umfassender Periodenerfolg (Comprehensive Income)</b>	<b>1.735</b>	<b>2.375</b>	<b>- 7.517</b>

<sup>1</sup> Beträge nach Steueraufwand/-ertrag (-) in Höhe von 131 Mio €, 38 Mio € und minus 69 Mio € für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002 sowie bereinigt um Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und abgegrenzte Abschlusskosten in Höhe von 19 Mio €, 4 Mio € und minus 230 Mio € für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002.

<sup>2</sup> Beträge nach Steueraufwand in Höhe von 40 Mio €, 41 Mio € und 15 Mio € für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002 sowie bereinigt um Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und abgegrenzte Abschlusskosten in Höhe von 6 Mio €, minus 10 Mio € und 110 Mio € für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002.

<sup>3</sup> Beträge nach Steueraufwand in Höhe von 7 Mio € für das Geschäftsjahr 2004, Steuerertrag für das Geschäftsjahr 2003 und Steueraufwand für das Geschäftsjahr 2002.

<sup>4</sup> Beträge nach Steueraufwand/-ertrag (-) in Höhe von minus 1 Mio €, 3 Mio € und minus 3 Mio € für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002.

<sup>5</sup> Beträge nach Steueraufwand in Höhe von 53 Mio €, 70 Mio € und 26 Mio € für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002.

<sup>6</sup> Beträge nach Steueraufwand/-ertrag (-) in Höhe von 4 Mio € und minus 5 Mio € für die Geschäftsjahre 2004 und 2003.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

# Konzernbilanz

in Mio € (mit Ausnahme des Nominalwerts)	[Notes]	31.12.2004	31.12.2003
<b>Aktiva</b>			
Barreserve		7.579	6.636
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	[33]	18.089	14.649
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	[33]	123.921	112.419
Forderungen aus Wertpapierleihen	[33]	65.630	72.796
Handelsaktiva	[4], [10], [33]	373.147	345.371
davon zum 31.12.2004 104 Mrd € (2003: 107 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer			
Wertpapiere „Available for Sale“	[5], [10], [33]	20.335	24.631
davon zum 31.12.2004 18 Mio € (2003: 404 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer			
Sonstige Finanzanlagen	[6], [33]	7.936	8.570
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	[7], [8], [9], [10], [32], [33]	136.344	144.946
Sachanlagen	[10], [11]	5.225	5.786
Goodwill	[2], [12]	6.378	6.735
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	[2], [12]	1.069	1.122
Sonstige Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft	[24]	6.733	8.249
Sonstige Aktiva	[14], [26]	67.682	51.704
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>840.068</b>	<b>803.614</b>
<b>Passiva</b>			
Einlagen	[15], [33]	329.469	306.154
Handelspassiva	[4], [33]	169.606	153.234
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	[10], [33]	105.292	102.433
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	[10], [33]	12.881	14.817
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	[16], [19], [33]	20.118	22.290
Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft	[24]	7.935	9.071
Sonstige Passiva	[14], [19], [25], [26], [29]	58.935	67.623
Langfristige Verbindlichkeiten	[17], [19], [33]	106.870	97.480
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[18]	3.058	2.310
<b>Verbindlichkeiten</b>		<b>814.164</b>	<b>775.412</b>
<b>Eigenkapital</b>			
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 € Ausgegeben: 2004: 543,9 Mio Aktien; 2003: 581,9 Mio Aktien	[20]	1.392	1.490
Kapitalrücklage		11.147	11.147
Gewinnrücklagen		19.814	20.486
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten 2004: 26,6 Mio Aktien; 2003: 16,8 Mio Aktien		- 1.573	- 971
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[18]	- 3.058	- 2.310
Rücklagen aus aktienbasierter Vergütung		1.513	954
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income)			
Latente Steuern auf unrealisierte Gewinne aus Wertpapieren „Available for Sale“, die im Zusammenhang mit den Steuersatzänderungen in Deutschland in 1999 und 2000 stehen		- 2.708	- 2.828
Unrealisierte Gewinne aus Wertpapieren „Available for Sale“, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen		1.760	1.937
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern		37	- 3
Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen, nach Steuern		- 1	-
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern		- 2.419	- 1.700
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg insgesamt		- 3.331	- 2.594
<b>Eigenkapital</b>	[20], [22]	<b>25.904</b>	<b>28.202</b>
<b>Summe der Passiva</b>		<b>840.068</b>	<b>803.614</b>
Zusagen und außerbilanzielle Verpflichtungen: siehe Notes [11], [31], [34]			

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

## Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	2004	2003	2002
<b>Stammaktien</b>			
Bestand am Jahresanfang	1.490	1.592	1.591
Im Rahmen der aktienbasierten Vergütung begebene Stammaktien	–	–	1
Einziehung von Stammaktien	– 98	– 102	–
Bestand am Jahresende	1.392	1.490	1.592
<b>Kapitalrücklage</b>			
Bestand am Jahresanfang	11.147	11.199	11.253
Im Rahmen der aktienbasierten Vergütung begebene Stammaktien	–	–	21
Verluste aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	– 36	– 129
Sonstige	–	– 16	54
Bestand am Jahresende	11.147	11.147	11.199
<b>Gewinnrücklagen</b>			
Bestand am Jahresanfang	20.486	22.087	22.619
Jahresüberschuss	2.472	1.365	397
Gezahlte Bardividende	– 828	– 756	– 800
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	96	–	–
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	66	– 386	–
Einziehung von Stammaktien	– 2.472	– 1.801	–
Sonstige	– 6	– 23	– 129
Bestand am Jahresende	19.814	20.486	22.087
<b>Eigene Aktien im Bestand</b>			
Bestand am Jahresanfang	– 971	– 1.960	– 479
Zukäufe	– 34.471	– 25.464	– 30.755
Verkäufe	30.798	23.903	28.441
Eingezogene Aktien	2.570	1.903	–
Im Rahmen der aktienbasierten Vergütung begebene Eigene Aktien	501	647	833
Bestand am Jahresende	– 1.573	– 971	– 1.960
<b>Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien</b>			
Bestand am Jahresanfang	– 2.310	– 278	–
Zugänge	– 1.241	– 2.911	– 330
Abgänge	493	879	52
Bestand am Jahresende	– 3.058	– 2.310	– 278
<b>Aktienbasierte Vergütung – auszugebende Stammaktien</b>			
Bestand am Jahresanfang	2.196	1.955	1.666
Neu gewährte Zusagen, per saldo	1.270	888	1.098
Ausgegebene Aktien	– 501	– 647	– 809
Bestand am Jahresende	2.965	2.196	1.955
<b>Abgrenzungen aus aktienbasierter Vergütung (Deferred Compensation)</b>			
Bestand am Jahresanfang	– 1.242	– 1.000	– 767
Neu gewährte Zusagen, per saldo	– 1.270	– 888	– 1.098
Anteilige Aufwendungen im Berichtsjahr, per saldo	1.060	646	865
Bestand am Jahresende	– 1.452	– 1.242	– 1.000
<b>Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income)</b>			
Bestand am Jahresanfang	– 2.594	– 3.604	4.310
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000	120	215	2.817
Veränderung unrealisierter Gewinne aus Wertpapieren „Available for Sale“, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	– 177	1.781	– 9.123
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	40	– 4	2
Änderung der Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen, nach Steuern	– 1	8	– 8
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	– 719	– 990	– 1.602
Bestand am Jahresende	– 3.331	– 2.594	– 3.604
<b>Eigenkapital zum Bilanzstichtag</b>	<b>25.904</b>	<b>28.202</b>	<b>29.991</b>

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

# Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2004	2003	2002
<b>Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:</b>			
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.472</b>	<b>1.365</b>	<b>397</b>
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	372	1.113	2.091
Restrukturierungsaufwand	400	- 29	583
Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren „Available for Sale“, sonstigen Finanzanlagen, Krediten und sonstige Ergebniskomponenten	- 476	- 201	- 4.928
Latente Steuern, netto	838	269	2.480
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.776	3.072	2.845
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	-	- 151	- 37
Anteilige Gewinne (-)/Verluste aus at equity bewerteten Unternehmen	- 282	- 42	753
Nettoveränderung:			
Handelsaktiva	- 42.461	- 37.624	- 4.071
Sonstige Aktiva	- 15.566	- 7.452	8.627
Handelspassiva	16.380	22.719	11.412
Sonstige Passiva	5.914	8.095	- 20.639
Sonstige, per saldo	682	47	- 296
<b>Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 29.951</b>	<b>- 8.819</b>	<b>- 783</b>
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit:</b>			
Nettoveränderung:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	- 4.573	11.305	7.800
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	- 11.679	5.378	- 14.004
Forderungen aus Wertpapierleihen	7.166	- 35.226	2.749
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.908	22.610	16.395
Erlöse aus:			
Verkauf von Wertpapieren „Available for Sale“	21.145	13.620	25.835
Endfälligkeit von Wertpapieren „Available for Sale“	3.560	7.511	7.731
Verkauf von sonstigen Finanzanlagen	2.081	2.068	5.089
Verkauf von Krediten	10.463	6.882	2.747
Verkauf von Sachanlagen	451	2.628	717
Erwerb von:			
Wertpapieren „Available for Sale“	- 25.201	- 19.942	- 22.464
Sonstigen Finanzanlagen	- 1.200	- 2.141	- 4.474
Krediten	- 4.950	- 9.030	- 2.364
Sachanlagen	- 792	- 991	- 1.696
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 223	2.469	- 1.110
Sonstige, per saldo	116	327	687
<b>Nettocashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>- 728</b>	<b>7.468</b>	<b>23.638</b>
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:</b>			
Nettoveränderung:			
Einlagen	23.347	- 21.423	- 41.278
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	923	17.751	7.603
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	3.399	- 4.303	274
Emission langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	34.463	43.191	40.245
Rückzahlung/Rücklauf langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	- 25.773	- 32.366	- 27.201
Ausgabe von Stammaktien	-	-	73
Kauf Eigener Aktien	- 34.471	- 25.464	- 30.755
Verkauf Eigener Aktien	30.850	23.389	28.665
Dividendenzahlung	- 828	- 756	- 800
Sonstige, per saldo	12	- 37	- 455
<b>Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>31.922</b>	<b>- 18</b>	<b>- 23.629</b>
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Barreserve	- 300	- 974	- 635
Nettoveränderung Barreserve	943	- 2.343	- 1.409
Anfangsbestand Barreserve	6.636	8.979	10.388
Endbestand Barreserve	7.579	6.636	8.979
Gezahlte Zinsen	22.411	22.612	31.349
Gezahlte Ertragsteuern, netto	199	911	408
Nicht liquiditätswirksame Vorgänge:			
Reklassifizierung von Wertpapieren „Available for Sale“ in Handelsaktiva	-	-	-
Reklassifizierung von Handelsaktiva in Wertpapiere „Available for Sale“	-	-	-

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

## Notes

45	[1]	Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze
57	[2]	Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden
59	[3]	Akquisitionen und Veräußerungen
59	[4]	Handelsaktiva und Handelspassiva
60	[5]	Wertpapiere „Available for Sale“
63	[6]	Sonstige Finanzanlagen
67	[7]	Forderungen aus dem Kreditgeschäft
68	[8]	Risikovorsorge im Kreditgeschäft
68	[9]	Verbriefung von Vermögenswerten und Variable Interest Entities
73	[10]	Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögensgegenstände
73	[11]	Sachanlagen
74	[12]	Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte
77	[13]	Zum Verkauf bestimmte Vermögensgegenstände
77	[14]	Sonstige Aktiva und Passiva
78	[15]	Einlagen
78	[16]	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
79	[17]	Langfristige Verbindlichkeiten
80	[18]	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
80	[19]	Aktien mit Tilgungsverpflichtung und Minderheitsanteile an Gesellschaften mit Endfälligkeit
80	[20]	Stammaktien und aktienbasierte Vergütungspläne
89	[21]	Beschränkungen von Vermögenswerten und Dividenden
90	[22]	Aufsichtsrechtliches Kapital
92	[23]	Zinserträge und Zinsaufwendungen
93	[24]	Versicherungsgeschäft
93	[25]	Pensions- und sonstige Versorgungszusagen
98	[26]	Ertragsteuern
100	[27]	Ergebnis je Aktie
101	[28]	Segmentberichterstattung
113	[29]	Restrukturierungsaufwand
115	[30]	Geografische Aufgliederung der Geschäftstätigkeit
116	[31]	Derivative Finanzinstrumente und Finanzinstrumente mit bilanzunwirksamen Risiken
119	[32]	Verteilung des Kreditrisikos
120	[33]	Fair Value von Finanzinstrumenten
122	[34]	Rechtsstreitigkeiten
123	[35]	Terroranschläge in den Vereinigten Staaten
124	[36]	Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 292a HGB
132	[37]	Corporate Governance
132	[38]	Vorstand im Berichtsjahr

## [1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttersgesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über einen kontrollierenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen in den Konzernbereichen Corporate and Investment Bank und Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note [28] enthalten.

Der beigefügte Konzernabschluss wurde in Euro aufgestellt und er steht im Einklang mit den in den Vereinigten Staaten von Amerika allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen („US GAAP“). Die Erstellung des Jahresabschlusses nach US GAAP verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen zu treffen hinsichtlich der Bestimmung des Fair Value bestimmter Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten, der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, der Wertminderung (Impairment) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, der Wertberichtigung für aktive latente Steuern sowie gesetzlicher, regulatorischer, steuerlicher und sonstiger Bewandnisse. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde in Einzelfällen die Darstellung der Vorperioden der aktuellen Gliederung der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung angepasst.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze des Konzerns werden nachfolgend dargestellt.

### Grundsätze der Konsolidierung

In den Konzernabschluss wurden die Deutsche Bank AG und alle Gesellschaften einbezogen, bei denen die Deutsche Bank über einen kontrollierenden Einfluss verfügt. Der Konzern konsolidiert Gesellschaften, an denen er die Mehrheit der Stimmrechte hält, wenn durch den stimmberechtigten Anteilsbesitz die Gesellschaft kontrolliert wird und die Eigenkapitalgeber bei wirtschaftlicher Betrachtung als Hauptrisikoträger der Gesellschaft auftreten. Der Konzern konsolidiert Gesellschaften, die diese Kriterien nicht erfüllen, wenn er deren erwartete Verluste („Expected Losses“) zum überwiegenden Teil trägt oder, sofern weder der Konzern noch Dritte den überwiegenden Teil der erwarteten Verluste übernehmen, wenn er den überwiegenden Teil der erwarteten Überschüsse („Expected Residual Returns“) erhält.

Unbeschadet dessen werden zur Verbriefung von Vermögenswerten eingesetzte sogenannte „Qualifizierte Zweckgesellschaften“ (Qualifying Special Purpose Entities) nicht konsolidiert, wenn sie weder den Gesellschaften zugeordnet werden können, welche die Vermögenswerte in die Zweckgesellschaft eingebracht haben, noch von diesen kontrolliert werden. Qualifizierende Zweckgesellschaften dürfen von Beginn an nur eng umschriebene Geschäftsaktivitäten ausüben und unterliegen erheblichen Beschränkungen im Hinblick auf die Vermögenswerte, die sie halten dürfen und unter welchen Voraussetzungen diese Vermögenswerte veräußert werden können.

Bei konsolidierten Investmentfonds mit Wertgarantie, an denen der Konzern nur geringfügige Anteile hält, wird die Verpflichtung zur Weitergabe des Ertrags an die Investoren in den sonstigen Verbindlichkeiten sowie als entsprechender Aufwand in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Vor dem 1. Januar 2003 hat der Konzern alle in Mehrheitsbesitz befindlichen Tochtergesellschaften sowie die Zweckgesellschaften, bei denen anzunehmen war, dass sie vom Konzern kontrolliert oder ihm mehrheitlich Risiken und Chancen zuzuordnen waren, konsolidiert. Qualifizierte Zweckgesellschaften wurden nicht konsolidiert.

Alle wesentlichen konzerninternen Geschäfte und Ergebnisbeiträge wurden eliminiert. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Kapitaltransaktion behandelt.



## Bilanzierung von Erträgen

Erträge werden berücksichtigt, wenn sie realisiert beziehungsweise realisierbar und verdient sind. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

*Zinsüberschuss* – Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden anteilig über die Laufzeit der betreffenden Aktiva oder Verbindlichkeiten nach der Effektivzinsmethode und unter Berücksichtigung von abgegrenzten Gebühren und Kosten sowie Agios, Disagios oder Emissionskosten erfasst. Detaillierte Informationen über Zinsen aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft finden sich im Abschnitt „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ in dieser Note.

*Bewertung von Aktiva und Passiva* – Bestimmte Aktiva und Passiva müssen am Ende einer Berichtsperiode neu bewertet werden. Die Veränderung des Bilanzwerts wird als Ertrag oder Aufwand ausgewiesen. Dazu zählen zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, bestimmte zu Nichthandelszwecken abgeschlossene Derivate, zur Veräußerung bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Beteiligungen, die nach der Equitymethode bilanziert werden. Des Weiteren werden infolge der Neubewertung von Aktiva Abschreibungen für Wertminderungen berücksichtigt, wenn bestimmte Kriterien vorliegen. In diesem Zusammenhang wird auf die in dieser Note enthaltenen Erläuterungen zu den angewandten Bewertungsmethoden sowie den Methoden zur Ermittlung von Wertminderungen für die einzelnen Vermögenswerte verwiesen (Handelsaktiva und -passiva und Wertpapiere „Available for Sale“, Derivate, sonstige Finanzanlagen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Wertminderungen (Impairment)).

*Provisionsüberschuss* – Provisionen für die vom Konzern erbrachten Leistungen werden bei Erfüllung der nachstehenden Kriterien erfolgswirksam erfasst: hinreichender Nachweis über das Bestehen der Vereinbarung, die Leistung wurde erbracht, die Gebühr oder Provision steht fest beziehungsweise ist bestimmbar und die Einbringlichkeit ist hinreichend sichergestellt. Leistungsorientierte Provisionserträge aus Vermögensverwaltungsverträgen werden bei Erfüllung der Leistungskriterien am Fälligkeitstag erfolgswirksam gebucht.

*Verkauf von Vermögenswerten* – Gewinne und Verluste ergeben sich primär aus der entgeltlichen Veräußerung von finanziellen Vermögenswerten. Dazu zählt die Veräußerung von Handelsaktiva, Wertpapieren „Available for Sale“, sonstigen Finanzanlagen und Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie von nicht finanziellen Vermögenswerten wie Immobilien, Tochtergesellschaften und sonstigen Aktiva.

Ein Verkauf liegt nicht vor, sofern Vermögenswerte im Austausch für wirtschaftliche oder eigentumsrechtliche Ansprüche in den gleichen Vermögenswerten weitergereicht werden; Gewinne oder Verluste werden in diesem Fall nicht berücksichtigt. Ansonsten erfolgt bei Veräußerungsgeschäften gegen Erhalt von anderen finanziellen Vermögensgegenständen, die zum Fair Value bilanziert werden, beziehungsweise bei Veräußerung von nicht zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerten die Verbuchung von Gewinnen und Verlusten, wenn der Konzern die Kontrolle über diese Vermögenswerte abgegeben hat. Gewinne aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten werden mit Abschluss oder Erfüllung des Geschäfts verbucht. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Konzern im Zusammenhang mit der Veräußerung weiterhin bestimmte Leistungen erbringen wird. In einem solchen Fall werden die Gewinne abgegrenzt. Verluste aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten sowie nicht zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumenten werden berücksichtigt, sobald diese Vermögenswerte als zum Verkauf bestimmt gelten.

Gewinne und Verluste aus entgeltlichen Veräußerungen werden als Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert des hingegebenen Vermögenswerts und dem Fair Value der erhaltenen Erlöse sowie eingegangenen Verbindlichkeiten ermittelt. Bei nicht monetären Veräußerungsgeschäften wird der Gewinn oder Verlust als Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert des hingegebenen Vermögenswerts und dessen Fair Value sowie den im Rahmen der Transaktion eingegangenen Verbindlichkeiten ermittelt. Der Fair Value der erhaltenen Vermögenswerte wird zu Grunde gelegt, wenn sich dieser leichter ermitteln lässt.

*Vertragsverhältnisse mit mehreren Lieferungs- und Leistungskomponenten* – Schließt der Konzern Verträge ab, die ihn zur Bereitstellung mehrerer unterschiedlicher Produkte, Dienstleistungen bezie-

hungsweise Rechte an einen Kontrahenten verpflichten, ist zu beurteilen, ob die aus dem Vertragsverhältnis erzielten Erträge an mehreren Zeitpunkten der Ertragsrealisierung separat bilanziert werden müssen. Diese Beurteilung berücksichtigt den eigenständigen Wert der bisher bereitgestellten Einzelleistungen, die Überprüfbarkeit des Fair Value noch nicht bereitgestellter Einzelleistungen und, sofern ein Rückgaberecht für bereits erbrachte Einzelleistungen besteht, die Wahrscheinlichkeit der Bereitstellung verbleibender nicht erbrachter Einzelleistungen.

Wenn festgestellt wird, dass ein separater Ausweis angebracht ist, wird der empfangene Gegenwert jeder Einzelleistung auf der Grundlage des relativen Fair Value allokiert, es sei denn, es liegt kein objektiver und verlässlicher Nachweis des Fair Value für die bereitgestellte Einzelleistung vor beziehungsweise eine Einzelleistung ist nach Maßgabe sonstiger Anforderungen der US GAAP mit dem Fair Value anzusetzen. In einem solchen Fall wird die Restwertmethode angewandt.

### **Währungsumrechnung**

Aktiva und Passiva, die auf eine andere als die Bilanzwährung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem jeweiligen Bilanzstichtagskurs in die Bilanzwährung umgerechnet. Die sich daraus ergebenden Kursgewinne und -verluste werden im Handelsergebnis erfasst. Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung werden mit dem Umrechnungskurs am Tag der Erfassung verbucht.

Gewinne und Verluste aus der Umrechnung der Nettoinvestitionen in ausländischen Gesellschaften, die nicht in der Bilanzwährung der Muttergesellschaft berichten, werden nach Berücksichtigung von Kurssicherungs- und Steuereffekten im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income) innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen. Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste werden mit dem Umrechnungskurs am Tag der bilanziellen Erfassung der Transaktion umgerechnet, entweder einzeln oder auf der Grundlage eines angemessen gewichteten Jahresdurchschnittskurses. Aktiva und Passiva werden mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet.

### **Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften**

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und mit den jeweils gezahlten oder erhaltenen Barmitteln angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere als Finanzierungssicherheit in Verwahrung. Bei den mit einer Rückübertragungsverpflichtung erworbenen Wertpapieren handelt es sich überwiegend um Staatsanleihen oder staatlich garantierte Anleihen aus OECD-Ländern. Die als Sicherheit für Repo-Geschäfte aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value der erhaltenen oder gelieferten Wertpapiere. Bei einem Rückgang des Fair Value der aus Wertpapierpensionsgeschäften erhaltenen Wertpapiere fordert der Konzern gegebenenfalls weitere Wertpapiere ein oder verlangt eine Teilrückzahlung der herausgelegten Barmittel. Analog wird bei einem Anstieg des Fair Value der aus Wertpapierpensionsgeschäften gelieferten Wertpapiere gegebenenfalls die Freigabe überschüssiger Sicherungsanteile aus gelieferten Wertpapieren oder eine Erhöhung der Barsicherheiten gefordert. Der Konzern saldiert Reverse Repos und Repos mit demselben Kontrahenten im Rahmen von Master Netting Agreements, sofern die Fälligkeitsdaten übereinstimmen und bestimmte andere Kriterien hinsichtlich der Abwicklungs- und Transfermechanismen erfüllt werden. Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos sind im Zinsüberschuss enthalten.

### **Wertpapierleihe**

Entlehene und verliehene Wertpapiere werden jeweils mit den gezahlten oder empfangenen Barmitteln angesetzt. Tritt der Konzern als Leihenehmer auf, so ist gegenüber dem Leihegeber in der Regel eine Barleistung zu erbringen. Wenn der Konzern als Leihegeber auftritt, erhält er üblicherweise Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entspricht oder diesen übersteigt. Erhaltene Wertpapiere, die weiterveräußert oder -verpfändet werden dürfen, werden als

Handelsaktiva ausgewiesen und es wird eine entsprechende Verpflichtung zur Rückgabe der Wertpapiere bilanziert. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert, soweit erforderlich, entsprechende Nachschussleistungen ein. Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise den Zinsaufwendungen verbucht. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

#### **Handelsaktiva und -passiva und Wertpapiere „Available for Sale“**

Der Konzern ordnet festverzinsliche und marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere zum Zeitpunkt des Erwerbs entweder dem Handelsbestand oder den Wertpapieren „Available for Sale“ zu.

Handelsaktiva sowie -passiva werden zum Fair Value angesetzt. Die zugehörigen realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste werden im Handelsergebnis berücksichtigt.

Wertpapiere „Available for Sale“ werden mit ihrem Fair Value bilanziert, wobei eine Veränderung des Fair Value im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income) innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen wird – es sei denn, das Wertpapier wird einem Fair Value Hedge zugeordnet. In diesem Fall werden Änderungen im Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Die im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) ausgewiesenen Beträge sind um die latenten Steuern sowie um die Veränderungen der Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und abgegrenzten Abschlusskosten bereinigt.

Bei einem Rückgang des Fair Value unter die fortgeführten Anschaffungskosten wird eine entsprechende Wertminderung im Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“ berücksichtigt, soweit der Rückgang als nicht temporär anzusehen ist. Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls im Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“ ausgewiesen. Die Auflösungen von Agios und Disagios sind im Zinsüberschuss enthalten. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für veräußerte Wertpapiere wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskurse herangezogen.

Der Fair Value basiert auf Börsenkursen, Preisangaben von Maklern oder Händlern oder auf diskontierten erwarteten Cashflows.

#### **Derivate**

Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz, unabhängig davon, ob sie für Handels- oder andere Zwecke gehalten werden, mit ihrem Fair Value angesetzt. Derivative Instrumente, die in andere Kontrakte eingebettet sind und bestimmte Kriterien erfüllen, werden ebenfalls mit dem Fair Value angesetzt. Der Fair Value von Derivaten basiert auf Börsenkursen, Analysen der diskontierten Cashflows, beobachtbaren Markttransaktionen in vergleichbaren Instrumenten oder auf Preisbildungsmodellen, die aktuelle Markt- und Kontraktpreise der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren berücksichtigen. Ferner werden bei der Fair-Value-Ermittlung erwartete Marktrisiken, Modellrisiken, Bonitätsrisiken und Verwaltungskosten berücksichtigt. Forderungen und Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften mit dem gleichen Kontrahenten werden aufgerechnet, sofern ein qualifizierendes und rechtlich durchsetzbares Master Netting Agreement vorliegt.

Der Konzern schließt verschiedene Arten von Kontrakten zu Handelszwecken ab. Dazu gehören Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen sowie ähnliche Verträge und Vereinbarungen, die Zinssätze, Währungskurse, Aktienkurse und Rohstoffpreise sowie Kreditrisiken zum Gegenstand haben. Des Weiteren gibt der Konzern Zusagen für Hypothekendarlehen, die nach Bereitstellung zum Verkauf bestimmt sind. Diese Arten von Kontrakten gelten als Derivate und werden mit ihrem Fair Value entweder als Handelsaktiva oder -passiva angesetzt und die entsprechenden Gewinne und Verluste werden im Handelsergebnis vereinnahmt. Bei Eintritt in ein Derivategeschäft wird ein Handelsergebnis ausgewiesen, sofern der Fair Value des Derivats aus einem amtlich notierten Börsenkurs ermittelt oder mit sonstigen Markttransaktionen in vergleichbaren Instrumenten verglichen beziehungsweise durch andere im angewandten Bewertungsverfahren genutzte Marktinformationen bestätigt wurde. Basiert der Fair Value nicht auf beobachtbaren Marktinformationen, wird ein Gewinn

oder ein Verlust abgegrenzt. Diese Abgrenzung wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktinformationen vorliegen, der Konzern in ein kompensierendes Geschäft eintritt, welches das Risiko des betreffenden Derivategeschäfts im Wesentlichen eliminiert oder eine angemessene Bewertungsmethode wie beispielsweise die Amortisation über die Laufzeit der Transaktion anwendet.

Derivative Instrumente, die in nicht zu Handelszwecken gehaltene Trägerinstrumente eingebettet sind, werden separat zum Fair Value bewertet, wenn sie der Definition eines Derivats entsprechen und keine eindeutige und enge Verknüpfung mit dem Trägerinstrument gegeben ist. Sofern diese eingebetteten Derivate nicht die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, fließen ihre Wertänderungen in das Handelsergebnis ein. Der Ausweis des Buchwerts erfolgt in der Konzernbilanz zusammen mit dem Trägerinstrument.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in zinsunabhängige Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Die Änderungen im Fair Value dieser Derivate werden unter den gleichen Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen gezeigt wie die aus dem Grundgeschäft resultierenden Wertänderungen. Die Änderungen des Fair Value von allen anderen Derivaten, die nicht die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, werden im Handelsergebnis erfasst.

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsgeschäften unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder verbindlicher Zusagen (Fair Value Hedges), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (Cashflow Hedges) sowie (3) Absicherung von Währungskursrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Gesellschaften, die nicht in der Bilanzwährung der Muttergesellschaft berichten (Absicherung von Nettoinvestitionen). Hedge Accounting, wie im Nachfolgenden beschrieben, wird für jede dieser Sicherungsarten angewandt, sofern zu Beginn der Absicherung der Sicherungszusammenhang ordnungsgemäß dokumentiert wird und der Hedge in hohem Maße effektiv genug ist, um die Änderungen des Fair Value, die Schwankungen der Cashflows oder die Effekte aus der Umrechnung der Nettoinvestitionen in ausländische Gesellschaften zu kompensieren.

Beim Fair Value Hedge werden die Änderungen des Fair Value der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats erfolgswirksam erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus der Änderung der Fair Values werden in den sonstigen Erträgen erfasst. Bei der Absicherung des Fremdwährungsrisikos eines Wertpapiers „Available for Sale“ wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Fair-Value-Änderung ebenfalls in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Fair-Value-Änderungen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft, die auf Veränderungen der dem abgesicherten Risiko zu Grunde liegenden Marktwerte oder Preise zurückzuführen sind.

Wird ein Geschäft zur Absicherung von Änderungen des Fair Value beendet, weil das Derivategeschäft vorzeitig beendet oder ausgeübt wird oder der Sicherungszusammenhang entfällt, wird die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über die Restlaufzeit des gesicherten Finanzinstruments amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten der Fair-Value-Anpassungen oder im Fall der Veräußerung oder vorzeitigen Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung beziehungsweise Rückführung berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der Cashflows sind für das Grundgeschäft keine besonderen Bewertungsregeln vorgesehen. Das Sicherungsderivat wird mit dem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge wer-

den in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgebucht, in denen auch das Grundgeschäft ergebniswirksam wird. Daher werden Beträge für die Sicherung eines Zinsrisikos anteilig zusammen mit den Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst. Bei der Sicherung eines Fremdwährungsrisikos für Wertpapiere „Available for Sale“ werden die aus dem Fremdwährungsrisiko resultierenden Beträge bei Veräußerung des Grundgeschäfts dem Verkaufsgewinn oder -verlust zugeschlagen. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich in der Regel als Unterschiedsbetrag aus der Fair-Value-Änderung des Sicherungsderivats und einer hypothetisch perfekten Absicherung.

Bei der vorzeitigen Beendigung von Geschäften zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die aus Zinsrisiken resultieren, werden die im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg enthaltenen Beträge über die ursprüngliche Laufzeit des Absicherungsgeschäfts als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Bei der vorzeitigen Beendigung anderer Arten von Geschäften zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows werden die im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ergebniswirksam erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Ist der Eintritt der erwarteten Transaktion allerdings nicht mehr wahrscheinlich, werden die Beträge in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Währungskursrisiken infolge der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Gesellschaften wird die auf der Änderung des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung im übrigen umfassenden Periodenerfolg ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Fair-Value-Änderung wird in die sonstigen Erträge eingestellt.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es mit seinem Fair Value in die Handelsaktiva beziehungsweise -passiva übertragen. Die künftigen Änderungen des Fair Value werden im Handelsergebnis abgebildet. Bei Sicherungsderivaten, die vorzeitig geschlossen oder ausgeübt werden, wird die Differenz zwischen dem Buchwert des Derivats und dem gezahlten oder empfangenen Gegenwert in die sonstigen Erträge eingestellt.

### Sonstige Finanzanlagen

Als sonstige Finanzanlagen gelten nach der Equitymethode bilanzierte Investments, Beteiligungen von spezifischen konsolidierten Investmentgesellschaften sowie sonstige nicht marktgängige Beteiligungen und Anteilsbesitz an Venture-Capital-Gesellschaften.

Der Konzern wendet für die Bilanzierung von Beteiligungen die Equitymethode an, wenn er nicht über einen kontrollierenden Einfluss verfügt, jedoch die Möglichkeit besitzt, die Geschäfts- und Finanzpolitik des Beteiligungsunternehmens maßgeblich zu beeinflussen. Dies gilt grundsätzlich dann, wenn der Konzern 20% bis 50% der Stimmrechte an einer Kapitalgesellschaft oder mindestens 3% an einer Personengesellschaft (Limited Partnership) hält. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind die Vertretung im Board of Directors (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) sowie der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu dem Beteiligungsunternehmen.

Im Rahmen der Equitymethode werden die anteiligen Gewinne oder Verluste der Beteiligungsgesellschaften – basierend auf US GAAP-Abschlüssen – sowie Gewinne oder Verluste aus Veräußerungen und Abschreibungen wegen nicht temporärer Wertminderungen im Gewinn/Verlust aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Verluste aus der Equitymethode, die den Bilanzwert der jeweiligen Beteiligung übersteigen, werden mit anderen Aktiva des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten des Konzerns und dem anteiligen Nettovermögen zum Erwerbszeitpunkt (Goodwill aus der Equitymethode) ist Gegenstand der Werthaltigkeitsprüfungen in Verbindung mit Beurteilungen des Wertansatzes der gesamten Beteiligung.

Beteiligungen, die durch konsolidierte spezifische Investmentgesellschaften gehalten werden und primär nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere umfassen, sind unter den sonstigen Fi-

nanzanlagen mit ihrem Fair Value ausgewiesen. Änderungen des Fair Value sind in den sonstigen Erträgen enthalten.

Sonstiger nicht marktgängiger Anteilsbesitz und Beteiligungen an Venture-Capital-Gesellschaften, auf die der Konzern weder einen kontrollierenden Einfluss ausübt noch an diesen maßgeblich beteiligt ist, werden zu historischen Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für nicht temporäre Wertminderungen, in den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus Verkäufen oder Wertminderungen sind in den sonstigen Erträgen enthalten.

#### **Forderungen aus dem Kreditgeschäft**

Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden zum ausstehenden Nominalwert bilanziert, unter Berücksichtigung von Abschreibungen, Agios oder Disagios, abgegrenzten Gebühren und Kosten für selbst-begebene Kredite (Originated Loans) sowie der Wertberichtigung für Kreditausfälle. Die Zinserträge werden auf den noch ausstehenden Nominalwert abgegrenzt. Abgegrenzte Gebühren und Kosten sowie Agios oder Disagios werden als Anpassung des Effektivzinses über die Laufzeit der zu Grunde liegenden Kreditverträge in den Zinserträgen verbucht. Die mit Kreditengagements, die nicht als Derivate ausgewiesen sind, verbundenen Kreditbereitstellungsprovisionen werden im Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen über die Laufzeit der Zusage erfasst. Kreditzusagen, die als Derivate ausgewiesen sind, werden mit ihrem Fair Value angesetzt.

Werden Zins- oder Tilgungszahlungen mindestens 90 Tage nicht erbracht und sind die Kredite weder ausreichend besichert noch im Inkassoprozess, werden die Zinsabgrenzungen eingestellt. Des Weiteren wird die Zinsabgrenzung für einen Kredit eingestellt, wenn die Forderung zwar noch nicht seit 90 Tagen fällig ist, aber nach Beurteilung des Managements die Abgrenzung der Zinsforderung vor Ablauf von 90 Tagen eingestellt werden muss, weil voraussichtlich nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen erbracht werden. Sobald die Zinsabgrenzung für einen Kredit eingestellt worden ist, werden zuvor abgegrenzte, aber nicht gezahlte Zinsen gegen die Zinserträge der laufenden Periode ausgebucht. Zahlungseingänge von Zinsen für Kredite ohne Zinsabgrenzungen werden, je nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der Kapitalforderung, entweder als Zinserträge oder als Rückführung der Kapitalforderung verbucht. Zinsabgrenzungen werden wieder vorgenommen, sobald alle fälligen vertraglichen Zahlungen erbracht wurden und der Kredit nicht mehr als notleidend gilt.

#### **Leasing**

Finanzierungsleasinggeschäfte, die Direct Financing Leases und Leveraged Leases umfassen, werden unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen, sofern eine Konzerngesellschaft als Leasinggeber auftritt. Die noch nicht realisierten zukünftigen Leasingerträge werden abgegrenzt und gemäß der Zinsmethode über die Laufzeit des Leasingvertrags im Zinsergebnis berücksichtigt. Im Fall von Capital Leases, bei denen eine Konzerngesellschaft Leasingnehmer ist, werden die Leasinggegenstände aktiviert und in den Sachanlagen ausgewiesen.

#### **Risikovorsorge im Kreditgeschäft**

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stellt die Einschätzung des Managements hinsichtlich wahrscheinlicher Verluste dar, die am Stichtag des Konzernabschlusses im Kreditportfolio und bei den außerbilanziellen Verpflichtungen im Kreditgeschäft eingetreten sind. Wertberichtigungen für Kreditausfälle werden als Reduzierung der zu Grunde liegenden Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen; Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft sind in den sonstigen Passiva enthalten.

Damit das Management den angemessenen Umfang der Wertberichtigung für Kreditausfälle bestimmen kann, werden alle wesentlichen Kontrahentenbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dies gilt insbesondere für Kredite unter besonderer Überwachung wie etwa notleidende Kredite. Kleinere standardisierte homogene Kredite werden bezüglich ihrer Werthaltigkeit kollektiv beurteilt. Bei jeder Überprüfung werden aktuelle Informationen, kontrahentenbezogene Ereignisse – wie etwa ein Zahlungsverzug und die bei Verwertung von Kreditsicherheiten erzielbaren Beträge – sowie branchenbezogene, geografische, ökonomische, politische und andere Rahmenbedingungen

berücksichtigt. Ergebnis dieses Prozesses ist die Ermittlung der Wertberichtigung für Kreditausfälle, wobei zwischen einer spezifischen und einer inhärenten Verlustkomponente unterschieden wird.

Die spezifische Verlustkomponente repräsentiert die Wertberichtigung für notleidende Kredite. Bei notleidenden Krediten handelt es sich um Kredite, für die der Konzern nach Einschätzung des Managements auf Basis gegenwärtiger Informationen und Ereignisse wahrscheinlich nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen bei Fälligkeit erhalten wird. Die spezifische Verlustkomponente der Wertberichtigung für Kreditausfälle wird aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Kreditbetrag einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows oder alternativ dem Fair Value der zu Grunde liegenden Sicherheiten, oder dem Marktpreis des Kredits ermittelt. Notleidende Kredite werden grundsätzlich als Kredite ohne Zinsabgrenzung eingestuft.

Die inhärente Verlustkomponente gilt grundsätzlich für die Kredite, die nicht als notleidend gelten, zusammengenommen aber einen inhärenten Verlust aufweisen, der wahrscheinlich eingetreten und in vernünftiger Weise einschätzbar ist. Die inhärente Verlustkomponente besteht aus der Wertberichtigung für Länderrisiken, das heißt für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Rahmen von Kreditengagements in solchen Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten auf Grund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können, der Wertberichtigung für kleinere standardisierte homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, und der Wertberichtigung für sonstige inhärente Risiken. Die Wertberichtigung für sonstige inhärente Risiken stellt eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste dar, die noch nicht individuell identifiziert wurden, und spiegelt die Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bei der Einschätzung der Kreditrisikoversorge wider. Diese Schätzung der inhärenten Verluste schließt jene Engagements aus, die bereits bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere standardisierte homogene Kredite berücksichtigt wurden.

Beträge, die als uneinbringlich gelten, werden gegen die Wertberichtigung gebucht. Nachfolgende Zahlungseingänge werden den Wertberichtigungen gutgeschrieben. Die Risikoversorge im Kreditgeschäft, die ergebniswirksam verbucht wird, entspricht dem Betrag, der erforderlich ist, um die Wertberichtigung auf den nach dem oben beschriebenen Verfahren ermittelten Stand zu bringen.

Die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft werden zu Lasten der sonstigen Aufwendungen gebildet und anhand der gleichen Bemessungsverfahren wie die Wertberichtigungen für Kreditausfälle ermittelt.

#### **Zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft**

Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum Verkauf bestimmt sind, werden mit dem Buchwert oder dem niedrigeren Marktwert angesetzt und als sonstige Aktiva ausgewiesen. Gebühren und Kosten für selbstbegebene Kredite werden bis zum Verkauf der betreffenden Kredite abgegrenzt und bei der Ermittlung der Verkaufsgewinne oder -verluste berücksichtigt, die in den sonstigen Erträgen verbucht werden. Wertanpassungen werden in den sonstigen Aktiva und sonstigen Erträgen verbucht und sind nicht in der Risikoversorge im Kreditgeschäft berücksichtigt.

#### **Verbriefung von Vermögenswerten**

Bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte an bestimmte Zweckgesellschaften (Securitization Vehicles) kann der Konzern Rechte zurückbehalten, zum Beispiel nachrangige Tranchen aus der Verbriefung, Barsicherheiten, Ansprüche aus der Forderungsverwaltung (Servicing Rights) oder Zinsansprüche. Der sich aus den als Verkauf verbuchten Übertragungen ergebende Gewinn oder Verlust wird dem Übertragungswert und den zurückbehaltenen Rechten zugeordnet, basierend auf deren anteiligem Fair Value zum Zeitpunkt der Übertragung. Zurückbehaltene Rechte, ausgenommen Ansprüche aus der Forderungsverwaltung, werden entsprechend ihrer Ausgestaltung und je nach Absicht des Managements als Handelsaktiva, Wertpapiere „Available for Sale“ oder sonstige Aktiva ausgewiesen. Ansprüche aus der Forderungsverwaltung werden den immateriellen Vermögenswerten zugeordnet. Der Ausweis erfolgt zum Buchwert oder zu dem niedrigeren Fair Value und wird proportional zu den Erträgen über den Zeitraum der Forderungsverwaltung erfolgswirksam aufgelöst.

Zur Ermittlung des Fair Value werden Börsenkurse herangezogen, sofern diese verfügbar sind. Da für verbriefte zurückbehaltene Rechte häufig keine Börsenkurse vorliegen, beruht die Ermittlung des Fair Value in der Regel auf dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows, wobei die Grundannahmen (Kreditausfälle, vorzeitige Tilgungen, Forwardzinskurve und Abzinsungsfaktor) entsprechend dem zu Grunde liegenden Risiko durch das Management festgelegt werden. Zinserträge aus den zurückbehaltenen Rechten werden nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

### Sachanlagen

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre sowie bei Betriebs- und Geschäftsausstattungen 3 bis 10 Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über die Mietdauer oder die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel 3 bis 15 Jahre, abgeschrieben, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist. Die Abschreibungen der Gebäude sind in den Mieten und Unterhaltungskosten für Gebäude enthalten, während die Abschreibungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung in den Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung oder in den EDV-Aufwendungen ausgewiesen werden. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst, werterhöhende Umbauten werden aktiviert. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Geleaste Anlagen, die bestimmte Kriterien erfüllen, werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Entgeltlich erworbene oder selbsterstellte Software für eigene Nutzung wird aktiviert und über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren linear abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbsterstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbstgenutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Planung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Aufwendungen werden als Aufwand erfasst.

### Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill, das heißt der Betrag, um den die Anschaffungskosten den Fair Value des erworbenen Reinvermögens zum Erwerbszeitpunkt übersteigen, wird einmal jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung wird häufiger durchgeführt, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen wie eine Verschlechterung des Geschäftsumfelds darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Ansprüche aus der Verwaltung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft (Mortgage und Loan Servicing Rights) werden zum Buchwert oder zum niedrigeren Fair Value angesetzt und proportional zu den Erträgen über den erwarteten Zeitraum der Forderungsverwaltung amortisiert. Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmten Nutzungsdauer werden über einen Zeitraum von 3 bis 15 Jahren abgeschrieben. Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer – primär Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Privatanlegern – werden nicht planmäßig abgeschrieben. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit und ihre Nutzungsdauer überprüft.

### Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe auf Aktien einer Konzerngesellschaft werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Anzahl von Aktien festgelegt und die Erfüllung ausschließlich durch die Lieferung von Aktien zulässig ist. Die Verpflichtung wird bei Entstehung zum Fair Value der Aktien angesetzt, der dem Barwert der Terminverpflichtung entspricht. Für Terminkäufe auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitals als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird. Für Terminkäufe auf Minderheitenanteile von Konzerngesellschaften erfolgt eine entsprechende Verringerung der sonstigen Passiva.

Die Verbindlichkeiten für Terminkaufkontrakte mit fest vereinbarten Kaufpreisen für die Aktien werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung (Accrual Basis) angesetzt und die abzugrenzenden



Zinsen werden als Zinsaufwendungen verbucht. Für die Berechnungen der Ergebnisse je Aktie werden die auf solche Kontrakte bezogenen Aktien der Deutschen Bank nicht als ausstehende Aktien berücksichtigt. Bei Abrechnung erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, da die erhaltenen Aktien als Eigene Aktien im Bestand ausgewiesen werden.

Vor dem 1. Juli 2003 wurden geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien einer Konzerngesellschaft, die bestimmte Kriterien hinsichtlich der Abwicklung erfüllten, ebenfalls als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen. Ab dem 1. Juli 2003 werden diese Kontrakte als Derivate bilanziert.

### **Wertminderungen (Impairment)**

Wertpapiere „Available for Sale“, nach der Equitymethode bewertete Beteiligungen und übriger Anteilsbesitz (darunter Beteiligungen an Venture-Capital-Gesellschaften und nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere) sowie nicht garantierte Restwerte aus Leasingverträgen werden regelmäßig auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Eine Wertminderung wird ergebniswirksam erfasst, wenn der Rückgang des Fair Value des Vermögensgegenstands unter die fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise unter den Buchwert als nicht nur temporär erachtet wird.

Ebenso ist die Werthaltigkeit von sonstigen immateriellen Vermögenswerten mit bestimmter Nutzungsdauer sowie von Sachanlagen zu überprüfen, sobald Anzeichen darauf hindeuten, dass ihr Buchwert nicht realisiert werden kann. Wenn der Buchwert die erwarteten nicht diskontierten Cashflows des im Bestand befindlichen und genutzten Vermögensgegenstands übersteigt, wird eine Abschreibung für die Wertminderung in der Höhe der Differenz zwischen Buchwert und niedrigerem Fair Value berücksichtigt. Für zum Verkauf bestimmte Vermögensgegenstände wird ein Verlust auf der Grundlage des Buchwerts oder des niedrigeren Fair Value abzüglich Verkaufskosten erfasst. Vermögensgegenstände, die auf andere Weise als durch Verkauf zur Verwertung vorgesehen sind, gelten als im Bestand befindlich und genutzt und werden bis zur Verwertung als solche berücksichtigt.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte, bei denen keine planmäßige Abschreibung erfolgt, werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und – sofern geboten – wird eine Abschreibung für die Wertminderung in der Höhe der Differenz zwischen Buchwert und niedrigerem Fair Value berücksichtigt.

### **Bilanzierung von Aufwendungen**

Aktivierungsfähige Aufwendungen aus Effektenemissions- und -beratungsgeschäften sowie für selbstbegebene Kredite werden abgegrenzt und zusammen mit den entsprechenden Erträgen ergebniswirksam verbucht. Die Kosten und Provisionen für selbstbegebene Kredite werden miteinander verrechnet und über die Vertragslaufzeit im Zinsergebnis amortisiert. Sonstige Kosten, einschließlich Werbeaufwand, werden bei Entstehung ergebniswirksam berücksichtigt.

### **Ertragsteuern**

Der Konzern erfasst für alle im Konzernabschluss berücksichtigten Geschäftsvorfälle laufende und latente Steuern. Dabei werden die Bestimmungen der entsprechenden Steuergesetze in den jeweiligen Ländern angewandt. Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte, die aus Differenzen zwischen den im US GAAP-Abschluss angesetzten Buchwerten der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten und deren steuerrechtlichen Ansätzen resultieren, für Verlustvorträge sowie für Steuerrückerstattungsansprüche gebildet. Die aktiven latenten Steuern werden, soweit erforderlich, auf den Betrag abgeschrieben, der auf der Grundlage verfügbarer Informationen durch das Management als wahrscheinlich realisierbar eingeschätzt wird.

Aktive und passive latente Steuern werden in derjenigen Periode um den Effekt aus Änderungen der Steuergesetze und Steuersätze bereinigt, in der diese Änderungen beschlossen werden.

### Aktienbasierte Vergütungen

Seit dem 1. Januar 2003 wendet der Konzern die Fair-Value-Bilanzierungsregeln prospektiv für alle aktienbasierten Vergütungen an, die nach dem 1. Januar 2003 gewährt, modifiziert oder ausgeübt werden. Nach Maßgabe der Fair-Value-Methode wird der Personalaufwand auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Der Fair Value von Vergütungen in Form von Aktienoptionen wird anhand eines Black-Scholes-Bewertungsmodells bestimmt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem zu Grunde liegenden Börsenkurs der Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an die Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Bis zum 1. Januar 2003 bilanzierte der Konzern seine aktienbasierten Vergütungen nach der „Inneren-Wert-Methode“ (Intrinsic Value-based Method). Nach dieser Methode ergibt sich der Personalaufwand aus dem potenziellen Überschuss des Börsenkurses der Aktien am Tag der Gewährung oder einem anderen Bewertungsstichtag über den Betrag, den ein Mitarbeiter gegebenenfalls für seine Aktien zu zahlen hat.

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Anwendung der Fair-Value-Methode auf aktienbasierte Vergütungen den Jahresüberschuss und das Ergebnis je Aktie beeinflusst hätte.

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2002
Jahresüberschuss (wie ausgewiesen)	2.472	1.365	397
Hinzuzufügen: Im ausgewiesenen Jahresüberschuss enthaltener Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, nach Steuern	696	433	228
Abzuziehen: Nach der Fair-Value-Methode ermittelter Personalaufwand für sämtliche aktienbasierten Vergütungen, nach Steuern	- 698	- 346	- 478
<b>Pro-forma-Jahresüberschuss</b>	<b>2.470</b>	<b>1.452</b>	<b>147</b>
in €			
Ergebnis je Aktie:			
Ergebnis – wie ausgewiesen	5,02	2,44	0,64
Ergebnis – pro forma	5,02	2,60	0,24
Verwässertes Ergebnis – wie ausgewiesen	4,53	2,31	0,63
Verwässertes Ergebnis – pro forma	4,53	2,46	0,23

Der Konzern erfasst seine Verpflichtungen aus Aktienrechten und aktienbasierten Vergütungsplänen im Eigenkapital als aktienbasierte Vergütung – auszugebende Stammaktien. Die entsprechenden Abgrenzungen aus aktienbasierter Vergütung werden ebenfalls im Eigenkapital berücksichtigt. Die Zuordnung zum Eigenkapital basiert auf der Absicht des Konzerns, diese Vergütungen in Form von Stammaktien zu begleichen. Der Personalaufwand wird in der Periode linear erfasst, in welcher der Mitarbeiter die Dienste erbracht hat, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bereits abgegrenzter Aufwand wird in der Periode zurückgenommen, in der die Mitarbeiter ihre Ansprüche verwirken. Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, unterliegen – auf Grund der Veränderung des Aktienkurses – einer fortlaufenden ergebniswirksamen Bewertung und werden bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den spezifischen aktienbasierten Vergütungsplänen und Fair Values sowie den wesentlichen Annahmen zur Bestimmung der Fair Values von Optionen sind in Note [20] des Konzernabschlusses enthalten.

### Umfassender Periodenerfolg (Comprehensive Income)

Der umfassende Periodenerfolg wird als Veränderung des Eigenkapitals eines Unternehmens definiert. Transaktionen mit Aktionären wie zum Beispiel die Emission von Stamm- oder Vorzugsaktien, die Zahlung von Dividenden und der Kauf Eigener Aktien werden bei der Ermittlung nicht berücksichtigt. Der umfassende Periodenerfolg besteht aus zwei wesentlichen Komponenten: dem Jahresüberschuss, wie er in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns berichtet wird, und dem übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income), wie er in der umfassenden Periodenerfolgsrech-

nung des Konzerns (Consolidated Statement of Comprehensive Income) ausgewiesen wird. Der übrige umfassende Periodenerfolg besteht aus Positionen wie unrealisierten Gewinnen und Verlusten aus der Umrechnung von Nettoinvestitionen in ausländische Gesellschaften, bereinigt um die entsprechenden Hedgeeffekte, unrealisierten Gewinnen und Verlusten aus Änderungen des Fair Value von Wertpapieren „Available for Sale“, bereinigt um die latenten Steuern sowie um die Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und abgegrenzte Abschlusskosten. Darüber hinaus enthält er die Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen sowie den effektiven Teil der realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus Derivaten für Cashflow Hedges, abzüglich der im Zusammenhang mit Hedgegeschäften in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederten Beträge. Der umfassende Periodenerfolg enthält keine Veränderungen des Fair Value nicht marktgängiger nicht festverzinslicher Wertpapiere, traditioneller Kreditprodukte und sonstiger zu Anschaffungskosten bewerteter Vermögensgegenstände.

### **Kapitalflussrechnung**

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung gilt die Barreserve als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalent.

### **Tätigkeit im Versicherungsgeschäft**

#### **Beiträge im Versicherungsgeschäft**

Bei fondsgebundenen Lebensversicherungen werden nur die zur Deckung des Risikos und der Verwaltungskosten kalkulierten Beträge als Versicherungsprämien ausgewiesen. Versicherungsprämien für Lebensversicherungsverträge und überschussberechtigte Lebensversicherungsverträge mit langer Laufzeit werden bei Fälligkeit erfolgswirksam vereinnahmt.

#### **Abgegrenzte Abschlusskosten**

Abschlusskosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem akquirierten Neu- oder Erneuerungsgeschäft stehen, vorwiegend Provisionen, bestimmte Antragsbearbeitungskosten sowie bestimmte Vertriebsunterstützungskosten, sind insoweit aktivierungsfähig, als sie durch zukünftige Erträge ausgeglichen werden können. Aktivierte Abschlusskosten für das Nichtlebensversicherungsgeschäft werden über den Prämienzahlungszeitraum der betreffenden Police amortisiert. Aktivierte Abschlusskosten für das Lebensversicherungsgeschäft werden grundsätzlich über die Laufzeit des Versicherungsvertrags oder mit einem gleich bleibenden Prozentsatz abgeschrieben, der auf dem Barwert der erwarteten Bruttogewinne oder der erwarteten Bruttomargen beruht. Aktivierte Abschlusskosten werden in den sonstigen Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft berücksichtigt.

#### **Fondsgebundene Lebensversicherungen**

Bei fondsgebundenen Lebensversicherungen, bei denen das Kapitalanlagerisiko durch die Versicherungsnehmer getragen wird, spiegelt die entsprechende Rückstellung den aktuellen Stand der Kapitalanlagen wider. Rückstellungen für fondsgebundene Lebensversicherungen werden als Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft ausgewiesen. Die zugehörigen Kapitalanlagen werden als Sondervermögen getrennt von den Vermögenswerten des Konzerns ausgewiesen. Sie unterliegen nicht den Ansprüchen Dritter, die sich aus den anderen Aktivitäten des Konzerns ergeben können. Das Sondervermögen wird als sonstige Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft zum Fair Value ausgewiesen. Die erhaltenen Sparbeiträge werden nach Berücksichtigung von Verwaltungskosten und Risikoprämien ausgewiesen. Sparbeiträge, Nettokapitalerträge sowie realisierte und unrealisierte Gewinne und Verluste aus diesen Kapitalanlagen sind in den ausgewiesenen Erträgen des Konzerns nicht enthalten; analog sind Rückstellungszuführungen nicht in den Aufwendungen erfasst.

#### **Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft**

Zusätzlich zu den Rückstellungen für fondsgebundene Lebensversicherungen enthalten die Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft Deckungsrückstellungen und sonstige Rückstellungen für das Versicherungsgeschäft.

Die Deckungsrückstellungen für das Lebens-, Renten- und Krankenversicherungsgeschäft werden unter Berücksichtigung von Sterblichkeits-, Krankheits- und Stornowahrscheinlichkeiten sowie unter Berücksichtigung des jeweils anzusetzenden Zinssatzes und unter Einbeziehung angemessener Sicherheitszuschläge bestimmt. Die der Ermittlung zu Grunde liegenden Annahmen beruhen auf Erfahrungswerten und branchenüblichen Standards, die angepasst werden, wenn die zukünftigen Entwicklungen erheblich von den getroffenen Annahmen abweichen.

In den Rückstellungen für das überschussberechtigte Lebensversicherungsgeschäft sind Schlussüberschussreserven berücksichtigt. Unrealisierte Gewinne und Verluste aus Finanzanlagen werden in dem Umfang in den Deckungsrückstellungen erfasst, in dem der Versicherte bei der Realisierung auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen partizipieren würde. Bei der Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen nimmt der Konzern eine ständige Überprüfung seiner Gesamtposition, der Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie möglicher nachträglicher Eingänge vor. Da die Rückstellungen auf Schätzungen beruhen, kann die endgültige Verbindlichkeit höher oder niedriger sein als die gebildeten Rückstellungen. Die Anpassungen, die sich aus Änderungen der Schätzgrundlagen ergeben, werden in den Erträgen derjenigen Periode berücksichtigt, in der die Änderungen erfolgen. Andere Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen überwiegend für selbst versicherte Risiken.

## [2] Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden

### SFAS 150

Seit dem 1. Juli 2003 wendet der Konzern SFAS 150, „Accounting for Certain Instruments with Characteristics of Both Liabilities and Equity“ („SFAS 150“), an. SFAS 150 sieht vor, dass bestimmte Finanzinstrumente, die sowohl Charakteristika von Verbindlichkeiten als auch von Eigenkapital aufweisen, als Verbindlichkeiten (beziehungsweise in bestimmten Fällen als Aktiva) zu bilanzieren sind. SFAS 150 ist auf bestimmte frei stehende Finanzinstrumente anzuwenden, die eine Verpflichtung für die Gesellschaft darstellen und die Ausgabe, Einziehung oder den Rückkauf Eigener Aktien erfordern.

Durch die Anwendung von SFAS 150 änderte sich die Bilanzierung ausstehender Terminkaufkontrakte für circa 52 Mio Eigene Aktien mit einem gewichteten durchschnittlichen Ausübungspreis von 56,17 €. Diese Kontrakte werden zur Erfüllung von Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungen für Mitarbeiter verwendet. Der Konzern verzeichnete einen Gewinn nach Steuern in Höhe von 11 Mio €, abzüglich eines Steueraufwands von 5 Mio €, als kumulativen Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, da diese Kontrakte mit Übernahme von SFAS 150 zum Fair Value bilanziert wurden. Diese Kontrakte wurden per 1. Juli 2003 dahingehend geändert, dass zur Erfüllung nunmehr ausschließlich die Lieferung von Aktien zulässig ist. Dies führte zu einer Verringerung des Eigenkapitals um 2,9 Mrd € und zur Bildung einer entsprechenden Verbindlichkeit, die als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien klassifiziert wird. Durch die Belieferung von Terminkaufkontrakten im Jahr 2003 sank die Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zum 31. Dezember 2003 auf 2,3 Mrd €. Seit dem 1. Juli 2003 werden die Aufwendungen für diese Kontrakte als Zinsaufwendungen und nicht mehr als direkter Abzug vom Eigenkapital bilanziert.

Die bilanzielle Behandlung der Terminkaufkontrakte mit ausschließlicher Belieferung in Aktien verringert das Eigenkapital, was dazu führt, dass die zu Grunde liegenden Aktien so zu verbuchen sind, als seien sie eingezogen oder als würden sie im Bestand geführt, obwohl sie sich weiterhin im Umlauf befinden. Somit sieht SFAS 150 vor, dass für die Berechnungen des Ergebnisses je Aktie (Basic) sowie des verwässerten Ergebnisses je Aktie der Nenner jeweils um die Anzahl der ausstehenden Aktien für diese Terminkaufkontrakte zu verringern ist. Die Anzahl der durchschnittlichen gewichteten nicht mehr im Umlauf betrachteten Aktien, bezogen auf die zuvor beschriebenen Terminkaufkontrakte, belief sich für die Berechnung der Ergebnisse je Aktie per 31. Dezember 2003 auf 23 Mio Aktien.

### **FIN 46 und FIN 46(R) (überarbeitet im Dezember 2003)**

Im Januar 2003 veröffentlichte das Financial Accounting Standards Board (FASB) Interpretation No. 46, „Consolidation of Variable Interest Entities“ („FIN 46“). FIN 46 sieht vor, dass vom Meistbegünstigten („Primary Beneficiary“) die Gesellschaften zu konsolidieren sind, deren Eigenkapital nicht ausreichend ist, um die Geschäftsaktivitäten ohne zusätzliches nachrangiges Kapital zu finanzieren, oder solche, deren Eigenkapitalgeber nicht über einen kontrollierenden Einfluss verfügen. Die zur Verbriefung von Vermögenswerten eingesetzten qualifizierenden Zweckgesellschaften sind von der neuen Regelung ausgenommen und dementsprechend nicht zu konsolidieren.

FIN 46 war für Gesellschaften, die nach dem 31. Januar 2003 gegründet wurden, unmittelbar anzuwenden. Für alle Gesellschaften, die vor dem 1. Februar 2003 bestanden, war FIN 46 ursprünglich ab dem 1. Juli 2003 wirksam. Im Oktober 2003 hat das FASB das Datum des In-Kraft-Tretens verschoben, so dass die Anwendung von FIN 46 auf alle oder auch nur einen Teil dieser Variable Interest Entities erst zum 31. Dezember 2003 erfolgen musste, da verschiedene Anwendungsfragen noch offen waren und eine klarstellende Anleitung noch nicht veröffentlicht war. Der Konzern beschloss am 1. Juli 2003, FIN 46 auf bestimmte vor dem 1. Februar 2003 gegründete Variable Interest Entities, die voraussichtlich zum 31. Dezember 2003 nicht zu konsolidieren sein würden, nicht anzuwenden. Auf alle wesentlichen anderen Variable Interest Entities wurde FIN 46 konzernweit zum 1. Juli 2003 angewandt. Als Folge wies der Konzern einen Gewinn in Höhe von 140 Mio € als kumulierten Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden aus. Die Bilanzsumme stieg um 18 Mrd €. Seit dem 31. Dezember 2003 wendet der Konzern FIN 46 uneingeschränkt an. Aus der Anwendung von FIN 46 auf die nach dem 1. Juli 2003 betroffenen Variable Interest Entities ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Bei den durch Anwendung von FIN 46 konsolidierten Unternehmen handelt es sich vor allem um Multi-Seller-Commercial-Paper-Gesellschaften, die im Konzernbereich Corporate and Investment Bank verwaltet werden, sowie Investmentfonds, die durch den Konzernbereich Private Clients and Asset Management angeboten werden und für die der Konzern gegenüber den Investoren eine Wertgarantie übernimmt.

Bei der Anwendung zum 1. Juli 2003 entfielen 12 Mrd € der Zunahme der gesamten Aktiva auf die Konsolidierung der Multi-Seller-Commercial-Paper-Gesellschaften. In der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2003 wurden einige dieser Gesellschaften mit einer Bilanzsumme von 4 Mrd € anschließend umstrukturiert und entkonsolidiert.

Die Ansprüche (sogenannte „Beneficial Interests“) der Investoren an die Investmentfonds mit Wertgarantie werden als sonstige Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen und betragen zum 31. Dezember 2003 insgesamt 15 Mrd €. Die Vermögenswerte der Investmentfonds bestanden zum 31. Dezember 2003 überwiegend aus Handelsaktiva in Höhe von 13 Mrd €. Der den Investoren zustehende Ertrag belief sich in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2003 auf insgesamt 115 Mio €. Dieser Ertrag setzte sich zusammen aus dem Zinsüberschuss in Höhe von 179 Mio €, aus dem Handelsergebnis in Höhe von minus 20 Mio € sowie aus Aufwendungen für die Fondsverwaltung in Höhe von 44 Mio €. Die Verpflichtung zur Weitergabe des Ertrags an die Investoren in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2003 wurde als Zunahme der Beneficial-Interest-Verpflichtung in den sonstigen Verbindlichkeiten sowie als entsprechende Belastung der sonstigen Erträge in Höhe von 115 Mio € ausgewiesen.

Im Zuge der Anwendung von FIN 46 wurden bestimmte Gesellschaften entkonsolidiert. Dies betrifft vor allem Zweckgesellschaften und Trusts, die im Zusammenhang mit hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities) durch den Konzern genutzt werden, bei denen jedoch die Investoren die wirtschaftlichen Risiken tragen. Der aus der Anwendung von FIN 46 resultierende Gewinn bezieht sich vor allem auf die Umkehrung von Ergebniseffekten aus Wertpapieren, die von entkonsolidierten Zweckgesellschaften gehalten wurden.

Mit Wirkung zum 31. März 2004 wendet der Konzern die überarbeitete Version der FASB Interpretation 46, „Consolidation of Variable Interest Entities, an Interpretation of ARB No. 51“ („FIN 46(R)“), an. Das FASB modifizierte FIN 46 dahingehend, dass bestimmte technische Korrekturen vorgenommen wurden und spezifischen Implementierungsaspekten Rechnung getragen wurde. Die Erstanwendung von FIN 46(R) führte zu einer Entkonsolidierung von bestimmten Investmentfonds mit Wertgaran-

tie, woraus sich eine Reduzierung der Bilanzsumme um 12,5 Mrd € ergab. Die Anwendung von FIN 46(R) führte nicht zu einem kumulierten Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, allerdings werden auf Grund der Entkonsolidierung seit dem 1. April 2004 bestimmte sich ausgleichende Erträge und Aufwendungen, die primär im Handelsergebnis, Zinsüberschuss sowie als Aufwendungen in den sonstigen Erträgen ausgewiesen wurden, in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns nicht mehr berichtet.

### SFAS 141 und 142

Seit dem 1. Januar 2002 wendet der Konzern SFAS 141, „Business Combinations“ („SFAS 141“), und SFAS 142, „Goodwill and Other Intangible Assets“ („SFAS 142“), an. SFAS 141 sieht vor, dass alle nach dem 30. Juni 2001 initiierten Unternehmenszusammenschlüsse nach der Erwerbsmethode zu bilanzieren sind, und schließt damit die Anwendung der Pooling-of-Interests-Methode aus. Weitere Bestimmungen von SFAS 141 und SFAS 142 legen fest, dass ab dem 1. Januar 2002 der Goodwill nicht mehr planmäßig abzuschreiben ist, dass Umgliederungen zwischen Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten anhand bestimmter Kriterien erfolgen müssen, dass der Goodwill auf Berichtseinheiten (Unternehmensbereiche oder eine Ebene darunter) zu verteilen ist und die Werthaltigkeitsprüfung („Impairment Test“) mindestens einmal jährlich zu erfolgen hat. Mit der Einführung von SFAS 142 zum 1. Januar 2002 hat der Konzern die planmäßige Abschreibung des Goodwill bei einem Bilanzwert von 8,7 Mrd € eingestellt. Infolge der Erstanwendung vereinnahmte der Konzern als kumulativen Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden einen steuerfreien Gewinn in Höhe von 37 Mio € aus der Auflösung von negativem Goodwill. Es erfolgten keine Umgliederungen zwischen Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten.

### [3] Akquisitionen und Veräußerungen

Aus Veräußerungen (ohne die zum Verkauf bestimmten Tochtergesellschaften/Geschäftsfelder) hat der Konzern im Geschäftsjahr 2004 einen Gewinn in Höhe von 95 Mio € (2003: 513 Mio € und 2002: 755 Mio €) erzielt. Die Akquisitionen und Veräußerungen, die in den Geschäftsjahren 2004 und 2003 erfolgten, hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzsumme des Konzerns.

Weitere Informationen zu den wesentlichen Akquisitionen und Veräußerungen des Konzerns in den Geschäftsjahren 2004 und 2003 sind in Note [28] Segmentberichterstattung enthalten.

### [4] Handelsaktiva und Handelspassiva

Diese Bilanzpositionen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
<b>Handelsaktiva:</b>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	224.536	204.324
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	73.176	66.306
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten <sup>1</sup>	67.173	65.460
Sonstige Handelsaktiva	8.262	9.281
<b>Handelsaktiva insgesamt</b>	<b>373.147</b>	<b>345.371</b>
<b>Handelspassiva:</b>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	77.080	66.685
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	20.567	25.382
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten <sup>1</sup>	71.959	61.167
<b>Handelspassiva insgesamt</b>	<b>169.606</b>	<b>153.234</b>

<sup>1</sup> Derivate, für welche Master Netting Agreements bestehen, sind netto ausgewiesen.

## [5] Wertpapiere „Available for Sale“

Nachstehend werden der Fair Value, die fortgeführten Anschaffungskosten sowie die unrealisierten Gewinne und Verluste für die Wertpapiere „Available for Sale“ dargestellt:

in Mio €	31.12.2004			
	Fair Value	Unrealisierte Bruttobewertungs- ergebnisse		Fortgeführte Anschaffungs- kosten
		Gewinne	Verluste	
<b>Festverzinsliche Wertpapiere:</b>				
Deutsche öffentliche Emittenten	3.128	66	- 16	3.078
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	1.460	-	- 2	1.462
US-Kommunalbehörden	1	-	-	1
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	3.297	41	- 100	3.356
Unternehmen	4.993	176	- 9	4.826
Sonstige Asset-backed Securities	6	-	-	6
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US- Bundesbehörden	41	2	-	39
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	770	1	-	769
<b>Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>13.696</b>	<b>286</b>	<b>- 127</b>	<b>13.537</b>
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere:</b>				
Aktien	6.010	1.579	- 1	4.432
Investmentanteile	549	23	- 6	532
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	80	29	-	51
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>6.639</b>	<b>1.631</b>	<b>- 7</b>	<b>5.015</b>
<b>Wertpapiere „Available for Sale“ insgesamt</b>	<b>20.335</b>	<b>1.917</b>	<b>- 134</b>	<b>18.552</b>

in Mio €	31.12.2003			
	Fair Value	Unrealisierte Bruttobewertungs- ergebnisse		Fortgeführte Anschaffungs- kosten
		Gewinne	Verluste	
<b>Festverzinsliche Wertpapiere:</b>				
Deutsche öffentliche Emittenten	2.802	52	- 23	2.773
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	150	-	- 1	151
US-Kommunalbehörden	2	-	-	2
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	3.294	26	- 105	3.373
Unternehmen	5.646	173	- 45	5.518
Sonstige Asset-backed Securities	1.679	-	-	1.679
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US- Bundesbehörden	2.708	1	-	2.707
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	532	-	-	532
<b>Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>16.813</b>	<b>252</b>	<b>- 174</b>	<b>16.735</b>
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere:</b>				
Aktien	6.866	1.868	- 8	5.006
Investmentanteile	951	29	- 10	932
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	-	-	1
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>7.818</b>	<b>1.897</b>	<b>- 18</b>	<b>5.939</b>
<b>Wertpapiere „Available for Sale“ insgesamt</b>	<b>24.631</b>	<b>2.149</b>	<b>- 192</b>	<b>22.674</b>

in Mio €	31.12.2002			
	Fair Value	Unrealisierte Bruttobewertungs- ergebnisse		Fortgeführte Anschaffungs- kosten
		Gewinne	Verluste	
<b>Festverzinsliche Wertpapiere:</b>				
Deutsche öffentliche Emittenten	396	20	–	376
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	168	–	–	168
US-Kommunalbehörden	2	–	–	2
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	2.893	39	– 18	2.872
Unternehmen	6.400	231	– 47	6.216
Sonstige Asset-backed Securities	2.977	–	–	2.977
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US- Bundesbehörden	164	1	–	163
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	652	1	– 3	654
<b>Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>13.652</b>	<b>292</b>	<b>– 68</b>	<b>13.428</b>
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere:</b>				
Aktien	6.441	757	– 596	6.280
Investmentanteile	1.499	10	– 55	1.544
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	27	16	–	11
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>7.967</b>	<b>783</b>	<b>– 651</b>	<b>7.835</b>
<b>Wertpapiere „Available for Sale“ insgesamt</b>	<b>21.619</b>	<b>1.075</b>	<b>– 719</b>	<b>21.263</b>

Aktien der DaimlerChrysler AG mit einem Fair Value in Höhe von 3,7 Mrd € waren zum 31. Dezember 2004 die einzigen Wertpapiere eines einzelnen Emittenten, die 10% des Konzerneigenkapitals überschritten.

Das in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesene Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“ setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio €	2004	2003	2002
Festverzinsliche Wertpapiere – realisierte Gewinne	58	106	149
Festverzinsliche Wertpapiere – realisierte Verluste <sup>1</sup>	– 61	– 35	– 235
Nicht festverzinsliche Wertpapiere – realisierte Gewinne	244	488	4.094
Nicht festverzinsliche Wertpapiere – realisierte Verluste <sup>2</sup>	– 6	– 539	– 485
<b>Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“ insgesamt</b>	<b>235</b>	<b>20</b>	<b>3.523</b>

<sup>1</sup> Einschließlich Abschreibungen für nicht temporäre Wertminderungen zum 31. Dezember 2004 in Höhe von 20 Mio € (2003: 7 Mio €, 2002: 156 Mio €).

<sup>2</sup> Einschließlich Abschreibungen für nicht temporäre Wertminderungen zum 31. Dezember 2004 in Höhe von 2 Mio € (2003: 479 Mio €, 2002: 152 Mio €).



Die nachstehende Tabelle zeigt den Fair Value, die Restlaufzeiten, die gewichteten Durchschnittsrenditen (basierend auf den fortgeführten Anschaffungskosten) sowie die nach Restlaufzeiten aggregierten fortgeführten Anschaffungskosten, gegliedert nach den Kategorien der festverzinslichen Wertpapiere „Available for Sale“ per 31. Dezember 2004:

in Mio €	Bis 1 Jahr		> 1 Jahr und < 5 Jahre		> 5 Jahre und < 10 Jahre		Über 10 Jahre		Insgesamt	
	Betrag	Rendite	Betrag	Rendite	Betrag	Rendite	Betrag	Rendite	Betrag	Rendite
Deutsche öffentliche Emittenten	22	2,45%	219	2,77%	388	3,46%	2.499	4,17%	3.128	3,98%
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	1.417	1,49%	23	0,17%	–	–	20	1,91%	1.460	1,48%
US-Kommunalbehörden	1	1,41%	–	–	–	–	–	–	1	1,41%
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	1.206	5,62%	642	5,12%	414	3,80%	1.035	4,25%	3.297	4,85%
Unternehmen	512	2,95%	1.334	3,66%	942	3,45%	2.205	5,46%	4.993	4,32%
Sonstige Asset-backed Securities	–	–	6	5,36%	–	–	–	–	6	5,36%
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	7	1,49%	–	–	–	–	34	5,21%	41	4,61%
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	2	3,00%	752	2,84%	12	5,37%	4	3,31%	770	2,88%
<b>Fair Value insgesamt</b>	<b>3.167</b>	<b>3,30%</b>	<b>2.976</b>	<b>3,67%</b>	<b>1.756</b>	<b>3,55%</b>	<b>5.797</b>	<b>4,65%</b>	<b>13.696</b>	<b>3,99%</b>
<b>Fortgeführte Anschaffungskosten insgesamt</b>	<b>3.161</b>		<b>2.933</b>		<b>1.696</b>		<b>5.747</b>		<b>13.537</b>	

Die nachstehenden Tabellen zeigen die unrealisierten Bruttoverluste des Konzerns aus Wertpapieren „Available for Sale“ sowie den entsprechenden Fair Value der zugehörigen Wertpapiere, zusammengefasst nach Investmentkategorien und der Dauer, über welche sich die einzelnen Wertpapiere zum 31. Dezember 2004 und zum 31. Dezember 2003 in einer fortgesetzten, unrealisierten Verlustposition befanden:

31.12.2004 in Mio €	Weniger als 1 Jahr		1 Jahr und länger		Insgesamt	
	Fair Value	Unrealisierte Verluste	Fair Value	Unrealisierte Verluste	Fair Value	Unrealisierte Verluste
<b>Festverzinsliche Wertpapiere:</b>						
Deutsche öffentliche Emittenten	–	–	1.798	– 16	1.798	– 16
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	83	– 1	–	– 1	83	– 2
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	625	– 1	846	– 99	1.471	– 100
Unternehmen	292	– 3	32	– 6	324	– 9
<b>Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>1.000</b>	<b>– 5</b>	<b>2.676</b>	<b>– 122</b>	<b>3.676</b>	<b>– 127</b>
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere:</b>						
Aktien	14	– 1	–	–	14	– 1
Investmentanteile	26	– 2	45	– 4	71	– 6
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>40</b>	<b>– 3</b>	<b>45</b>	<b>– 4</b>	<b>85</b>	<b>– 7</b>
<b>Temporär wertgeminderte Wertpapiere insgesamt</b>	<b>1.040</b>	<b>– 8</b>	<b>2.721</b>	<b>– 126</b>	<b>3.761</b>	<b>– 134</b>

31.12.2003 in Mio €	Weniger als 1 Jahr		1 Jahr und länger		Insgesamt	
	Fair Value	Unrealisierte Verluste	Fair Value	Unrealisierte Verluste	Fair Value	Unrealisierte Verluste
<b>Festverzinsliche Wertpapiere:</b>						
Deutsche öffentliche Emittenten	2.802	- 23	-	-	2.802	- 23
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	18	- 1	-	-	18	- 1
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	2.191	- 105	-	-	2.191	- 105
Unternehmen	1.614	- 19	715	- 26	2.329	- 45
<b>Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>6.625</b>	<b>- 148</b>	<b>715</b>	<b>- 26</b>	<b>7.340</b>	<b>- 174</b>
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere:</b>						
Aktien	9	- 4	96	- 4	105	- 8
Investmentanteile	66	- 1	71	- 9	137	- 10
<b>Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt</b>	<b>75</b>	<b>- 5</b>	<b>167</b>	<b>- 13</b>	<b>242</b>	<b>- 18</b>
<b>Temporär wertgeminderte Wertpapiere insgesamt</b>	<b>6.700</b>	<b>- 153</b>	<b>882</b>	<b>- 39</b>	<b>7.582</b>	<b>- 192</b>

Die unrealisierten Verluste aus Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren sind im Wesentlichen auf zinsbezogene Einflüsse zurückzuführen. Da der Konzern sowohl die Absicht hat als auch in der Lage ist, diese Anlagen entweder bis zur Erholung der Marktpreise oder Endfälligkeit zu halten, werden diese nur als temporär wertgemindert angesehen. Die unrealisierten Verluste aus Anlagen in nicht festverzinslichen Wertpapieren sind vor allem auf allgemeine Marktpreisschwankungen und weniger auf spezielle nachteilige Bedingungen zurückzuführen. Basierend darauf sowie auf der Absicht und Fähigkeit, diese Wertpapiere bis zu einer Marktpreiserholung zu halten, werden diese Anlagen als nur temporär wertgemindert angesehen.

## [6] Sonstige Finanzanlagen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der sonstigen Finanzanlagen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	5.462	6.001
Von spezifischen Investmentgesellschaften gehaltene Beteiligungen	213	181
Übriger Anteilsbesitz	2.261	2.388
<b>Sonstige Finanzanlagen insgesamt</b>	<b>7.936</b>	<b>8.570</b>

### Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

Das nach US GAAP ermittelte anteilige Ergebnis der at equity bewerteten Unternehmen entsprach einem Gewinn von 282 Mio € im Geschäftsjahr 2004 (2003: Gewinn von 42 Mio €, 2002: Verlust von 753 Mio €). Des Weiteren enthielt der Gewinn (Verlust) aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen Abschreibungen für nicht temporäre Wertminderungen in Höhe von 16 Mio € im Geschäftsjahr 2004 (2003: 617 Mio €, 2002: 305 Mio €).

Die Kredite, die an at equity bewertete Unternehmen gewährt wurden, die Handelsaktiva, bei denen diese Unternehmen unsere Kontrahenten waren, sowie die von diesen Unternehmen emittierten, festverzinslichen Wertpapiere „Available for Sale“ beliefen sich am 31. Dezember 2004 auf 3,7 Mrd € (2003: 5,1 Mrd €). Am 31. Dezember 2004 waren an drei at equity bewertete Unternehmen gewährte Kredite in Höhe von zusammen 26 Mio € ohne Zinsabgrenzung eingestuft (2003: 115 Mio €). Als die EUROHYPO AG in 2002 entstand, gewährte ihr der Konzern eine Garantiezusage zur Absicherung von Verlusten aus vom Konzern eingebrachten Krediten. Diese Garantie, mit einem anfänglichen maximalen Betrag von 283 Mio €, ist noch gültig und war zum 31. Dezember 2004 in einer Höhe von 51 Mio € nicht in Anspruch genommen.

Am 31. Dezember 2004 waren folgende Beteiligungen wesentlich – sie repräsentierten 75% des Buchwerts der Anteile an at equity bewerteten Unternehmen:

### Wesentliche Anteile an at equity bewerteten Beteiligungen

Beteiligung	Anteil am Kapital
Arrow Property Investments Limited, London	46,18%
Atradius N.V., Amsterdam <sup>1</sup>	33,89%
Blackrock US Low Duration Bond Fund, Drinagh	22,47%
Deutsche European Partners IV, London	25,01%
Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG, Berlin	45,51%
DWS Euro-Bonds (Long)	20,17%
EUROHYPO AG, Eschborn	37,72%
Fondo Piramide Globale, Mailand	42,33%
LSV Value Equity Fund, Kansas City	25,01%
My Travel Group Plc, Manchester	23,00%
RREEF America REIT III, Inc., Chicago	10,00%
Santorini Investments Limited Partnership, Edinburgh <sup>2</sup>	51,00%
Silver Creek Long/Short Ltd., Georgetown	27,27%
Silver Creek Low Vol. Strategies Ltd., Georgetown	25,07%
UFG Ltd., Douglas	40,00%

<sup>1</sup> Vormalig Gerling NCM Credit and Finance AG, Köln.

<sup>2</sup> Der Konzern hat keinen kontrollierenden Einfluss auf dieses Beteiligungsunternehmen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der aggregierten Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nach US GAAP) der zuvor genannten wesentlichen Beteiligungen des Konzerns (ohne EUROHYPO AG, die weiter unten gesondert dargestellt wird) und ist nicht indikativ für den anteiligen Ausweis in der jeweiligen GuV-Position des Konzerns.

in Mio €	2004	2003	2002
Zinserträge und Provisionsüberschuss	183	51	64
Handelsergebnis	92	360	- 548
Veräußerungsgewinne und Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft	910	644	1.015
Ergebnis aus sonstigen Finanzanlagen und aus Wertpapieren „Available for Sale“	52	- 96	10
Sonstige Erträge	83	78	69
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>1.320</b>	<b>1.037</b>	<b>610</b>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	-
Personalaufwand	26	27	25
Sonstige Aufwendungen	1.444	2.026	1.249
<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>1.470</b>	<b>2.053</b>	<b>1.274</b>
<b>Verlust (-) vor Steuern und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden und sonstigen Anpassungen</b>	<b>- 150</b>	<b>- 1.016</b>	<b>- 664</b>
Ertragsteueraufwand	24	17	8
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden und sonstigen Anpassungen	- 1	-	-
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>- 175</b>	<b>- 1.033</b>	<b>- 672</b>

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der aggregierten Bilanz (nach US GAAP) der zuvor genannten wesentlichen Beteiligungen des Konzerns (ohne EUROHYPO AG, die weiter unten gesondert dargestellt wird) und ist nicht indikativ für den anteiligen Ausweis in der jeweiligen Bilanzposition des Konzerns.

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
<b>Aktiva</b>		
Barmittel, Einlagen bei Kreditinstituten und Forderungen	3.857	3.241
Handelsaktiva	457	488
Wertpapiere „Available for Sale“ und sonstige Finanzanlagen	2.522	2.459
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	–	1
Sachanlagen und Vorräte	1.175	1.284
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	322	509
Sonstige Aktiva	805	776
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>9.138</b>	<b>8.758</b>
<b>Passiva</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	750	850
Kundeneinlagen	107	124
Langfristige Verbindlichkeiten	2.082	1.742
Andere Verbindlichkeiten und Rückstellungen	4.236	3.752
Anteile konzernfremder Gesellschafter	5	4
Kapital und Rücklagen	2.166	3.280
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income)	– 33	39
Verlust (–) im Berichtszeitraum	– 175	– 1.033
<b>Summe der Passiva</b>	<b>9.138</b>	<b>8.758</b>

### EUROHYPO AG

Die at equity bewertete Beteiligung des Konzerns an der EUROHYPO AG wird für sich als wesentlich erachtet.

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung der EUROHYPO AG nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen (HGB) für die Geschäftsjahre 2003, 2002 und 2001. Für das Geschäftsjahr 2004 ist noch kein Jahresabschluss öffentlich verfügbar.

in Mio €	2003	2002	2001
Zinsergebnis, Provisionsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen	1.333	1.167	1.166
Sonstige betriebliche Erträge	30	63	210
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	– 475	– 399	– 419
Abschreibungen und Wertberichtigungen	– 376	– 152	– 297
Sonstige Aufwendungen	– 411	– 355	– 143
<b>Ergebnis vor Steueraufwand</b>	<b>101</b>	<b>324</b>	<b>517</b>
Ertragsteueraufwand	71	30	–
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>30</b>	<b>294</b>	<b>517</b>

Die folgende Tabelle stellt die Zusammenfassung der Konzernbilanz der EUROHYPO AG nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen (HGB) dar:

in Mio €	31.12.2003	31.12.2002
<b>Aktiva</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	22.869	21.812
Forderungen an Kunden	164.320	166.899
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	37.608	36.768
Sonstige Aktiva	2.423	2.988
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>227.220</b>	<b>228.467</b>
<b>Passiva</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.962	30.974
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39.800	41.485
Verbriefte Verbindlichkeiten	143.544	145.289
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	6.165	5.953
Kapital und Rücklagen	5.749	4.766
<b>Summe der Passiva</b>	<b>227.220</b>	<b>228.467</b>

#### Von spezifischen Investmentgesellschaften gehaltene Beteiligungen

Die von spezifischen Investmentgesellschaften („Designated Investment Companies“) gehaltenen Beteiligungen werden mit ihrem Fair Value bewertet. Der Bilanzwert belief sich zum 31. Dezember 2004 auf 213 Mio € (2003: 181 Mio €).

#### Übriger Anteilsbesitz

Zum 31. Dezember 2004 betrug der übrige Anteilsbesitz 2,3 Mrd € (2003: 2,4 Mrd €). Darin enthalten waren Beteiligungen, bei denen der Konzern keinen maßgeblichen Einfluss besitzt, darunter bestimmte Venture-Capital-Gesellschaften und nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere. Abschreibungen für nicht temporäre Wertminderungen dieses Anteilsbesitzes beliefen sich im Geschäftsjahr 2004 auf 58 Mio € (2003: 214 Mio €, 2002: 423 Mio €).

Der Buchwert aller zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Wertpapiere des übrigen Anteilsbesitzes belief sich am 31. Dezember 2004 auf 1,5 Mrd €. Keines dieser Wertpapiere befand sich zum 31. Dezember 2004 in einer unrealisierten Verlustposition. Für nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 1 Mio € wurde eine Fair-Value-Schätzung nach SFAS 107 nicht durchgeführt. Bei diesen Wertpapieren gab es keine Hinweise auf eine Wertminderung.

## [7] Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung unserer Forderungen aus dem Kreditgeschäft dar:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
<b>Inländische Kunden:</b>		
Banken und Versicherungen	2.047	3.861
Verarbeitendes Gewerbe	7.364	8.668
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	14.761	14.161
Private Haushalte – Hypothekenkredite	26.175	25.445
Öffentliche Haushalte	1.474	1.388
Handel	3.742	5.133
Gewerbliche Immobilien	11.100	11.629
Leasingfinanzierungen	820	855
Sonstige	11.586	12.736
<b>Inländische Kunden insgesamt</b>	<b>79.069</b>	<b>83.876</b>
<b>Ausländische Kunden:</b>		
Banken und Versicherungen	5.740	6.660
Verarbeitendes Gewerbe	5.906	7.487
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	7.023	6.915
Private Haushalte – Hypothekenkredite	9.117	8.416
Öffentliche Haushalte	1.804	921
Handel	6.546	6.691
Gewerbliche Immobilien	3.004	1.977
Leasingfinanzierungen	1.726	3.138
Sonstige	18.830	22.327
<b>Ausländische Kunden insgesamt</b>	<b>59.696</b>	<b>64.532</b>
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto</b>	<b>138.765</b>	<b>148.408</b>
Abzüglich: unrealisierter Erträge	76	181
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, abzüglich unrealisierter Erträge</b>	<b>138.689</b>	<b>148.227</b>
Abzüglich: Wertberichtigungen für Kreditausfälle	2.345	3.281
<b>Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto</b>	<b>136.344</b>	<b>144.946</b>

In der Kategorie „Sonstige“ ist keine Branchengruppe enthalten, deren Kreditvolumen am 31. Dezember 2004 10% des gesamten Kreditportfolios übersteigt.

An bestimmte, dem Konzern nahe stehende Dritte wurden im Rahmen der üblichen Geschäftsbeziehungen Kredite ausgereicht. Diese Kredite wurden – im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb – und grundsätzlich zu den gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie im selben Zeitraum vergebene vergleichbare Kredite an fremde Dritte gewährt. Am 31. Dezember 2004 wies der Konzern Kredite von 2.954 Mio € (2003: 3.047 Mio €) an dem Konzern nahe stehende Dritte (einschließlich Kredite an at equity bewertete Unternehmen) aus.

Zum 31. Dezember 2004 betragen die Kredite ohne Zinsabgrenzung 4,5 Mrd € (2003: 6,0 Mrd €). Unsere 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite mit Zinsabgrenzung beliefen sich zum 31. Dezember 2004 auf 247 Mio € (2003: 380 Mio €).

Ergänzend hatten wir am 31. Dezember 2004 leistungsgestörte zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 83 Mio €

## Notleidende Kredite

Diese Übersicht beinhaltet Informationen über die notleidenden Kredite des Konzerns:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2002
Notleidende Kredite insgesamt <sup>1</sup>	3.516	5.255	8.922
Wertberichtigungen für notleidende Kredite gemäß SFAS 114 <sup>2</sup>	1.654	2.471	3.144
Durchschnittsbestand an notleidenden Krediten im Jahresverlauf	4.474	6.712	9.710
Im Jahresverlauf vereinnahmte Zinserträge auf notleidende Kredite	65	70	166

<sup>1</sup> Hierin enthalten sind Beträge von 2,8 Mrd €, 4,1 Mrd €, 6,0 Mrd € für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002, für die Wertberichtigungen erforderlich sind. Bei den übrigen notleidenden Krediten ist keine Wertberichtigung notwendig, da der Barwert der erwarteten künftigen Cashflows, der Fair Value der zu Grunde liegenden Sicherheiten oder der Marktpreis des Kredits die verbuchte Investition in diese Kredite übersteigt.

<sup>2</sup> Die Einzelwertberichtigungen für notleidende Kredite nach SFAS 114 sind Bestandteil der gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle des Konzerns.

## [8] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle des Konzerns:

in Mio €	2004	2003	2002
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>3.281</b>	<b>4.317</b>	<b>5.585</b>
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	372	1.113	2.091
Nettoabschreibungen			
Abschreibungen	- 1.394	- 1.894	- 2.728
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	152	167	112
Nettoabschreibungen insgesamt	- 1.242	- 1.727	- 2.616
Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises	3	- 105	- 421
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 69	- 317	- 322
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>2.345</b>	<b>3.281</b>	<b>4.317</b>

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns:

in Mio €	2004	2003	2002
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>416</b>	<b>485</b>	<b>496</b>
Zuführungen zu/Auflösungen von (-) Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 65	- 50	17
Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises	-	1	- 11
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 6	- 20	- 17
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>345</b>	<b>416</b>	<b>485</b>

## [9] Verbriefung von Vermögenswerten und Variable Interest Entities

### Verbriefung von Vermögenswerten

Der Konzern bilanziert die Übertragung von finanziellen Vermögenswerten an Zweckgesellschaften als Verkauf, sofern bestimmte Kriterien erfüllt sind; andernfalls werden diese Forderungen als besicherte Ausleihungen ausgewiesen. Ansprüche („Beneficial Interests“) der Investoren an die Zweckgesellschaften, vornehmlich in Form von Schuldtiteln, werden an Anleger verkauft und die Erlöse aus dem Verkauf werden als Kaufpreiszahlung an den Konzern für die übertragenen Vermögenswerte verwandt. Die erzielten Cashflows aus den an die Zweckgesellschaften übertragenen Finanzaktiva werden an-

schließlich für die Rückzahlung der Beneficial Interests eingesetzt. Die Erwerber der Schuldtitle und die verbriefenden Zweckgesellschaften haben bei Leistungsverzug der Schuldner aus den ursprünglichen Kreditverträgen grundsätzlich keinen Rückgriff auf Aktiva des Konzerns. Für den Konzern können sich Rechte aus den bei den verbriefenden Zweckgesellschaften geschaffenen Vermögenswerten ergeben.

Im Geschäftsjahr 2004 hat der Konzern Erträge in Höhe von 219 Mio € (2003: 146 Mio € und 2002: 91 Mio €) aus Verbriefungen, überwiegend im Zusammenhang mit privaten und gewerblichen Hypothekenkrediten, ausgewiesen.

Nachstehende Tabelle zeigt Zahlungsströme zwischen dem Konzern und den Zweckgesellschaften für 2004, 2003 und 2002:

in Mio €	Private und gewerbliche Hypothekenkredite			Gewerbliche Kredite ohne Hypotheken		
	2004	2003	2002	2004	2003	2002
Erlöse aus neuen Kreditverbriefungen	15.822	5.414	5.843	–	–	918
Erlöse aus revolvingenden Kreditverbriefungen	–	–	–	439	1.157	12.177
Erhaltene Provisionen für die Forderungsverwaltung	4	5	14	–	1	44
Erhaltene Zahlungen aus zurückbehaltenen Rechten	72	82	28	6	13	101
Sonstige Zahlungen von beziehungsweise an (–) Zweckgesellschaften	–	–	–	–	–	– 42

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2003 hat der Konzern Verbriefungen von Forderungen im Zusammenhang mit Krediten für Wassersport- und Freizeitfahrzeuge durchgeführt. In 2002 und 2003 wurde dieses Commercial- und Consumer-Finance-Geschäft verkauft.

Ende 2004 erfolgte die Ermittlung des Fair Value der zurückbehaltenen Rechte einschließlich der Ansprüche aus der Forderungsverwaltung (Servicing Rights) auf Basis nachstehender gewichteter durchschnittlicher Bewertungsparameter, deren ungünstige Veränderungen sich auf Buchwerte beziehungsweise Fair Values wie folgt auswirken würden:

in Mio € (außer Prozentangaben)	Private und gewerbliche Hypothekenkredite	Gewerbliche Kredite ohne Hypotheken
<b>Buchwert/Fair Value zurückbehaltener Rechte</b>	<b>570</b>	<b>100</b>
<b>Vorzeitige Tilgung (gegenwärtige Grundannahme)</b>	<b>10,81%</b>	<b>1,37%</b>
Ungünstige Veränderung um 10%	– 14	–
Ungünstige Veränderung um 20%	– 26	–
<b>Kreditausfälle (gegenwärtige Grundannahme)</b>	<b>2,91%</b>	<b>0,26%</b>
Ungünstige Veränderung um 10%	– 10	–
Ungünstige Veränderung um 20%	– 21	–
<b>Abzinsungsfaktor (gegenwärtige Grundannahme)</b>	<b>8,37%</b>	<b>7,51%</b>
Ungünstige Veränderung um 10%	– 14	– 2
Ungünstige Veränderung um 20%	– 29	– 3

Diese Sensitivitäten sind hypothetisch und daher vorsichtig zu beurteilen. Wie die Zahlen zeigen, sollten Veränderungen des Fair Value für Schwankungen von 10% generell nicht extrapoliert werden, da das Verhältnis der Prämissenänderung zur Änderung des Fair Value nicht linear sein muss. Außerdem wurde die Auswirkung von Änderungen einer bestimmten Grundannahme auf den Fair Value der zurückbehaltenen Rechte unter Beibehaltung der übrigen Annahmen berechnet, während sich in der Realität die Veränderung einer Prämisse auch auf die anderen Prämissen auswirken kann (zum Beispiel kann eine Erhöhung des Marktzinses zu geringeren vorzeitigen Tilgungen und erhöhten Kreditausfällen führen). Dies kann gegenläufige Effekte zur Folge haben. Die zum Zeitpunkt der Verbriefung verwendeten Grundannahmen zur Bewertung zurückbehaltener Rechte von im Geschäftsjahr 2004



abgeschlossenen Verbriefungen unterschieden sich nicht signifikant von den gegenwärtigen Annahmen in der vorstehenden Übersicht.

Die zum Zeitpunkt der Verbriefung verwendeten Grundannahmen zur Bewertung zurückbehaltener Rechte von in den Geschäftsjahren 2003 und 2002 abgeschlossenen Verbriefungen unterschieden sich nicht signifikant von den Grundannahmen, die für die Ermittlung des Fair Value der zurückbehaltene Rechte einschließlich der Ansprüche aus der Forderungsverwaltung (Servicing Rights) zum 31. Dezember 2003 beziehungsweise 31. Dezember 2002 herangezogen wurden. Die für die Geschäftsjahre 2003 und 2002 ausgewiesenen Beträge basieren auf den nachstehenden gewichteten durchschnittlichen Bewertungsparametern:

in %	Private und gewerbliche Hypothekenkredite <sup>1</sup>		Gewerbliche Kredite ohne Hypotheken	
	2003	2002	2003	2002
Vorzeitige Tilgung	33,48	19,20	1,81	1,66
Kreditausfälle	3,43	1,02	0,30	0,19
Abzinsungsfaktor	5,89	11,25	8,35	8,19

<sup>1</sup> Nicht enthalten im Buchwert/Fair Value zurückbehaltener Rechte für gewerbliche Hypothekenkredite sind Schuldtitel in Höhe von 67 Mio € zum 31. Dezember 2002. Dabei handelt es sich um kurzfristige Forderungen, deren Bewertung auf der Annahme beruht, dass die Rückzahlung der übertragenen Kredite zum frühestmöglichen Zeitpunkt, den die Vertragsbedingungen vorsehen, erfolgt.

Die folgende Übersicht enthält das Volumen der in den Geschäftsjahren 2004 und 2003 verbrieften Forderungen einschließlich der im Zahlungsverzug befindlichen Kredite (Kredite, die mindestens 90 Tage überfällig sind) und der Kreditausfälle, abzüglich der Eingänge aus abgeschriebenem Engagements:

in Mio €	Private und gewerbliche Hypothekenkredite		Gewerbliche Kredite ohne Hypotheken	
	2004	2003	2004	2003
Nominalvolumen der verbrieften Kredite	7.606	14.127	750	1.346
Nominalvolumen der mindestens 90 Tage überfälligen Kredite	128	228	15	33
Kreditausfälle	20	2	1	3

In dieser Übersicht sind verbrieftete Kredite nicht enthalten, bei denen der Konzern nur die Forderungsverwaltung wahrnimmt.

Im Juli 2003 hat der Konzern Private-Equity-Beteiligungen in den USA und Europa mit Buchwerten in Höhe von 361 Mio € sowie liquide Vermögenswerte in Höhe von 80 Mio € an eine qualifizierte Zweckgesellschaft verkauft. Die Zweckgesellschaft emittierte Schuldtitel in Höhe von 174 Mio € an konzernfremde Dritte und der Konzern erzielte einen Verkaufserlös in Höhe von 102 Mio € und behielt Schuldtitel sowie einen Anteilsbesitz zurück, der anfangs mit 306 Mio € bewertet wurde. Der Konzern wies einen Verlust in Höhe von 7 Mio € aus dem Verkauf von Vermögenswerten an die Zweckgesellschaft aus. Im Laufe des Geschäftsjahres 2004 verzeichnete der Konzern Zahlungseingänge aus zurückgehaltenen Rechten in Höhe von 1 Mio € (2003: 2 Mio €).

Die Bewertung der zurückgehaltenen Rechte des Konzerns zum 31. Dezember 2004 und 31. Dezember 2003 basierten auf dem Fair Value der zu Grunde liegenden Beteiligungen in der Zweckgesellschaft. Der Fair Value wurde vom Verwalter der Zweckgesellschaft ermittelt. Der Verwalter ist eine dem Konzern nahe stehende Gesellschaft. Zur Bestimmung des Fair Value greift der Verwalter auf Bewertungen zurück, die die vollhaftenden Gesellschafter der jeweiligen Beteiligungen bereitstellen. Die Bewertung von Wertpapieren und anderen Finanzinstrumenten durch die vollhaftenden Gesellschafter der einzelnen Beteiligungen basiert dabei auf dem Fair Value. Bei seiner Bewertung ist der Verwalter nicht unbedingt an die Wertansätze der vollhaftenden Gesellschafter der einzelnen Beteiligungen gebunden. Per 31. Dezember 2004 wurden die zurückgehaltenen Rechte des Konzerns mit 302 Mio € (2003: 303 Mio €) bewertet.

Für die von den Zweckgesellschaften gehaltenen Private-Equity-Beteiligungen bestehen Finanzierungszusagen in Höhe von 49 Mio €, die sich aus deren Gesellschaftsverträgen ergeben. Diese Zusä-

gen werden von der betreffenden Zweckgesellschaft automatisch durch die übertragenen Vermögenswerte finanziert.

Zur Absicherung ihres Zins- und Währungsrisikos hat die Zweckgesellschaft mit dem Konzern ein Total-Rate-of-Return-Swap-Geschäft abgeschlossen. Der Konzern hat außerdem Liquiditätsfazilitäten zur Abdeckung der Kosten für die Forderungsbearbeitung und -verwaltung sowie die Zinsaufwendungen in Höhe von 168 Mio € gewährt sowie 8 Mio € zur Abdeckung der Finanzierungszusagen zur Verfügung gestellt.

### Variable Interest Entities

Geschäftsbeziehungen zu Variable Interest Entities ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus den nachstehenden Transaktionen: Verbriefungen von Vermögenswerten, strukturierten Finanzierungen, Commercial-Paper-Programmen, Management von Investmentfonds, gewerblichem Immobilienleasing sowie geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit diesen, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten, Anlage- und Verwaltungsleistungen sowie das Halten von Beteiligungen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die aggregierten Vermögenswerte (vor Konsolidierung) der zum 31. Dezember 2004 und 31. Dezember 2003 konsolidierten Variable Interest Entities nach der Art des Vermögenswerts und Typ der Gesellschaft:

in Mio €	Commercial-Paper-Programme		Investmentfonds mit Wertgarantie		Verbriefung von Vermögenswerten	
	2004	2003	2004	2003	2004	2003
<b>Aktiva</b>						
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	238	189	96	1.176	404	404
Handelsaktiva	–	1.739	491	13.988	9.424	7.279
Wertpapiere	–	4.298	–	–	–	360
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	1.060	4.409	–	–	–	4
Sonstige	–	30	35	230	3	4
<b>Insgesamt</b>	<b>1.298</b>	<b>10.665</b>	<b>622</b>	<b>15.394</b>	<b>9.831</b>	<b>8.051</b>
	Strukturierte Finanzierungen und Sonstiges		Gewerbliche Immobilienleasinggesellschaften und geschlossene Fonds			
in Mio €	2004	2003	2004	2003		
<b>Aktiva</b>						
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	546	110	57	46		
Handelsaktiva	1.476	1.096	–	–		
Wertpapiere	39	–	–	–		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	6.689	380	255	310		
Sonstige	5.495	215	736	552		
<b>Insgesamt</b>	<b>14.245</b>	<b>1.801</b>	<b>1.048</b>	<b>908</b>		

Die gesamten konsolidierten Aktiva der Variable Interest Entities dienen grundsätzlich als Sicherheiten für die entsprechenden konsolidierten Verbindlichkeiten. Die Gläubiger dieser Variable Interest Entities haben kein Rückgriffsrecht auf den Konzern, soweit der Konzern den Anlegern den Wert von Investmentfondsanteilen nicht garantiert. Zum 31. Dezember 2004 und 31. Dezember 2003 hatte der Konzern keine wesentlichen Rückstellungen für diese Garantien gebildet. Die von dem Konzern verwalteten Investmentfonds wurden gegründet, um für die Anleger dieser Fonds Erträge zu erwirtschaften.

Über Commercial-Paper-Programme können unsere Kunden auf die Liquidität im Commercial-Paper-Markt zurückgreifen. Als Verwalter für Commercial-Paper-Programme arrangiert der Konzern den Verkauf von Krediten, sonstigen Forderungen oder Wertpapieren von Dritten an eine Commercial-

Paper-Gesellschaft, die anschließend besicherte Commercial Paper am Markt emittiert. Der Konzern stellt den Commercial-Paper-Gesellschaften Liquiditätsfazilitäten zur Verfügung, wobei das Kreditrisiko jedoch begrenzt ist, da der Konzern nicht zur Bereitstellung von Finanzierungsmitteln verpflichtet ist, wenn die Aktiva der Gesellschaft notleidend sind. Im Geschäftsjahr 2004 wurden einige dieser Gesellschaften mit einer Bilanzsumme von 5,8 Mrd € umstrukturiert und dementsprechend entkonsolidiert.

Bei Zweckgesellschaften zur Verbriefung von Vermögenswerten (Asset Securitization) kann der Konzern eine oder mehrere Tranchen nachrangiger Eigentumsansprüche beziehungsweise Rechte an den Vermögenswerten, die er verbrieft, zurückbehalten oder Anteile an von unabhängigen Dritten verbrieften Vermögenswerten kaufen. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen unserer Kunden Rechnung zu tragen, gründet der Konzern Variable Interest Entities für strukturierte Finanzierungen und sonstige Produkte. Hinsichtlich der gewerblichen Immobilienleasinggesellschaften und geschlossenen Fonds stellen Anleger im Wesentlichen die Finanzierung für den Kauf von gewerblichen Immobilien oder anderen Vermögenswerten bereit, die an Dritte vermietet werden.

In der nachstehenden Tabelle sind die Bilanzsummen von bedeutenden nicht zu konsolidierenden Variable Interest Entities sowie das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus den mit diesen Zweckgesellschaften bestehenden Geschäftsbeziehungen zum 31. Dezember 2004 und 31. Dezember 2003 dargestellt:

in Mio €	Aggregierte Bilanzsummen		Maximales Verlustrisiko	
	2004	2003	2004	2003
Commercial-Paper-Programme	17.296	15.008	20.305	16.170
Gewerbliche Immobilienleasinggesellschaften und geschlossene Fonds	1.599	1.622	95	336
Strukturierte Finanzierungen und Sonstiges	3.212	1.248	579	116
Investmentfonds mit Wertgarantie	5.856	–	5.856	–

Der Konzern stellt für Commercial-Paper-Programme, an denen er in bedeutendem Umfang beteiligt ist, Liquiditätsfazilitäten zur Verfügung und übernimmt in geringerem Maße auch Garantien. Das maximale Verlustpotenzial des Konzerns entspricht dabei der vertraglichen Höhe der bereitgestellten Liquiditätsfazilitäten, da der Konzern nicht gleichzeitig aus den bereitgestellten Liquiditätsfazilitäten und den Garantien in Anspruch genommen werden kann. Diese Liquiditätsfazilitäten führen lediglich zu einem begrenzten Kreditrisiko, da der Konzern nicht verpflichtet ist, Liquidität bereitzustellen, wenn die Zweckgesellschaften in Zahlungsverzug sind.

Bezüglich gewerblicher Immobilienleasinggesellschaften und geschlossener Fonds besteht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns primär aus den an diesen Zweckgesellschaften gehaltenen Beteiligungen. Bezüglich der strukturierten Finanzierungen und sonstigen Zweckgesellschaften ergibt sich das maximale Verlustpotenzial für den Konzern hauptsächlich aus den vom Konzern erworbenen und zurückbehaltenen Anteilen an den Zweckgesellschaften. Das maximale Verlustpotenzial bezüglich der signifikanten nicht konsolidierten Investmentfonds mit Wertgarantie resultiert aus den oben genannten Garantien.

## [10] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögensgegenstände (vorwiegend als Sicherheit für aufgenommene Gelder, Einlagen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen), bei denen der Sicherungsnehmer nicht das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Vermögensgegenstände des Konzerns zu veräußern oder zu verpfänden, stellt sich wie folgt dar:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Handelsaktiva	25.568	16.830
Wertpapiere „Available for Sale“	8	742
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.433	11.086
Sachanlagen	636	625
<b>Insgesamt</b>	<b>36.645</b>	<b>29.283</b>

Am 31. Dezember 2004 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 298 Mrd € (2003: 223 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten, für die er als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung besitzt. Davon wurden im Geschäftsjahr 2004 124 Mrd € (2003: 115 Mrd €) genutzt, um insbesondere Shortverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen. Diese Beträge beinhalten kein Netting.

## [11] Sachanlagen

Die Sachanlagen einschließlich der unter Capital-Lease-Verträgen aktivierten Anlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Grundstücke	1.036	1.014
Gebäude	3.576	4.058
Einbauten in gemietete Räume	1.211	1.214
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.344	2.495
Erworbene Software	347	440
Selbsterstellte Software	331	322
Anlagen im Bau	144	151
<b>Insgesamt</b>	<b>8.989</b>	<b>9.694</b>
Abzüglich kumulierter Abschreibung	3.764	3.908
<b>Sachanlagen (Bilanzwert)<sup>1</sup></b>	<b>5.225</b>	<b>5.786</b>

<sup>1</sup> Davon wurden per 31. Dezember 2004 1,8 Mrd € (2003: 1,9 Mrd €) nicht im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit genutzt.

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf. Die künftigen Mindestleasingzahlungen abzüglich Betriebskosten betragen für Capital Leases zum 31. Dezember 2004:

in Mio €	
2005	73
2006	109
2007	257
2008	45
2009	47
2010 und später	506
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen</b>	<b>1.037</b>
Abzüglich Zinsanteil	658
<b>Barwert der Mindestleasingzahlungen</b>	<b>379</b>

Zum 31. Dezember 2004 betragen die künftigen Mindestleasingeinnahmen aus Weitervermietung 484 Mio €. Die bedingten Leasingerträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2004 auf 2 Mio €.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen abzüglich Betriebskosten betragen für Operating Leases zum 31. Dezember 2004:

in Mio €	
2005	533
2006	451
2007	365
2008	307
2009	262
2010 und später	1.110
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen</b>	<b>3.028</b>
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	682
<b>Netto-Mindestleasingzahlungen</b>	<b>2.346</b>

Nachstehend der Nettomietaufwand für Operating Leases:

in Mio €	2004	2003	2002
Bruttomietaufwand	857	760	869
Abzüglich Erträgen aus Weitervermietung	116	61	97
<b>Nettomietaufwand</b>	<b>741</b>	<b>699</b>	<b>772</b>

## [12] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Eine nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill liegt vor, wenn der Buchwert einer Berichtseinheit ihren geschätzten Fair Value übersteigt. Die Berichtseinheiten des Konzerns entsprechen in der Regel den Unternehmensbereichen des Konzerns oder einer Ebene darunter. Der Konzern führt seit dem vierten Quartal 2002 im vierten Quartal eines jeden Geschäftsjahres seine jährliche Werthaltigkeitsprüfung durch. Diese jährliche Werthaltigkeitsprüfung für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002 ergab keine nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill.

Im Geschäftsjahr 2004 ist im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management eine nicht temporäre Wertminderung in Höhe von 19 Mio € auf Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen im Anschluss an die Kündigung dieser Verträge angefallen. Diese nicht temporäre Wertminderung wurde nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt und wird in der Position nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2003 wurde für die Berichtseinheit Private Equity eine nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill in Höhe von 114 Mio € verzeichnet. Ursache waren Entscheidungen hinsichtlich des provisionsgenerierenden Private-Equity-Geschäfts einschließlich eines Geschäftstransfers in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management. Der Fair Value des in der Berichtseinheit Private Equity verbleibenden Geschäfts wurde nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2002 wiesen wir für die Berichtseinheit Private Equity eine nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill in Höhe von 62 Mio € aus. Ein wesentlicher Teil dieser Berichtseinheit wurde im vierten Quartal 2002 zum Verkauf gestellt und der Goodwill, der auf den verbleibenden Teil dieser Einheit entfällt, auf seine Werthaltigkeit hin überprüft sowie entsprechend im Wert gemindert.

### Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der erworbenen sonstigen immateriellen Vermögenswerte:

in Mio €	31.12.2004			31.12.2003		
	Fortgeführte Anschaffungskosten	Kumulierte Abschreibungen	Bilanzwert	Fortgeführte Anschaffungskosten	Kumulierte Abschreibungen	Bilanzwert
<b>Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte:</b>						
Kundenverträge	59	11	48	75	19	56
Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen	41	19	22	62	14	48
Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen	68	3	65	–	–	–
Andere kundenbezogene Werte	79	21	58	48	15	33
Sonstige	17	9	8	29	9	20
<b>Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>264</b>	<b>63</b>	<b>201</b>	<b>214</b>	<b>57</b>	<b>157</b>
<b>Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte:</b>						
Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Privatanlegern und andere			848			925
Ansprüche aus Forderungsverwaltung			20			40
<b>Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt</b>			<b>1.069</b>			<b>1.122</b>

Für das Geschäftsjahr 2004 betragen die gesamten Abschreibungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte 24 Mio € (2003: 22 Mio €). Die geschätzten gesamten Abschreibungen für die folgenden fünf Geschäftsjahre stellen sich wie folgt dar:

in Mio €	
2005	26
2006	20
2007	19
2008	18
2009	16

Im Geschäftsjahr 2004 erwarb der Konzern sonstige immaterielle Vermögenswerte in folgender Höhe:

in Mio €	Zugänge im laufenden Jahr	Gewichtete durchschnittliche Abschreibungsdauer
<b>Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte:</b>		
Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen	68	10 Jahre
Andere kundenbezogene Werte	19	10 Jahre
Sonstige	11	5 Jahre
<b>Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>98</b>	<b>9 Jahre</b>

Diese Zugänge sind hauptsächlich auf die Akquisitionen der Vertriebsaktivitäten von der Berkshire Mortgage Finance L.P. mit 68 Mio € und des inländischen Custodygeschäfts der Dresdner Bank mit 19 Mio € zurückzuführen.

### Goodwill

Der gesamte Goodwill wurde Berichtseinheiten zugewiesen. Der Bilanzwert des Goodwill hat sich in den Geschäftsjahren 2004 und 2003 wie folgt geändert:

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Insgesamt
<b>Bestand zum 1. Januar 2003</b>	<b>3.731</b>	<b>635</b>	<b>3.165</b>	<b>246</b>	<b>595</b>	<b>8.372</b>
Änderungen zum Erwerbszeitpunkt von im Vorjahr erworbenem Goodwill	–	–	14	–	–	14
Zugänge	2	1	112	4	–	119
Nicht temporäre Wertminderungen	–	–	–	–	– 114	– 114
Abgänge	–	– 133	– 51	–	– 382	– 566
Wechselkursänderungen	– 572	– 75	– 417	– 16	– 10	– 1.090
<b>Bestand zum 31. Dezember 2003</b>	<b>3.161</b>	<b>428</b>	<b>2.823</b>	<b>234</b>	<b>89</b>	<b>6.735</b>
Änderungen zum Erwerbszeitpunkt von im Vorjahr erworbenem Goodwill	–	–	– 20	–	–	– 20
Umbuchungen	6	–	– 6	–	–	–
Zugänge	27	36	60	4	–	127
Nicht temporäre Wertminderungen	–	–	–	–	–	–
Abgänge	–	–	– 11	–	–	– 11
Wechselkursänderungen	– 243	– 28	– 178	– 4	–	– 453
<b>Bestand zum 31. Dezember 2004</b>	<b>2.951</b>	<b>436</b>	<b>2.668</b>	<b>234</b>	<b>89</b>	<b>6.378</b>

Die Zugänge in Höhe von 127 Mio € im Geschäftsjahr 2004 waren hauptsächlich auf die Akquisitionen der verbleibenden Drittbeteiligung von 1,5% an der DWS Holding & Service GmbH mit 57 Mio €, des inländischen Custodygeschäfts der Dresdner Bank mit 36 Mio € und der Vertriebsaktivitäten von der Berkshire Mortgage Finance L.P. mit 26 Mio € zurückzuführen.

Die Zugänge in Höhe von 119 Mio € im Geschäftsjahr 2003 waren hauptsächlich auf die Akquisition von Rued, Blass & Cie AG Bankgeschäft in Höhe von 59 Mio € zurückzuführen.

### [13] Zum Verkauf bestimmte Vermögensgegenstände

Im Geschäftsjahr 2004 hat der Konzern mehrere Verträge im Zusammenhang mit der Veräußerung von Immobilien im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management und im Konzernbereich Corporate Investments unterzeichnet. Das Nettovermögen wurde auf den niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, abgeschrieben. Dies führte zu einem Aufwand in Höhe von 29 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2003 beschloss der Konzern den Verkauf von Tochtergesellschaften und Beteiligungen des Konzernbereichs Corporate Investments sowie der Unternehmensbereiche Global Transaction Banking, Private & Business Clients und Asset and Wealth Management. Das Nettovermögen dieser Tochtergesellschaften und Beteiligungen wurde auf den niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, abgeschrieben, was zu einem Aufwand in Höhe von 32 Mio € führte.

Im Geschäftsjahr 2002 beschloss der Konzern den Verkauf bestimmter Teile der Unternehmensbereiche Global Transaction Banking und Asset and Wealth Management sowie des Konzernbereichs Corporate Investments. Das Nettovermögen dieser Bereiche, das überwiegend unter sonstige Finanzanlagen bilanziert wird, wurde zum 31. Dezember 2002 auf den niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, abgeschrieben, was zu einem Aufwand in Höhe von 217 Mio € führte.

### [14] Sonstige Aktiva und Passiva

Die größte Einzelkomponente in den sonstigen Aktiva zum 31. Dezember 2004 stellten Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften in Höhe von 8.984 Mio € (2003: 11.082 Mio €) dar. Zum 31. Dezember 2004 waren zudem in den sonstigen Aktiva zur Veräußerung bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 8.194 Mio € (2003: 7.110 Mio €) enthalten. Diese wurden im Rahmen unserer Verbriefungsaktivitäten erworben beziehungsweise entstanden im originären Kreditgeschäft. Unter anderem waren in den sonstigen Aktiva zum 31. Dezember 2004 Forderungen aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 3.854 Mio € (2003: 3.612 Mio €) sowie Akzeptforderungen in Höhe von 74 Mio € (2003: 60 Mio €) enthalten.

Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften, die zum 31. Dezember 2004 9.562 Mio € (2003: 10.390 Mio €) betragen, waren ebenso die größte Einzelkomponente in den sonstigen Verbindlichkeiten. Unter anderem waren in den sonstigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2004 Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen in Höhe von 4.223 Mio € (2003: 3.793 Mio €) sowie Akzeptverbindlichkeiten in Höhe von 74 Mio € (2003: 60 Mio €) enthalten.



## [15] Einlagen

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
<b>Bei inländischen Konzerneinheiten:</b>		
Unverzinsliche Sichteinlagen	20.851	22.371
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	31.252	24.787
Einlagenzertifikate	247	665
Spareinlagen	22.572	24.147
Sonstige Termineinlagen	34.505	33.194
Verzinsliche Einlagen insgesamt	88.576	82.793
<b>Einlagen bei inländischen Konzerneinheiten insgesamt</b>	<b>109.427</b>	<b>105.164</b>
<b>Bei ausländischen Konzerneinheiten:</b>		
Unverzinsliche Sichteinlagen	6.423	5.797
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	73.630	57.463
Einlagenzertifikate	19.056	20.696
Spareinlagen	6.314	6.419
Sonstige Termineinlagen	114.619	110.615
Verzinsliche Einlagen insgesamt	213.619	195.193
<b>Einlagen bei ausländischen Konzerneinheiten insgesamt</b>	<b>220.042</b>	<b>200.990</b>
<b>Summe der Einlagen</b>	<b>329.469</b>	<b>306.154</b>

Die Einlagen von dem Konzern nahe stehenden Dritten beliefen sich am 31. Dezember 2004 auf 1.937 Mio € (2003: 1.050 Mio €).

## [16] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

Kurzfristige Geldaufnahmen stellen geliehene Mittel mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu einem Jahr dar. Die sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Commercial Paper	9.980	13.150
Sonstige	10.138	9.140
<b>Insgesamt</b>	<b>20.118</b>	<b>22.290</b>

## [17] Langfristige Verbindlichkeiten

In dieser Position weist der Konzern langfristige Mittel in verschiedenen Währungen mit festen und variablen Zinssätzen aus, von denen etwa die Hälfte in Euro begeben ist.

Nachstehend eine Zusammenfassung der langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns:

Nach Fälligkeit in Mio €	Fällig in 2005	Fällig in 2006	Fällig in 2007	Fällig in 2008	Fällig in 2009	Fällig nach 2009	Insgesamt 31.12.2004	Insgesamt 31.12.2003
<b>Vorrangige Verbindlichkeiten:</b>								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	8.012	5.345	7.038	3.827	9.072	20.540	53.834	47.364
mit variabler Verzinsung	6.764	4.168	6.343	6.514	4.367	11.307	39.463	37.217
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten:</b>								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	152	928	611	288	1.457	6.069	9.505	10.379
mit variabler Verzinsung	104	–	348	94	183	3.339	4.068	2.520
<b>Insgesamt</b>	<b>15.032</b>	<b>10.441</b>	<b>14.340</b>	<b>10.723</b>	<b>15.079</b>	<b>41.255</b>	<b>106.870</b>	<b>97.480</b>

Nachstehende Übersicht zeigt die Bandbreiten der Verzinsung auf der Grundlage der vertraglichen Geldaufnahmebedingungen:

	31.12.2004	31.12.2003
<b>Vorrangige Verbindlichkeiten:</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen:		
mit fester Verzinsung <sup>1</sup>	0,00% – 50,00%	0,00% – 31,63%
mit variabler Verzinsung <sup>1</sup>	0,00% – 18,83%	0,00% – 21,11%
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten:</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen:		
mit fester Verzinsung	0,81% – 10,50%	0,81% – 10,50%
mit variabler Verzinsung	0,74% – 8,00%	0,74% – 8,00%

<sup>1</sup> Das untere und obere Ende der Zinssätze bezieht sich auf einige Transaktionen, für welche die vertraglichen Zinssätze ohne Berücksichtigung der Effekte aus eingebetteten Derivaten gezeigt werden.

Die am 31. Dezember 2004 ausgewiesenen Verbindlichkeiten mit fester Verzinsung sind mit Fälligkeiten bis 2044 ausgestattet. Am 31. Dezember 2004 betrug der gewichtete durchschnittliche Zinssatz für festverzinsliche Verbindlichkeiten 5,57% (2003: 5,23%). Die am 31. Dezember 2004 ausgewiesenen variabel verzinslichen Verbindlichkeiten sind mit Fälligkeiten bis 2050 ausgestattet mit Ausnahme von 4,6 Mrd € mit unbestimmten Laufzeiten. Am 31. Dezember 2004 betrug der gewichtete durchschnittliche Zinssatz für variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 2,84% (2003: 2,58%). Am 31. Dezember 2004 lag der gewichtete durchschnittliche Zinssatz für die gesamten langfristigen Verbindlichkeiten bei 4,36% (2003: 3,97%).

Die Zinssätze für variabel verzinsliche Verbindlichkeiten basieren in der Regel auf dem EURIBOR, in bestimmten Fällen beruhen sie auf Mindestzinssätzen, die in den Geldaufnahmebedingungen festgelegt sind.

Im Rahmen des Geschäfts mit eigenen Emissionen werden unterschiedliche Transaktionen durchgeführt. Diese Schuldverschreibungen können entweder im Rahmen der Kurspflege gehandelt oder für bestimmte Zeiträume gehalten werden. Rückkäufe eigener Schuldverschreibungen werden als vorzeitige Tilgung behandelt; die hieraus resultierenden Gewinne/Verluste in den Jahren 2004 und 2003 waren jedoch unwesentlich.

## [18] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Zum 31. Dezember 2004 belief sich die Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien auf 3.058 Mio € (2003: 2.310 Mio €). Diese resultiert aus Terminkaufkontrakten über 56,1 Mio Deutsche Bank-Aktien (2003: 44,3 Mio) mit einem gewichteten durchschnittlichen Ausübungspreis von 54,52 € (2003: 52,18 €). Diese Kontrakte werden zur Erfüllung von Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungen für Mitarbeiter verwendet. Kontrakte über 0,4 Mio Aktien (2003: 3,1 Mio) werden in weniger als einem Jahr fällig. Die restlichen Kontrakte über 55,7 Mio Aktien (2003: 41,2 Mio) haben Laufzeiten zwischen einem Jahr und fünf Jahren.

## [19] Aktien mit Tilgungsverpflichtung und Minderheitsanteile an Gesellschaften mit Endfälligkeit

In den sonstigen Passiva sind zum 31. Dezember 2004 93 Mio € (2003: 62 Mio €) enthalten, die den Minderheiten zustehenden Anteil an Gesellschaften und Investmentfonds mit Endfälligkeit entsprechen. Bei diesen Gesellschaften liegen die jeweiligen Endfälligkeiten zwischen 2007 und 2103.

Zum 31. Dezember 2004 beinhalten die langfristigen Verbindlichkeiten und kurzfristigen Geldaufnahmen 3.545 Mio € (2003: 4.164 Mio €), die auf Aktien mit Tilgungsverpflichtung entfallen. Wäre die Tilgung bereits zum 31. Dezember 2004 erfolgt, hätten 3.548 Mio € (2003: 4.167 Mio €) zurückgezahlt werden müssen. Diese Aktien mit Tilgungsverpflichtung werden größtenteils zwischen 2005 und 2033 fällig. Für den überwiegenden Teil der Aktien mit Tilgungsverpflichtung gelten feste Zinssätze zwischen 0,00% und 4,70%. Für die übrigen Aktien mit Tilgungsverpflichtung sind variable Zinssätze auf Basis des LIBOR oder des steuerbereinigten US-Dollar-Swap-Satzes vereinbart.

## [20] Stammaktien und aktienbasierte Vergütungspläne

Das gezeichnete Kapital der Deutschen Bank ist eingeteilt in Namensaktien ohne Nennwert. Der rechnerische Nominalwert nennwertloser Stückaktien ergibt sich aus der Division des gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert je Aktie 2,56 €

Die Zahl der Stammaktien veränderte sich wie folgt:

Anzahl der Aktien	2004	2003	2002
<b>Ausstehende Stammaktien – Anfangsbestand</b>	<b>565.077.163</b>	<b>585.446.954</b>	<b>614.475.625</b>
Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen	–	–	285.800
Eingezogene Aktien	– 38.000.000	– 40.000.000	–
Erwerb Eigener Aktien	– 536.383.830	– 464.939.509	– 474.184.113
Verkauf oder Begebung Eigener Aktien	526.576.340	484.569.718	444.869.642
<b>Ausstehende Stammaktien – Endbestand</b>	<b>517.269.673</b>	<b>565.077.163</b>	<b>585.446.954</b>

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten werden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Weiterhin wurden, beginnend in 2002, Aktienrückkaufprogramme aufgelegt. Im Rahmen dieser Programme erworbene Aktien sind entweder zum Einzug bestimmt oder dienen zur aktienbasierten Vergütung. Das in 2002 aufgelegte Programm wurde im April 2003 mit der Einziehung von 40 Mio Aktien abgeschlossen. Das zweite Programm wurde mit der Einziehung von 38 Mio Aktien im Juni 2004 abgeschlossen. Das dritte Aktienrückkaufprogramm wurde im Juli 2004 begonnen. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam.

### Genehmigtes und bedingtes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Deutschen Bank kann durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, erhöht werden. Zum 31. Dezember 2004 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 584.000.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen bis zum 30. April 2009 begeben werden kann:

Genehmigtes Kapital	Genehmigtes Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre	Befristet bis
–	30.000.000 €	31. Mai 2005
128.000.000 € <sup>1</sup>	–	30. April 2006
100.000.000 €	–	30. April 2007
128.000.000 € <sup>1</sup>	–	30. April 2008
198.000.000 €	–	30. April 2009

<sup>1</sup> Kapitalerhöhungen können beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Das bedingte Kapital der Deutschen Bank belief sich auf 275.200.000 €. Es enthält verschiedene Instrumente, die potenziell in Stammaktien umgewandelt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Für Optionsrechte aus dem DB Global Partnership Plan, die bis zum 10. Mai 2003 gewährt werden konnten, stand am 31. Dezember 2004 ein bedingtes Kapital in Höhe von 51.200.000 € zur Verfügung. Für weitere Optionsrechte, die bis zum 20. Mai 2005 gewährt werden können, betrug das bedingte Kapital 64.000.000 €. Außerdem wurde der Vorstand von der Hauptversammlung am 17. Mai 2001 mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2003 bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Deutsche Bank-Aktien auszugeben. Zum 31. Dezember 2004 waren 3.585.476 von diesen Optionsrechten gewährt und nicht ausgeübt. Zu diesem Zweck stand ein bedingtes Kapital in Höhe von 10.000.000 € zur Verfügung, von dem 9.178.819 € für den DB Global Share Plan genutzt wurden. Diese Pläne werden nachstehend erläutert.

### Aktienbasierte Vergütungen

Mit Wirkung vom 1. Januar 2003 wandte der Konzern die Fair-Value-Methode des SFAS 123 prospektiv für alle aktienbasierten Vergütungen an, die nach dem 1. Januar 2003 gewährt, modifiziert oder ausgeübt wurden, mit Ausnahme der auf das Performancejahr 2002 bezogenen Vergütungen. Zuvor begebene aktienbasierte Vergütungen bilanzierte der Konzern nach der „Inneren-Wert-Methode“ des APB 25. Aufwand für aktienbasierte Vergütungen wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter den Personalaufwendungen ausgewiesen. Einzelheiten zur Bilanzierung der aktienbasierten Vergütung sind in Note [1] zum Konzernabschluss enthalten.

In Übereinstimmung mit den Vorschriften von SFAS 123 finden sich die maßgeblichen Pro-forma-Informationen zum Jahresüberschuss und zum Ergebnis je Aktie, als hätte der Konzern stets die Fair-Value-Methode angewandt, in Note [1].

Die derzeit im Konzern für Neubegebungen genutzten aktienbasierten Vergütungspläne werden in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst. Diese Pläne und diejenigen Pläne, die nicht länger für Neubegebungen genutzt werden, sind im nachfolgenden Text detaillierter beschrieben:

Bezeichnung des Plans	Teilnahme- berechtigung	Anwartschafts- frist <sup>1</sup>	Behandlung des Aufwands	Aktienrechte oder Equity Units	Performance- optionen/ Partnership Appreciation Rights
<b>Aktienbasierte Vergütungspläne</b>					
Restricted Equity Units Plan	Ausgewählte Führungskräfte	4,5 Jahre	<sup>3</sup>	X	
DB Global Partnership Plan					
DB Equity Units als Bonusrechte	Ausgewählte Führungskräfte	2 Jahre	<sup>2</sup>	X	
als Halteprämie	Ausgewählte Führungskräfte	3,5 Jahre	<sup>3</sup>	X	
Performanceoptionen	Ausgewählte Führungskräfte <sup>1</sup>	4 Jahre	<sup>2</sup>		X
Partnership Appreciation Rights	Ausgewählte Führungskräfte <sup>1</sup>	4 Jahre	<sup>2</sup>		X
DB Share Scheme					
als Bonusrechte	Ausgewählte Mitarbeiter	3 Jahre	<sup>2</sup>	X	
als Halteprämie	Ausgewählte Mitarbeiter	3 Jahre	<sup>3</sup>	X	
DB Key Employee Equity Plan (DB KEEP)	Ausgewählte Führungskräfte	5 Jahre	<sup>3</sup>	X	
DB Global Share Plan 2004	Alle Mitarbeiter <sup>4</sup>	1 Jahr	<sup>3</sup>	X	

\* Ungefährer Zeitraum, nach dem alle Bestandteile der Zusage nicht länger den für den Plan spezifischen Verfallbarkeitsregeln unterliegen.

<sup>1</sup> Performanceoptionen und Partnership Appreciation Rights werden als Einheit gewährt.

<sup>2</sup> Der Wert wird im jeweiligen Performancejahr als Teil des Personalaufwands ausgewiesen.

<sup>3</sup> Der Wert wird über die Dauer der Anwartschaft linear als Teil des Personalaufwands abgegrenzt.

<sup>4</sup> Ein Teilnehmer muss mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

## Derzeit für Neubegabungen genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

### Restricted Equity Units Plan

Unter dem Restricted Equity Units Plan gewährt der Konzern verschiedenen Mitarbeitern als Halteprämie Aktienrechte, die das Recht auf den Erhalt von Stammaktien des Konzerns zu festgelegten künftigen Zeitpunkten einräumen. Der Aufwand für Restricted Equity Units wird linear über die Dauer der Anwartschaft von meist vier bis fünf Jahren abgegrenzt.

Der Konzern gewährt diesen Mitarbeitern als Bestandteil der Restricted Equity Units auch Sonderzusagen als zusätzliche Halteprämien, die dann verfallen, wenn der Mitarbeiter vor Ende der Anwartschaftsdauer sein Dienstverhältnis kündigt. Der Personalaufwand für diese Zusagen wird über die Dauer der Anwartschaft linear abgegrenzt.

### DB Global Partnership Plan

*DB Equity Units.* DB Equity Units sind Aktienrechte, von denen jedes dem Inhaber ungefähr dreieinhalb Jahre nach der Gewährung Anspruch auf eine Stammaktie des Konzerns gewährt. Als Jahresboni gewährte DB Equity Units verfallen, wenn der Teilnehmer sein Dienstverhältnis unter bestimmten Umständen innerhalb der ersten beiden Jahre nach der Gewährung kündigt. Personalaufwand für diese Aktienrechte wird im jeweiligen Performancejahr als Teil der Vergütung für das betreffende Jahr ausgewiesen.

Der Konzern gewährt außerdem einer ausgesuchten Gruppe von Mitarbeitern Sonderzusagen in Form von DB Equity Units als Halteprämien, die dann verfallen, wenn der Mitarbeiter vor Ende der Anwartschaftsdauer das Dienstverhältnis kündigt. Personalaufwand für diese Zusagen wird über die Dauer der Anwartschaft, welche ungefähr dreieinhalb Jahre beträgt, linear abgegrenzt.

*Performanceoptionen.* Performanceoptionen sind Rechte auf den Erwerb von Stammaktien des Konzerns. Performanceoptionen wurden mit einem Ausübungspreis von 120% des Referenzpreises begeben. Als Referenzpreis wird der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktien des Konzerns am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktien des Kon-

zerns an der Frankfurter Wertpapierbörse für den Zeitraum von zehn Tagen bis einschließlich zum Tag der Gewährung bestimmt.

Performanceoptionen unterliegen einer Anwartschaftsfrist von mindestens zwei Jahren. Grundsätzlich kann je ein Drittel der Optionen am zweiten, dritten und vierten Jahrestag der Gewährung ausgeübt werden. Wenn jedoch die Stammaktien des Konzerns für die Dauer von 35 aufeinander folgenden Börsentagen zu mehr als 130% des Referenzpreises gehandelt werden, können die Performanceoptionen am Ende der 35-tägigen Handelsperiode oder am zweiten Jahrestag der Begebung ausgeübt werden, wobei das spätere Datum entscheidend ist. Diese Bedingung war für die Performanceoptionen, die im Februar 2003 gewährt wurden, erfüllt, so dass diese Optionen vollständig im Februar 2005 – statt in drei gleichen Tranchen – ausübbar wurden.

Wenn ein Teilnehmer unter bestimmten Umständen sein Dienstverhältnis vor dem Anwartschaftstermin kündigt, verfallen die ihm gewährten Performanceoptionen. Alle nicht bereits ausgeübten oder verfallenen Optionen erlöschen spätestens am sechsten Jahrestag der Gewährung.

Für das Performancejahr 2004 wurden keine Optionen gewährt. Personalaufwand für Optionen, die für das Performancejahr 2003 gewährt wurden, wurde im Jahr 2003 aufwandswirksam nach der Fair-Value-Methode erfasst. Für die im Performancejahr 2002 gewährten Optionen wurde in 2002 kein Personalaufwand ausgewiesen, da der Börsenkurs der zu Grunde liegenden Aktien am Tag der Gewährung den Ausübungspreis nicht überschritt.

*Partnership Appreciation Rights.* Partnership Appreciation Rights („PARs“) sind Rechte auf eine fierte Zahlung von 20% des oben beschriebenen Referenzpreises der Performanceoptionen. PARs werden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performanceoptionen ausübbar. PARs müssen dann zur gleichen Zeit und im gleichen Verhältnis wie die Performanceoptionen ausgeübt werden.

Für das Performancejahr 2004 wurden keine Optionen gewährt. Für die Geschäftsjahre 2003 und 2002 wurde kein Personalaufwand ausgewiesen, da die PARs nur im Zusammenhang mit der Ausübung der Performanceoptionen ein Recht auf eine Barzahlung darstellen. Damit wird der Ausübungspreis der Performanceoptionen effektiv auf den oben beschriebenen Referenzpreis verringert und bei der Ermittlung des Fair Value der Optionen berücksichtigt.

#### **DB Share Scheme**

Unter dem DB Share Scheme gewährt der Konzern verschiedenen Mitarbeitern Aktienrechte, die das Recht auf den Erhalt von Stammaktien des Konzerns zu einem festgelegten künftigen Zeitpunkt einräumen. Personalaufwand für die als Jahresbonus begebenen Aktienrechte wird unmittelbar im jeweiligen Performancejahr als Teil der jährlichen Vergütung erfolgswirksam verbucht. Der Aufwand für die zu Haltezwecken gewährten Aktienrechte wird linear über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt, die in der Regel drei Jahre beträgt.

#### **DB Key Employee Equity Plan**

Unter dem DB Key Employee Equity Plan („DB KEEP“) gewährt der Konzern ausgewählten Führungskräften Aktienrechte, die das Recht auf den Erhalt von Stammaktien des Konzerns zu einem festgelegten künftigen Zeitpunkt einräumen. Der Aufwand für die zu Haltezwecken begebenen Aktienrechte, die ausgewählten Führungskräften gewährt werden, wird linear über die Anwartschaftsfrist als Personalaufwand abgegrenzt. Die Anwartschaftsfrist beträgt in der Regel fünf Jahre.

#### **DB Global Share Plan 2004**

Mit dem in 2004 aufgelegten Programm für die Vergabe von Belegschaftsaktien, „DB Global Share Plan 2004“, erhält jeder teilnahmeberechtigte Mitarbeiter unentgeltlich zehn Deutsche Bank-Stammaktien als Teil seines Jahresgehalts. Ein Teilnehmer muss mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen. Teilzeitbeschäftigte und beurlaubte Mitarbeiter erhalten eine anteilige Zahl von Aktien. Sollte das Dienstverhältnis vor dem Anwartschaftstermin, das heißt dem 1. November 2005, von dem Arbeitnehmer gekündigt werden, verfallen in der Regel die Aktienrechte.

Der Aufwand für den DB Global Share Plan 2004 wird linear über die Dauer der Anwartschaft abgegrenzt. Diese beträgt ein Jahr ab dem Tag der Gewährung.

### **Aktienbasierte Vergütungspläne, unter denen keine Neubegabungen erfolgen**

#### **DB Global Share Plan**

*Erwerb von Aktien.* In 2003 und 2002 konnten berechnigte Mitarbeiter bis zu 20 und berechnigte Rentner/Pensionäre bis zu zehn Stammaktien des Konzerns erwerben. Deutsche Mitarbeiter und Rentner/Pensionäre waren zum Erwerb dieser Aktien mit einem Abschlag berechnigt. Der Abschlag war vom Ergebnis des Konzerns im vorangegangenen Geschäftsjahr abhängig. Der Teilnehmer besaß eine unverfallbare Anwartschaft und erhielt sämtliche Dividendenrechte für die erworbenen Aktien. Am Tag des Erwerbs erfasste der Konzern die Differenz zwischen dem Börsenkurs einer Stammaktie an diesem Tag und dem vom Teilnehmer bezahlten Preis als Personalaufwand.

*Performanceoptionen.* In 2003 und 2002 erhielten die teilnehmenden Mitarbeiter für jede erworbene Stammaktie fünf Optionen. Jede Option berechnigte den Teilnehmer zum Kauf einer Stammaktie des Konzerns. Die Optionen sind etwa zwei Jahre nach dem Tag der Gewährung ausübbar und verfallen nach sechs Jahren. Die Optionen können zum Ausübungspreis von 120% des Referenzpreises ausgeübt werden. Als Referenzpreis wurde der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktien des Konzerns am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktien des Konzerns an der Frankfurter Wertpapierbörse für den Zeitraum von zehn Tagen bis einschließlich zum Tag der Gewährung bestimmt.

In der Regel muss ein Teilnehmer mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen. Die Optionen verfallen bei Beendigung des Dienstverhältnisses. Teilnehmer, die vor der Erfüllung der Wartezeit pensioniert oder dauerhaft arbeitsunfähig werden, können während der Ausübungsfrist trotzdem ihre Optionen ausüben.

Personalaufwand für Optionen, die im Performancejahr 2003 begeben wurden, wird gemäß der Fair-Value-Methode über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt. Für die im Performancejahr 2002 gewährten Optionen wurde kein Personalaufwand ausgewiesen, da der Börsenkurs der zu Grunde liegenden Aktien am Tag der Gewährung den Ausübungspreis nicht überschritt.

#### **Global Equity Plan**

Während der Jahre 1998, 1999 und 2000 haben ausgewählte Führungskräfte des Konzerns am Global Equity Plan („GEP“) teilgenommen und erhielten das Recht, Wandelschuldverschreibungen in der Stückelung von 1.000 DM zum Nennwert zu erwerben. Am 16. Oktober 2001 erteilte der Vorstand die Genehmigung, die ausstehenden Rechte zu einem fixierten Preis herauszukaufen.

Am 31. Dezember 2001 haben Teilnehmer, die Wandelschuldverschreibungen im Wert von 55.429.000 DM (28.340.398 €) besaßen, welche in 11.085.800 Aktien wandelbar waren, das Angebot angenommen und Zahlungen in Höhe von insgesamt 490.347.106 € erhalten. Der Personalaufwand für Mitarbeiter, die das Buy-out-Angebot angenommen haben, wurde in 2001 in voller Höhe abgegrenzt.

Der Personalaufwand für die Teilnehmer, die das Angebot in 2001 nicht akzeptierten, war variabel. Er wurde über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt. Die Wandelschuldverschreibungen der verbliebenen Teilnehmer wurden im Juni 2003 zum Nennwert zurückgezahlt, da die für die Wandlung notwendigen spezifischen Performancekriterien nicht erfüllt waren. Der Konzern löste eine verbliebene Rückstellung für den GEP-Plan in Höhe von 3 Mio € auf.

Darüber hinaus genehmigte der Vorstand im Zusammenhang mit dem Kaufangebot aus dem Jahr 2001 im Geschäftsjahr 2003 eine spezielle Zahlung an 93 Teilnehmer. Diese Teilnehmer konnten das Kaufangebot in 2001 auf Grund der Autorisierungsbedingungen nicht annehmen. Die Barzahlungen im Zusammenhang mit diesen Wandelschuldverschreibungen beliefen sich auf insgesamt 9 Mio € und wurden nicht im Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen ausgewiesen.

### Stock Appreciation Rights Plans

Der Konzern begab Stock Appreciation Rights („SARs“), die den berechtigten Mitarbeitern des Konzerns das Recht auf Auszahlung der Differenz zwischen dem Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie und einem festgelegten Basispreis einräumen. Die gewährten Rechte können etwa drei Jahre nach dem Tag der Gewährung ausgeübt werden. Die Stock Appreciation Rights verfallen etwa sechs Jahre nach dem Tag der Gewährung.

Der Personalaufwand für SARs ist variabel und wird jeweils zum Bilanzstichtag aus der Differenz des aktuellen Börsenkurses von Stammaktien des Konzerns zum Basispreis ermittelt. Der Personalaufwand für einen Teil der gewährten Rechte wird unmittelbar im Performancejahr verbucht, sofern sie sich auf den Jahresbonus als Teil der Vergütung beziehen, während der Rest der gewährten Rechte über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt wird.

### db Share Plan

Vor der Einführung des DB Global Share Plan waren bestimmte Mitarbeiter berechtigt, im Rahmen des db Share Plan bis zu 60 Stammaktien des Konzerns mit einem Abschlag zu erwerben. Zusätzlich erhielten die teilnehmenden Mitarbeiter für jede gekaufte Aktie eine Option, die zum Erwerb einer Aktie berechtigte. Die Optionen waren nach etwa drei Jahren, beginnend mit dem Tag der Gewährung, ausübbar. Nach Ablauf der Anwartschaftsfrist konnten die Optionen ausgeübt werden, wenn spezifische Performancekriterien erfüllt waren. Der Ausübungspreis wurde berechnet, indem ein erfolgsabhängiger Abschlag auf den durchschnittlichen Börsenkurs einer an der Frankfurter Wertpapierbörse notierten Stammaktie an den fünf Handelstagen vor der Ausübungsperiode angewandt wurde.

Am Tag des Kaufs der Stammaktien hat der Konzern Personalaufwand in Höhe des Unterschieds zwischen dem Marktpreis einer Stammaktie an diesem Tag und dem Preis, den die Mitarbeiter für diese Aktie zahlen, erfasst. Der Personalaufwand für die Optionen basierte auf einem zum Bilanzstichtag geschätzten Abschlag für den entsprechenden Dreijahreszeitraum und dem jeweils aktuellen Börsenkurs der Stammaktien und wurde über die Anwartschaftsdauer abgegrenzt.

Alle verbliebenen db Share Plan-Optionen liefen ohne Ausübung in 2003 aus, da die spezifischen Performancekriterien nicht erfüllt waren. Der Konzern löste im Jahr 2003 eine verbliebene Rückstellung für db Share Plan-Optionen in Höhe von 20 Mio € auf.

### Sonstige Pläne

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

### Personalaufwand

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne, die vorstehend beschrieben sind, wie folgt:

in Mio €	2004	2003	2002
DB Global Partnership Plan <sup>1</sup>	11	8	4
DB Global Share Plan <sup>2</sup>	15	3	3
DB Share Scheme Plan/Restricted Equity Units/DB KEEP	997	773	469
Global Equity Plan	–	– 3	– 6
Stock Appreciation Rights Plans <sup>3</sup>	81	– 13	35
db Share Plan	–	– 20	– 45
<b>Insgesamt</b>	<b>1.104</b>	<b>748</b>	<b>460</b>

<sup>1</sup> In den Geschäftsjahren 2004, 2003 und 2002 belief sich der Personalaufwand für im Februar 2005, Februar 2004 beziehungsweise Februar 2003 gewährte DB Equity Units auf 6,6 Mio €, 5,9 Mio € beziehungsweise 3,9 Mio €.

<sup>2</sup> Im Geschäftsjahr 2004 wurde ein Personalaufwand in Höhe von 6,6 Mio € für den DB Global Share Plan 2004 berücksichtigt.

<sup>3</sup> Für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002 wurden Nettoverluste/-gewinne (–) von 81 Mio €, minus 13 Mio € beziehungsweise 226 Mio € aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten, die zum Ausgleich von Schwankungen des Werts der Rechte verwendet wurden, im Personalaufwand berücksichtigt.



Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der aktuell genutzten aktien- und optionsbasierten Vergütungspläne des Konzerns in den Geschäftsjahren 2004, 2003 und 2002 dar (in Tausend Aktien, ausgenommen Ausübungspreise).

	DB Global Partnership Plan		
	DB Equity Units <sup>1</sup>	Performance- optionen <sup>2</sup>	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
<b>Bestand per 31. Dezember 2001</b>	–	–	–
Gewährt	451	12.156	€ 89,96
Ausgegeben	–	–	–
Verfallen	– 43	– 392	€ 89,96
<b>Bestand per 31. Dezember 2002</b>	<b>408</b>	<b>11.764</b>	<b>€ 89,96</b>
Gewährt	122	14.615	€ 47,53
Ausgegeben	–	–	–
Verfallen	– 3	– 490	€ 58,58
<b>Bestand per 31. Dezember 2003</b>	<b>527</b>	<b>25.889</b>	<b>€ 66,60</b>
Gewährt	127	115	€ 76,61
Ausgegeben	– 324	–	–
Verfallen	–	– 152	€ 89,96
<b>Bestand per 31. Dezember 2004</b>	<b>330</b>	<b>25.852</b>	<b>€ 66,51</b>
Gewichtete restliche Vertragslaufzeit am:			
31. Dezember 2004		3 Jahre und 7 Monate	
31. Dezember 2003		4 Jahre und 8 Monate	

<sup>1</sup> Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je Aktie am Tag der Gewährung der DB Equity Units in 2004 betrug 58,11 €, in 2003 38,62 € und in 2002 74,96 €.

<sup>2</sup> Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je Option, einschließlich PAR, am Tag der Gewährung in 2004 betrug 13,02 €, in 2003 11,97 € und in 2002 21,24 €. Die in den Jahren 2004, 2003 beziehungsweise 2002 gewährten Performanceoptionen und PARs bezogen sich auf die Performancejahre 2003, 2002 beziehungsweise 2001.

Am 31. Dezember 2004 waren im Rahmen des DB Global Partnership Plan keine Optionen ausübbar. Etwa 14,1 Millionen Optionen aus dem DB Global Partnership Plan mit einem Ausübungspreis von 47,53 € pro Aktie wurden Anfang 2005 ausübbar. Jede Global-Partnership-Plan-Option war mit einem Partnership Appreciation Right verbunden, das einen Anspruch auf 20% des Ausübungspreises zu Gunsten des Inhabers bei Optionsausübung verbrieft. Per 28. Februar 2005 waren etwa 2,9 Millionen dieser Global-Partnership-Plan-Optionen und PARs ausgeübt.

Des Weiteren wurden im Februar 2005 für das Performancejahr 2004 etwa 111.000 DB Equity Units gewährt, die im Personalaufwand für das Geschäftsjahr 2004 ausgewiesen wurden. Etwa 28.000 DB Equity Units wurden als Halteprämie im Februar 2005 gewährt und sind nicht im Personalaufwand für das Geschäftsjahr 2004 enthalten. Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je DB Equity Unit am Tag der Gewährung betrug 59,68 €.

Für das Performancejahr 2004 wurden keine Performanceoptionen oder PARs gewährt.

Aus der nachstehenden Übersicht ist erkennbar, wie sich die ausstehenden Optionen für den DB Global Partnership Plan und den DB Global Share Plan (ausgewiesen unter „Pläne, unter denen keine Neubegebungen erfolgen“) im Geschäftsjahr 2004 verteilen:

Spanne der Ausübungspreise	Ausstehende Optionen			Ausübbarer Optionen	
	Ausstehende Optionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis <sup>1</sup>	Gewichtete restliche Vertragslaufzeit (in Jahren)	Ausübbarer Optionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
40,00 – 59,99 €	16.087	55,33 €	4,1	–	N/A
60,00 – 79,99 €	1.699	75,24 €	5,1	–	N/A
80,00 – 99,99 €	11.652	87,81 €	3,1	–	N/A

N/A – Nicht anwendbar

<sup>1</sup> Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen PARs.

Die Entwicklung der aktienbasierten Vergütungspläne des Konzerns (DB Share Scheme, DB Key Employee Equity Plan, Restricted Equity Units Plan und DB Global Share Plan 2004) für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002 (in Aktien) wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Die ausstehenden Rechte sind in drei Kategorien unterteilt. Als Bonus gewährte Aktienrechte werden im zugehörigen Performancejahr im Personalaufwand berücksichtigt. Der Personalaufwand für als Halteprämie gewährte Rechte sowie für den DB Global Share Plan 2004 wird über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt.

in Tsd Aktien	Als Bonus gewährte Rechte <sup>1</sup>	Als Halteprämie gewährte Rechte (Retention) <sup>2</sup>	DB Global Share Plan 2004 <sup>3</sup>	Insgesamt
<b>Bestand per 31. Dezember 2001</b>	<b>5.723</b>	<b>13.304</b>	–	<b>19.027</b>
Gewährt	6.386	12.148	–	18.534
Ausgegeben	– 5.603	– 4.243	–	– 9.846
Verfallen	– 417	– 1.610	–	– 2.027
<b>Bestand per 31. Dezember 2002</b>	<b>6.089</b>	<b>19.599</b>	–	<b>25.688</b>
Gewährt	1.036	26.823	–	27.859
Ausgegeben	– 4.439	– 3.210	–	– 7.649
Verfallen	– 228	– 1.749	–	– 1.977
<b>Bestand per 31. Dezember 2003</b>	<b>2.458</b>	<b>41.463</b>	–	<b>43.921</b>
Gewährt	2.169	21.848	594	24.611
Ausgegeben	– 2.832	– 4.938	–	– 7.770
Verfallen	– 231	– 3.091	–	– 3.322
<b>Bestand per 31. Dezember 2004</b>	<b>1.564</b>	<b>55.282</b>	<b>594</b>	<b>57.440</b>

<sup>1</sup> Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je Aktie am Tag der Gewährung der Aktienrechte in 2004 betrug 61,11 €, in 2003 39,61 € und in 2002 74,96 €.

<sup>2</sup> Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je Aktie am Tag der Gewährung der Aktienrechte in 2004 betrug 57,71 €, in 2003 34,62 € und in 2002 72,56 €. Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je Aktie am Tag der Gewährung der Aktienrechte betrug für die zum Jahresende 2004 ausstehenden Rechte 50,24 €. Für diese ausstehenden Rechte wurden bis zum Jahresende 2004 circa 1,36 Mrd € Personalaufwand abgegrenzt.

<sup>3</sup> Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je Aktie betrug am Tag der Gewährung der Aktienrechte in 2004 58,65 €. Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je Aktie am Tag der Gewährung der Aktienrechte betrug für die zum Jahresende 2004 ausstehenden Rechte 58,65 €. Für diese ausstehenden Rechte wurden bis zum Jahresende 2004 circa 6,6 Mio € Personalaufwand abgegrenzt.

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Stückzahlen gewährte der Konzern im Februar 2005 die folgenden Aktienrechte:

(a) Etwa 1,5 Mio Aktienrechte mit einem Fair Value von 61,99 € je Recht wurden im Rahmen des DB Share Scheme als Bonusrechte für das Performancejahr 2004 gewährt und waren im Personalaufwand für das Geschäftsjahr 2004 enthalten.

(b) Etwa 13,3 Mio Aktienrechte im Rahmen des Restricted Equity Units Plan wurden als Halteprämie mit einem durchschnittlichen Fair Value von 57,14 € gewährt.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht über die aktienbasierten Vergütungspläne des Konzerns (für die keine Neubegebungen erfolgen werden) für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002.

in Tsd	Global Equity Plan	Stock Appreciation Rights Plan	db Share Plan		DB Global Share Plan		
	Wandelschuldverschreibungen <sup>1</sup>	SARs <sup>2</sup>	Aktien	Optionen	Aktien	Performanceoptionen <sup>3</sup>	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
<b>Bestand per 31. Dezember 2001</b>	<b>607</b>	<b>16.928</b>	<b>N/A</b>	<b>3.476</b>	<b>N/A</b>	<b>175</b>	<b>€ 87,66</b>
Gewährt	–	3	–	–	–	2.082	€ 55,39
Ausgegeben	–	– 30	–	– 1.453	471	–	–
Gewandelte Schuldverschreibungen	– 286	–	–	–	–	–	–
Verfallen	– 49	– 555	–	– 170	–	– 22	€ 57,99
<b>Bestand per 31. Dezember 2002</b>	<b>272</b>	<b>16.346</b>	<b>N/A</b>	<b>1.853</b>	<b>N/A</b>	<b>2.235</b>	<b>€ 57,90</b>
Gewährt	–	–	–	–	–	1.691	€ 75,24
Ausgegeben	–	–	–	–	396	–	–
Zurückgekaufte Wandelschuldverschreibungen	– 269	–	–	–	–	–	–
Verfallen	– 3	– 175	–	– 14	–	– 81	€ 57,00
Abgelaufen	–	–	–	– 1.839	–	–	–
<b>Bestand per 31. Dezember 2003</b>	<b>–</b>	<b>16.171</b>	<b>N/A</b>	<b>–</b>	<b>N/A</b>	<b>3.845</b>	<b>€ 65,54</b>
Gewährt	–	–	–	–	–	–	–
Ausgegeben	–	–	–	–	–	–	–
Ausgeübt	–	– 387	–	–	–	–	–
Verfallen	–	–	–	–	–	– 260	€ 64,02
Abgelaufen	–	– 451	–	–	–	–	–
<b>Bestand per 31. Dezember 2004</b>	<b>–</b>	<b>15.333</b>	<b>N/A</b>	<b>–</b>	<b>N/A</b>	<b>3.585</b>	<b>€ 65,64</b>
Gewichtete restliche Vertragslaufzeit am:							
31. Dezember 2004						4 Jahre und 4 Monate	
31. Dezember 2003						5 Jahre und 4 Monate	

N/A – Nicht anwendbar. Der Teilnehmer besaß eine unverfallbare Anwartschaft auf im Rahmen des db Share Plan erworbene Aktien.

<sup>1</sup> Wandelschuldverschreibungen waren in der Konzernbilanz in der Position „Langfristige Verbindlichkeiten“ enthalten.

<sup>2</sup> SARs wurden zu verschiedenen Basispreisen gewährt. Im Oktober 2001 wurden 16.223.276 SARs mit einem Basispreis von 98 €, die eine Wartefrist bis 2004 besitzen und in 2007 verfallen, durch 10.328.417 Rechte mit einem Basispreis von 67 € ersetzt. Der gewichtete durchschnittliche Basispreis der zum 31. Dezember 2004 ausstehenden SARs beträgt 69,39 € bei einer durchschnittlichen Restlaufzeit von zwei Jahren.

<sup>3</sup> Der gewichtete Durchschnitt der Fair Values je Option betrug am Tag der Gewährung in 2003 9,71 € und in 2002 12,35 €.

Am 31. Dezember 2004 waren im Rahmen des DB Global Share Plan keine Optionen ausübbar. Etwa 1,8 Millionen der im Rahmen des DB Global Share Plan aus 2002 gewährten Optionen mit einem Ausübungspreis von 55,39 € wurden Anfang 2005 ausübbar. Bis 28. Februar 2005 wurden etwa 0,2 Millionen dieser Optionen ausgeübt.

#### Annahmen für die Ermittlung des Fair Value

Im Jahr 2004 wurden keine Optionen gewährt.

Der Fair Value der in 2003 und 2002 gewährten Optionsrechte wurde am Tag der Gewährung anhand eines Black-Scholes-Bewertungsmodells geschätzt. Das so ermittelte Ergebnis für 2003 wird zur Bilanzierung der Aktienoptionen unter der Fair-Value-Methode, die der Konzern seit dem 1. Januar 2003 prospektiv anwendet, benutzt. Die für 2002 ermittelten Werte dienen dazu, den Effekt auf den

Jahresüberschuss und Gewinn je Aktie zu bestimmen, hätte der Konzern die Fair-Value-Methode, wie in Note [1] dargestellt, angewandt.

Der gewichtete durchschnittliche Fair Value je Option sowie die für die Schätzung des Fair Value angewandten wesentlichen Modellannahmen lauteten wie folgt:

	31.12.2004 <sup>1</sup>	31.12.2003	31.12.2002
Gewichteter durchschnittlicher Fair Value je Option	N/A	€ 9,92	€ 12,03
Risikoloser Zinssatz	N/A	3,52%	3,45%
Voraussichtliche Laufzeiten (in Jahren)	N/A	4,0	4,4
Dividendenrendite	N/A	1,97%	3,22%
Volatilität	N/A	26,65%	43,2%

N/A – Nicht anwendbar

<sup>1</sup> Im Jahr 2004 wurden keine Optionen gewährt.

## [21] Beschränkungen von Vermögenswerten und Dividenden

Mit der Einführung der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1999 hat die Europäische Zentralbank die Verantwortung für die Geldpolitik und -kontrolle in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion einschließlich Deutschlands übernommen.

Die Europäische Zentralbank hat für Institute, die das Einlagen- und Kreditgeschäft mit Kunden betreiben, Mindestreserveanforderungen festgesetzt. Diese Mindestreserven müssen einem bestimmten Prozentsatz der Verbindlichkeiten der Institute, bestehend aus bestimmten Einlagen sowie begebenen Schuldverschreibungen, entsprechen. Verbindlichkeiten gegenüber den nationalen Zentralbanken der Europäischen Währungsunion und anderen Banken in der Europäischen Währungsunion, die selbst den Mindestreserveanforderungen unterliegen, sind in dieser Berechnung nicht zu berücksichtigen. Seit dem 1. Januar 1999 hat die Europäische Zentralbank den Mindestreservesatz auf 2% festgesetzt. Für Einlagen mit einer Fälligkeit oder Kündigungsfrist von mehr als zwei Jahren, Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren und Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften wurde der Mindestreservesatz auf 0% festgesetzt. Jedes Institut ist verpflichtet, diese Mindestreserve bei der Zentralbank des Heimatlands zu hinterlegen.

Die Barreserve enthält Mindestreserveguthaben, die der Konzern bei verschiedenen Zentralbanken unterhalten muss. Die erforderlichen Reserveguthaben beliefen sich im Geschäftsjahr 2004 auf 424 Mio € (2003: 451 Mio €).

Gemäß der Satzung der Deutschen Bank und den gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland basieren Dividenden auf dem Ergebnis der Deutschen Bank AG nach deutschen Bilanzierungsvorschriften. Der Vorstand, der den Jahresabschluss der Deutschen Bank AG auf nicht konsolidierter Grundlage aufstellt, und der Aufsichtsrat, der den Jahresabschluss billigt, weisen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zuerst einen Teil des Jahresüberschusses der Deutschen Bank (sofern vorhanden) den gesetzlichen Rücklagen und etwaigen Verlustvorträgen zu. Der verbleibende Betrag wird dann auf die Gewinnrücklagen und den Bilanzgewinn (oder ausschüttbaren Gewinn) verteilt. Maximal die Hälfte dieses verbleibenden Betrags kann den einbehaltenen Gewinnen zugeordnet, mindestens die Hälfte muss dem Bilanzgewinn zugewiesen werden. Der Bilanzgewinn der Deutschen Bank AG wird sodann ausgeschüttet, sofern die Hauptversammlung dies beschließt.

Generell unterliegen verschiedene Konzerngesellschaften aufsichtsrechtlichen und sonstigen Beschränkungen, welche Bardividenden und Ausleihungen an die Deutsche Bank einschränken können.

## [22] Aufsichtsrechtliches Kapital

Die für den Konzern maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften beruhen auf den Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, dessen Sekretariat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) bereitstellt, sowie Richtlinien des Europäischen Rates, die in deutsches Recht umgesetzt wurden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) überwacht in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank die Einhaltung dieser Richtlinien. Mit Wirkung vom 31. Dezember 2001 hat die BaFin dem Konzern gestattet, seine BIZ-Kapitaladäquanzquoten auf der Basis von Konzernabschlüssen zu ermitteln, die gemäß US GAAP aufgestellt wurden.

Die BIZ-Kapitalquote ist die zentrale Messgröße für die Kapitaladäquanz internationaler Banken. Mit dieser Quote wird das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank ins Verhältnis zu deren Kontrahenten- und Marktpreisrisiken (im Deutsche Bank-Konzern insgesamt als „Risikoposition“ bezeichnet) gesetzt. Das Kontrahentenrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Risikogehalt zu Kategorien mit entsprechender Risikogewichtung zusammengefasst werden. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist das Mehrfache des ermittelten Value-at-risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage der konzerninternen Modelle berechnet wird. Diese Modelle wurden von der BaFin zur Berechnung der Marktrisikokomponente der Risikoposition der Bank anerkannt. Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank ist in die drei Bestandteile Kern- beziehungsweise Tier-I-Kapital, Ergänzungs- beziehungsweise Tier-II-Kapital und Drittrangmittel beziehungsweise Tier-III-Kapital aufgeteilt. Das Kern- beziehungsweise Tier-I-Kapital besteht in erster Linie aus dem gezeichneten Kapital, aus den Kapital- und Gewinnrücklagen, hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulativen Vorzugsaktien (Trust Preferred Securities) und Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, abzüglich immaterieller Vermögenswerte (im Wesentlichen Goodwill), sowie den Effekten aus Änderungen der Steuergesetzgebung (siehe nachstehende Erläuterung). Ergänzungs- oder Tier-II-Kapital besteht im Wesentlichen aus Genussrechtskapital, kumulativen Vorzugsaktien, langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, unrealisierten Gewinnen aus börsennotierten Wertpapieren und den Vorsorgen für inhärente Risiken im Kreditgeschäft. Das Tier-III-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und darf nur zur Unterlegung von Marktpreisrisiken verwendet werden. Banken dürfen auch Tier-I- und Tier-II-Kapital, das den Mindestbedarf zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken (überschüssiges Tier-I- und Tier-II-Kapital) überschreitet, zur Unterlegung von Marktpreisrisiken verwenden. Die Mindest-Gesamtkapitalquote gemäß BIZ (Tier-I + -II + -III) beträgt 8% der Risikoposition. Die Mindest-Kernkapitalquote gemäß BIZ (Tier-I) beträgt 4% der risikogewichteten Positionen und 2,29% des Marktrisikoäquivalents. Die Mindest-Kernkapitalquote für die gesamte Risikoposition hängt daher von dem gewichteten Durchschnitt der risikogewichteten Positionen und des Marktrisikoäquivalents ab. Nach Maßgabe der BIZ-Richtlinien können nachrangige Verbindlichkeiten nur zu bis zu 50% des Tier-I-Kapitals als Tier-II-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-II-Kapital ist auf 100% des Tier-I-Kapitals begrenzt. Das Tier-III-Kapital ist begrenzt auf 250% des nicht zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken benötigten Tier-I-Kapitals.

Der Effekt aus der Steuerreform 1999/2000 in Deutschland in Bezug auf Wertpapiere „Available for Sale“ wird bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitals anders behandelt als im Konzernabschluss nach US GAAP. Im Rahmen des Konzernabschlusses werden latente Steuern für unrealisierte Gewinne aus Wertpapieren „Available for Sale“ direkt zu Lasten der Position übriger umfassender Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) gebildet, während die Auflösung der gebildeten latenten Steuerverbindlichkeiten bei Änderungen der gesetzlichen Ertragsteuersätze in der Periode als Berichtigung des Ertragsteueraufwands erfolgt, in der die Steuersatzänderung wirksam wird. Der positive Effekt der obigen Maßnahmen auf die Gewinnrücklagen des Konzerns im Rahmen der beiden wesentlichen Änderungen in der deutschen Steuergesetzgebung in 1999 und 2000 belief sich auf etwa 2,7 Mrd € im Geschäftsjahr 2004 beziehungsweise 2,8 Mrd € in 2003. Für die Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals darf der Bruttobetrag der unrealisierten Gewinne aus Wertpapieren „Available for Sale“ nicht dem Tier-I-Kapital zugerechnet werden. Betroffen hiervon sind die Positionen kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income) (minus 0,9 Mrd € in 2004 und minus 0,9 Mrd € in 2003) und die in den Gewinnrücklagen enthaltene Auflösung der latenten Steuerverbindlichkeiten (2,7 Mrd € in 2004 und 2,8 Mrd € in 2003).

in Mio € (ausgenommen Prozentangaben)	31.12.2004	31.12.2003
Risikoaktiva	206.718	206.142
Marktrisikoaquivalent <sup>1</sup>	10.069	9.530
<b>Risikoposition</b>	<b>216.787</b>	<b>215.672</b>
Kernkapital (Tier-I)	18.727	21.618
Ergänzungskapital (Tier-II)	9.885	8.253
Nutzbare Drittrangmittel (Tier-III)	–	–
<b>Regulatorisches Eigenkapital insgesamt</b>	<b>28.612</b>	<b>29.871</b>
Kernkapitalquote (Tier-I)	8,6%	10,0%
Eigenkapitalquote (Tier-I + -II + -III)	13,2%	13,9%

<sup>1</sup> Ein Vielfaches des Value-at-risk des Konzerns, mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Im Jahr 2004 stieg die Risikoposition des Konzerns um 1,1 Mrd € und belief sich zum 31. Dezember 2004 auf 216,8 Mrd €

Den BIZ-Richtlinien und den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes entsprechend musste der Konzern seine Marktrisiken per 31. Dezember 2004 mit aufsichtsrechtlichem Eigenkapital (Tier-I + -II + -III) von knapp über 805 Mio € unterlegen. Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-I- und Tier-II-Kapital erfüllt.

Am 31. Dezember 2004 betrug das gesamte aufsichtsrechtliche Eigenkapital des Konzerns auf Basis von US GAAP 28,6 Mrd € und das Kernkapital (Tier-I) 18,7 Mrd € gegenüber 29,9 Mrd € beziehungsweise 21,6 Mrd € am 31. Dezember 2003. Das Ergänzungskapital (Tier-II) des Konzerns belief sich am 31. Dezember 2004 auf 9,9 Mrd € und entsprach 53% des Kernkapitals.

Am 31. Dezember 2004 lag unsere Eigenkapitalquote mit 13,2% beträchtlich über der BIZ-Mindest-Eigenkapitalquote von 8%. Die Kernkapitalquote für die gesamte Risikoposition (einschließlich Marktrisikoaquivalent) betrug 8,6%.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann bestimmte Maßnahmen seitens der BaFin oder anderer Aufsichtsbehörden nach sich ziehen. Dies könnte erhebliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des aufsichtsrechtlichen Kern- und Ergänzungskapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zum 31. Dezember 2004 nach den BIZ-Richtlinien aufgeführt:

<b>Kernkapital (in Mio €)</b>	<b>31.12.2004</b>
Stammaktien	1.392
Kapitalrücklage	11.147
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien, Rücklagen aus aktienbasierter Vergütung, Anpassungen aus der Währungsumrechnung	14.277
Anteile in Fremdbesitz	548
Nicht kumulative Vorzugsaktien	2.520
Sonstiges (Einlagen stiller Gesellschafter)	525
In Abzug gebrachte Posten (überwiegend Goodwill und Steuereffekt aus der „Available for Sale“-Bewertung)	– 11.682
<b>Kernkapital insgesamt</b>	<b>18.727</b>

<b>Ergänzungskapital (in Mio €)</b>	<b>31.12.2004</b>
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45% angerechnet)	788
Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken	453
Kumulative Vorzugsaktien	762
Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	7.882
<b>Ergänzungskapital insgesamt</b>	<b>9.885</b>

Zu den für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zählen nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Finanzunternehmen sowie als Unternehmen, welche dem Konzern bankbezogene Hilfsdienste bereitstellen, gelten. Davon ausgeschlossen sind Versicherungsgesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften sowie Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

## [23] Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinserträge und Zinsaufwendungen:

in Mio €	2004	2003	2002
<b>Zinserträge</b>			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	797	902	1.469
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	4.647	4.857	6.579
Forderungen aus Wertpapierleihen	1.668	1.429	2.809
Zinserträge aus Wertpapieren „Available for Sale“ und sonstigen Finanzanlagen	509	588	1.257
Dividendenerträge aus Wertpapieren „Available for Sale“ und sonstigen Finanzanlagen	300	386	385
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	6.896	7.649	11.741
Handelsaktiva	12.596	11.286	11.248
Sonstige	610	486	293
<b>Summe der Zinserträge</b>	<b>28.023</b>	<b>27.583</b>	<b>35.781</b>
<b>Zinsaufwendungen</b>			
Verzinsliche Einlagen			
bei inländischen Konzerneinheiten	1.953	1.918	2.662
bei ausländischen Konzerneinheiten	5.174	4.662	6.657
Handelspassiva	6.866	5.667	4.410
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	4.627	4.595	7.049
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	556	430	580
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	467	598	705
Langfristige Verbindlichkeiten	3.198	3.766	6.362
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	100	170
<b>Summe der Zinsaufwendungen</b>	<b>22.841</b>	<b>21.736</b>	<b>28.595</b>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>5.182</b>	<b>5.847</b>	<b>7.186</b>

## [24] Versicherungsgeschäft

Im Folgenden sind die Komponenten der sonstigen Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft dargestellt:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	6.367	7.967
Abgegrenzte Abschlusskosten	20	21
Sonstige	346	261
<b>Sonstige Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft</b>	<b>6.733</b>	<b>8.249</b>

Alle anderen Aktiva des Versicherungsgeschäfts des Konzerns, im Wesentlichen Wertpapiere „Available for Sale“, sind in den entsprechenden Positionen der Konzernbilanz erfasst.

Nachstehend folgt eine Übersicht über die Komponenten der Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Deckungsrückstellungen	561	437
Rückstellungen der fondsgebundenen Lebensversicherung	6.367	7.967
Andere Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft	1.007	667
<b>Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft insgesamt</b>	<b>7.935</b>	<b>9.071</b>

## [25] Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

Versorgungspläne für die Zeit nach der Pensionierung bestehen für den überwiegenden Teil der Tochtergesellschaften des Konzerns und vor allem für Mitarbeiter, die in Deutschland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten sowie in anderen europäischen und asiatischen Staaten für den Konzern tätig sind. Die Mehrzahl der leistungsberechtigten Mitarbeiter ist vornehmlich in Deutschland tätig. Die Höhe der Zusage an den Mitarbeiter basiert in erster Linie auf seiner Vergütung und der Dauer seiner Konzernzugehörigkeit.

Die Versorgungszusagen sind in der Regel unternehmensextern finanziert (funded).

Im Geschäftsjahr 2004 wies der Konzern 71 Mio € Zuführungen zu dem Planvermögen für seine deutschen Pensionspläne (davon entfielen 4 Mio € auf Erstdotierungen und 67 Mio € auf interessewahrende Zuführungen), 8 Mio € für seine britischen Pensionspläne und 40 Mio € für unterschiedliche europäische Pensionspläne (davon entfielen 17 Mio € auf Erstdotierungen und 23 Mio € auf interessewahrende Zuführungen) aus.

Im Geschäftsjahr 2003 wies der Konzern 170 Mio € Zuführungen zu dem Planvermögen für seine britischen und 196 Mio € für seine deutschen Pensionspläne aus. 136 Mio € beziehungsweise 76 Mio € davon waren interessewahrende Zuführungen, um einem negativen Kapitalausweis vorzubeugen.

Seit Dezember 2002 finanziert der Konzern den überwiegenden Teil seiner Pensionspläne in Deutschland extern (funded). Zu diesem Zweck brachte der Konzern 3,9 Mrd € in einen konkursgesicherten Trust ein. Die dazugehörige, auf Stichtagswerten basierende Leistungsverpflichtung (Accumulated Benefit Obligation) belief sich zu diesem Zeitpunkt auf insgesamt 3,5 Mrd €. Zusätzlich stockte der Konzern in 2002 die Trusts (Planvermögen) seiner amerikanischen Pensionspläne um etwa 115 Mio € und die seiner britischen Pensionspläne um rund 300 Mio € auf.

Daneben werden Mitarbeiter bestimmter Konzerngesellschaften durch beitragsorientierte Pläne abgesichert. Das Vermögen aus sämtlichen beitragsorientierten Plänen befindet sich in unabhängig verwalteten Fonds. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig.

Darüber hinaus unterhalten Konzerngesellschaften unternehmensintern finanzierte, beitragspflichtige Gesundheitsfürsorgepläne für pensionierte Mitarbeiter. Diese sonstigen Versorgungszusagen werden pensionierten Mitarbeitern mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten und Großbritannien gemacht. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der anspruchsberech-



tigten medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbetrags erstellt. Der Konzern dotiert diese Pläne in Abhängigkeit von den zu erbringenden Leistungen.

Die Pläne in Großbritannien und den Vereinigten Staaten werden im Konzern zum 30. September bewertet. Für alle sonstigen Pläne gilt der 31. Dezember als Bewertungsstichtag.

Sämtliche Pläne werden gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens (Projected Unit Credit Method) bewertet. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach der 10%-„Korridor“-Methode realisiert.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Planverpflichtung des Konzerns und des Fair Value des Planvermögens für den am 31. Dezember 2004 endenden Zweijahreszeitraum sowie den Finanzierungsstatus per 31. Dezember für die jeweiligen Geschäftsjahre dar:

in Mio €	Pensionszusagen		Sonstige Versorgungszusagen	
	2004	2003	2004	2003
<b>Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen</b>				
Barwert zum Jahresbeginn	6.920	6.653	148	160
Dienstzeitaufwand	244	279	7	8
Zinsaufwand	384	375	9	9
Rückwirkende Plananpassungen	–	4	–	3
Veränderung des Konsolidierungskreises	– 103	– 2	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	499	247	– 1	11
Gezahlte Versorgungsleistungen	– 320	– 319	– 12	– 12
Minderungen der Anwartschaft/Übertragungen/Sonstiges <sup>1</sup>	50	– 46	–	– 2
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 82	– 271	– 13	– 29
<b>Barwert zum Jahresende</b>	<b>7.592</b>	<b>6.920</b>	<b>138</b>	<b>148</b>
<b>Entwicklung des Planvermögens</b>				
Fair Value des Planvermögens zum Jahresbeginn	6.801	6.296	–	–
Tatsächliche Erträge aus Planvermögen	768	546	–	–
Zuwendungen des Arbeitgebers zum Planvermögen <sup>2</sup>	310	560	12	11
Gezahlte Versorgungsleistungen	– 119	– 295	– 12	– 11
Minderungen der Anwartschaft/Übertragungen/Sonstiges <sup>1</sup>	– 35	– 30	–	–
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 82	– 276	–	–
<b>Fair Value des Planvermögens zum Jahresende</b>	<b>7.643</b>	<b>6.801</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Finanzierungsstatus</b>	<b>51</b>	<b>– 119</b>	<b>– 138</b>	<b>– 148</b>
Noch nicht berücksichtigter versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	870	838	10	14
Noch nicht berücksichtigter Dienstzeitaufwand/-ertrag (–) aus rückwirkenden Planänderungen	– 8	9	7	10
Noch nicht berücksichtigter Übergangssaldo aus Erstanwendung von SFAS 87	–	14	–	–
<b>Nettobilanzbetrag am Jahresende</b>	<b>913</b>	<b>742</b>	<b>– 121</b>	<b>– 124</b>

<sup>1</sup> Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Pensionsplänen.

<sup>2</sup> Der Betrag für 2004 enthält 71 Mio € Zuführungen für die deutschen, 8 Mio € für die britischen und 40 Mio € für andere europäische Pensionspläne des Konzerns. Der Betrag für 2003 enthält 170 Mio € Zuführungen für die britischen und 196 Mio € für die deutschen Pensionspläne des Konzerns.

Die nachstehenden Beträge wurden in der Konzernbilanz erfasst:

in Mio €	Pensionszusagen		Sonstige Versorgungszusagen	
	2004	2003	2004	2003
Überdotierungen des Planvermögens/sonstige Aktiva	1.094	1.001	–	–
Pensionsrückstellungen	– 180	– 259	– 121	– 124
Absetzung vom sonstigen kumulierten umfassenden Periodenerfolg (Comprehensive Income)	– 1	–	–	–
<b>Nettobilanzbetrag – korrigiert um OCI-Absetzung</b>	<b>913</b>	<b>742</b>	<b>– 121</b>	<b>– 124</b>

Die Leistungsverpflichtung (Accumulated Benefit Obligation – ABO) für die gesamten Pensionszusagen belief sich per 31. Dezember 2004 auf 7,1 Mrd € beziehungsweise auf 6,4 Mrd € per 31. Dezember 2003.

Die folgende Tabelle enthält Angaben zu den Pensionszusagen, in denen die auf Stichtagswerten basierenden Leistungsverpflichtungen (ABO) den Fair Value des Planvermögens übersteigen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Barwert der Pensionsverpflichtung (Projected Benefit Obligation – PBO)	70	374
Auf Stichtagswerten basierende Leistungsverpflichtung (ABO)	57	329
Fair Value des Planvermögens	30	103

Die folgende Tabelle enthält Angaben zu den Pensionszusagen, bei denen der Barwert der Pensionsverpflichtung (Projected Benefit Obligation – PBO) den Fair Value des Planvermögens übersteigt:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Barwert der Pensionsverpflichtung (PBO)	239	1.873
Auf Stichtagswerten basierende Leistungsverpflichtung (ABO)	203	1.658
Fair Value des Planvermögens	185	1.667

Die auf Stichtagswerten basierenden Leistungsverpflichtungen (ABOs) für sonstige Versorgungszusagen übersteigen das Planvermögen, da diese unternehmensintern finanziert sind (unfunded).

Der gewichtete Durchschnitt im Hinblick auf die Portfoliostruktur des Planvermögens der Pensionszusagen im Konzern stellte sich per 31. Dezember 2004 beziehungsweise 2003 für die einzelnen Anlagekategorien wie folgt dar:

	Zielallokation	Prozentualer Anteil des Planvermögens	
	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003
<b>Anlagekategorien</b>			
Aktien/nicht festverzinsliche Wertpapiere	16%	17%	27%
Festverzinsliche Wertpapiere	82%	73%	65%
Immobilien und Sonstige	2%	10%	8%
<b>Insgesamt</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

Die Anlagestrategie des Konzerns für das pensionsbezogene Planvermögen zielt auf die Angleichung der Fälligkeiten von Aktiva und Passiva ab, um die künftige Volatilität der Aufwendungen für die Pensionspläne und des Finanzierungsstatus der Pläne zu verringern. Dies beinhaltet eine Neuausrichtung des Investmentportfolios, welche die Reduzierung der Engagements bei Aktien/nicht festverzinslichen Wertpapieren und die Erhöhung des Umfangs sowie der Laufzeiten der festverzinslichen Wertpapiere zum Ziel hat. Im Geschäftsjahr 2004 wurde eine Verringerung des durchschnittlichen Portfolioanteils der Aktien/nicht festverzinslichen Wertpapiere auf 17% erreicht. Im vierten Quartal 2003 wurde der durchschnittliche Portfolioanteil der Aktien/nicht festverzinslichen Wertpapiere von 35% auf unter 30% am Jahresende 2003 reduziert.

Ferner wurde im Geschäftsjahr 2004 die durchschnittliche Laufzeit der im Portfolio gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere verlängert, um sie den Laufzeiten der Verbindlichkeiten anzunähern. Die Umsetzung der Investmentstrategie ist für die deutschen, US-amerikanischen und britischen Pensionspläne erfolgt und wird 2005, vorbehaltlich der maßgeblichen aufsichtsrechtlichen und rechtlichen Vorschriften, für die einzelnen Pensionspläne auf andere Länder ausgeweitet. Die Anlagestrategien der Planvermögen aller Pensionspläne des Konzerns unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung.

Im Planvermögen sind intern getätigte Derivategeschäfte in Höhe von insgesamt 250 Mio € für den deutschen und den luxemburgischen Pensionsplan enthalten. Des Weiteren enthält das Planvermögen des Konzerns emittierte festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 2 Mio €.

Die Zuführungen zum Planvermögen des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2005 voraussichtlich circa 250 Mio € betragen, was in Summe dem erwarteten Dienstzeitaufwand für das Jahr 2005 entspricht.

Die nachfolgende Tabelle stellt aus dem Plan- und dem Konzernvermögen die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen dar, einschließlich des Konzernanteils und des Anteils der Versorgungsberechtigten an den Kosten. Die Beträge der Teilnehmer fließen in den Pensionsplan zur Finanzierung mit ein.

Die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen aus dem Planvermögen und die direkten Zahlungen an die Teilnehmer belaufen sich auf insgesamt:

in Mio €	Pensionszusagen	Sonstige Versorgungszusagen
2005	290	9
2006	306	9
2007	328	9
2008	342	10
2009	359	10
2010 – 2014	2.144	50

Der Vorsorgeaufwand der Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen:

in Mio €	Pensionszusagen			Sonstige Versorgungszusagen		
	2004	2003	2002	2004	2003	2002
Dienstzeitaufwand	244	279	323	7	8	4
Zinsaufwand	384	375	384	9	9	8
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 388	- 409	- 175	-	-	-
Berücksichtigter versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-)	61	66	39	-	-	-
Minderungen der Anwartschaft/Übertragungen	5	- 7	4	-	-	-
Amortisation des Übergangssaldos aus Erstanwendung von SFAS 87	17	- 9	- 10	-	-	-
<b>Gesamtaufwand von leistungsorientierten Pensionsplänen</b>	<b>323</b>	<b>295</b>	<b>565</b>	<b>16</b>	<b>17</b>	<b>12</b>
Aufwand für beitragsorientierte Pensionspläne	151	167	228	-	-	-
<b>Nettovorsorgeaufwand</b>	<b>474</b>	<b>462</b>	<b>793</b>	<b>16</b>	<b>17</b>	<b>12</b>

Die nachfolgend aufgeführten versicherungsmathematischen Annahmen sind auf Basis eines gewichteten Durchschnitts ermittelt worden und spiegeln die ökonomischen Bedingungen der Länder wider, in denen Pensionszusagen und sonstige Versorgungszusagen gemacht wurden:

	Pensionszusagen			Sonstige Versorgungszusagen		
	2004	2003	2002	2004	2003	2002
Diskontierungssatz zur Bestimmung des Aufwands	5,5%	5,4%	5,7%	5,9%	6,0%	6,7%
Diskontierungssatz zur Bestimmung des Barwerts der Leistungszusage zum Jahresende	5,0%	5,5%	5,8%	5,7%	5,9%	6,7%
Gehaltssteigerungsrate zur Bestimmung des Aufwands	3,3%	3,5%	3,0%	N/A	N/A	N/A
Gehaltssteigerungsrate zur Bestimmung des Barwerts der Leistungszusage zum Jahresende	3,3%	3,3%	2,0%	N/A	N/A	N/A
Erwartete langfristige Vermögensrendite	5,6%	5,6%	6,7%	N/A	N/A	N/A

N/A – Nicht anwendbar

Der erwartete Ertrag aus dem Planvermögen der aufgeführten Pensionszusagen des Konzerns wird unter Zugrundelegung einer Risikoprämie ermittelt, welche die inhärenten Risiken der betreffenden Anlagekategorien über eine risikofreie Rendite widerspiegelt. Zur Ermittlung der voraussichtlichen Gesamterträge wird dieser Prozentsatz auf die angestrebten Bestände an einzelnen Vermögenskategorien angewandt. Mit der konzernweiten Anwendung dieser sogenannten „Building-Block“-Methode hat der Konzern ein einheitliches Regelwerk geschaffen, auf dessen Basis erforderliche Anpassungen vorgenommen werden können, um regionale Bedingungen zu berücksichtigen. Auf Basis der aktuellen Portfoliostruktur des Planvermögens zum Bewertungsstichtag wurde die erwartete Rendite des Planvermögens für 2005 ermittelt. Die Rendite einer landesspezifischen festverzinslichen Staatsanleihe mit einer Laufzeit von zehn Jahren diente als Berechnungsgrundlage für die risikofreie Rendite. Eine zusätzliche Risikoprämie wurde dieser risikofreien Rendite für Aktien/nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie für Immobilienwerte hinzugefügt. Für den Renditeaufschlag der festverzinslichen Wertpapiere wurden die Zusammensetzung des jeweiligen Pensionsplans sowie eine angemessene Rendite der Schuldtitelkategorie berücksichtigt. Für Barmittel wurde die erwartete Rendite in Höhe der Effektivverzinsung einer länderspezifischen kurzfristigen Anleihe (Laufzeit zwei bis drei Jahre) angesetzt.

Zur Ermittlung des Aufwands für sonstige Versorgungszusagen wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 10,7% für die im Rahmen dieser Zusagen pro Kopf zu erbringenden Gesundheitsfürsorgeleistungen für das Jahr 2005 angenommen. Für diesen Prozentsatz werden ein allmählicher Rückgang auf annähernd 5,0% bis zum Jahr 2010 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Die Annahmen über die Entwicklung der Gesundheitskosten haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der sonstigen Versorgungszusagen. Eine Veränderung in der unterstellten Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen auf die sonstigen Versorgungszusagen des Konzerns:

in Mio €	Anstieg um 1%-Punkt		Rückgang um 1%-Punkt	
	2004	2003	2004	2003
Auswirkung auf die Dienstzeit- und Zinsaufwandskomponenten	2	3	- 2	- 2
Auswirkung auf die sonstigen Versorgungszusagen insgesamt	22	18	- 19	- 16

Im Mai 2004 veröffentlichte das FASB die Staff Position No. 106-2, „Accounting and Disclosure Requirements Related to the Medicare Prescription Drug, Improvement and Modernization Act of 2003“ („FSP 106-2“), welche die im Januar 2004 veröffentlichte FSP 106-1 ablöste. Mit diesem am 8. Dezember 2003 in Kraft getretenen Gesetz wurden in den USA Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente sowie Subventionen für Unternehmen beschlossen, die ihren Pensionären Gesundheitsfürsorgepläne anbieten, welche eine Leistung darstellen, die versicherungsmathematisch mindestens der im Rahmen des Gesetzes zu gewährenden Leistung entspricht. FSP 106-2, welche auf die nach dem 15. Juni 2004 beginnende Berichtsperiode anzuwenden ist, enthält verbindliche Vorschriften für die Bilanzierung der Effekte dieses Gesetzes sowie Offenlegungsvorschriften für die darin vorgesehenen staatlichen Leistungen. Der Konzern stellte fest, dass die Effekte aus diesem Gesetz keine signifikanten Auswirkungen haben, die eine unterjährige Neubewertung der Verpflichtung gemäß den Vorschriften von SFAS No. 106, „Employers' Accounting for Postretirement Benefits Other Than Pensions“, erfordern würden. Infolgedessen reflektieren, wie in FSP 106-2 zugelassen, die Gesamtaufwendungen aus sonstigen Versorgungszusagen für das Geschäftsjahr 2004 nicht die Auswirkungen aus diesem Gesetz. Die Leistungsverpflichtung (APBO) für die betroffenen Versorgungszusagen wurde zum 30. September 2004 neu bewertet, um die Effekte aus diesem Gesetz zu berücksichtigen. Daraus ergab sich ein Rückgang der APBO um ungefähr 36 Mio €.

## [26] Ertragsteuern

Die Komponenten des Steueraufwands/-ertrags (–) sind wie folgt:

in Mio €	2004	2003	2002
Inland	– 201	305	215
Ausland	920	968	494
<b>Tatsächliche Steuern</b>	<b>719</b>	<b>1.273</b>	<b>709</b>
Inland	572	37	2.992
Ausland	266	232	– 512
<b>Latente Steuern</b>	<b>838</b>	<b>269</b>	<b>2.480</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1.557</b>	<b>1.542</b>	<b>3.189</b>

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes, bezogen auf das Ergebnis vor Steuern, ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand:

in Mio €	2004	2003	2002
<b>Erwarteter Steueraufwand bei einem Ertragsteuersatz von 39,2% in Deutschland (40,5% für 2003 und 39,2% für 2002)</b>	<b>1.579</b>	<b>1.116</b>	<b>1.391</b>
Ausgleich des Ertrags aus Steuersatzänderungen in 1999/2000	120	215	2.817
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung in Deutschland	–	154	–
Minderung der inländischen Körperschaftsteuer auf Ausschüttungen	14	1	– 65
Steuerbefreite Einnahmen	– 330	– 637	– 1.824
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	– 126	– 298	87
Veränderung der Wertberichtigung latenter Steuerforderungen	– 7	99	254
Nicht abziehbare Aufwendungen	312	647	223
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	–	46	24
Anrechenbare Steuern auf inländische Dividendeneträge	–	– 1	– 7
Steuereffekt auf Gewinn (–)/Verlust aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	– 80	171	348
Sonstige	75	29	– 59
<b>Ausgewiesener Steueraufwand</b>	<b>1.557</b>	<b>1.542</b>	<b>3.189</b>

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung der latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewendet wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und betrug in den Geschäftsjahren 2004, 2003 und 2002 39,2%. Befristet nur auf das Geschäftsjahr 2003, wurde der Körperschaftsteuersatz um 1,5% auf 26,5% erhöht. Dadurch stieg der Ertragsteuersatz in Deutschland auf 40,5%. Der maßgebliche Ertragsteuersatz für temporäre Unterschiedsbeträge, die sich nach 2003 umkehren werden, beträgt wieder 39,2%.

Mit der Veräußerung von Wertpapieren in den Geschäftsjahren 2004, 2003 und 2002, für die latente Steuern im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) kumuliert waren, mussten diese insoweit aufgelöst werden. Dadurch entstand ein Ertragsteueraufwand von 120 Mio €, 215 Mio € beziehungsweise 2.817 Mio €. Dieser Steueraufwand führt tatsächlich jedoch weder zu Steuerzahlungen noch hat er Relevanz für das Eigenkapital.

Die kumulierten latenten Steuern, die im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) verblieben sind, sind in den Jahren, in denen die betreffenden Wertpapiere verkauft werden, aufzulösen und werden dann als Ausgleichseffekt den Ertragsteueraufwand erhöhen. Am Ende der Geschäftsjahre 2004 und 2003 beliefen sich die diesbezüglichen latenten Steuern im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) auf etwa 2,7 Mrd € beziehungsweise 2,8 Mrd €.

Mit dem In-Kraft-Treten des Steuervergünstigungsabbau-Gesetzes (StVergAbG) im Mai 2003 wurde eine Mindestbesteuerung bei der Gewerbesteuer eingeführt, die auf Grund des Nachholeffekts zu einem Steueraufwand von 107 Mio € führte. Im Dezember 2003 modifizierte die deutsche Bundesregierung mit dem Steuerreformgesetz 2004 die Besteuerung der Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften und Dividenden. Danach gelten bei der Besteuerung von Unternehmen 5% der steuerfreien Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften und der steuerfreien Dividenden als nicht abziehbare Betriebsausgaben. Diese neuen, ab 2004 anzuwendenden Regelungen resultierten in 2003 in einem zusätzlichen latenten Steueraufwand von 47 Mio €.

Nachfolgend dargestellt sind die Ursachen und steuerlichen Auswirkungen von temporären Unterschiedsbeträgen zwischen den Bilanzwerten und ihren steuerlichen Wertansätzen sowie von steuerlichen Verlustvorträgen, die zu wesentlichen latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten geführt haben:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003*
<b>Latente Steuerforderungen:</b>		
Handelsaktiva/-passiva	20.279	10.589
Steuerliche Verlustvorträge und Steuergutschriften	1.940	2.513
Sachanlagen	402	521
Sonstige Aktiva	13	1.106
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	106	265
Sonstige Rückstellungen	1.944	590
<b>Latente Steuerforderungen insgesamt</b>	<b>24.684</b>	<b>15.584</b>
Wertberichtigung latenter Steuerforderungen	- 888	- 964
<b>Latente Steuerforderungen nach Wertberichtigung</b>	<b>23.796</b>	<b>14.620</b>
<b>Latente Steuerverbindlichkeiten:</b>		
Handelsaktiva/-passiva	21.232	11.550
Sachanlagen	412	546
Bewertung von Wertpapieren	140	82
Sonstige Passiva	544	74
<b>Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt</b>	<b>22.328</b>	<b>12.252</b>
<b>Latente Steuerforderungen, per saldo</b>	<b>1.468</b>	<b>2.368</b>

\* Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden einzelne Beträge des Vorjahres entsprechend angepasst.

In den Bilanzpositionen sonstige Aktiva und sonstige Passiva waren per 31. Dezember 2004 und 31. Dezember 2003 latente Steuerforderungen in Höhe von 3,7 Mrd € beziehungsweise 3,6 Mrd € und latente Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 2,2 Mrd € beziehungsweise 1,3 Mrd € enthalten.

Einige Auslandsfilialen und Konzerngesellschaften haben latente Steuerforderungen für steuerliche Verlustvorträge und für Steuergutschriften gebildet, die den zukünftigen Steueraufwand verringern werden. Die Verlustvorträge beliefen sich zum 31. Dezember 2004 auf 5,2 Mrd €, von denen 3,4 Mrd € zeitlich unbegrenzt nutzbar sind, während 1,8 Mrd € mit unterschiedlichen Fristen bis 2024 genutzt werden können. Die Steuergutschriften beliefen sich auf 158 Mio €, wovon 0,8 Mio € bis 2005 und 0,4 Mio € bis 2006 in ihrer Nutzung befristet sind und 157 Mio € in späteren Jahren verfallen. Es wurden Wertberichtigungen auf die latenten Steuerforderungen für steuerliche Verlustvorträge und Steuergutschriften vorgenommen, bei denen nicht hinreichend sicher ist, dass zukünftig ausreichende Erträge zur Nutzung des Steuerpotenzials zur Verfügung stehen werden.

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. Im Jahr 2004 wurde in den Vereinigten Staaten eine Steuerprüfung für die Geschäftsjahre bis einschließlich 2000 ohne wesentliche Auswirkung auf die Höhe der Ertragsteuer abgeschlossen. Die bestehenden Steuerrückstellungen halten wir in Bezug auf die möglichen Steuernachforderungen für angemessen.

Auf die per 31. Dezember 2004 kumulierten einbehaltenen Erträge von Auslandstöchtern in Höhe von 6,8 Mrd € sind für die bei Ausschüttung anfallenden Ertragsteuern und ausländische Quellensteuern

ern keine latenten Steuerverbindlichkeiten bilanziert worden, da davon auszugehen ist, dass diese Erträge von den Gesellschaften reinvestiert werden. Eine Ermittlung der latenten Steuerverbindlichkeiten auf die nicht ausgeschütteten Erträge wäre mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden gewesen. Am 22. Oktober 2004 unterzeichnete der Präsident der Vereinigten Staaten den „American Jobs Creation Act of 2004“, wonach bei Dividendenzahlungen von im Ausland ansässigen Tochterunternehmen US-amerikanischer Muttergesellschaften teilweise ein ermäßigter Steuersatz zur Anwendung kommt. Es wird geschätzt, dass circa 370 Mio € bei Ausschüttung unter die Regelungen dieses Gesetzes fallen könnten. Der Konzern prüft derzeit die Folgen einer derartigen Kapitalrückführung. Da diese Überprüfung noch nicht abgeschlossen ist, kann derzeit keine zuverlässige Einschätzung der damit verbundenen Auswirkung auf die Ertragsteuer abgegeben werden. Es wird allerdings nicht davon ausgegangen, dass eine solche Kapitalrückführung den Konzernabschluss wesentlich beeinflussen würde.

## [27] Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des Jahresüberschusses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl ausstehender Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Aktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand sowie die durchschnittlich über Terminkaufverträge mit Lieferung in Aktien zu erwerbenden Aktien und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung und Ausübung ausstehender Wertpapiere oder sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, zugeteilten Aktienrechten und bestimmten Terminkontrakten zu Grunde.

Die nachfolgenden Tabellen beinhalten die Berechnung des Ergebnisses je Aktie:

in Mio €	2004	2003	2002
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	2.472	1.214	360
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	–	151	37
<b>Maßgeblicher Jahresüberschuss – Zähler für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie</b>	<b>2.472</b>	<b>1.365</b>	<b>397</b>
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	– 65	–	–
wandelbaren Schuldtiteln	4	–	–
Jahresüberschuss verfügbar für Aktionäre nach angenommener Wandlung – Zähler für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	2.411	1.365	397
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	492,6	559,3	615,9
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	9,3	10,4	3,8
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	4,9	0,7	0,4
wandelbaren Schuldtiteln	1,9	–	0,1
gewährten Aktienrechten	23,0	19,1	6,1
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	–	0,2	0,2
Verwässerungspotenzial insgesamt	39,1	30,4	10,6
<b>Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie</b>	<b>531,7</b>	<b>589,7</b>	<b>626,5</b>

Bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie bleibt die nicht verwässernde Wirkung der folgenden potenziellen Stammaktien unberücksichtigt:

Anzahl der Aktien in Mio	2004	2003	2002
Terminkaufkontrakte	10,0	–	–
Terminverkaufskontrakte	–	3,1	26,0
Veräußerte Verkaufsoptionen	1,5	–	0,4
Veräußerte Kaufoptionen	–	1,3	0,3
Aktienbasierte Vergütungen	13,6	15,5	0,2
Wandelbare Schuldtitel	0,2	–	–

in €	2004	2003	2002
<b>Ergebnis je Aktie (Basic)</b>			
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	5,02	2,17	0,58
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	–	0,27	0,06
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>5,02</b>	<b>2,44</b>	<b>0,64</b>
<b>Verwässertes Ergebnis je Aktie</b>			
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	4,53	2,06	0,57
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	–	0,25	0,06
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>4,53</b>	<b>2,31</b>	<b>0,63</b>

## [28] Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zu Grunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

### Organisationsstruktur

Zum Zwecke der bestmöglichen Betreuung unserer Kunden und des optimalen Managements unserer Investitionen ist die Deutsche Bank in drei Konzernbereiche aufgeteilt, die weiter in Unternehmensbereiche untergliedert sind. Zum 31. Dezember 2004 bestanden folgende Konzernbereiche:

Der Konzernbereich **Corporate and Investment Bank (CIB)** umfasst die Corporate Banking & Securities-Aktivitäten (einschließlich Handel und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten, Corporate-Finance-, Global-Banking- und Loan-Exposure-Management-Aktivitäten) sowie die Transaction Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden – von mittelständischen Firmen bis zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen.

Im Konzernbereich **Private Clients and Asset Management (PCAM)** sind die Aktivitäten der Bereiche Asset Management, Private Wealth Management und Private & Business Clients zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb PCAM in zwei globalen Unternehmensbereichen – Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) – gesteuert.

- AWM umfasst zwei Geschäftsbereiche. Der Geschäftsbereich Asset Management (AM) verwaltet das Vermögen institutioneller Kunden, einschließlich Pensionsfonds, und bietet Investmentfonds und andere Anlageformen für Privatkunden an. Der Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) ist global für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig.
- PBC betreut Privatkunden und vermögende Kunden sowie kleinere Firmenkunden. Der Schwerpunkt von PBC liegt auf den drei europäischen Kernmärkten Deutschland, Italien und Spanien.

Der Konzernbereich **Corporate Investments (CI)** steuert die Investitionen des Konzerns in Industriebeteiligungen, Private Equity und andere wesentliche Finanzanlagen.



Neben diesen drei Konzernbereichen umfasst die Organisationsstruktur der Deutschen Bank ein Corporate Center, das die bereichsübergreifende Verwaltung und Führung unterstützt.

#### **Wesentliche Änderungen in den Managementverantwortlichkeiten**

Die Managementverantwortlichkeit für einen Bereich des Einlagengeschäfts, die bisher im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities lag, wurde auf den Unternehmensbereich Global Transaction Banking übertragen. Des Weiteren wurde eine Private-Client-Services-Geschäftseinheit in London von Asset and Wealth Management nach Corporate Banking & Securities übertragen.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Ergebnisse der Vorjahre entsprechend angepasst.

#### **Auswirkungen von Akquisitionen und Desinvestitionen in 2004 und 2003**

Die Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Segmentergebnisse werden nachstehend erläutert:

- Im Dezember 2004 schloss der Konzern die Integration des ehemaligen institutionellen Custodygeschäfts der Dresdner Bank in Deutschland ab. Diese Geschäftsaktivitäten wurden in den Unternehmensbereich Global Transaction Banking integriert.
- Im November 2004 unterzeichnete der Konzern mit Legg Mason eine Vereinbarung über den Verkauf ausgewählter Teile des Privatkundengeschäfts von Scudder, Scudder Private Investment Counsel (PIC). Im Rahmen dieser Vereinbarung übernimmt Legg Mason sämtliche Anlageberatungsverträge und behält die in New York, Philadelphia, Chicago und Cincinnati tätigen Mitarbeiter von Scudder PIC. Die Transaktion wurde am 31. Dezember 2004 abgeschlossen.
- Im November 2004 erwarb der Konzern die verbliebenen Minderheitenanteile an der DWS Holding & Service GmbH.
- Im Oktober 2004 hat der Konzern die Übernahme aller wesentlichen Teile der Vertriebsaktivitäten von der Berkshire Mortgage Finance L.P. abgeschlossen, einer US-amerikanischen Hypothekenbank, die sich auf die Finanzierung von Mehrfamilienhäusern spezialisiert hat. Diese Geschäftsaktivitäten wurden in den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities integriert.
- Im September 2004 verschmolz der Konzern drei australische Treuhandgesellschaften – Deutsche Diversified Trust, Deutsche Office Trust und Deutsche Industrial Trust – auf die neu gegründete DB RREEF Trust. Mit dieser Fusion entstand der viertgrößte börsennotierte Immobilienfonds Australiens. Im Rahmen dieser Transaktion hat der Konzern das Management für seine australischen Treuhandimmobilienfonds sowie sein Immobilienmanagementgeschäft in einer Tochtergesellschaft gebündelt, die in DB RREEF Holdings umfirmierte. Anschließend hat der Konzern eine Beteiligung von 50% an der DB RREEF Holdings verkauft und einen Nettogewinn von 18 Mio € innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management bilanziert.
- Mit Wirkung von Juli 2004 hat der Konzern seine hundertprozentige Tochtergesellschaft DB Payment Projektgesellschaft an die Betriebscenter für Banken Deutschland GmbH & Co. KG (BCB), eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutsche Postbank AG, verkauft. Von diesem Zeitpunkt an hat die BCB für den Konzern Zahlungsverkehrsleistungen bei der Abwicklung des inländischen und von Teilen des ausländischen Zahlungsverkehrs übernommen. Die Aktivitäten der DB Payment Projektgesellschaft wurden vor dem Verkauf im Konzernbereich Private Clients and Asset Management ausgewiesen. Die Verluste aus dem Verkauf wurden in den Unternehmensbereichen Private & Business Clients und Global Transaction Banking ausgewiesen.
- Im Juni 2004 hat der Konzern seine hundertprozentige Tochtergesellschaft european transaction bank ag (etb) entkonsolidiert. Der Konzern ging eine Partnerschaft mit Xchanging Holdings ein, die das operative Management der Wertpapier-, Fonds- und Derivateabwicklung übernimmt. Bisher wurden diese Aktivitäten im Konzernbereich Private Clients and Asset Management ausgewiesen. Die etb wird nun von der Xchanging etb GmbH (vormals Zweite Xchanging GmbH), einer at equity bewerteten Beteiligung im Konzernbereich Corporate and Investment Bank, gehalten.
- Im ersten Quartal 2004 verkaufte der Konzern seine im Konzernbereich Corporate Investments gehaltene Beteiligung an maxblue Americas Holding an Banco do Brazil.
- Im Januar 2004 erwarb der Konzern eine 40%ige Beteiligung an der United Financial Group (UFG). Die Deutsche Bank und die in Moskau ansässige UFG kooperieren im Bereich Research, im Ver-

kauf von und Handel mit russischen Aktien und im russischen Unternehmensfinanzierungsgeschäft. Dieses Geschäftsfeld wurde in den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities aufgenommen.

- Im Juli 2003 verkaufte der Konzern seine im Konzernbereich Corporate Investments gehaltenen Beteiligungen an der Tele Columbus GmbH und an der Tele Columbus Ost GmbH (ehemalige SMATcom GmbH).
- Im März 2003 schloss der Konzern die Akquisition der Schweizer Privatbank Rued, Blass & Cie AG Bankgeschäft ab. Der Großteil dieser Geschäftsaktivitäten wurde in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management aufgenommen.
- Im Februar 2003 schloss der Konzern den Verkauf von 80% des dem Konzernbereich Corporate Investments zugehörigen Late-stage-Private-Equity-Portfolios ab.
- Im Januar 2003 schloss der Konzern den Verkauf des größten Teils seines Passive-Asset-Management-Geschäfts an die Northern Trust Corporation ab.
- Ebenfalls im Januar 2003 verkaufte der Konzern wesentliche Teile des Global-Securities-Services-Geschäfts an die State Street Corporation. Der Abschluss des Verkaufs des italienischen und österreichischen Teils dieses Geschäfts erfolgte im dritten Quartal 2003 in einer separaten, aber zugehörigen Transaktion. Zu den von dem Verkauf betroffenen Sparten zählten Global Custody, Global Funds Services (einschließlich Depotbankleistungen) und Agency Securities Lending, die zuvor zum Unternehmensbereich Global Transaction Banking gehörten. Des Weiteren gehörten dazu die Sparten Domestic Custody und Securities Clearing in den USA und Großbritannien.
- Im Januar 2003 brachte der Konzern das deutsche Finanzierungsgeschäft im Bereich Gewerbeimmobilien in die EUROHYPO AG ein. Damit stieg der an der EUROHYPO AG gehaltene Anteil des Konzerns auf 37,7%. Die EUROHYPO AG ist aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Hypothekenbanktochter des Konzerns „EUROHYPO AG Europäische Hypothekenbank der Deutschen Bank“ mit den Hypothekenbanktöchtern der Dresdner Bank AG und der Commerzbank AG hervorgegangen. Die EUROHYPO AG wurde nach der Fusion in den Konzernbereich Corporate Investments aufgenommen. Der Konzern hat diese Beteiligung nach der Equitymethode bilanziert.

#### Änderungen im Format der Segmentberichterstattung

Der Konzern hat die Untergliederung der Ertragspositionen nach Produkten für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank modifiziert, um der aktuellen branchenüblichen Praxis Rechnung zu tragen. Die Erträge aus der Syndizierung von Krediten, die ursprünglich in der Kategorie Kreditgeschäft ausgewiesen wurden, wurden zum Emissionsgeschäft (Debt) umklassifiziert.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Ergebnisse der Vorjahre entsprechend angepasst.

#### Definition der in der Segmentberichterstattung verwendeten Finanzaufgaben

Für die Berichterstattung über die Segmentergebnisse werden die nachstehend definierten Begriffe verwendet:

- **Operative Kostenbasis:** Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft), Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter, Restrukturierungsaufwand und nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill und immaterielle Vermögensgegenstände.
- **Bereinigtes Ergebnis vor Steuern:** Ergebnis vor Steuern abzüglich Restrukturierungsaufwendungen, nicht temporärer Wertminderung auf Goodwill und immaterielle Vermögensgegenstände und spezifischer Positionen, auf die in der Tabelle des betreffenden Segments Bezug genommen wird.
- **Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %:** Prozentualer Anteil der operativen Kostenbasis an den Erträgen ohne die, von dem bereinigten Ergebnis vor Steuern ausgenommenen spezifischen Positionen (sofern für die Position „Erträge“ relevant) und bereinigt um Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. **Aufwand-Ertrag-Relation in %:** Der prozentuale Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft an den Erträgen insgesamt wird ebenfalls ausgewiesen.

- **Durchschnittliches Active Equity:** Anteil am bereinigten durchschnittlichen Eigenkapital des Konzerns, der einem Segment nach unserer Kapitalallokationsmethodik zugeordnet wird. Diese Methodik berücksichtigt bei der Allokation des bereinigten durchschnittlichen Eigenkapitals in erster Linie die dem jeweiligen Segment zugehörigen Goodwillpositionen/anderen immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer sowie die ökonomischen Risikopositionen der Segmente. Bei Festlegung des insgesamt zu verteilenden durchschnittlichen Active Equity wird das durchschnittliche Eigenkapital um die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus Wertpapieren „Available for Sale“, nach darauf entfallenden Steuern, sowie die durchschnittlichen Dividendenerträge bereinigt.
- **Bereinigte Eigenkapitalrendite in %, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity:** Prozentualer Anteil des bereinigten Ergebnisses vor Steuern am durchschnittlichen Active Equity. **RoE in %**, definiert als prozentualer Anteil des Ergebnisses vor Steuern am durchschnittlichen Active Equity, wird ebenfalls ausgewiesen. Beim Vergleich dieser auf Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen ist der unterschiedliche Kalkulationsansatz für die jeweiligen Relationszahlen zu berücksichtigen.

Diese Messgrößen werden im Rahmen unseres internen Managementberichtssystems verwendet, weil die Deutsche Bank der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Bereiche transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten unseres Konzerns. Des Weiteren dient sie dem besseren Verständnis der Ergebnisse. Nachstehend werden die einzelnen Positionen, um welche die Ergebnisse bereinigt werden, erläutert:

- **Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern:** Diese Gewinne beziehungsweise Verluste werden in der Berechnung unserer bereinigten Erträge und unseres bereinigten Ergebnisses vor Steuern nicht berücksichtigt, um die Ergebnisse unserer Kerngeschäftsaktivitäten isoliert darstellen zu können.
- **Nettoergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“/Industriebeteiligungen inklusive Hedgingaktivitäten:** Der überwiegende Teil dieser von CI verantworteten eigenen Finanzbeteiligungen und des Beteiligungsbestands an börsennotierten Unternehmen, der seit über 20 Jahren vom Konzern gehalten wird. Da diese Beteiligungen grundsätzlich reduziert werden sollen und nicht im Zusammenhang mit unseren kundenorientierten Geschäften stehen, werden alle Erträge (positiv und negativ) aus diesen Beteiligungen nicht in unserem bereinigten Ergebnis berücksichtigt. Dividenderträge und ihnen entgegenstehende Finanzierungskosten werden nicht bereinigt.
- **Wesentliche Equity Pick-ups/Nettogewinne/-verluste aus Beteiligungen:** Diese Position enthält wesentliche Gewinne und Verluste aus in CI gehaltenen Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen und Nettogewinne/-verluste aus Beteiligungen (per saldo). Sie werden bei der Berechnung der bereinigten Erträge und des bereinigten Ergebnisses vor Steuern nicht berücksichtigt, da sie nicht im Zusammenhang mit den kundenorientierten Geschäften des Konzerns stehen.
- **Nettogewinne/-verluste aus der Veräußerung von Gebäuden:** Diese Position enthält Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von bankbetrieblich genutzten Gebäuden. Die Nettoverluste in 2003 standen im Zusammenhang mit der Trennung von Randaktivitäten im Rahmen der Transformationsstrategie des Konzerns.
- **Aufwendungen im Versicherungsgeschäft:** Zu internen Steuerungszwecken werden Aufwendungen im Versicherungsgeschäft von den zinsunabhängigen Aufwendungen zu den zinsunabhängigen Erträgen reklassifiziert. Damit weisen wir sie gemeinsam mit den mit ihnen im Zusammenhang stehenden Erträgen im Versicherungsgeschäft aus. Diese Reklassifizierung hat keine Auswirkung auf die Berechnung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern. Seit der Veräußerung eines Großteils des Versicherungsgeschäfts des Konzerns Anfang 2002 ist der reklassifizierte Betrag nicht mehr wesentlich.
- **Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft:** Diese Position wird von den zinsunabhängigen Aufwendungen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft reklassifiziert, um Effekte aus bilanziellen und außerbilanziellen Kreditrisiken zusammengefasst ausweisen zu können. Diese Reklassifizierung hat keine Auswirkung auf die Berechnung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern.

- **Modifizierung der Berechnung der sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken:** Im dritten Quartal 2002 wies der Konzern einen Aufwand von 200 Mio € aus, der aus der Modifizierung der Berechnung sonstiger Wertberichtigungen für inhärente Risiken resultierte. Hierdurch wird bei der Bemessung der Risikovorsorge dem aktuellen Kreditumfeld stärker Rechnung getragen als historischen Erfahrungswerten. Diesen Sondereffekt schließen wir bei der Berechnung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern aus.
- **Restrukturierungsaufwand und nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill und immaterielle Vermögensgegenstände** werden von der Berechnung der operativen Kostenbasis und auch des bereinigten Ergebnisses vor Steuern ausgeschlossen, da diese Aufwandsgrößen nicht aus dem operativen Geschäft resultieren und nicht als Trendindikatoren gelten.
- **Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter:** Die Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter stellen die Nettogröße der Minderheitsgesellschaftern zustehenden Anteile an Erträgen, Wertberichtigungen aus dem Kreditgeschäft, zinsunabhängigen Aufwendungen und am Ertragsteueraufwand dar. Diese Nettogröße wird in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgewiesen. Die Position stellt keinen operativen Aufwand, sondern einen Anteil konzernfremder Gesellschafter am Jahresüberschuss dar. Aus diesem Grund wird diese Position aus der Berechnung unserer operativen Kostenbasis ausgeschlossen. Bei der Berechnung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern werden die Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter als separate Position mit einbezogen.
- **Bereinigungen für die Berechnung des durchschnittlichen Active Equity:** Die Positionen, welche zur Berechnung des durchschnittlichen Active Equity vom durchschnittlichen Eigenkapital des Konzerns ausgeschlossen werden, resultieren primär aus dem Beteiligungsbestand an börsennotierten Unternehmen, den der Konzern seit mehr als 20 Jahren hält und den er grundsätzlich weiter abbauen will. Gewinne und Verluste aus diesen Wertpapieren werden erst bei deren Verkauf realisiert. Entsprechend lässt der Konzern bei der Bereinigung des durchschnittlichen Eigenkapitals zur Ermittlung des durchschnittlichen Active Equity die unrealisierten Positionen inklusive verbundener Steuereffekte unberücksichtigt. Gleiches gilt für die jährliche Dividendenzahlung, die erst nach Zustimmung der Hauptversammlung erfolgt.

#### Methodische Grundlagen der Managementberichtssysteme des Konzerns

Die Segmentergebnisse werden auf Basis der internen Managementberichtssysteme des Konzerns ermittelt und reflektieren somit die Sicht des Managements auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Sie werden nicht zwingend im Einklang mit den dem Konzernabschluss zu Grunde liegenden US GAAP-Bilanzierungsmethoden erstellt. Da die internen Managementberichtssysteme des Konzerns von denen anderer Finanzinstitute abweichen können, sollte dies bei Vergleichen mit anderen Instituten berücksichtigt werden. Da wir in unseren operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert haben, unterliegt die Zuordnung unserer Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen.

Die Managementberichtssysteme folgen der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Unternehmensbereiche mit rechtlich eigenständigen Einheiten mit eigenem Kapital zu ermöglichen, wird daher der Zinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns, der auf Grund der den Bereichsergebnissen zu Grunde liegenden Fremdfinanzierungshypothese entsteht, zugerechnet. Diese Allokation erfolgt in Höhe des dem jeweiligen Geschäftsbereich anteilig zugeordneten durchschnittlichen Active Equity und ist im Zinsüberschuss der Geschäftsbereiche berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2004 hat der Konzern seine Methodik zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals weiterentwickelt. Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente, die auf Basis von deren Ökonomischen Kapital sowie deren Goodwillpositionen und anderer nicht abzuschreibender immaterieller Vermögenswerte erfolgt, reflektiert jetzt auch den zwischen den einzelnen Kredit- und Marktrisikokategorien bestehenden Diversifikationsnutzen. Infolgedessen gingen das Ökonomische Kapital und das auf die Segmente allokierte durchschnittliche Active Equity zurück. Dies führte zu

einem korrespondierenden Anstieg des durchschnittlichen Active Equity in „Consolidation & Adjustments“. Für das dieser Methodik angepasste gesamte Jahr 2003 werden nunmehr 1,1 Mrd € durchschnittliches Active Equity in „Consolidation & Adjustments“ ausgewiesen.

Ergebnisse aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden nach beiderseitiger Vereinbarung zugeordnet. Interne Serviceanbieter (einschließlich des Corporate Center), die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien werden in der Regel vertraglich vereinbart und auf der Basis „Menge x Preis“ (bei zählbaren Leistungen), „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ (für rechnerisch nicht erfassbare Leistungen) festgelegt.

## Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002.

2004	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (außer Prozentsätzen)								
<b>Erträge<sup>1</sup></b>	<b>11.437</b>	<b>1.893</b>	<b>13.331</b>	<b>3.491</b>	<b>4.539</b>	<b>8.030</b>	<b>621</b>	<b>21.981</b>
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	80	9	89	- 6	270	264	19	372
Zuführungen zu/Auflösungen (-) von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 66	1	- 65	-	- 1	- 1	-	- 65
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>14</b>	<b>11</b>	<b>24</b>	<b>- 6</b>	<b>269</b>	<b>263</b>	<b>19</b>	<b>307</b>
Operative Kostenbasis <sup>2</sup>	8.670	1.574	10.245	2.925	3.287	6.212	414	16.871
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	50	-	50	-	50
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	5	-	5	1	-	1	- 1	4
Restrukturierungsaufwand	272	28	299	88	10	98	3	400
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	19	-	19	-	19
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>4</sup></b>	<b>8.947</b>	<b>1.602</b>	<b>10.549</b>	<b>3.083</b>	<b>3.297</b>	<b>6.380</b>	<b>416</b>	<b>17.344</b>
<b>Ergebnis vor Steuern<sup>5</sup></b>	<b>2.477</b>	<b>280</b>	<b>2.757</b>	<b>415</b>	<b>973</b>	<b>1.387</b>	<b>185</b>	<b>4.330</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>								
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	-	- 31	- 31	- 32	24	- 8	- 38	- 76
Wesentliche Equity Pick-ups/Nettogewinne (-) aus Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	- 148	- 148
Nettoergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“/Industriebeteiligungen inklusive Hedgingaktivitäten	-	-	-	-	-	-	- 176	- 176
Nettogewinne (-) aus der Veräußerung von Gebäuden	-	-	-	-	-	-	- 20	- 20
Restrukturierungsaufwand	272	28	299	88	10	98	3	400
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	19	-	19	-	19
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.749</b>	<b>277</b>	<b>3.026</b>	<b>490</b>	<b>1.007</b>	<b>1.497</b>	<b>- 194</b>	<b>4.328</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	78	85	79	88	73	79	67	79
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	76	85	77	86	72	78	174	78
Aktiva <sup>3,6</sup>	720.546	16.639	729.872	34.945	78.930	113.818	16.442	832.933
Investitionen in langlebige Aktiva	316	129	445	19	78	97	2	544
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	128.027	11.097	139.124	11.424	54.253	65.677	10.242	215.044
Durchschnittliches Active Equity <sup>7</sup>	11.481	1.386	12.867	5.038	1.681	6.718	3.933	23.519
Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	22	20	21	8	58	21	5	18
Bereinigte Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	24	20	24	10	60	22	- 5	18

<sup>1</sup> Einschließlich:

Zinsüberschuss	1.790	628	2.417	214	2.414	2.629	105	5.151
Erträge mit externen Kunden	11.433	1.980	13.414	3.736	4.205	7.941	527	21.881
Intersegmenterträge	4	- 87	- 83	- 245	334	89	94	100
Gewinn/Verlust (-) aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	156	1	157	65	3	68	160	386

<sup>2</sup> Einschließlich:

Abschreibungen	289	76	365	92	154	246	30	640
Abfindungszahlungen	154	16	170	51	50	101	1	272

<sup>3</sup> Einschließlich:

Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	1.546	38	1.584	434	33	466	3.298	5.348
---	-------	----	-------	-----	----	-----	-------	-------

<sup>4</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

<sup>5</sup> Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

<sup>6</sup> Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Management Reporting insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

<sup>7</sup> Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

2003	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (außer Prozentsätzen)								
<b>Erträge<sup>1</sup></b>	<b>11.697</b>	<b>2.497</b>	<b>14.193</b>	<b>3.830</b>	<b>4.388</b>	<b>8.217</b>	<b>- 921</b>	<b>21.490</b>
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	750	2	752	2	322	325	36	1.113
Zuführungen zu/Auflösungen (-) von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	8	- 53	- 45	- 3	- 1	- 3	- 2	- 50
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>759</b>	<b>- 51</b>	<b>707</b>	<b>- 1</b>	<b>322</b>	<b>321</b>	<b>35</b>	<b>1.063</b>
Operative Kostenbasis <sup>2</sup>	8.220	1.743	9.963	3.094	3.605	6.699	681	17.343
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	21	-	21	-	21
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	13	-	13	13	2	15	- 31	- 3
Restrukturierungsaufwand	- 23	- 6	- 29	-	- 1	- 1	-	- 29
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-	-	-	-	-	114	114
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>4</sup></b>	<b>8.211</b>	<b>1.737</b>	<b>9.947</b>	<b>3.128</b>	<b>3.607</b>	<b>6.735</b>	<b>763</b>	<b>17.445</b>
<b>Ergebnis vor Steuern<sup>5</sup></b>	<b>2.727</b>	<b>811</b>	<b>3.539</b>	<b>702</b>	<b>459</b>	<b>1.162</b>	<b>- 1.719</b>	<b>2.982</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>								
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	-	- 583	- 583	- 55	4	- 51	141	- 494
Wesentliche Equity Pick-ups/Nettoverluste aus Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	938	938
Nettoergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“/Industriebeteiligungen inklusive Hedgingaktivitäten	-	-	-	-	-	-	184	184
Nettoverluste aus der Veräußerung von Gebäuden	-	-	-	-	-	-	107	107
Restrukturierungsaufwand	- 23	- 6	- 29	-	- 1	- 1	-	- 29
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-	-	-	-	-	114	114
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>2.704</b>	<b>222</b>	<b>2.926</b>	<b>647</b>	<b>462</b>	<b>1.109</b>	<b>- 236</b>	<b>3.800</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	70	70	70	82	82	82	N/A	81
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	70	91	73	82	82	82	152	78
Aktiva <sup>3, 6</sup>	693.414	16.709	681.722	48.138	78.477	124.606	18.987	795.818
Investitionen in langlebige Aktiva	391	99	490	38	42	80	141	711
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	127.449	10.166	137.615	12.170	51.244	63.414	13.019	214.048
Durchschnittliches Active Equity <sup>7</sup>	12.776	1.416	14.192	5.694	1.531	7.225	4.900	26.317
Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	21	57	25	12	30	16	- 35	11
Bereinigte Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	21	16	21	11	30	15	- 5	14

N/A – Nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Einschließlich:

Zinsüberschuss	2.495	663	3.158	278	2.379	2.656	138	5.952
Erträge mit externen Kunden	11.587	2.629	14.216	4.041	4.094	8.135	- 967	21.384
Intersegmenterträge	110	- 133	- 23	- 212	294	82	47	106
Gewinn/Verlust (-) aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	163	- 1	163	166	-	166	- 757	- 428

<sup>2</sup> Einschließlich:

Abschreibungen	344	90	434	99	171	270	65	769
Abfindungszahlungen	194	66	260	78	317	395	20	675

<sup>3</sup> Einschließlich:

Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	1.889	37	1.927	380	30	410	3.511	5.848
---	-------	----	-------	-----	----	-----	-------	-------

<sup>4</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).<sup>5</sup> Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.<sup>6</sup> Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Management Reporting insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.<sup>7</sup> Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

2002	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (außer Prozentsätzen)								
<b>Erträge<sup>1</sup></b>	<b>11.154</b>	<b>2.643</b>	<b>13.797</b>	<b>3.724</b>	<b>5.775</b>	<b>9.499</b>	<b>2.998</b>	<b>26.295</b>
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.706	6	1.712	23	201	224	155	2.091
Zuführungen zu/Auflösungen von (-) Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	83	- 52	31	-	- 1	- 1	- 11	18
<b>Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt</b>	<b>1.788</b>	<b>- 46</b>	<b>1.742</b>	<b>23</b>	<b>200</b>	<b>223</b>	<b>144</b>	<b>2.110</b>
Operative Kostenbasis <sup>2</sup>	8.701	2.207	10.908	3.245	3.880	7.125	1.228	19.261
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	35	650	685	-	685
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	8	-	8	25	7	32	3	43
Restrukturierungsaufwand	316	26	341	-	240	240	1	583
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-	-	-	-	-	62	62
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt<sup>4</sup></b>	<b>9.025</b>	<b>2.223</b>	<b>11.258</b>	<b>3.304</b>	<b>4.778</b>	<b>8.082</b>	<b>1.293</b>	<b>20.633</b>
<b>Ergebnis vor Steuern<sup>5</sup></b>	<b>341</b>	<b>456</b>	<b>797</b>	<b>397</b>	<b>797</b>	<b>1.195</b>	<b>1.561</b>	<b>3.552</b>
<b>Zuzüglich/abzüglich (-):</b>								
Nettoergebnis aus der Veräußerung von und zum Verkauf bestimmten Geschäftsfeldern	-	-	-	- 8	- 503	- 511	- 18	- 529
Wesentliche Equity Pick-ups/Nettogewinne (-)/-verluste aus Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	1.197	1.197
Nettoergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“/Industriebeteiligungen inklusive Hedgingaktivitäten	-	-	-	-	-	-	- 3.659	- 3.659
Modifizierung der Berechnung der sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken	200	-	200	-	-	-	-	200
Restrukturierungsaufwand	316	26	341	-	240	240	1	583
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-	-	-	-	-	62	62
<b>Bereinigtes Ergebnis vor Steuern</b>	<b>856</b>	<b>482</b>	<b>1.338</b>	<b>389</b>	<b>535</b>	<b>924</b>	<b>- 857</b>	<b>1.405</b>
Aufwand-Ertrag-Relation in %	81	84	82	89	83	85	43	78
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation in %	78	84	79	88	84	86	N/A	85
Aktiva <sup>3, 6</sup>	629.975	25.098	642.127	37.642	74.039	109.394	26.536	750.238
Investitionen in langlebige Aktiva	339	103	442	258	27	285	332	1.059
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	142.211	12.949	155.160	11.803	47.690	59.493	19.219	233.872
Durchschnittliches Active Equity <sup>7</sup>	15.342	2.169	17.511	5.667	1.599	7.266	6.466	31.243
Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	2	21	5	7	50	16	24	11
Bereinigte Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) in %	6	22	8	7	33	13	- 13	4

N/A – Nicht aussagefähig

<sup>1</sup> Einschließlich:								
Zinsüberschuss	3.513	900	4.413	70	2.656	2.726	42	7.181
Erträge mit externen Kunden	11.110	2.767	13.877	3.857	5.540	9.397	2.907	26.181
Intersegmenterträge	43	- 124	- 80	- 133	236	103	91	114
Gewinn/Verlust (-) aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	- 32	1	- 31	141	20	162	- 1.034	- 903

<sup>2</sup> Einschließlich:								
Abschreibungen	431	128	559	101	283	385	132	1.076
Abfindungszahlungen	243	18	261	86	50	136	19	416

<sup>3</sup> Einschließlich:								
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	571	38	609	1.154	19	1.173	3.944	5.725

<sup>4</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (ausgewiesen unter Risikovorsorge im Kreditgeschäft).<sup>5</sup> Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.<sup>6</sup> Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Management Reporting insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.<sup>7</sup> Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.



Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank sowie des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002:

in Mio €	Corporate and Investment Bank		
	2004	2003	2002
Sales & Trading (Equity)	2.486	3.118	2.506
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.299	6.077	5.582
<b>Sales &amp; Trading insgesamt</b>	<b>8.785</b>	<b>9.194</b>	<b>8.088</b>
Emissionsgeschäft (Equity)	499	485	354
Emissionsgeschäft (Debt)	916	806	683
<b>Emissionsgeschäft insgesamt</b>	<b>1.414</b>	<b>1.291</b>	<b>1.037</b>
Beratung	488	465	546
Kreditgeschäft	1.142	1.193	1.804
Transaction Services	1.862	1.914	2.643
Sonstiges	- 361	136	- 322
<b>Insgesamt</b>	<b>13.331</b>	<b>14.193</b>	<b>13.797</b>

in Mio €	Private Clients and Asset Management		
	2004	2003	2002
Portfolio-/Fund Management	2.526	2.615	2.733
Brokeragegeschäft	1.659	1.591	1.512
Kredit-/Einlagengeschäft	2.358	2.330	2.425
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	915	823	843
Sonstiges	571	858	1.986
<b>Insgesamt</b>	<b>8.030</b>	<b>8.217</b>	<b>9.499</b>

### Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach US GAAP

In der nachstehenden Tabelle und Diskussion wird die Überleitung der Bereichsergebnisse und -aktiva auf Basis der Managementberichtssysteme auf den nach US GAAP erstellten Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2004, 2003 und 2002 dargestellt:

in Mio €	2004			2003			2002		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Consolidated insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Consolidated insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Consolidated insgesamt
Erträge <sup>1</sup>	21.981	- 63	21.918	21.490	- 223	21.268	26.295	253	26.547
Zuführungen zu/Auflösungen von Wertberichtigungen für Kreditausfälle	372	-	372	1.113	-	1.113	2.091	- 1	2.091
Zuführungen zu/Auflösungen von (-) Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 65	-	- 65	- 50	-	- 50	18	- 1	17
Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt	307			1.063			2.110		
Zinsunabhängige Aufwendungen <sup>2</sup>	17.344	238	17.582	17.445	3	17.449	20.633	257	20.890
<b>Ergebnis vor Steuern<sup>3</sup></b>	<b>4.330</b>	<b>- 301</b>	<b>4.029</b>	<b>2.982</b>	<b>- 225</b>	<b>2.756</b>	<b>3.552</b>	<b>- 3</b>	<b>3.549</b>
Aktiva	832.933	7.135	840.068	795.818	7.796	803.614	750.238	8.117	758.355
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	215.044	1.743	216.787	214.048	1.625	215.672	233.872	3.606	237.479
Durchschnittliches Active Equity	23.519	1.259	24.778	26.317	1.057	27.374	31.243	2	31.246

<sup>1</sup> Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

<sup>2</sup> Vor Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

<sup>3</sup> Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

In „Consolidation & Adjustments“ werden zum einen Unterschiede zwischen den für die Managementberichtssysteme angewandten Methoden und den Standards gemäß US GAAP übergeleitet. Zum anderen beinhaltet die Position auch Ergebnisse und Bestände aus Aktivitäten, die außerhalb der Verantwortung der Segmente liegen.

Der *Verlust vor Steuern* betrug im Jahr 2004 301 Mio €, nach 225 Mio € in 2003 und 3 Mio € in 2002.

Die *Erträge* beinhalteten folgende Sachverhalte:

- Überleitungen zu Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach US GAAP abgegrenzt wurden, beliefen sich in 2004 auf etwa minus 150 Mio € gegenüber etwa minus 200 Mio € im Jahr 2003 und etwa 100 Mio € in 2002.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns werden im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse für den US GAAP-Konzernabschluss führte zu positiven Überleitungspositionen von etwa 45 Mio € in 2004 und jeweils etwa 200 Mio € in 2003 und 2002.
- Negative Überleitungspositionen im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen beliefen sich im Jahr 2004 auf minus 101 Mio € gegenüber minus 106 Mio € in 2003 und minus 115 Mio € in 2002.
- Beiträge im Versicherungsgeschäft in Höhe von 91 Mio € in 2004 und jeweils 79 Mio € in 2003 und 2002 bezogen sich im Wesentlichen auf eine Rückversicherungstochter des Konzerns, die nicht von einem einzelnen Segment gesteuert wird.
- Die in 2004 erzielten Zinserträge enthalten 131 Mio € aus Steuererstattungen, die aus geänderten Steuerveranlagungen früherer Jahre resultieren.
- Mark-to-market-Verluste aus Absicherungsgeschäften auf aktienbasierte Vergütungen betragen im Jahr 2002 etwa minus 100 Mio €.
- Die übrigen Erträge in den einzelnen Jahren stammen aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen, beispielsweise Refinanzierungsaufwendungen (netto) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva und Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter Auslandstöchter.

*Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft* enthielten in den einzelnen Berichtsjahren keine wesentlichen Sachverhalte.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* umfassten die folgenden Sachverhalte:

- Positive Überleitungspositionen im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mietaufwendungen beliefen sich im Jahr 2004 auf 101 Mio € gegenüber 106 Mio € in 2003 und 115 Mio € in 2002.
- Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in Höhe von 210 Mio € in 2004 (2003: 89 Mio €, 2002: 75 Mio €) bezogen sich im Wesentlichen auf eine Rückversicherungstochter des Konzerns, die nicht von einem einzelnen Segment gesteuert wird. Der Anstieg in 2004 resultierte aus neu zu bildenden Vorsorgen einschließlich der Zuführungen im Zusammenhang mit dem Vergleich der WorldCom-Klage. Diese Neubildungen wurden durch Auflösungen für bestimmte andere selbst versicherte Risiken zum Teil ausgeglichen.
- Positive Überleitungspositionen für bestimmte aktienbasierte Vergütungen in Höhe von etwa 100 Mio € wurden 2002 nicht den Segmenten zugewiesen.
- Die übrigen zinsunabhängigen Aufwendungen in den einzelnen Jahren waren auf andere Sachverhalte zurückzuführen, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente lagen. Das Jahr 2002 enthielt Aufwendungen für bestimmte Rechtsstreitigkeiten in Höhe von etwa 170 Mio €.

*Aktiva und Risikopositionen* enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Clearingkonten.

Das *durchschnittliche Active Equity* unter „Consolidation and Adjustments“ reflektiert die weitere Verfeinerung der Methodik zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals, wie sie in dieser Note unter dem Abschnitt „Methodische Grundlagen der Managementberichtssysteme des Konzerns“ beschrieben wird.

### Erträge insgesamt (abzüglich Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Regionen

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge insgesamt (abzüglich Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Regionen aufgeführt:

in Mio €	2004	2003 <sup>1</sup>	2002 <sup>1</sup>
Deutschland			
CIB	2.319	2.539	2.770
PCAM	4.393	4.318	5.451
<b>Deutschland insgesamt</b>	<b>6.712</b>	<b>6.857</b>	<b>8.221</b>
Europa (ohne Deutschland)			
CIB	4.522	5.032	4.066
PCAM	2.173	2.176	2.295
<b>Europa (ohne Deutschland) insgesamt<sup>2</sup></b>	<b>6.695</b>	<b>7.209</b>	<b>6.361</b>
Nordamerika (insbesondere USA)			
CIB	4.390	4.603	4.899
PCAM	1.201	1.473	1.460
<b>Nordamerika insgesamt</b>	<b>5.591</b>	<b>6.076</b>	<b>6.359</b>
Südamerika			
CIB	72	128	146
PCAM	–	1	16
<b>Südamerika insgesamt</b>	<b>73</b>	<b>130</b>	<b>162</b>
Asien/Pazifik			
CIB	2.027	1.891	1.916
PCAM	262	248	277
<b>Asien/Pazifik insgesamt</b>	<b>2.289</b>	<b>2.140</b>	<b>2.194</b>
Corporate Investments	621	– 921	2.998
Consolidation & Adjustments	– 63	– 223	253
<b>Konsolidierte Nettoerträge insgesamt<sup>3</sup></b>	<b>21.918</b>	<b>21.268</b>	<b>26.547</b>

<sup>1</sup> Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Erträge dem Geschäftsjahr 2004 entsprechend angepasst.

<sup>2</sup> Großbritannien trug in den Geschäftsjahren 2004, 2003 und 2002 mehr als 50% zu diesen Erträgen bei. Europa (ohne Deutschland) enthält die Geschäftsaktivitäten des Konzerns in Afrika.

<sup>3</sup> Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten unserer Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem unsere Mitarbeiter, unsere Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

## [29] Restrukturierungsaufwand

Restrukturierungspläne werden im Zusammenhang mit Akquisitionen und Umstrukturierungen von Unternehmensbereichen aufgestellt. Die Personalmaßnahmen umfassen im Wesentlichen Zahlungen im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Zu diesen Kosten zählen unter anderem Verpflichtungen aus Abfindungsvereinbarungen, Kündigung von Mitarbeitern und Vorruhestandsregelungen. Die sonstigen Kosten beinhalten insbesondere Aufwendungen für Kündigungen von Mietverträgen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Rückstellungen in den Jahren 2004, 2003 und 2002 für Restrukturierungsprogramme im Konzern:

in Mio €	Plan 2004				Pläne 2002				Ins- gesamt
	Business Realignment Program		Konzern- restrukturierung		Scudder- Restrukturierung		CIB-Restrukturierung		
	Personal- maß- nahmen	Infrastruk- turmaß- nahmen	Personal- maß- nahmen	Infrastruk- turmaß- nahmen	Personal- maß- nahmen	Infrastruk- turmaß- nahmen	Personal- maß- nahmen	Infrastruk- turmaß- nahmen	
<b>Stand zum 31.12.2001</b>	–	–	–	–	–	–	–	–	<b>272<sup>1</sup></b>
Zuführung	–	–	235	105	83	3	215	50	691 <sup>2</sup>
Zweckbestimmte Verwendung	–	–	203	92	57	–	77	27	683 <sup>1</sup>
Auflösung	–	–	–	–	–	–	–	–	22 <sup>1</sup>
Wechselkursänderungen	–	–	–2	–1	–12	–	–10	–4	–52 <sup>1</sup>
<b>Stand zum 31.12.2002</b>	–	–	<b>30</b>	<b>12</b>	<b>14</b>	<b>3</b>	<b>128</b>	<b>19</b>	<b>206</b>
Zweckbestimmte Verwendung	–	–	30	11	9	3	99	9	161
Auflösung	–	–	–	–	4	–	21	8	33 <sup>3</sup>
Wechselkursänderungen	–	–	–	–1	–1	–	–8	–2	–12
<b>Stand zum 31.12.2003</b>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zuführung	400	–	–	–	–	–	–	–	400
Zweckbestimmte Verwendung	170	–	–	–	–	–	–	–	170
Wechselkursänderungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Stand zum 31.12.2004</b>	<b>230</b>	–	–	–	–	–	–	–	<b>230</b>

<sup>1</sup> Der Gesamtbetrag beinhaltet Aktivitäten für den Konzernrestrukturierungsplan 2001, der im Jahr 2002 abgeschlossen wurde. Der Stand zum 31. Dezember 2001, die zweckbestimmte Verwendung, die Auflösung und die Wechselkursänderungen betragen 272 Mio €, 227 Mio €, 22 Mio € beziehungsweise minus 23 Mio €.

<sup>2</sup> 86 Mio € Scudder-Restrukturierung war goodwillwirksam; 583 Mio € Nettoaufwand nach Auflösung von Rückstellungen.

<sup>3</sup> Auflösung von Rückstellungen im Rahmen der Scudder-Restrukturierung in Höhe von 4 Mio € wurde in der Position Goodwill ausgewiesen. 29 Mio € im Zusammenhang mit der CIB-Restrukturierung wurden erfolgswirksam aufgelöst.

### Plan 2004

#### Business Realignment Program („BRP“)

Das BRP umfasst eine Reihe von Initiativen zum Ertragswachstum und zur Kostensenkung. Es wird erwartet, dass dieses Programm, zusammen mit zusätzlichen Effizienzmaßnahmen im vierten Quartal 2004, zu einer Verminderung der Anzahl der Mitarbeiter (gerechnet auf der Basis von Vollzeitkräften) von rund 6.400 führt. Wir gehen davon aus, dass ein signifikanter Anteil dieser Verminderung in den Bereichen CIB und PCAM umgesetzt wird, wo wir Einheiten zur Kunden- und Produktbetreuung zusammenführen. Der größte Anteil des Stellenabbaus wird sich jedoch in den Infrastrukturbereichen ergeben. Durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen an Standorte mit günstigerer Kostenstruktur werden 1.200 Arbeitsplätze geschaffen. Dadurch wird die Anzahl der Mitarbeiter insgesamt um etwa 5.200 Stellen verringert.

Im vierten Quartal wies der Konzern Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 400 Mio € vor Steuern in Verbindung mit dem BRP aus. Davon entfielen 288 Mio € auf Abfindungszahlungen und 112 Mio € auf aktienbasierte Vergütungen. Die Aufwendungen waren den Konzernbereichen wie folgt zuzuordnen: CIB 299 Mio €, PCAM 98 Mio € und CI 3 Mio €. Von den zu Grunde liegenden Restrukturierungsmaßnahmen sind rund 1.200 Mitarbeiter betroffen. Zum 31. Dezember 2004 wurden von den 400 Mio € Restrukturierungsrückstellungen 170 Mio € zweckbestimmt verwendet. Alle im Rahmen des

BRP vorgesehenen Maßnahmen, die im Jahr 2004 erfasst wurden, werden voraussichtlich bis Ende des ersten Quartals 2005 abgeschlossen sein. Der Konzern erwartet, dass im Zusammenhang mit dem Programm zusätzliche Aufwendungen von etwa 750 Mio € im Jahr 2005 anfallen werden.

## **Pläne 2002**

### **Konzernrestrukturierung**

Der Konzern wies im ersten Quartal 2002 einen Aufwand vor Steuern in Höhe von 340 Mio € für ein Restrukturierungsprogramm aus, das die Konzernbereiche PCAM (246 Mio €), CIB (93 Mio €) und CI (1 Mio €) einschloss. Die Restrukturierungspläne betrafen rund 2.100 Mitarbeiter und umfassten eine breite Palette an Maßnahmen insbesondere zur Straffung unseres Filialnetzes in Deutschland sowie unserer Infrastruktur. Das Programm wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2003 abgeschlossen.

### **Scudder-Restrukturierung**

Im Geschäftsjahr 2002 bildete der Konzern eine Restrukturierungsrückstellung in Höhe von 86 Mio € für Restrukturierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. Per Akquisitionsdatum wurden davon goodwillwirksam etwa 83 Mio € für Abfindungen und sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie 3 Mio € für sonstige Kosten, vor allem für Infrastrukturmaßnahmen, als Verbindlichkeit erfasst. Dieser Restrukturierungsplan betraf etwa 1.000 Mitarbeiter von Scudder. 2003 wurden Rückstellungen in Höhe von 4 Mio € goodwillwirksam aufgelöst. Das Programm wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2003 abgeschlossen.

### **CIB-Restrukturierung**

Im zweiten Quartal 2002 bildete der Konzern eine Rückstellung in Höhe von 265 Mio € für Restrukturierungsmaßnahmen im Konzernbereich CIB. Der Plan betraf etwa 2.000 Mitarbeiter aller Hierarchieebenen des Konzerns. Das Restrukturierungsprogramm, dem eine eingehende Überprüfung der Geschäftsaktivitäten des Konzernbereichs vorausging, spiegelte die künftige Marktstrategie des Konzerns wider. Betroffen waren die Bereiche Kundenbetreuung, Ausführung von Kundenaufträgen und Relationship-Management-Prozesse; das Depot-, Handelsfinanzierungs- und sonstige Abwicklungsgeschäft und die damit in Verbindung stehenden Supportfunktionen der Abwicklungs-, Infrastruktur- und Immobilienbereiche. Vor allem auf Grund eines verringerten Personalstands konnte das Restrukturierungsprogramm mit niedrigeren Kosten als ursprünglich erwartet abgeschlossen werden. Daher wurden im Geschäftsjahr 2003 Rückstellungen in Höhe von 21 Mio € für personalbezogene Maßnahmen und 8 Mio € für Infrastrukturmaßnahmen erfolgswirksam aufgelöst. Das Programm wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2003 abgeschlossen.

### [30] Geografische Aufgliederung der Geschäftstätigkeit

In der nachstehenden Tabelle sind die Bilanzsumme und Daten aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung (GuV) den wichtigsten geografischen Regionen zugeordnet. Die Verteilung auf die Regionen erfolgt grundsätzlich nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Aktiva beziehungsweise Transaktionen bilanziert. Auf Grund der in hohem Maße verflochtenen Konzerngeschäftstätigkeiten wurden für die Zuordnung regionsübergreifender Posten (insbesondere Konsolidierungssachverhalte) spezifische Annahmen zu Grunde gelegt.

2004 in Mio €	Bilanzsumme	Gesamterträge brutto <sup>1</sup>	Gesamtaufwand brutto <sup>1</sup>	Ergebnis vor Steuern	Jahresüberschuss
Geschäftstätigkeit im Ausland:					
Europa (ohne Deutschland) <sup>2</sup>	346.273	16.430	15.424	1.006	511
Nordamerika (insbesondere USA)	212.945	12.547	11.570	977	627
Südamerika	2.867	532	440	92	87
Asien/Pazifik	71.928	4.016	3.418	598	262
<b>Ausland insgesamt</b>	<b>634.013</b>	<b>33.525</b>	<b>30.852</b>	<b>2.673</b>	<b>1.487</b>
<b>Geschäftstätigkeit in Deutschland</b>	<b>206.055</b>	<b>11.234</b>	<b>9.878</b>	<b>1.356</b>	<b>985</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>840.068</b>	<b>44.759</b>	<b>40.730</b>	<b>4.029</b>	<b>2.472</b>
Prozentualer Anteil der Auslandsaktivitäten am Gesamtgeschäft	75%	75%	76%	66%	60%

<sup>1</sup> Die Gesamterträge brutto umfassen Zinserträge und zinsunabhängige Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Im Gesamtaufwand brutto sind Zinsaufwendungen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt erfasst.

<sup>2</sup> Einschließlich Bilanz- und GuV-Daten aus Afrika, die in 2004 unwesentlich waren.

2003 in Mio €	Bilanzsumme	Gesamterträge brutto <sup>1</sup>	Gesamtaufwand brutto <sup>1</sup>	Ergebnis vor Steuern <sup>2</sup>	Jahresüberschuss
Geschäftstätigkeit im Ausland:					
Europa (ohne Deutschland) <sup>3</sup>	327.835	17.674	15.954	1.720	837
Nordamerika (insbesondere USA)	221.048	10.156	9.853	303	233
Südamerika	1.277	575	575	–	–
Asien/Pazifik	60.101	3.389	2.877	512	357
<b>Ausland insgesamt</b>	<b>610.261</b>	<b>31.794</b>	<b>29.259</b>	<b>2.535</b>	<b>1.427</b>
<b>Geschäftstätigkeit in Deutschland</b>	<b>193.353</b>	<b>11.210</b>	<b>10.989</b>	<b>221</b>	<b>– 62</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>803.614</b>	<b>43.004</b>	<b>40.248</b>	<b>2.756</b>	<b>1.365</b>
Prozentualer Anteil der Auslandsaktivitäten am Gesamtgeschäft	76%	74%	73%	92%	105%

<sup>1</sup> Die Gesamterträge brutto umfassen Zinserträge und zinsunabhängige Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Im Gesamtaufwand brutto sind Zinsaufwendungen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt erfasst.

<sup>2</sup> Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

<sup>3</sup> Einschließlich Bilanz- und GuV-Daten aus Afrika, die in 2003 unwesentlich waren.

2002 in Mio €	Bilanzsumme	Gesamterträge brutto <sup>1</sup>	Gesamtaufwand brutto <sup>1</sup>	Ergebnis vor Steuern <sup>2</sup>	Jahresüberschuss
Geschäftstätigkeit im Ausland:					
Europa (ohne Deutschland) <sup>3</sup>	286.545	18.938	18.618	320	309
Nordamerika (insbesondere USA)	205.375	13.352	14.129	– 777	– 488
Südamerika	1.051	963	877	86	52
Asien/Pazifik	48.612	3.863	3.271	592	397
<b>Ausland insgesamt</b>	<b>541.583</b>	<b>37.116</b>	<b>36.895</b>	<b>221</b>	<b>270</b>
<b>Geschäftstätigkeit in Deutschland</b>	<b>216.772</b>	<b>18.026</b>	<b>14.698</b>	<b>3.328</b>	<b>127</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>758.355</b>	<b>55.142</b>	<b>51.593</b>	<b>3.549</b>	<b>397</b>
Prozentualer Anteil der Auslandsaktivitäten am Gesamtgeschäft	71%	67%	72%	6%	68%

<sup>1</sup> Die Gesamterträge brutto umfassen Zinserträge und zinsunabhängige Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Im Gesamtaufwand brutto sind Zinsaufwendungen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt erfasst.

<sup>2</sup> Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

<sup>3</sup> Einschließlich Bilanz- und GuV-Daten aus Afrika, die in 2002 unwesentlich waren.

### **[31] Derivative Finanzinstrumente und Finanzinstrumente mit bilanzunwirksamen Risiken**

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch Nichthandelszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern, sowie um Handelserträge zu generieren. Zu den im Handels- und Nicht-handelsgeschäft eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten, die an Zinssätze, Wechselkurse, Kreditrisiken sowie Aktienkurse und Warenpreise (beziehungsweise die entsprechenden Indizes) gebunden sind.

#### **Zu Handelszwecken gehaltene beziehungsweise emittierte derivative Instrumente**

Der Konzern handelt im Kundenauftrag und auf eigene Rechnung mit Derivaten. Beim Abschluss von Kontrakten mit derivativen Instrumenten für Kunden tritt der Konzern als Market-maker im Geschäft mit institutionellen Kunden auf und strukturiert den Bedürfnissen der Kunden entsprechende Derivate. Der Konzern tätigt ebenfalls Eigenhandelsgeschäfte. Zu den derivativen Handelsprodukten zählen Swaps, Optionen, Termingeschäfte und standardisierte Terminkontrakte sowie eine Vielzahl strukturierter Derivate, die an Zinssätze, Aktien, Kredite, Devisen und Rohstoffe gebunden sind.

#### **Nicht zu Handelszwecken gehaltene beziehungsweise emittierte derivative Instrumente**

Die nicht zu Handelszwecken gehaltenen oder emittierten derivativen Instrumente bestehen vorwiegend aus Zinsswaps, die zur Steuerung von Zinsrisiken eingesetzt werden. Mit Hilfe dieser derivativen Instrumente kann der Konzern die Volatilität und Zinscharakteristika nicht zu Handelszwecken gehaltener verzinslicher Aktiva und Passiva modifizieren. Für den Konzern bestehen insofern Zinsänderungsrisiken, als die Höhe der verzinslichen Aktiva von der Höhe der verzinslichen Passiva abweicht, die in bestimmten Zeiträumen fällig oder deren Konditionen neu festgesetzt werden. Der Konzern steuert diese Zinsrisiken unter anderem durch den Einsatz derivativer Instrumente. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Limite entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie bei Änderungen der Eigenschaften und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Der Konzern verwendet des Weiteren Zins-/Währungsswaps für die Steuerung von Devisenkurs- und Zinsrisiken im Zusammenhang mit Wertpapieren „Available for Sale“.

Der Konzern wendet Fair Value oder Cashflow Hedge Accounting an, wenn es sich als rentabel erweist. Wird nur das Zinsrisiko gehedgt, wird beim Hedging von Aktiva und Passiva mit festen Zinssätzen die Fair-Value-Hedge-Methode angewandt. Cashflow Hedging wird bei der Absicherung von variablen Zinssätzen eingesetzt. Sollen gleichzeitig Devisenkurs- und Zinsrisiken abgesichert werden, wird die Cashflow-Hedge-Methode genutzt, sofern alle Cashflows auf die jeweilige lokale funktionale Währung lauten. Andernfalls wird Fair Value Hedging angewandt.

Im Geschäftsjahr 2004 ergab sich aus der Nettohedgeneffektivität aus Fair Value Hedges ein Verlust von 100 Mio € gegenüber einem Verlust von 82 Mio € in 2003 und einem Verlust von 81 Mio € in 2002. Nettohedgeneffektivität beruht darauf, dass sich mit Blick auf das abgesicherte Risiko der Fair Value des derivativen Instruments nicht in demselben Umfang wie der Fair Value des Grundgeschäfts ändert beziehungsweise bestimmte Beträge nicht bei der Bemessung der Hedgeneffektivität berücksichtigt werden. Von den am 31. Dezember 2004 bestehenden Cashflow Hedges, ohne Berücksichtigung von Hedges, die bestehende variabel verzinsliche Instrumente absichern, wird das Geschäft mit der längsten Laufzeit im Jahr 2039 fällig.

Derivative Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden und nicht die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, werden als Handelsaktiva oder -passiva ausgewiesen. Diese umfassen Zinsswaps, Kreditderivate, Fremdwährungstermingeschäfte und Zins-/Währungsswaps, die zur ökonomischen Absicherung von Zins-, Kredit- und Währungsrisiken verwendet werden, bei denen die Anwendung von Hedge Accounting aber nicht rentabel gewesen wäre.

Aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivategeschäften, die genutzt werden, um Veränderungen der Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen auszugleichen, wurde für

das Geschäftsjahr 2004 ein Nettoverlust von 81 Mio € (2003: 13 Mio € Nettogewinn, 2002: 226 Mio € Nettoverlust) im Personalaufwand ausgewiesen.

#### Derivative Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien

Der Konzern setzt derivative Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien zur Bedienung von Ansprüchen der Mitarbeiter aus der aktienbasierten Vergütung sowie zu Handelszwecken ein.

Zum 31. Dezember 2004 bestanden im Zusammenhang mit den aktienbasierten Vergütungen für Mitarbeiter Kaufoptionen über circa 3,5 Mio Aktien zu einem gewichteten durchschnittlichen Ausübungspreis von 68,29 € je Aktie. Die Optionen müssen mittels Geldausgleichs erfüllt werden und sind in weniger als fünf Jahren fällig. Der Fair Value dieser Optionen belief sich zum 31. Dezember 2004 auf 20,9 Mio €. Bei einem um 1 € niedrigeren Kurs der Deutsche Bank-Aktie wäre der Fair Value der Optionen um 1,7 Mio € geringer gewesen.

Zu Handelszwecken bestanden am 31. Dezember 2004 folgende Kontrakte in derivativen Finanzinstrumenten auf Deutsche Bank-Aktien:

Art des Kontrakts	Erfüllungsmethode	Fälligkeit	Den Kontrakten zu Grunde liegende Anzahl Deutsche Bank-Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis (in €)	Effekt der Verringerung des Aktienkurses um 1 € (in Tsd €)	Fair Value des Kontrakts Aktiva (+)/ Passiva (-) (in Tsd €)
Gekaufte Optionen	Geldausgleich	bis 3 Monate	12.539.217	69,27	- 39	2.754
		> 3 Monate bis 1 Jahr	7.119.315	67,15	- 177	40.705
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	6.462.566	63,91	- 613	36.906
Verkaufte Optionen	Geldausgleich	bis 3 Monate	1.515.426	62,27	46	- 5.148
		> 3 Monate bis 1 Jahr	24.193.469	65,34	1.536	- 51.366
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	5.947.696	65,65	857	- 52.549
Terminkäufe	Geldausgleich	bis 3 Monate	7.027	64,30	- 7	8
		> 3 Monate bis 1 Jahr	1.489.928	63,30	- 1.490	- 206
	Deutsche Bank hat Wahlrecht zwischen Geldausgleich/Lieferung der Aktien <sup>1</sup>	bis 3 Monate	16.000.000	58,00	- 16.000	- 655
		> 3 Monate bis 1 Jahr	28.720.220	60,90	- 28.720	111.727
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	10.000.000	65,00	- 10.000	- 4.303
Terminverkäufe	Geldausgleich	bis 3 Monate	163.894	65,32	164	- 22
		> 3 Monate bis 1 Jahr	1.312.062	65,32	1.312	- 63
	Kontrahent hat Wahlrecht zwischen Geldausgleich/Lieferung der Aktien <sup>1</sup>	> 3 Monate bis 1 Jahr	386.748	54,39	387	- 3.636
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	55.708.795	54,52	55.709	- 383.946

<sup>1</sup> Die Erfüllungsmethode hat keinen signifikanten Einfluss auf die Höhe der Fair Values.

Die oben genannten Kontrakte wurden zu Handelszwecken abgeschlossen und werden somit als Handelsaktiva und -passiva zum Fair Value ausgewiesen, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam berücksichtigt werden.



### Finanzinstrumente mit bilanzunwirksamen Kreditrisiken

Der Konzern setzt verschiedene kreditbezogene Instrumente ein, um den Finanzierungsbedürfnissen seiner Kunden Rechnung zu tragen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen aus einer Inanspruchnahme nicht nachkommt. Die nachstehende Quantifizierung bilanzunwirksamer Kreditrisiken berücksichtigt keine gegebenenfalls vorhandenen Sicherheiten und reflektiert daher den gesamten potenziellen Verlust aus nicht in Anspruch genommenen Zusagen. Die außerbilanziellen Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Kreditzusagen:		
mit fester Verzinsung <sup>1</sup>	27.897	22.318
mit variabler Verzinsung <sup>2</sup>	77.268	66.566

<sup>1</sup> Darin enthalten sind Akkreditiv- und Garantiezusagen in Höhe von 2,4 Mrd € (2003: 2,3 Mrd €).

<sup>2</sup> Darin enthalten sind Akkreditiv- und Garantiezusagen in Höhe von 902 Mio € (2003: 833 Mio €).

Zum 31. Dezember 2004 wies der Konzern des Weiteren jederzeit widerrufliche Kreditzusagen in Höhe von 19,2 Mrd € aus. Zum 31. Dezember 2004 machten die Verpflichtungen zum Abschluss von Reverse-Repo- und Repo-Geschäften 58,6 Mrd € beziehungsweise 41,1 Mrd € aus. Zum 31. Dezember 2003 beliefen sich die Verpflichtungen zum Abschluss von Reverse-Repo- und Repo-Geschäften auf 39,3 Mrd € beziehungsweise 23,5 Mrd €.

Zum 31. Dezember 2004 beliefen sich die Kapitaleinzahlungs- und Nachschussverpflichtungen des Konzerns in at equity bewertete Unternehmen und sonstigen Anteilsbesitz auf 324 Mio € (2003: 399 Mio €).

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt der Konzern außerdem verschiedene Arten von Garantien und geht Haftungsverhältnisse ein. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden in den sonstigen Verbindlichkeiten erfasst. Nachstehend die wesentlichen Verpflichtungen aus Garantien und Haftungsübernahmen:

Am 31. Dezember 2004 bestanden Garantien für finanzielle Verpflichtungen Dritter, Kreditbriefe und Performancegarantien, einschließlich eventueller Zahlungsverpflichtungen für Einkommensteuer-effekte unserer Kunden aus bestimmten Transaktionen, mit einem Bilanzwert von 592 Mio € (2003: 666 Mio €) und mit einem potenziellen Maximalbetrag von 26,9 Mrd € (2003: 24,0 Mrd €). Hier muss der Konzern für den Fall, dass der Garantienehmer seinen Zahlungs- oder sonstigen Leistungsverpflichtungen nicht nachkommt, in der Regel Zahlung leisten. Der überwiegende Teil dieser Garantien (17,0 Mrd €) läuft innerhalb von fünf Jahren ab. Garantien in Höhe von 3,5 Mrd € haben Laufzeiten von mehr als fünf Jahren und 6,4 Mrd € haben revolving Laufzeiten. Zum 31. Dezember 2004 waren diese Garantien durch Barmittel, Wertpapiere und sonstige Sicherheiten in Höhe von insgesamt 11,8 Mrd € (2003: 5,5 Mrd €) unterlegt.

Bei der Ausübung geschriebener Verkaufsoptionen ist der Konzern letztlich zur Erstattung des Marktwertverlusts bei den zu Grunde liegenden Aktiva oder Passiva des Kontrahenten verpflichtet. Der Bilanzwert und der Maximalbetrag der potenziellen Zahlungen für geschriebene Verkaufsoptionen beliefen sich per 31. Dezember 2004 auf 4,1 Mrd € beziehungsweise 61,4 Mrd €. Der Bilanzwert und der Maximalbetrag der potenziellen Zahlungen für geschriebene Verkaufsoptionen beliefen sich per 31. Dezember 2003 auf 4,9 Mrd € beziehungsweise 66,2 Mrd €. Mehr als die Hälfte der Verkaufsoptionen (36,0 Mrd €) ist innerhalb eines Jahres auszuüben, Verkaufsoptionen in Höhe von 22,4 Mrd € haben Ausübungsfristen von mehr als einem bis zu fünf Jahren und 3,0 Mrd € haben Ausübungsfristen von mehr als fünf Jahren. Darüber hinaus haftet der Konzern im Rahmen von Kreditderivaten für die Erfüllung der zu Grunde liegenden Zahlungsverpflichtungen, wobei Nominalvolumina von 4,0 Mrd € negative Marktwerte von 473 Mio € und Nominalvolumina von 2,7 Mrd € positive Marktwerte von 486 Mio € besitzen. Über die Hälfte der Kreditderivate mit negativen Marktwerten (3,4 Mrd €) besitzen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Kreditderivate in Höhe von insgesamt 494 Mio € besitzen Restlaufzeiten von ein bis fünf Jahren. Kontrakte in Höhe von insgesamt 50 Mio € haben Restlaufzeiten von mehr als fünf Jahren. Die Instrumente mit positiven Marktwerten in Höhe von 271 Mio € sind

innerhalb eines Jahres auszuüben, Kreditderivate in Höhe von 2,2 Mrd € haben Ausübungsfristen von mehr als einem bis zu fünf Jahren und 249 Mio € haben Ausübungsfristen von mehr als fünf Jahren. Diese Kontrakte sind üblicherweise unbesichert. Per 31. Dezember 2003 besaßen Nominalvolumina von 53 Mio € negative Marktwerte von 1 Mio € und Nominalvolumina von 2,3 Mrd € positive Marktwerte von 588 Mio €.

Im Zusammenhang mit Schadensersatzverpflichtungen bei Wertpapierleihen zahlt der Konzern dem Verleiher Schadensersatz in Höhe der Wiederbeschaffungskosten beziehungsweise des Marktwerts der Wertpapiere für den Fall, dass die Leihnehmer die Wertpapiere nicht zurückgeben. Zum 31. Dezember 2004 besaß der Konzern keine Schadensersatzverpflichtungen bei Wertpapierleihen, da dieses Geschäftsfeld an die State Street Bank verkauft wurde. Zum 31. Dezember 2003 belief sich der Maximalbetrag potenzieller Schadensersatzverpflichtungen des Konzerns auf insgesamt 45,3 Mrd € mit Kontraktlaufzeiten von bis zu sechs Monaten, für die der Konzern Sicherheiten, überwiegend in Barmitteln, von insgesamt 45,9 Mrd € erhalten hatte. Diese Schadensersatzverpflichtungen bestanden gegenüber Kunden, für die noch keine Novation und Übertragung der Geschäfte auf die State Street Bank erfolgt war und/oder die ihre Geschäftsbeziehung aufgekündigt hatten.

### [32] Verteilung des Kreditrisikos

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach unserer Definition alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Der Bruttobetrag des Engagements wird ohne Berücksichtigung etwaiger Sicherheiten, Credit Enhancements oder Transaktionen zur Verringerung des Kreditrisikos berechnet. In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu unseren wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, Eventualverbindlichkeiten, OTC-Derivate und handelbare Aktiva:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.
- „Eventualverbindlichkeiten“ wie hier dargelegt umfassen Regressansprüche aus Garantien, Haftungsübernahmeerklärungen und Kreditbriefen.
- „OTC-Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Over-the-counter(OTC)-Derivatetransaktionen. Diese werden in unserer Bilanz entweder als Handelsaktiva oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, ausgewiesen.
- „Handelbare Aktiva“ werden hier definiert als Anleihen und andere Festzinstitel sowie handelbare Kredite, die in unserer Bilanz als Handelsaktiva oder Wertpapiere „Available for Sale“ ausgewiesen werden.

Obwohl wir sie in der Überwachung unserer Kreditrisiken berücksichtigen, sind die nachfolgenden Produkte nicht in den Tabellen enthalten: die Barreserve, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten und Forderungen aus Zinsabgrenzungen, diese betragen insgesamt 29,5 Mrd € zum 31. Dezember 2004 und 29,4 Mrd € zum 31. Dezember 2003; zukünftige Verpflichtungen aus Repos und Reverse Repos in Höhe von 99,7 Mrd € zum 31. Dezember 2004 und 62,8 Mrd € zum 31. Dezember 2003; sowie unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Platzierungs- und Übernahmezusagen in Höhe von 105,2 Mrd € zum 31. Dezember 2004 und 88,9 Mrd € zum 31. Dezember 2003. Zum 31. Dezember 2004 bestanden 86% unserer unwiderruflichen Kreditzusagen gegenüber Geschäftspartnern, deren Kreditrisikoeinstufung einem Investment-Grade-Rating führender internationaler Ratingagenturen entspricht.

Die folgende Tabelle zeigt unsere wesentlichen Kreditengagementkategorien nach Branchenzugehörigkeit unserer Geschäftspartner.

Kreditrisikoprofil nach Branchen	Kredite		Eventualverbindlichkeiten		OTC-Derivate		Handelbare Aktiva		Insgesamt	
	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003
in Mio €										
Banken und Versicherungen	7.787	10.521	4.921	4.990	44.450	46.597	51.406	62.480	108.564	124.588
Verarbeitendes Gewerbe	13.270	16.155	8.028	7.834	1.837	1.997	15.919	18.241	39.054	44.227
Private Haushalte	57.076	54.937	1.372	862	285	357	–	–	58.733	56.156
Öffentliche Haushalte	3.278	2.309	1.630	377	5.838	3.984	140.614	104.648	151.360	111.318
Handel	10.288	11.824	2.274	2.454	684	691	3.062	3.589	16.308	18.558
Gewerbliche Immobilien	14.102	13.606	313	722	763	300	1.755	1.447	16.933	16.075
Sonstige	32.888 <sup>1</sup>	38.875 <sup>1</sup>	11.357	9.298	7.810	6.545	32.270	38.064	84.325	92.782
<b>Insgesamt</b>	<b>138.689</b>	<b>148.227</b>	<b>29.895</b>	<b>26.537</b>	<b>61.667</b>	<b>60.471</b>	<b>245.026</b>	<b>228.469</b>	<b>475.277</b>	<b>463.704</b>

<sup>1</sup> Einschließlich Leasingfinanzierungen.

Die nachstehende Tabelle zeigt unsere wesentlichen Kreditengagementkategorien nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz.

Kreditrisikoprofil nach Regionen	Kredite		Eventualverbindlichkeiten		OTC-Derivate		Handelbare Aktiva		Insgesamt	
	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003
in Mio €										
Osteuropa	1.568	1.372	418	491	607	588	3.282	2.840	5.875	5.291
Westeuropa	112.139	120.136	18.840	16.283	36.486	35.428	88.450	87.969	255.915	259.816
Afrika	288	395	168	192	300	224	1.000	1.086	1.756	1.897
Asien/Pazifik	8.258	7.176	2.656	2.624	6.892	7.072	57.680	36.019	75.486	52.891
Nordamerika	14.911	17.038	7.469	6.752	15.820	15.495	87.749	94.632	125.949	133.917
Mittel- und Südamerika	1.522	2.075	326	195	688	571	4.607	3.850	7.143	6.691
Sonstige <sup>1</sup>	3	35	18	–	874	1.093	2.258	2.073	3.153	3.201
<b>Insgesamt</b>	<b>138.689</b>	<b>148.227</b>	<b>29.895</b>	<b>26.537</b>	<b>61.667</b>	<b>60.471</b>	<b>245.026</b>	<b>228.469</b>	<b>475.277</b>	<b>463.704</b>

<sup>1</sup> Umfasst supranationale Organisationen und andere Engagements, die wir keiner bestimmten Region zugeordnet haben.

### [33] Fair Value von Finanzinstrumenten

SFAS 107, „Disclosures about Fair Value of Financial Instruments“, verlangt die Offenlegung des Fair Value von bilanzwirksamen und bilanzunwirksamen Finanzinstrumenten, soweit dessen Ermittlung praktikabel ist. Sofern verfügbar, werden Börsenkurse als Bewertungsgrundlage für den Fair Value herangezogen. In Fällen, in denen keine Börsenkurse verfügbar sind, wird der Fair Value auf Basis der Barwertberechnung oder anhand von anderen Bewertungsmethoden ermittelt. Die so ermittelten Werte werden erheblich durch die zu Grunde gelegten Annahmen beeinflusst, hauptsächlich durch die Terminierung zukünftiger Cashflows und durch den Abzinsungsfaktor. Da Annahmen ihrem Wesen nach subjektiv sind, können die so ermittelten Fair Values nicht durch Vergleich mit unabhängigen Marktpreisen bestätigt werden und in vielen Fällen würden die geschätzten Fair Values bei einer unmittelbaren Veräußerung oder Glattstellung des Finanzinstruments nicht notwendigerweise realisiert werden können. Die Offenlegungsbestimmungen nach SFAS 107 schließen bestimmte Finanzinstrumente sowie alle Nichtfinanzinstrumente (zum Beispiel den Franchisewert von Geschäften) aus. Dementspre-

chend stellen die ausgewiesenen aggregierten Fair-Value-Beträge keine Unternehmensbewertung des Konzerns durch das Management dar.

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente, gefolgt von einer allgemeinen Beschreibung der Methoden und Annahmen, die der Ermittlung dieser Fair Values zu Grunde gelegt wurden.

in Mio €	Bilanzwert		Fair Value	
	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2003
<b>Finanzaktiva:</b>				
Barreserve	7.579	6.636	7.579	6.636
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	18.089	14.649	18.100	14.660
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	189.551	185.215	189.610	185.351
Handelsaktiva	373.147	345.371	373.147	345.371
Wertpapiere „Available for Sale“	20.335	24.631	20.335	24.631
Sonstige Finanzanlagen	2.358	2.398	2.364	2.398
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (ohne Leasingfinanzierungen), netto	133.801	140.963	136.311	143.014
Sonstige Finanzaktiva	67.830	53.812	67.992	53.812
<b>Finanzpassiva:</b>				
Unverzinsliche Einlagen	27.274	28.168	27.274	28.168
Verzinsliche Einlagen	302.195	277.986	302.040	278.262
Handelspassiva	169.606	153.234	169.606	153.234
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	118.173	117.250	118.178	117.348
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	20.118	22.290	20.115	22.315
Sonstige Finanzpassiva	60.598	72.132	60.550	72.126
Langfristige Verbindlichkeiten	106.870	97.480	106.602	97.848

### Methoden und Annahmen

Für kurzfristige Finanzinstrumente, das heißt Finanzinstrumente mit einer Restlaufzeit von bis zu 90 Tagen, wurde als angemessener Fair Value der Bilanzwert angesetzt. Die folgenden Instrumente besitzen überwiegend kurze Laufzeiten:

Aktiva	Passiva
Barreserve	Verzinsliche Einlagen
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Finanzaktiva	Sonstige Finanzpassiva

Für diejenigen der vorgenannten Finanzinstrumente mit Restlaufzeiten von mehr als 90 Tagen wurde der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten hätten erzielt werden können, beziehungsweise, im Fall von Passiva, von Zinssätzen, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten zum Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Handelsaktiva (inklusive Derivaten), Handelspassiva und Wertpapiere „Available for Sale“ wurden zum Fair Value in der Bilanz ausgewiesen.

Für kurzfristige und variabel verzinsliche Kredite mit Zinsanpassungen innerhalb von 90 Tagen wurde als angemessener Fair Value der Bilanzwert angesetzt. Bei Krediten, für die Marktpreise verfügbar waren, wurden diese für den Fair Value zu Grunde gelegt. Für andere Kredite wurde der Fair Value durch Abzinsung zukünftiger Cashflows berechnet, unter Verwendung aktueller Zinssätze, zu

denen ähnliche Kredite mit den gleichen Restlaufzeiten an Kreditnehmer mit vergleichbarer Bonität hätten vergeben werden können. Darüber hinaus wurden die spezifische Verlustkomponente der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie werthaltige Sicherheiten bei der Ermittlung des Fair Value von Krediten berücksichtigt. Sonstige Finanzanlagen beinhalten primär Anlagen in Aktien (nach SFAS 107 ausgenommen sind Anteile an at equity bewerteten Unternehmen).

Die sonstigen Finanzaktiva enthalten überwiegend sonstige Zahlungsansprüche, aufgelaufene Zinsforderungen, Forderungen an Broker sowie Akzeptforderungen.

Unverzinsliche Einlagen besitzen keine vereinbarten Laufzeiten. Der Fair Value entspricht daher dem Buchwert zum Bilanzstichtag.

Sonstige Finanzpassiva umfassen vor allem sonstige Zahlungsverpflichtungen, aufgelaufene Zinsabgrenzungen, Rückstellungen und Akzeptverpflichtungen.

Der Fair Value von langfristigen Verbindlichkeiten wurde auf der Grundlage von Marktpreisen sowie durch Abzinsung der zu leistenden vertraglichen Cashflows ermittelt, wobei Zinssätze verwendet wurden, zu denen der Konzern Schuldtitel mit vergleichbarer Restlaufzeit am Bilanzstichtag hätte emittieren können.

Der Fair Value von Kreditzusagen wurde auf der Grundlage von Marktpreisen ermittelt. Auf dieser Grundlage entsprach der Fair Value von Kreditzusagen zum 31. Dezember 2004 annähernd der Rückstellung für diese Zusagen in Höhe von 107 Mio €.

### [34] Rechtsstreitigkeiten

*WorldCom-Verfahren.* Die Deutsche Bank AG und die Wertpapierhandelstochter des Konzerns in den USA, Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“), sind Beklagte in mehr als 40 Prozessen, die auf Grund behaupteter wesentlicher Falschdarstellungen und Auslassungen in den Finanzausweisen der WorldCom Inc. bei Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten in den Vereinigten Staaten eingeleitet wurden. DBSI war Mitglied des Konsortiums, das im Mai 2000 und Mai 2001 Anleiheemissionen von WorldCom übernahm, welche neben anderen Anleiheemissionen Gegenstand der Prozesse sind. Die Deutsche Bank AG, Filiale London, war Mitglied des Konsortiums, welches die Pfund-Sterling- und Euro-Tranchen der Anleiheemission vom Mai 2001 übernahm. Die Kläger behaupten, Erwerber dieser und anderer WorldCom-Schuldtitel zu sein. Beklagte in den diversen Prozessen sind auch einige Direktoren und leitende Angestellte von WorldCom, der Abschlussprüfer von WorldCom sowie Mitglieder der Übernahmekonsortien für die Schuldtitel. Die Kläger behaupten, dass die Angebotsunterlagen wesentliche Falschdarstellungen beziehungsweise Auslassungen bezüglich der Finanzlage von WorldCom beinhalteten. Die Ansprüche gegen DBSI und die Deutsche Bank werden aus Gesetzen der Vereinigten Staaten und ihrer Einzelstaaten (einschließlich der Wertpapiergesetze) und unter verschiedenen Lehrmeinungen des Common Law abgeleitet. Die weitestgehende der Klagen gegen die Deutsche Bank und DBSI ist eine Sammelklage vor dem Bundesgericht für den Southern District of New York. Die Kläger dieses Rechtsstreits halten eine bedeutende Mehrheit der umstrittenen Schuldtitel. Am 10. März 2005 haben Deutsche Bank AG und DBSI unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Zustimmung einen Vergleich geschlossen, der die gegen sie mit der Sammelklage erhobenen Ansprüche gegen eine Zahlung von annähernd 325 Mio US-\$ erledigt. Der Vergleich über die mit der Sammelklage geltend gemachten Ansprüche erledigt nicht die Einzelklagen, die von Anlegern außerhalb der Sammelklage erhoben wurden. Die Effekte aus dem Abschluss des Vergleichs sind im Konzernabschluss 2004 berücksichtigt.

*Philipp Holzmann AG.* Bei der Philipp Holzmann AG („Holzmann“) handelt es sich um ein großes deutsches Bauunternehmen, das im März 2002 Insolvenzantrag gestellt hat. Wir sind für viele Jahrzehnte ein bedeutender Kreditgeber von Holzmann gewesen und haben eine Beteiligung gehalten. Von April 1997 bis April 2000 war ein früheres Mitglied unseres Vorstands Vorsitzender des Aufsichtsrats des Unternehmens. Als Holzmann Ende 1999 zahlungsunfähig wurde, beteiligte sich ein von uns geführtes Bankenkonsortium Ende 1999 und Anfang 2000 an der Sanierung von Holzmann mit Einräumung einer Kreditlinie, der Beteiligung an einer Kapitalerhöhung und dem Tausch von Forderungen in Wandelanleihen. Im März 2002 haben Holzmann und verschiedene der Konzerngesellschaften,

insbesondere die imbau Industrielles Bauen GmbH („imbau“), Insolvenzantrag gestellt. Infolge dieser Insolvenz haben uns die Insolvenzverwalter für Holzmann und für imbau sowie eine Gruppe von Anleihegläubigern informiert, dass sie Ansprüche gegen uns geltend machen könnten wegen unserer Rolle als Kreditgeber der Holzmann-Gruppe vor und nach der Restrukturierung und als Führer des Bankenkonsortiums, das die Restrukturierung unterstützt hat. Die angeblichen Forderungen ergäben sich daraus, dass an die Banken geleistete Zahlungen anfechtbar gewesen seien und deshalb an die insolventen Unternehmen zurückgegeben werden müssten. Außerdem sei die Bank als Kreditgeber haftbar wegen der Unterstützung der Banken für eine angeblich undurchführbare Sanierung. Obwohl wir uns in andauernden Gesprächen befinden, können wir nicht ausschließen, dass einzelne dieser Parteien Klagen gegen uns einreichen. Bis jetzt hat die Insolvenzverwalterin für imbau im August 2004 eine Klage gegen uns erhoben, mit der behauptet wird, dass Zahlungen, die wir in 1997 und 1998 auf einen Kredit an imbau erhalten haben, ebenso wie Zahlungen im Zusammenhang mit einer Immobilientransaktion, die Bestandteil der Restrukturierung war, anfechtbar gewesen seien und deshalb an das insolvente Unternehmen zurückgegeben werden müssten. Außerdem hat die Gebema N.V. in 2000 eine Klage gegen uns erhoben, mit der Schadensersatzansprüche wegen angeblicher Fehler in den Angebotsunterlagen geltend gemacht werden, auf Grund derer Gebema N.V. 1998 Aktien und Wandelschuldverschreibungen von Holzmann erworben hatte.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen können. Solche Angelegenheiten unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten. Das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Obwohl die endgültige Beilegung solcher Angelegenheiten wesentliche Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, sind wir der Überzeugung, dass die Finanzlage des Konzerns davon nicht wesentlich beeinflusst werden dürfte.

### [35] Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Durch die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 wurden einige Bürogebäude sowie angemietete Geschäftsräume des Konzerns schwer beschädigt oder zerstört. Die Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge entstanden, umfassen unter anderem Abschreibungen von Sachanlagen, Sanierungskosten für die beschädigten Gebäude, Umzugskosten sowie Kosten für die Sicherung und Instandhaltung der beschädigten Gebäude. Der Konzern hat die Kosten durch Ansprüche aus von ihm abgeschlossenen Versicherungen geltend gemacht und wird dies auch weiterhin tun.

In 2003 erzielte der Konzern eine Einigung mit zwei seiner vier Versicherer. Zum 31. Dezember 2004 hat der Konzern mit den beiden verbleibenden Versicherungsgesellschaften einen Teilvergleich geschlossen. Dazu zählte auch ein Dreiparteienvertrag, in dessen Rahmen die Lower Manhattan Development Corporation (LMDC) das Grundstück in der Liberty Street 130 für 90 Mio US-\$ kaufte und die Kosten für den Abriss des auf dem Grundstück befindlichen Gebäudes vorbehaltlich eines Demolition Cap Agreement übernehmen wird, in dem festgelegt wird, ab welchem Betrag die Kosten von den beiden Versicherungsgesellschaften übernommen werden. Für die verbleibenden Ansprüche gegenüber diesen beiden Versicherungsgesellschaften wurde ein Schiedsverfahren eingeleitet.

Zum 31. Dezember 2004 erhielt der Konzern von den vier Versicherungsgesellschaften Zahlungen in Höhe von insgesamt 747 Mio US-\$. Diese Erlöse aus der Teilregulierung von Ansprüchen des Konzerns überstiegen den Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Nettoforderungen aus der Abschreibung von Vermögenswerten, Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen und Beratungsleistungen sowie sonstigen Kosten. Im Ergebnis hat der Konzern Versicherungsleistungen in Höhe von 51 Mio € aus Rückerstattungen und dem Verkauf des Gebäudes in der Liberty Street 130 berichtet. Zum 31. Dezember 2003 und 2002 waren im Periodenerfolg des Konzerns keine Verluste enthalten.

### [36] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 292a HGB

Die Befreiungswirkung gemäß § 292a HGB setzt voraus, dass ein Konzernabschluss nach den US GAAP in Einklang mit den Publizitätsanforderungen der Europäischen Union steht. Der Konzernabschluss der Deutschen Bank ist unter Berücksichtigung der folgenden Informationen den Richtlinien 83/349/EWG und 86/635/EWG gemäß aufgestellt. Diese ergänzenden Erläuterungen und Angaben haben keinen direkten Bezug zu den Einzelposten der Gliederung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung sowie der Bilanz nach US GAAP. So setzen sich zum Beispiel die Forderungen an Kunden unter anderem aus Teilbeträgen der Forderungen aus dem Kreditgeschäft, aus Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihen sowie sonstigen Aktiva zusammen.

#### Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere <sup>1</sup>	56.211	45.482
Zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassene Wechsel	326	483
<b>Insgesamt</b>	<b>56.537</b>	<b>45.965</b>

<sup>1</sup> Die Vorjahreszahlen sind angepasst worden.

#### Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>103.785</b>	<b>91.805</b>
Täglich fällig	46.928	21.994
Mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	41.528	52.693
mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.944	6.564
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.010	5.816
mehr als fünf Jahre	3.375	4.738
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>301.475</b>	<b>300.108</b>
Mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	198.392	191.154
mehr als drei Monate bis ein Jahr	19.691	22.169
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.615	38.185
mehr als fünf Jahre	48.777	48.600

#### Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Von öffentlichen Emittenten <sup>1</sup>	58.696	47.446
Von anderen Emittenten	123.326	128.209
<b>Insgesamt</b>	<b>182.022</b>	<b>175.655</b>

<sup>1</sup> Die Vorjahreszahlen sind angepasst worden.

### Aufgliederung und Entwicklung der sonstigen Finanzanlagen

in Mio €	Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	Übrige Finanzanlagen	Insgesamt
<b>Anschaffungskosten</b>			
Stand 1.1.2004	6.043	2.569	8.612
Nicht temporäre Wertminderungen	- 16	- 58	- 74
Veränderung des Konsolidierungskreises	120	- 21	99
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 92	- 50	- 142
Zugänge	1.533	402	1.935
Umbuchungen	4	- 36	- 32
Abgänge	- 2.083	- 332	- 2.415
Stand 31.12.2004	5.509	2.474	7.983
<b>Abschreibungen</b>			
Stand 1.1.2004	42	-	42
Veränderung des Konsolidierungskreises	15	-	15
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 1	-	- 1
Zugänge	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-
Abgänge	- 9	-	- 9
Stand 31.12.2004	47	-	47
<b>Buchwerte</b>			
Stand 31.12.2004	5.462	2.474	7.936

Die Anteile an at equity bewerteten Kreditinstituten betragen 2.503 Mio € (2003: 2.544 Mio €). In den übrigen Finanzanlagen waren Beteiligungen in Höhe von 1.062 Mio € (2003: 1.133 Mio €) enthalten, darunter 11 Mio € (2003: 12 Mio €) an Kreditinstituten.

Das Anteilsbesitzverzeichnis ist beim Handelsregister in Frankfurt am Main hinterlegt, kann aber auch kostenlos angefordert werden.

### Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen und at equity bewerteten Unternehmen

Die Forderungen an Beteiligungen und at equity bewertete Unternehmen, die Handelsaktiva, bei denen diese Unternehmen unsere Kontrahenten waren, sowie die von diesen Unternehmen emittierten, festverzinslichen Wertpapiere „Available for Sale“ beliefen sich auf 4.541 Mio € (2003: 5.979 Mio €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen und at equity bewerteten Unternehmen sowie die Handelspassiva, bei denen diese Unternehmen unsere Kontrahenten waren, beliefen sich auf 3.234 Mio € (2003: 1.869 Mio €).



### Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 1.923 Mio € (2003: 2.178 Mio €) wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

in Mio €	Goodwill	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	Insgesamt
<b>Anschaffungskosten</b>				
Stand 1.1.2004	8.999	1.179	9.694	19.872
Nicht temporäre Wertminderungen	–	– 19	– 19	– 38
Veränderung des Konsolidierungskreises	94	68	344	506
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 542	– 92	– 185	– 819
Zugänge	–	30	792	822
Umbuchungen	–	–	– 26	– 26
Abgänge	–	– 34	– 1.611	– 1.645
Stand 31.12.2004	8.551	1.132	8.989	18.672
<b>Abschreibungen</b>				
Stand 1.1.2004	2.264	57	3.908	6.229
Veränderung des Konsolidierungskreises	– 2	–	– 33	– 35
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 89	– 4	– 65	– 158
Zugänge	–	24	650	674
Umbuchungen	–	–	2	2
Abgänge	–	– 14	– 698	– 712
Stand 31.12.2004	2.173	63	3.764	6.000
<b>Buchwerte</b>				
Stand 31.12.2004	6.378	1.069	5.225	12.672

### Nachrangige Vermögensgegenstände

Der Gesamtbetrag der nachrangigen Vermögensgegenstände belief sich auf 3.141 Mio € (2003: 1.198 Mio €).

## Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>272.676</b>	<b>238.393</b>
Täglich fällig	175.034	145.241
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	72.602	68.239
mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.800	8.762
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.150	8.309
mehr als fünf Jahre	7.090	7.842
<b>Spareinlagen</b>	<b>25.374</b>	<b>27.315</b>
Mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis drei Monate	18.633	19.009
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.927	6.256
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.788	2.026
mehr als fünf Jahre	26	24
<b>Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>283.882</b>	<b>274.312</b>
Täglich fällig	140.301	117.083
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	114.624	136.064
mehr als drei Monate bis ein Jahr	9.670	7.096
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	11.355	7.893
mehr als fünf Jahre	7.932	6.176
<b>Begebene Schuldverschreibungen</b>	<b>79.818</b>	<b>74.664</b>
<b>Andere verbrieftete Verbindlichkeiten</b>	<b>35.587</b>	<b>42.335</b>
Mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	14.743	19.950
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.743	18.599
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.288	2.921
mehr als fünf Jahre	813	865

## Rückstellungen

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	733	893
Steuerrückstellungen	6.677	5.317
Versicherungstechnische Rückstellungen	7.617	8.834
Sonstige Rückstellungen	6.472	6.279
<b>Insgesamt</b>	<b>21.499</b>	<b>21.323</b>

## Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wesentlichen nachrangigen Verbindlichkeiten:

Währung	Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
EUR	1.100.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,13%	31.1.2013
EUR	1.000.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,33%	19.9.2023
EUR	750.000.000,-	Deutsche Bank Finance N.V., Curaçao, Callable Note von 2002	5,38%	27.3.2012
US-\$	500.000.000,-	Deutsche Bank Finance N.V., Curaçao, Callable Note von 2002	var. 3,05%	27.3.2012
US-\$	1.100.000.000,-	Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA, „Yankee“-Bond von 1996	6,70%	13.12.2006
US-\$	550.000.000,-	Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA, Medium-Term Note von 2000	7,50%	25.4.2009
US-\$	650.000.000,-	von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,87%	30.6.2009
US-\$	800.000.000,-	Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA, „Yankee“-Bond von 2003	5,38%	2.3.2015
EUR	1.000.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	var. 3,88%	16.1.2014
EUR	500.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	var. 2,48%	20.9.2016

Für die obigen nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Emittenten. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Emittenten, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

## Fremdwährung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Effekte aus Wechselkursänderungen in der Bilanz:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Fremdwährungsaktiva	543.900	402.900
davon US-\$	316.100	232.500
Fremdwährungspassiva (ohne Eigenmittel)	467.100	433.200
davon US-\$	285.100	258.100
Veränderung der Bilanzsumme auf Grund von Paritätsverschiebungen fremder Währungen <sup>1</sup>	- 47.100	- 61.800
davon wegen US-\$	- 31.800	- 41.500

<sup>1</sup> Basierend auf der Aktivseite der Bilanz.

## Treuhandgeschäfte

Treuhandvermögen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	1.008	640
Wertpapiere „Available for Sale“	6.461	1.374
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	6.676	2.959
Sonstige	3.618	6.884
<b>Insgesamt</b>	<b>17.763</b>	<b>11.857</b>

Treuhandverbindlichkeiten:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Einlagen	13.914	9.695
Kurzfristige Geldaufnahmen	1.468	0
Langfristige Verbindlichkeiten	851	779
Sonstige	1.530	1.383
<b>Insgesamt</b>	<b>17.763</b>	<b>11.857</b>

### Zinserträge und ähnliche Erträge

In der Position Zinserträge und ähnliche Erträge sind Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren „Available for Sale“ und sonstigen Finanzanlagen in Höhe von 509 Mio € (2003: 588 Mio €) enthalten.

### Dividendenerträge aus Wertpapieren „Available for Sale“ und sonstigen Finanzanlagen

Die Dividendenerträge aus Wertpapieren „Available for Sale“ und sonstigen Finanzanlagen beliefen sich auf 300 Mio € (2003: 386 Mio €). Darin enthalten sind Dividendenerträge aus nicht festverzinslichen Wertpapieren „Available for Sale“ von 238 Mio € (2003: 278 Mio €).

### Provisionsüberschuss

Den Provisionserträgen in Höhe von 12.171 Mio € (2003: 11.817 Mio €) standen Provisionsaufwendungen von 2.665 Mio € (2003: 2.485 Mio €), insbesondere im Wertpapiergeschäft sowie für Vermögensverwaltung, gegenüber.

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermögensverwaltung, Verwaltung von Treuhandvermögen, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen sowie Fusionsberatung (M&A).

### Personalaufwand

in Mio €	2004	2003
Löhne und Gehälter	8.512	8.824
Soziale Abgaben	1.710	1.671
davon: für Altersversorgung	496	491
<b>Insgesamt</b>	<b>10.222</b>	<b>10.495</b>

### Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In den sonstigen laufenden Erträgen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sind vor allem das Ergebnis aus dem Immobiliengeschäft, das Ergebnis aus Investmentgesellschaften sowie die Erträge aus derivativen Sicherungsgeschäften enthalten.

In den sonstigen laufenden Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sind unter anderem Zuführungen zu Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste ausgewiesen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft betreffen, Aufwendungen für Hausbewirtschaftung der Deutschen Wohnen AG, Eschborn, sowie sonstige Steuern.

### Ergebnis aus Finanzanlagen

in Mio €	2004	2003
Ergebnis aus Wertpapieren „Available for Sale“	235	20
Ergebnis aus sonstigen Finanzanlagen <sup>1</sup>	21	- 100
<b>Insgesamt</b>	<b>256</b>	<b>- 80</b>

<sup>1</sup> Ohne Anteile an at equity bewerteten Unternehmen und ohne von spezifischen Investmentgesellschaften gehaltene Beteiligungen.

### Außerordentliche Posten

Für die Jahre 2004 und 2003 sind keine außerordentlichen Posten auszuweisen.

### Vorstand und Aufsichtsrat

Im Jahr 2004 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 25.101.614 € (2003: 28.005.459 €), davon entfielen 20.901.900 € (2003: 23.693.460 €) auf variable Vergütungsbestandteile. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 17.918.080 € (2003: 31.218.859 €) gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt neben einer festen Vergütung von 1.124.620 € (2003: 736.117 €) eine dividendenabhängige Vergütung in Höhe von 979.910 € (2003: 1.354.264 €).

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 171.093.311 € (2003: 173.794.918 €) zurückgestellt.

Zum Jahresende 2004 beliefen sich die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 5.100 € (2003: 95.000 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 400.900 € (2003: 473.000 €).

### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 66.115 (2003: 69.440), darunter befanden sich 27.981 (2003: 29.786) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 37.913 (2003: 38.420) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

### Sonstige Publikationen

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung der Mandate im In- und Ausland. Es kann kostenlos zugesandt werden.

### Überleitungserläuterung

Bedeutende Abweichungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss nach US GAAP im Vergleich zum HGB werden nachfolgend skizziert.

Nach US GAAP wird – im Unterschied zur deutschen Rechnungslegung – dem Gläubigerschutzgedanken eher durch aussagefähige Informationen entsprochen als durch vom Vorsichtsprinzip geprägte Ansatz- und Bewertungsregeln. Aus der unterschiedlichen Zielsetzung der US GAAP resultieren in folgenden Bereichen abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden oder ein unterschiedlicher Ausweis innerhalb des Konzernabschlusses:

**Handelsaktiva.** Handelsaktiva enthalten Wertpapierhandelsbestände sowie positive Marktwerte aus noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten. Der Ausweis erfolgt in der Bilanz zu Marktwerten, wobei alle Wertänderungen ergebniswirksam vereinnahmt werden. Dies führt zur Berücksichtigung von Ergebnisbestandteilen, die nach deutschem Recht als unrealisierte Gewinne qualifiziert werden. Des Weiteren werden positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten unter HGB nicht bilanziert.

**Aufrechnung (Netting) von Handelsaktivitäten.** Eine Aufrechnung von Handelsaktiva und -passiva wird vorgenommen, wenn ein durchsetzbares Recht zur Aufrechnung besteht. Entsprechend werden unter bestehenden Master Netting Agreements positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit demselben Kontrahenten aufgerechnet. Des Weiteren erfolgt ein Nettoausweis von Bestands- und Shortpositionen, die in einem fungiblen Wertpapier gehalten werden (sogenanntes CUSIP/ISIN-Netting).

**Wertpapiere „Available for Sale“.** Finanzanlagen, die als Wertpapiere „Available for Sale“ klassifiziert werden, sind zum Marktwert zu bilanzieren. Wertänderungen werden in einer gesonderten Position des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das laufende Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird. Nach HGB sind diese Bestände nach dem Niederstwertprinzip zu bewerten.

**Goodwill.** Nach US GAAP wird Goodwill nicht planmäßig abgeschrieben, sondern einer regelmäßigen Werthaltigkeitsüberprüfung (Impairment Test) unterzogen. Demgegenüber wird nach HGB beziehungsweise DRS der Goodwill aktiviert und über eine Nutzungsdauer von bis zu 20 Jahren planmäßig abgeschrieben.

#### **Sachanlagen**

*Steuerliche Wertansätze.* Steuerliche Wertansätze finden im US GAAP-Abschluss keine Berücksichtigung. Dies führt dazu, dass Sachanlagen gegenüber einem Abschluss nach HGB in der Regel mit einem höheren Wert bilanziert werden.

*Herstellungskosten für Software.* Bestimmte Kosten für selbsterstellte Software sind zu aktivieren, wenn die spezifischen Voraussetzungen nach US GAAP erfüllt werden. Demgegenüber sind nach HGB sämtliche Kosten für Software als Aufwand zu erfassen.

**Handelsspassiva.** Handelsspassiva enthalten Shortpositionen und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen von Netting mit Handelsaktiva verrechnet wurden. Nach HGB sind Shortpositionen unter Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden zu zeigen. Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten werden über die Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in der Bilanz abgebildet, sofern diese Verluste nicht durch die Schaffung von Bewertungseinheiten im Sinne einer kompensatorischen Bewertung ausgeglichen werden.

#### **Rückstellungen**

*für Pensionspläne und ähnliche Verpflichtungen.* Bei der versicherungsmathematischen Berechnung von Pensionsrückstellungen wird die prognostizierte Gehaltsentwicklung berücksichtigt. Auswirkungen von Plananpassungen auf die Pensionsverbindlichkeiten werden periodisiert und nicht sofort vollständig in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Darüber hinaus werden Marktzinssätze zu Grunde gelegt.

Im Fall des Vorliegens von Spezialfonds (Pension Trusts), deren designiertes Fondsvermögen ausschließlich zur Sicherung der von der Bank abgegebenen langfristigen Pensionszusagen dient und damit von dem sonstigen Betriebsvermögen der Bank getrennt ist, erfolgt eine bilanzielle Verrechnung der Pensionsrückstellungen mit dem designierten Planvermögen. Analog erfolgt eine Verrechnung der korrespondierenden Ergebnisbestandteile. Nach HGB ist eine solche bilanzielle und ertragsmäßige Verrechnung nicht möglich.

**Latente Steuern.** Latente Steuern werden nach dem bilanzbezogenen Temporary-Differences-Konzept gebildet. Danach werden die Wertansätze der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz mit den für steuerliche Zwecke maßgebenden Werten verglichen. Abweichungen in diesen Wertansätzen begründen als temporäre Wertunterschiede latente Steueransprüche oder latente Steuerverpflichtungen. Dagegen sind nach HGB Steuerabgrenzungen nur zulässig als Folge von zeitlich befristeten Unterschieden zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem nach steuerrechtlichen Vorschriften zu ermittelnden Gewinn.

**Eigene Schuldverschreibungen/Eigene Aktien.** Eigene Schuldverschreibungen im Bestand werden als vorzeitige Tilgung mit der Passivseite aufgerechnet. Unterschiede zwischen den Anschaffungskosten (Rückkaufswert) und dem Emissionswert werden erfolgswirksam berücksichtigt.

Eigene Aktien im Bestand sind mit den Anschaffungskosten als Abzugsposten im Kapital berücksichtigt.

Resultierende Gewinne und Verluste werden direkt mit der Kapitalrücklage verrechnet.

**Anteile in Fremdbesitz.** Anteile in Fremdbesitz werden auf der Passivseite als Fremdkapital erfasst.

**Treuhandgeschäfte.** Entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gehalt werden Treuhandgeschäfte, welche die Bank im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung durchführt, nicht in der Bilanz ausgewiesen.

### **[37] Corporate Governance**

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft und die Deutsche Wohnen AG als derzeit einziges in den Konzernabschluss einbezogenes deutsches börsennotiertes Unternehmen haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

### **[38] Vorstand im Berichtsjahr**

**Josef Ackermann**

Sprecher

**Clemens Börsig**

**Tessen von Heydebreck**

**Hermann-Josef Lamberti**

# Risikobericht

## Risikomanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken mit Hilfe eines Rahmenwerks von Risikogrundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Prozessen zur Risikomessung und -überwachung, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind.

### Grundsätze für das Risikomanagement

Unser Risikomanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risikomanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft unser Risikoprofil in regelmäßigen Zeitabständen.
- Das Management von Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen und Geschäftsrisiken erfolgt in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank.
- Die Struktur unseres Risikomanagements ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Das Risikomanagement ist unabhängig von den Konzernbereichen.

### Organisation des Risikomanagements

Der Group Chief Risk Officer, ein Mitglied unseres Vorstands, trägt die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf unsere Kredit-, Markt-, operationellen und Geschäftsrisiken im Konzern. Der Group Chief Risk Officer ist Vorsitzender des Group Risk Committee, das für die konzernweite Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

Das Group Risk Committee hat einige seiner Aufgaben an Unterkomitees weiterdelegiert. Das bedeutendste davon ist das Group Credit Policy Committee, das unter anderem konzernweite Kreditgrundsätze, Branchenberichte und Länderrisikolimitanträge behandelt.

Die Konzernbereiche verfügen über eigene Risikomanagementeinheiten mit den folgenden Aufgaben:

- die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzernbereichs im Einklang mit der vom Group Risk Committee festgelegten Risikoneigung;
- die Formulierung und Umsetzung von angemessenen Risikogrundsätzen, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten im Konzernbereich;
- die Genehmigung von Kredit- und Marktrisikolimiten;
- die regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen, und
- die Entwicklung und Einführung maßgeschneiderter Risikosteuerungssysteme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Group Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Unser aktuelles Liquiditätsrisiko sowie die Grundsätze zur Identifikation, Messung und Steuerung unseres Liquiditätsrisikos werden regelmäßig durch das Group Asset and Liability Committee überprüft, dem das Vorstandsmitglied mit Verantwortung für Group Treasury vorsitzt.

Unterstützung erhält das Risikomanagement von Controlling, der Revision und der Rechtsabteilung. Diese Einheiten sind unabhängig von den Konzernbereichen und vom Risikomanagement. Das Controlling ist für die Quantifizierung der eingegangenen Risiken sowie für die Qualität und die Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft, ob unsere internen Kontrollen mit den internen und aufsichtsrechtlichen Standards übereinstimmen. Die Rechtsabteilung berät und unterstützt bei den unterschiedlichsten Aufgaben, zum Beispiel bei Besicherungsvereinbarungen oder dem Netting.



## Arten von Risiken

Die bedeutendsten Risiken, denen unser Geschäft ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

### Bankbetriebliche Risiken

Unsere Risikomanagementprozesse unterscheiden vier Arten von bankbetrieblichen Risiken: Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko.

- **Das Kreditrisiko** entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Schuldner oder Kreditnehmer (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Das Kreditrisiko ist für uns das größte Einzelrisiko. Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:
  - *Ausfallrisiko* ist das Risiko, dass unsere Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
  - *Länderrisiko* ist das Risiko, dass in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner auf Grund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
  - *Abwicklungsrisiko* ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Ein Abwicklungsrisiko entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- **Das Marktrisiko** resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten.
- **Das Liquiditätsrisiko** ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.
- **Das operationelle Risiko** bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Projektmanagement, vertraglichen Vereinbarungen und Dokumentationen, Technologie, Versagen der Infrastruktur und Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäftsrisiko.

### Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das auf Grund veränderter Rahmenbedingungen entsteht; dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen einstellen, können diese Risiken unsere Ertragslage beeinträchtigen.

### Versicherungstechnisches Risiko

Wir betreiben keine Geschäfte, die versicherungstechnische Risiken von wesentlicher Bedeutung für den Konzern entstehen lassen.

## Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Manche Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten.

Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente ständig überprüfen, damit wir sie bei Bedarf sich ändernden Marktgegebenheiten anpassen können. Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die wir derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwenden:

### Erwarteter Verlust

Wir nutzen den Erwarteten Verlust zur Messung der Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiken im Rahmen der Kreditrisiken. Der Erwartete Verlust misst den Verlust unseres Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts werden Kreditrisikoratings, erhaltene Sicherheiten, Fristigkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf statistischen Durchschnittswerten unserer historisch erlittenen Ausfälle und Verluste sowie auf externen Orientierungsgrößen. Wir setzen den Erwarteten Verlust als Instrument in unseren Risikomanagementprozessen ein und er ist auch Bestandteil unseres Management-Reporting-Systems. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken verwendet, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. In diesem Zusammenhang sind relevante Ergebnisse solche, die für die Abschätzung der inhärenten Verluste aus Krediten und Eventualverbindlichkeiten verwendet werden, soweit diese noch nicht im Rahmen unserer Einzelwertberichtigungen oder unserer Wertberichtigungen für standardisierte homogene Kredite berücksichtigt wurden.

### Ökonomisches Kapital

Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung der Höhe des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98% die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfallrisiko, das Transferrisiko und das Abwicklungsrisiko – als Komponenten des Kreditrisikos – sowie für das Marktrisiko, das operationelle Risiko und für das allgemeine Geschäftsrisiko. Wir verwenden das Ökonomische Kapital zur zusammenfassenden Darstellung der Risikopositionen der Bank von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene. Ferner nutzen wir das Ökonomische Kapital (sowie Goodwill und sonstige nicht abschreibungsfähige immaterielle Vermögenswerte) für die Zuweisung des Buchkapitals an die Geschäftssparten. Dadurch können wir die risikobereinigte Performance der einzelnen Geschäftseinheiten messen, die eine zentrale Rolle im Rahmen der Steuerung unserer Finanzressourcen zur Optimierung des Mehrwerts für die Aktionäre darstellt. Zudem setzen wir das Ökonomische Kapital – insbesondere für Kreditrisiken – zur Messung der risikobereinigten Profitabilität unserer Kundenbeziehungen ein.

### Value-at-risk

Wir verwenden ein Value-at-risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-risk-Werte sind die Basis sowohl für die interne als auch für die externe (aufsichtsrechtliche) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) im Portfolio.

### Stresstests

Unsere Marktrisikoaanalyse ergänzen wir um Stresstests, da die Value-at-risk-Berechnung auf relativ kurzfristigen historischen Daten basiert und ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt. Die Value-at-risk-Berechnung spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen uns, die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Werte unserer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Mit Hilfe von Stresstests ermitteln wir die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen erforderlich ist.

### Aufsichtsrechtliche Risikoposition

Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden erfolgt über verschiedene Kenngrößen, die in Note [22] des Konzernabschlusses näher erläutert werden.

### Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist unser größtes Risiko. Wir messen und steuern es anhand der nachstehenden Grundsätze:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung unserer einzelnen Kreditengagements müssen im Rahmen unserer Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien erfolgen. Darüber hinaus beinhaltet jede Entscheidung eine Risiko-Ertrag-Analyse.
- Jede Kreditgewährung an einen Geschäftspartner und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) ihm gegenüber erfordern die Kreditgenehmigung durch eine angemessene Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Unsere Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe fassen wir auf konzernweit konsolidierter Basis zusammen. Als „Kreditnehmergruppe“ betrachten wir Kreditnehmer, die durch mindestens ein von uns festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrecht, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile unserer gewährten Kredite haften.

### Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements einer Kreditnehmergruppe. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität unserer Kundengruppen. Unsere 26-stufige Ratingskala ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf der Grundlage statistischer Analysen historischer Ausfälle unseres Portfolios gebildet wurde. Mit dieser Skala werden uns eine Vergleichbarkeit unserer internen Ratings mit der Marktpraxis sowie eine verbesserte Vergleichbarkeit unserer verschiedenen Unterportfolios ermöglicht. Unsere Kreditengagements werden in der Regel einzeln bewertet, aber gelegentlich greifen wir zur Risikomessung auf durchschnittliche Ratingwerte zurück. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen vergleichen wir unsere Einschätzungen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Geschäftspartner vergebenen externen Risikoratings.

### Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir bereit sind, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren. Unsere Kreditgrundsätze sehen auch bestimmte Verfahren (darunter niedrigere Genehmigungsschwellen und höhere Kompetenzebenen) für Ausnahmefälle vor, in denen wir Engagements über die festgelegten Limite hinaus eingehen dürfen. Diese Ausnahmeregelungen verschaffen uns Flexibilität zur Wahrnehmung außergewöhnlicher Geschäftschancen, neuer Markttrends und ähnlicher Faktoren.

### Überwachung des Ausfallrisikos

Unsere Kreditengagements werden mit Hilfe der oben beschriebenen Risikosteuerungsinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir frühzeitig Kreditengagements erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt sind. Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung unserer Risikosteuerungsinstrumente der Eindruck entsteht, dass Probleme eintreten könnten, werden frühzeitig identifiziert, um das Kreditengagement effektiv steuern und die Rückzahlung maximieren zu können. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen noch zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Problemkredite ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und dient dazu sicherzustellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird. In jenen Fällen, in denen wir Kreditnehmer identifiziert haben, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt.

### Loan Exposure Management Group

Mit der Bildung der Loan Exposure Management Group (LEMG) im Jahr 2003 haben wir unseren Risikomanagementansatz für Firmenkredite im Konzernbereich Corporate and Investment Bank stark verändert. Im Rahmen unseres gesamten Risikomanagements unterstützt die LEMG seitdem innerhalb des Investment-Grade-Kreditportfolios die Steuerung des Kreditrisikos für alle Kredite und außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als 180 Tagen (außer Unternehmen des deutschen Mittelstands). Im Jahr 2004 wurde dieser Ansatz auf neu zugesagte Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstands mit Investment-Grade- und Non-Investment-Grade-Rating mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als 360 Tagen ausgeweitet.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt die LEMG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses neuen Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die LEMG auf zwei wesentliche Initiativen, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditestärkung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufe, Verbriefung von Kreditforderungen mit Hilfe von besicherten Kreditverbrieferungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Die Aktivitäten der LEMG zur Risikoeindämmung sind von zunehmender Bedeutung. Zum Jahresende 2004 hatte die LEMG Kreditderivate mit einem zu Grunde liegenden Nominalwert von 18,5 Mrd € im Bestand, einschließlich Credit Linked Notes. Zum 31. Dezember 2003 betrug diese Position 14,0 Mrd €.

Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden einer Mark-to-market-Bewertung unterworfen und erfüllen nicht die Anforderungen des Hedge Accounting nach SFAS 133.

Zudem hat die LEMG zum 31. Dezember 2004 das Kreditrisiko von Krediten und Kreditzusagen in Höhe von 7,2 Mrd € durch den Verkauf des First Loss Piece synthetischer besicherter Kreditverbrieferungen abgesichert. Das entspricht einem Anstieg von 125% gegenüber dem 31. Dezember 2003, als Kredite und Kreditzusagen in Höhe von 3,2 Mrd € nach der gleichen Methode abgesichert wurden. Die

Verringerung des Kreditrisikos durch mit Finanzgarantien unterlegte synthetische besicherte Kreditverbriefungen ist von besonderer Bedeutung, denn das Verfahren adressiert nicht nur das betreffende Kreditrisiko, sondern es beseitigt die bilanziellen Asymmetrien zwischen den Ausleihungen und den Credit Default Swaps und erlaubt uns die Risikosteuerung von illiquiden Positionen.

### Kreditrisikoengagement

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach unserer Definition alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Der Bruttobetrag des Engagements wird ohne Berücksichtigung etwaiger Sicherheiten, Credit Enhancements oder Transaktionen zur Verringerung des Kreditrisikos berechnet. In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu unseren wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, Eventualverbindlichkeiten, OTC-Derivate und handelbare Aktiva:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft, wie in unserer Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Regressansprüche aus Garantien, Haftungsübernahmeerklärungen und Kreditbriefen.
- „OTC-Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Over-the-counter (OTC)-Derivatetransaktionen. Diese werden in unserer Bilanz entweder als Handelsaktiva oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, ausgewiesen.
- „Handelbare Aktiva“ werden hier definiert als Anleihen und andere Festzinstitel sowie handelbare Kredite, die in unserer Bilanz als Handelsaktiva oder Wertpapiere „Available for Sale“ ausgewiesen werden.

Obwohl wir sie bei der Überwachung unserer Kreditrisiken berücksichtigen, sind die nachfolgenden Produkte nicht in den Tabellen enthalten: die Barreserve, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten und Forderungen aus Zinsabgrenzungen, diese betragen insgesamt 29,5 Mrd € zum 31. Dezember 2004 und 24,9 Mrd € zum 31. Dezember 2003; zukünftige Verpflichtungen aus Repos und Reverse Repos in Höhe von 99,7 Mrd € zum 31. Dezember 2004 und 62,8 Mrd € zum 31. Dezember 2003; sowie ausleihebezogene Zusagen in Höhe von 105,2 Mrd € zum 31. Dezember 2004 und 88,9 Mrd € zum 31. Dezember 2003. Zum 31. Dezember 2004 bestanden 86% unserer ausleihebezogenen Zusagen gegenüber Geschäftspartnern, deren Kreditrisikoeinstufung einem Investment-Grade-Rating führender internationaler Ratingagenturen entspricht.

Die nachstehende Tabelle zeigt unsere wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditrisikoengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernern mit anderweitigem Firmensitz.

Kreditrisikoprofil nach Regionen	Kredite		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate		Handelbare Aktiva		Insgesamt	
	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003
in Mio €										
Osteuropa	1.568	1.372	418	491	607	588	3.282	2.840	5.875	5.291
Westeuropa	112.139	120.136	18.840	16.283	36.486	35.428	88.450	87.969	255.915	259.816
Afrika	288	395	168	192	300	224	1.000	1.086	1.756	1.897
Asien/Pazifik	8.258	7.176	2.656	2.624	6.892	7.072	57.680	36.019	75.486	52.891
Nordamerika	14.911	17.038	7.469	6.752	15.820	15.495	87.749	94.632	125.949	133.917
Mittel- und Südamerika	1.522	2.075	326	195	688	571	4.607	3.850	7.143	6.691
Sonstige <sup>1</sup>	3	35	18	–	874	1.093	2.258	2.073	3.153	3.201
<b>Insgesamt</b>	<b>138.689</b>	<b>148.227</b>	<b>29.895</b>	<b>26.537</b>	<b>61.667</b>	<b>60.471</b>	<b>245.026</b>	<b>228.469</b>	<b>475.277</b>	<b>463.704</b>

<sup>1</sup> Umfasst supranationale Organisationen und andere Engagements, die wir keiner bestimmten Region zugeordnet haben.

Die folgende Tabelle zeigt unsere wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach Branchenzugehörigkeit unserer Geschäftspartner.

Kreditrisikoprofil nach Branchen in Mio €	Kredite		Eventualverbindlichkeiten		OTC-Derivate		Handelbare Aktiva		Insgesamt	
	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003
Banken und Versicherungen	7.787	10.521	4.921	4.990	44.450	46.597	51.406	62.480	108.564	124.588
Verarbeitendes Gewerbe	13.270	16.155	8.028	7.834	1.837	1.997	15.919	18.241	39.054	44.227
Private Haushalte	57.076	54.937	1.372	862	285	357	–	–	58.733	56.156
Öffentliche Haushalte	3.278	2.309	1.630	377	5.838	3.984	140.614	104.648	151.360	111.318
Handel	10.288	11.824	2.274	2.454	684	691	3.062	3.589	16.308	18.558
Gewerbliche Immobilien	14.102	13.606	313	722	763	300	1.755	1.447	16.933	16.075
Sonstige	32.888 <sup>1</sup>	38.875 <sup>1</sup>	11.357	9.298	7.810	6.545	32.270	38.064	84.325	92.782
<b>Insgesamt</b>	<b>138.689</b>	<b>148.227</b>	<b>29.895</b>	<b>26.537</b>	<b>61.667</b>	<b>60.471</b>	<b>245.026</b>	<b>228.469</b>	<b>475.277</b>	<b>463.704</b>

<sup>1</sup> Einschließlich Leasingfinanzierungen.

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei große Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.
- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe, Kreditlinien sowie Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.

### Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt unsere wesentlichen Firmenkreditengagementkategorien nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner.

Diese Tabelle zeigt den anhaltenden Rückgang unseres Firmenkreditbuchs, der vorwiegend in Deutschland und in geringerem Maße in den USA stattfand, sowie eine generelle Verbesserung der Kreditqualität unserer ausleihebezogenen Kreditrisikoengagements. Die gegenüber 2003 eingetretene Veränderung der Bonität unseres Firmenkreditportfolios im Jahr 2004 ist in erster Linie das Ergebnis unserer verstärkten Risikodisziplin und eines verbesserten Kreditumfelds, das im Jahresverlauf beobachtet wurde. Das belegt auch der anteilige Anstieg unserer Firmenkredite mit Investment-Grade-Rating von 58% am 31. Dezember 2003 auf 60% am 31. Dezember 2004 mit einer entsprechenden Verringerung der Kredite, die als Sub-investment Grade eingestuft werden.

Bonitätsklasse in Mio €	Kredite		Eventualverbindlichkeiten		OTC-Derivate		Handelbare Aktiva		Insgesamt	
	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2003
AAA-AA	12.363	12.167	3.209	2.992	27.885	27.014	133.839	126.010	177.296	168.183
A	10.852	13.871	8.045	5.627	18.194	17.195	32.217	33.383	69.308	70.076
BBB	22.794	26.265	10.242	7.886	10.087	11.750	38.264	32.676	81.387	78.577
BB	21.375	25.292	6.058	6.573	4.675	3.784	28.436	23.417	60.544	59.066
B	4.778	5.749	1.707	1.799	649	621	8.830	6.756	15.964	14.925
CCC und schlechter	4.107	6.947	634	1.660	177	107	3.440	6.227	8.358	14.941
<b>Insgesamt</b>	<b>76.269</b>	<b>90.291</b>	<b>29.895</b>	<b>26.537</b>	<b>61.667</b>	<b>60.471</b>	<b>245.026</b>	<b>228.469</b>	<b>412.857</b>	<b>405.768</b>

### Konsumentenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Konsumentenkreditengagement, Konsumentenkredite, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befinden, sowie die Nettokreditkosten. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement (in Mio €)		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2003
Konsumentenkreditengagement Deutschland	47.395	45.167	2,20%	2,38%	0,42%	0,53%
Konsumenten- und Kleinbetriebs- finanzierungen	10.060	10.550	2,48%	2,54%	1,36%	1,36%
Immobilienfinanzierungen	37.335	34.617	2,12%	2,33%	0,17%	0,28%
Konsumentenkreditengagement übriges Europa	15.025	12.769	1,21%	1,54%	0,47%	0,52%
<b>Konsumentenkreditengagement insgesamt</b>	<b>62.420</b>	<b>57.936</b>	<b>1,96%</b>	<b>2,19%</b>	<b>0,43%</b>	<b>0,53%</b>

Das Volumen unseres Konsumentenkreditengagements erhöhte sich im Jahr 2004 um 4,5 Mrd € oder 7,7% gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg resultierte vorwiegend aus der Aufnahme der DB Bauspar AG mit einem Betrag von 1,4 Mrd € in das homogene Portfolio sowie aus der Ausweitung unserer Portfolios in Italien (um 1,4 Mrd €) und Spanien (um 0,7 Mrd €). Die gesamten Nettokreditkosten sind von 0,53% des Gesamtengagements im Jahr 2003 auf 0,43% in 2004 gefallen, was vor allem auf eine verbesserte Zahlungsmoral der Kunden zurückzuführen ist. In Deutschland reduzierten sich Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig waren, von 2,38% auf 2,20%, was mit dem verringerten Zahlungsverzug bei Konsumentenkrediten und Kleinbetriebsfinanzierungen sowie bei Immobilienfinanzierungen zusammenhing. Der niedrigere Anteil von Krediten, die im übrigen Europa 90 Tage oder mehr überfällig waren, resultiert vor allem aus beschleunigten Abschreibungen in Polen und Italien auf Grund von Verfeinerungen von Arbeitsabläufen und Verfahren.

### Kreditengagement aus Derivaten

Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kreditrisikos sind wir üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Swaprahmenvertrag der International Swap Dealers Association). Mit Hilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte verrechnet werden, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so dass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (sogenanntes Close-out Netting). Wir schließen auch sogenannte Payment-Netting-Vereinbarungen ab, mit denen wir zur Verringerung unseres Kapitalausfallrisikos nicht simultane Cashflowleistungen verrechnen. Solche Vereinbarungen schließen wir häufig im Währungsgeschäft ab.

Zur internen Messung von Kreditengagements setzen wir Nettingverfahren nur dann ein, wenn wir sie für die jeweilige Jurisdiktion und den jeweiligen Geschäftspartner für rechtlich durchsetzbar halten. Wir gehen auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um unser derivatebezogenes Kreditrisiko zu verringern. Diese Sicherheitenvereinbarungen führen in der Regel zur Risikominderung durch periodische (meist tägliche) Bewertung des betreffenden Portfolios beziehungsweise der Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass die Sicherheiten durchsetzbar sind, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in unseren Engagementmessverfahren wider.

Da der Wiederbeschaffungswert unseres Portfolios auf Grund von Marktpreisbewegungen und Veränderungen der Transaktionen im Portfolio schwankt, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Wir messen unser potenzielles künftiges Engagement anhand von separaten Limiten, die ein Vielfaches des Kreditlimits betragen können. Die Analyse unseres potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen wir die

unmittelbare Auswirkung von extremen Marktereignissen auf unsere Engagements messen können (wie beispielsweise Eventrisiken in unserem Emerging-Markets-Portfolio).

#### **Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft**

Anders als im Fall unseres Standardkreditgeschäfts haben wir in der Regel mehrere Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren OTC-Derivaten zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Transaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen.

Sollte die Kündigung der Transaktionen beziehungsweise der entsprechenden Rahmenvereinbarung zu einer verbleibenden Nettoverpflichtung des Geschäftspartners führen, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um und steuern sie im Rahmen unseres regulären Spezialkreditmanagements. Infolgedessen zeigen wir keine notleidenden Derivate.



Die folgende Tabelle zeigt die Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke zum 31. Dezember 2004.

31.12.2004 in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr m5 Jahre	über 5 Jahre	Insgesamt			
<b>Zinsbezogene Geschäfte:</b>							
OTC-Produkte:							
FRA's	1.142.075	66.308	1.811	1.210.194	565	- 884	- 319
Zinsswaps (gleiche Währung)	3.663.495	5.141.770	3.889.726	12.694.991	191.570	- 189.289	2.281
Zinsoptionenkäufe	469.424	405.518	465.565	1.340.507	25.540	-	25.540
Zinsoptionenverkäufe	362.540	459.100	495.247	1.316.887	-	- 27.674	- 27.674
Sonstige Zinsgeschäfte	-	-	-	-	-	-	-
Börsengehandelte Produkte:							
Zinsfutures	461.919	4.090	23	466.032	-	-	-
Zinsoptionenkäufe	56.100	-	-	56.100	61	-	61
Zinsoptionenverkäufe	83.692	-	-	83.692	-	- 38	- 38
<b>Zwischensumme</b>	<b>6.239.245</b>	<b>6.076.786</b>	<b>4.852.372</b>	<b>17.168.403</b>	<b>217.736</b>	<b>- 217.885</b>	<b>- 149</b>
<b>Währungsbezogene Geschäfte:</b>							
OTC-Produkte:							
Devisentermingeschäfte	413.924	24.583	2.339	440.846	7.466	- 9.370	- 1.904
Cross Currency Swaps	1.361.758	264.895	151.340	1.777.993	48.510	- 44.234	4.276
Devisenoptionenkäufe	355.334	32.650	4.414	392.398	9.098	-	9.098
Devisenoptionenverkäufe	359.385	38.198	2.588	400.171	-	- 9.001	- 9.001
Börsengehandelte Produkte:							
Devisenfutures	6.521	5	-	6.526	-	-	-
Devisenoptionenkäufe	907	-	-	907	20	-	20
Devisenoptionenverkäufe	994	-	-	994	-	- 16	- 16
<b>Zwischensumme</b>	<b>2.498.823</b>	<b>360.331</b>	<b>160.681</b>	<b>3.019.835</b>	<b>65.094</b>	<b>- 62.621</b>	<b>2.473</b>
<b>Aktien-/indexbezogene Geschäfte:</b>							
OTC-Produkte:							
Aktientermingeschäfte	77	13	-	90	-	- 20	- 20
Aktien-/Indexswaps	50.538	38.652	4.881	94.071	2.812	- 3.841	- 1.029
Aktien-/Indexoptionenkäufe	56.387	81.177	6.998	144.562	13.104	-	13.104
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	58.335	89.942	12.028	160.305	-	- 14.850	- 14.850
Börsengehandelte Produkte:							
Aktien-/Indexfutures	39.040	-	-	39.040	-	-	-
Aktien-/Indexoptionenkäufe	51.516	29.310	2.065	82.891	5.358	-	5.358
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	49.203	30.764	4.398	84.365	-	- 5.398	- 5.398
<b>Zwischensumme</b>	<b>305.096</b>	<b>269.858</b>	<b>30.370</b>	<b>605.324</b>	<b>21.274</b>	<b>- 24.109</b>	<b>- 2.835</b>
<b>Kreditderivate</b>	<b>35.501</b>	<b>400.964</b>	<b>111.455</b>	<b>547.920</b>	<b>10.036</b>	<b>- 15.260</b>	<b>- 5.224</b>
<b>Sonstige Geschäfte:</b>							
OTC-Produkte:							
Edelmetallgeschäfte	22.499	22.772	4.017	49.288	2.743	- 1.613	1.130
Sonstige Geschäfte	72.627	57.171	1.555	131.353	7.653	- 6.794	859
Börsengehandelte Produkte:							
Futures	8.801	112	8	8.921	-	-	-
Optionenkäufe	4.830	-	-	4.830	381	-	381
Optionenverkäufe	5.279	-	-	5.279	-	- 383	- 383
<b>Zwischensumme</b>	<b>114.036</b>	<b>80.055</b>	<b>5.580</b>	<b>199.671</b>	<b>10.777</b>	<b>- 8.790</b>	<b>1.987</b>
<b>OTC-Geschäft insgesamt</b>	<b>8.423.899</b>	<b>7.123.713</b>	<b>5.153.964</b>	<b>20.701.576</b>	<b>319.097</b>	<b>- 322.830</b>	<b>- 3.733</b>
<b>Börsengehandeltes Geschäft insgesamt</b>	<b>768.802</b>	<b>64.281</b>	<b>6.494</b>	<b>839.577</b>	<b>5.820</b>	<b>- 5.835</b>	<b>- 15</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>9.192.701</b>	<b>7.187.994</b>	<b>5.160.458</b>	<b>21.541.153</b>	<b>324.917</b>	<b>- 328.665</b>	<b>- 3.748</b>
<b>Positive Marktwerte nach Nettingvereinbarungen</b>					<b>67.486</b>		

## Länderrisiko

Zur Steuerung des Länderrisikos stützen wir uns auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

- *Gesamtengagement gegenüber Geschäftspartnern.* Hierzu zählen wir alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten an Geschäftspartner, die in einem beliebigen Land ansässig sind und die wir für gefährdet halten, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten („Country Risk Event“). Es schließt Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften ein, die nicht durch Patronatserklärung abgedeckt sind, sowie ausländische Niederlassungen von lokalen Geschäftspartnern.
- *Transferrisikoengagement.* Das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und -williger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen nicht in der Lage ist, Devisen zu beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietsansässige zu übertragen („Transfer Risk Event“). Dazu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten, die von einer unserer Stellen in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausgereicht werden.
- *Event-Risk-Szenarien mit hohem Stressfaktor.* Wir verwenden Stresstests zur Messung von potenziellen Marktrisiken unserer Handelspositionen und betrachten diese als Marktrisiken.

### Länderrisikoratings

Unsere Länderrisikoratings sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Diese Ratings werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Research-Team im Kreditrisikomanagement ermittelt. Sie beinhalten:

- *Sovereignrating.* Eine Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung beziehungsweise seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- *Transferrisikorating.* Eine Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Transfer Risk Event“ eintritt (in der Regel als Teil eines „Country Risk Event“).
- *Event-Risk-Rating.* Nähere Erläuterungen nachstehend im Abschnitt „Marktrisiko“.

Sämtliche Sovereign- und Transferrisikoratings werden mindestens einmal im Jahr vom Group Credit Policy Committee überprüft. Zudem überprüft unser Länderrisiko-Research-Team mindestens vierteljährlich unsere Ratings für die wichtigsten Emerging-Markets-Länder. Ratings für Länder, die wir für besonders volatil halten, sowie sämtliche Event-Risk-Ratings werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Ferner vergleichen wir unsere internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Ratingagenturen.

### Länderrisikolimit

Unser Länderrisikoengagement steuern wir mit Hilfe eines Rahmenwerks von Limiten. Die Bank begrenzt und überwacht ihr Engagement in Emerging Markets besonders intensiv. Wir definieren Emerging Markets als alle Länder Lateinamerikas (einschließlich der Karibik), Asiens (außer Japan), Osteuropas, des Mittleren Ostens sowie Afrikas. Die Limite überprüfen wir mindestens einmal im Jahr zusammen mit den Länderrisikoratings. Länderlimite werden entweder vom Vorstand oder im Rahmen delegierter Kompetenz vom Group Credit Policy Committee festgelegt.

### Überwachung des Länderrisikos

Unsere Konzernbereiche sind verantwortlich für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen unser Länderrisiko auf der Grundlage von Daten, die das Controlling zur Verfügung stellt. Das Group Credit Policy Committee überprüft ebenfalls Daten zum Transferrisiko.

### Länderrisikoengagement

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des gesamten Nettoengagements gegenüber Geschäftspartnern in Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten) sowie die nach Regionen gegliederten Inanspruchnahmen des Netto-Transferrisikoengagements gegenüber Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten).

Emerging Markets Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern	7.085	7.296
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern (ohne OTC-Derivate)	5.089	5.329

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Emerging Markets Inanspruchnahme des Netto-Transferrisikoengagements in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Afrika	336	361
Asien (ohne Japan)	998	1.243
Osteuropa	598	641
Lateinamerika	790	938
Mittlerer Osten	877	1.070
<b>Netto-Transferrisikoengagement gegenüber Emerging Markets, insgesamt</b>	<b>3.599</b>	<b>4.253</b>

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Zum 31. Dezember 2004 betrug unser Netto-Transferrisikoengagement gegenüber Emerging Markets (ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern) 3,6 Mrd €. Es reduzierte sich um 15% oder 654 Mio € gegenüber dem 31. Dezember 2003.

### Problemkredite

Unsere Problemkredite umfassen Kredite, für welche die Zinsabgrenzung eingestellt ist, sowie Kredite, deren Zins- und/oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, für die wir die Zinsen aber weiterhin abgrenzen, sowie notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung. In den Problemkrediten sind sämtliche Kredite enthalten, bei denen das Management auf Grund bekannter Informationen über mögliche Kreditprobleme der Kreditnehmer erheblich daran zweifelt, dass die Kreditnehmer ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können.

Ergänzend hatten wir am 31. Dezember 2004 leistungsgestörte zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 83 Mio €. Diese Beträge sind nicht in unseren Problemkrediten insgesamt enthalten.

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Problemkredite 2004 und 2003:

in Mio €	31.12.2004			31.12.2003		
	Notleidende Kredite <sup>1</sup>	Leistungs-gestörte homogene Kredite	Insgesamt	Notleidende Kredite <sup>1</sup>	Leistungs-gestörte homogene Kredite	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	3.401	1.098	4.499	4.980	1.062	6.042
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	26	221	247	74	306	380
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	89	–	89	201	–	201
<b>Problemkredite insgesamt</b>	<b>3.516</b>	<b>1.319</b>	<b>4.835</b>	<b>5.255</b>	<b>1.368</b>	<b>6.623</b>

<sup>1</sup> Kredite, bei denen es voraussichtlich nicht möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen einzutreiben.

Die Verringerung der Problemkredite insgesamt im Jahr 2004 um 1,8 Mrd € ist zurückzuführen auf Bruttoabschreibungen in Höhe von 1,4 Mrd €, eine Wechselkursbedingte Reduktion von 0,1 Mrd € sowie einen Nettorückgang der Problemkredite um 0,3 Mrd €. In den leistungsgestörten kleineren standardisierten homogenen Krediten in Höhe von 1,3 Mrd € sind am 31. Dezember 2004 Kredite von 1,2 Mrd € enthalten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, sowie Kredite von 0,1 Mrd €, die weniger als 90 Tage überfällig sind, bei denen es jedoch nach Einschätzung des Managements angemessen war, die Zinsabgrenzung einzustellen.

Unsere Zusagen, neue Gelder an Kreditnehmer mit Problemkrediten zu geben, beliefen sich zum 31. Dezember 2004 auf 201 Mio €. Davon entfielen 15 Mio € auf Kreditnehmer mit notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung.

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Problemkredite in den letzten zwei Jahren insgesamt, aufgeteilt nach deutschen und ausländischen Geschäftspartnern, nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Kredite ohne Zinsabgrenzung		
Inländische Kunden	3.146	3.448
Ausländische Kunden	1.353	2.594
<b>Kredite ohne Zinsabgrenzung insgesamt</b>	<b>4.499</b>	<b>6.042</b>
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung		
Inländische Kunden	236	335
Ausländische Kunden	11	45
<b>Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung insgesamt</b>	<b>247</b>	<b>380</b>
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung		
Inländische Kunden	71	20
Ausländische Kunden	18	181
<b>Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung insgesamt</b>	<b>89</b>	<b>201</b>

### Kredite ohne Zinsabgrenzung

Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn

- die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und der Kredit weder hinreichend abgesichert ist noch sich im Inkassoprozess befindet oder
- es nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der vertraglichen Cash-flows ratsam war, die Zinsabgrenzung einzustellen.

Sobald für einen Kredit die Zinsabgrenzung eingestellt worden ist, werden alle bisher aufgelaufenen, aber nicht gezahlten Zinsen aus den Zinseinnahmen der aktuellen Periode herausgerechnet. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen werden entweder als Zinserträge oder als Ermäßigung der Kapitalforderung verbucht, je nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit des ausstehenden Kapitals.

Zum 31. Dezember 2004 betragen unsere gesamten Kredite ohne Zinsabgrenzung 4,5 Mrd €, was einem Nettorückgang von 1,5 Mrd € oder 26% gegenüber 2003 entspricht. Der Nettorückgang der Kredite ohne Zinsabgrenzung resultiert vor allem aus Abschreibungen und Netto-reduzierungen unserer Engagements.

Zum 31. Dezember 2003 betragen unsere gesamten Kredite ohne Zinsabgrenzung 6,0 Mrd €, was einem Nettorückgang von 4,1 Mrd € oder 40% gegenüber 2002 entspricht. Der Nettorückgang der Kredite ohne Zinsabgrenzung ist zurückzuführen auf Abschreibungen, Entkonsolidierungen, Effekte aus Wechselkursänderungen, Verfeinerungen von Arbeitsabläufen und Verfahren, Netto-reduzierungen unserer Engagements und eine verbesserte Kreditqualität.

### **Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung**

Es handelt sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen wir aber noch Zinsen abgrenzen. Diese Kredite sind gut abgesichert und befinden sich im Inkassoprozess.

Im Jahr 2004 reduzierten sich unsere 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite mit Zinsabgrenzung um 133 Mio € oder 35% auf 247 Mio €. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Einstellung der Zinsabgrenzung für Kredite sowie auf Abschreibungen zurückzuführen.

Im Jahr 2003 reduzierten sich unsere 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite mit Zinsabgrenzung gegenüber 2002 um 129 Mio € oder 25% auf 380 Mio €. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Einstellung der Zinsabgrenzung für Kredite zurückzuführen.

### **Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung**

Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung sind Kredite, die wir auf Grund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert haben. Dabei wurden Zugeständnisse gemacht, die wir sonst nicht in Betracht gezogen hätten.

Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufrieden stellend bedient, behandeln wir den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung, es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken.

Im Jahr 2004 ermäßigten sich unsere notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung um 112 Mio € oder 56% auf 89 Mio € zum 31. Dezember 2004. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Einstellung der Zinsabgrenzung für Kredite sowie einen Debt-for-Securities-Swap zurückzuführen.

In 2003 sind unsere notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2002 geblieben.

## **Kreditausfälle und Wertberichtigungen**

Entsprechend unseren Erwartungen hinsichtlich wahrscheinlicher Kreditausfälle bilden wir in unserem Kreditportfolio Wertberichtigungen. Das Kreditrisikomanagement ist verantwortlich für die Festsetzung unserer Wertberichtigungen. Diese Wertberichtigungen setzen sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

### **Einzelwertberichtigungen**

Einzelwertberichtigungen sind für alle Kredite vorgesehen, die nach Bewertung der Rückzahlungsfähigkeit des Geschäftspartners als notleidend erachtet werden. Kredite gelten als leistungsgestört, wenn es voraussichtlich nicht möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen einzutreiben. Die Höhe einer eventuell erforderlichen Einzelwertberichtigung wird unter Berücksichtigung des Barwerts der zukünftigen Cashflows, des Fair Value der Besicherung oder des Marktwerts des Kredits bestimmt.

Sämtliche Kreditengagements, für die bereits Einzelwertberichtigungen bestehen, sowie alle auf unseren „Watchlists“ geführten Engagements werden regelmäßig einer Neubewertung unterzogen.

### Wertberichtigungen für inhärente Risiken

Die Wertberichtigungen für inhärente Risiken betreffen grundsätzlich alle anderen Kredite, die wir nicht als leistungsgestört einschätzen, von denen wir aber glauben, dass sie auf Portfolioebene eingetretene latente Ausfallrisiken beinhalten. Sie umfassen:

**Länderwertberichtigungen.** Wir bilden eine Länderwertberichtigung für Kreditengagements in solchen Ländern, in denen nach Einschätzung des Managements der Eintritt eines „Transfer Risk Event“ wahrscheinlich ist. Wir legen die Prozentsätze unserer Länderwertberichtigungen auf der Grundlage von historischen Verlustdaten und aktuellen Marktdaten wie wirtschaftlichen, politischen und anderen relevanten Faktoren, die die Finanzposition eines Landes beeinflussen, fest. Bei unserer Entscheidung konzentrieren wir uns auf das von uns für das jeweilige Land festgesetzte Transferrisikoring sowie auf die Höhe und Art der verfügbaren Sicherheiten.

**Wertberichtigungen für das standardisierte homogene Portfolio.** Unser Portfolio von kleineren standardisierten homogenen Krediten beinhaltet persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe, Kreditlinien sowie Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft. Diese Kredite werden zur Bestimmung von inhärenten Verlusten zusammengefasst bewertet, und zwar auf Grund von Analysen historischer Verlustdaten jeder Produktkategorie nach Kriterien wie Stand des Zahlungsverzugs und Liquidationswerten von Sicherheiten. Die daraus resultierende Wertberichtigung umfasst den inhärenten Verlust sowohl für die ordnungsgemäß bedienten Kredite als auch für die leistungsgestörten Kredite innerhalb des standardisierten homogenen Portfolios.

**Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken.** Die sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken stellen unsere Schätzung der inhärenten Verluste in unserem Kreditportfolio dar, die noch nicht auf individueller Basis identifiziert wurden, und spiegeln Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bei der Einschätzung unserer Wertberichtigungen wider. Dieser Schätzwert der inhärenten Verluste schließt solche Engagements aus, die wir bereits bei der Bildung unserer Wertberichtigungen für kleinere standardisierte homogene Kredite berücksichtigt haben. Sie berücksichtigen die Ergebnisse des Erwarteten Verlusts, die wir als Teil der oben erläuterten Berechnungen des Ökonomischen Kapitals generieren.

### Richtlinien für Abschreibungen

Abschreibungen werden vorgenommen, wenn wir, basierend auf der Einschätzung des Kreditrisikomanagements, feststellen, dass Kredite uneinbringlich sind. In der Regel wird ein Kredit abgeschrieben, wenn alle wirtschaftlich sinnvollen Eintreibungswege erschöpft sind. Unser Entschluss berücksichtigt Informationen zu wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, auf Grund derer er seine Verpflichtung nicht länger erfüllen kann, oder dass die Erlöse aus den gestellten Sicherheiten zur Rückzahlung des Kredits nicht ausreichen werden. Bei unseren kleineren standardisierten homogenen Krediten nehmen wir grundsätzlich Abschreibungen vor, wenn eine produkt-spezifische Anzahl an überfälligen Tagen erreicht ist.

### Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach der Branche des Kreditnehmers sowie die prozentualen Anteile unseres gesamten Kreditportfolios, die zu den angegebenen Zeitpunkten auf die verschiedenen Branchen entfielen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (außer Prozentsätze)	31.12.2004		31.12.2003	
<b>Inländische Kunden:</b>				
<b>Einzelwertberichtigungen:</b>				
Banken und Versicherungen	–	1%	38	3%
Verarbeitendes Gewerbe	271	5%	338	6%
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	55	11%	68	10%
Private Haushalte – Hypothekenkredite	17	19%	17	17%
Öffentliche Haushalte	–	1%	–	1%
Handel	161	3%	154	3%
Gewerbliche Immobilien	345	8%	350	8%
Sonstiges	278	9%	378	9%
Einzelwertberichtigungen inländische Kunden insgesamt	1.127		1.343	
Wertberichtigungen für inhärente Risiken	417		472	
<b>Inländische Kunden insgesamt</b>	<b>1.544</b>	<b>57%</b>	<b>1.815</b>	<b>57%</b>
<b>Ausländische Kunden:</b>				
Einzelwertberichtigungen	527		1.128	
Wertberichtigungen für inhärente Risiken	273		338	
<b>Ausländische Kunden insgesamt</b>	<b>800</b>	<b>43%</b>	<b>1.466</b>	<b>43%</b>
<b>Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt</b>	<b>2.345</b>	<b>100%</b>	<b>3.281</b>	<b>100%</b>
Einzelwertberichtigungsbestand insgesamt	1.654		2.471	
Wertberichtigungsbestand für inhärente Risiken insgesamt	691		810	
<b>Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt</b>	<b>2.345</b>		<b>3.281</b>	

#### Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

Erhöhungen unseres Wertberichtigungsbestands gehen als Aufwand in unsere Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung ein. Eine Auflösung von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führt zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung des Aufwands für die Bildung von Wertberichtigungen in unserer Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen den Wertberichtigungsbestand erhöhen, ohne Einfluss auf die Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung zu haben.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume:

in Mio € (außer Prozentsätze)	2004	2003
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>3.281</b>	<b>4.317</b>
Abschreibungen		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	3	3
Verarbeitendes Gewerbe	80	57
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	185	169
Private Haushalte – Hypothekenkredite	39	30
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	78	41
Gewerbliche Immobilien	106	59
Leasingfinanzierungen	–	–
Sonstiges	231	217
Inländische Kunden insgesamt	722	576
Ausländische Kunden:		
Ohne Leasingfinanzierungen	672	1.318
Leasingfinanzierungen	–	–
Ausländische Kunden insgesamt	672	1.318
<b>Abschreibungen insgesamt</b>	<b>1.394</b>	<b>1.894</b>
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	1	–
Verarbeitendes Gewerbe	12	7
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	37	48
Private Haushalte – Hypothekenkredite	–	–
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	12	6
Gewerbliche Immobilien	3	2
Leasingfinanzierungen	–	–
Sonstiges	37	36
Inländische Kunden insgesamt	102	99
Ausländische Kunden:		
Ohne Leasingfinanzierungen	50	67
Leasingfinanzierungen	–	1
Ausländische Kunden insgesamt	50	68
<b>Eingänge aus abgeschriebenen Krediten insgesamt</b>	<b>152</b>	<b>167</b>
<b>Nettoabschreibungen insgesamt</b>	<b>1.242</b>	<b>1.727</b>
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	372	1.113
Andere Veränderungen (Effekte aus Wechselkursänderungen und aus Änderungen des Konsolidierungskreises)	– 66	– 422
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>2.345</b>	<b>3.281</b>
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresdurchschnitt	0,86%	1,04%

Am 31. Dezember 2004 betrug unser Wertberichtigungsbestand 2,3 Mrd €, 29% weniger als der Bestand von 3,3 Mrd € Ende 2003. Dieser Rückgang resultierte daraus, dass die Abschreibungen unsere Nettoneubildungen übertrafen.

Unsere Bruttoabschreibungen im Jahr 2004 betragen 1,4 Mrd €, was einem Rückgang von 500 Mio € oder 26% gegenüber 2003 entspricht. 945 Mio € der Abschreibungen für 2004 betrafen unser Firmenkreditengagement, hauptsächlich resultierend aus unseren nordamerikanischen und deutschen Portfolios, und 449 Mio € entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement.



Unsere Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle im Jahr 2004 betrugen 372 Mio €. Der Rückgang von 741 Mio € oder 67% gegenüber dem Vorjahr spiegelt die im Jahresverlauf zu beobachtende Verbesserung des Kreditumfelds – unterstützt durch einige signifikante Auflösungen – sowie die Fortsetzung unserer strengen Risikodisziplin wider. Die Zuführung setzt sich aus netto neu gebildeten Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen. 73% unserer in 2004 gebildeten Wertberichtigungen entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement.

Am 31. Dezember 2004 betrug unser Bestand an Einzelwertberichtigungen 1,7 Mrd € – eine Ermäßigung um 817 Mio € oder 33% gegenüber 2003. Die Veränderung des Wertberichtigungsbestands beinhaltet netto neu gebildete Einzelwertberichtigungen in Höhe von 134 Mio €, die auch eine Nettoauflösung von 18 Mio € für ausländische Kunden umfassen. Die Nettoneubildung war 85% niedriger als im Vorjahr und wurde durch Nettoabschreibungen von 889 Mio € mehr als kompensiert. Einzelwertberichtigungen bilden die größte Komponente unseres Gesamtbestands an Wertberichtigungen im Kreditgeschäft.

Am 31. Dezember 2004 betrug unser Bestand an Wertberichtigungen für inhärente Risiken 691 Mio €, was einem Rückgang um 119 Mio € oder 15% gegenüber dem Stand am Ende des Jahres 2003 entspricht. Der Nettorückgang resultierte vor allem aus Nettoabschreibungen in Höhe von 353 Mio € in unserem standardisierten homogenen Portfolio, die teilweise durch Nettoneubildungen in Höhe von 270 Mio € kompensiert wurden. Zusätzlich konnten wir im Jahr 2004 per saldo einen Rückgang von 35 Mio € des Bestands in unseren sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken verzeichnen.

Unser Wertberichtigungsbestand am 31. Dezember 2003 betrug 3,3 Mrd €, 24% weniger als der Bestand von 4,3 Mrd € Ende 2002. Diese Abnahme ging vor allem auf Abschreibungen, die unsere Nettoneubildungen übertrafen, zurück. Dies resultiert aus Engagements, die größtenteils im Jahr 2002 wertberichtigt und in 2003 abgeschrieben wurden, vor allem in der Telekommunikationsbranche. Zudem sind 422 Mio € der Verringerung unseres Wertberichtigungsbestands auf Wechselkursänderungen und Entkonsolidierungen zurückzuführen.

Unsere Bruttoabschreibungen im Jahr 2003 betrugen 1,9 Mrd €, was einem Rückgang von 834 Mio € oder 31% gegenüber 2002 entspricht. 1,3 Mrd € der Abschreibungen für 2003 betrafen unser Firmenkreditengagement, hauptsächlich resultierend aus unseren nordamerikanischen und deutschen Portfolios, und 579 Mio € entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement.

Unsere Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle im Jahr 2003 betrugen 1,1 Mrd €. Der Rückgang um 47% gegenüber dem Vorjahr spiegelt die verbesserte Qualität unseres Firmenkreditportfolios wider, wie der anteilige Anstieg unserer Firmenkredite mit Investment-Grade-Rating belegt. Die Zuführung setzt sich aus netto neu gebildeten Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen. Die Neubildung für das Jahr bestand überwiegend aus Einzelwertberichtigungen, die gegenüber einer großen Bandbreite von Industriesegmenten benötigt wurden, von denen die beiden größten die Versorgungsbranche sowie das verarbeitende Gewerbe und Maschinenbau waren.

Am 31. Dezember 2003 betrug unser Bestand an Einzelwertberichtigungen 2,5 Mrd € – eine Ermäßigung um 673 Mio € oder 21% gegenüber 2002. Die Veränderung des Wertberichtigungsbestands beinhaltet netto neu gebildete Einzelwertberichtigungen in Höhe von 918 Mio €, die zu 70% auf ausländische Kunden entfallen. Die Nettoneubildung war 53% niedriger als im Vorjahr und wurde durch Nettoabschreibungen von 1,2 Mrd € mehr als kompensiert. Einzelwertberichtigungen bilden die größte Komponente unseres Bestands an Wertberichtigungen im Kreditgeschäft insgesamt. Folglich ist die Nettoermäßigung unseres Einzelwertberichtigungsbestands für 2003 ebenfalls auf erhöhte Abschreibungen, die unsere Nettoneubildungen übertrafen, zurückzuführen. Dies resultiert aus Engagements, die größtenteils im Jahr 2002 wertberichtigt und in 2003 abgeschrieben wurden, vor allem in der Telekommunikationsbranche. Die Verringerung unseres Einzelwertberichtigungsbestands ist auch auf Wechselkursänderungen und Entkonsolidierungen zurückzuführen.

Am 31. Dezember 2003 betrug unser Bestand an Wertberichtigungen für inhärente Risiken 810 Mio €, was einem Rückgang um 363 Mio € oder 31% gegenüber dem Stand am Ende des Jahres 2002 entspricht. Der Nettorückgang resultierte vor allem aus Nettoabschreibungen in Höhe von 506 Mio € in unserem standardisierten homogenen Portfolio, worin 240 Mio € auf Grund von Verfeine-

rungen von Arbeitsabläufen und Verfahren enthalten waren. Die Veränderung des Bestands an Wertberichtigungen reflektierte außerdem Zuführungen zu Wertberichtigungen für das standardisierte homogene Portfolio in Höhe von 308 Mio €. Zusätzlich konnten wir im Jahr 2003 per saldo einen Rückgang von 158 Mio € des Bestands in unseren sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken verzeichnen, was auf den fortgesetzten Abbau unseres Firmenkreditengagements, unter anderem durch Kreditverkäufe und Entkonsolidierungen, sowie die insgesamt verbesserte Qualität unserer Firmenkredite und auf Effekte aus Wechselkursänderungen zurückzuführen war.

### Ausländische Komponente des Wertberichtigungsbestands

Die nachstehende Tabelle analysiert die Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2004 entfielen 34% unseres gesamten Wertberichtigungsbestands auf ausländische Kunden.

in Mio €	2004	2003
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>1.466</b>	<b>2.446</b>
Abschreibungen	672	1.318
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	50	68
Nettoabschreibungen insgesamt	622	1.250
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	25	590
Andere Veränderungen (Effekte aus Wechselkursänderungen und aus Änderungen des Konsolidierungskreises)	- 69	- 320
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>800</b>	<b>1.466</b>

### Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die nachstehende Tabelle analysiert die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

in Mio €	2004	2003
<b>Bestand am Jahresanfang</b>	<b>416</b>	<b>485</b>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 65	- 50
Andere Veränderungen (Effekte aus Wechselkursänderungen und aus Änderungen des Konsolidierungskreises)	- 6	- 19
<b>Bestand am Jahresende</b>	<b>345</b>	<b>416</b>

### Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung der Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko („Settlement Risk“) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren beziehungsweise anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle leiten, die als Vertreter beider Parteien operiert und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, was zum Beispiel üblicherweise bei Devisengeschäften der Fall ist, stellt die simultane Initialisierung der Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen aus der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar („Free Settlement“). In solchen Fällen können wir eine Minderung des Abwicklungsrisikos anstreben, indem wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für im „Free Settlement“-Verfahren getätigte Geschäfte bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Wir aggregieren Abwicklungsrisikolimits nicht mit

anderen Kreditengagements für Kreditgenehmigungszwecke, berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

## Marktrisiko

Nahezu alle unsere Geschäfte unterliegen dem Risiko von Änderungen in Marktpreisen und Kursen, die zu Gewinnen oder Verlusten führen. Wir unterscheiden vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiken,
- Aktienkursrisiken,
- Währungsrisiken und
- Rohwarenpreisrisiken.

Zins- und Aktienkursrisiken bestehen jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen auf Grund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat.

### Grundkonzept des Marktrisikomanagements

Marktrisiken ergeben sich sowohl bei Handels- als auch bei Nichthandelsgeschäften. Wir gehen Risiken ein durch Market-making und die Übernahme von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Devisen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in den entsprechenden Derivaten.

Wir nutzen eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und entsprechende Limite zu setzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, mit der wir alle Marktrisiken sowohl im Handels- als auch Nichthandelsportfolio beschreiben und aggregieren. Daneben nutzen wir mit dem Value-at-risk eine gängige Methode, um unsere handelsbezogenen Marktrisiken zu steuern.

Der Vorstand und das Group Risk Committee, unterstützt vom Group Market Risk Management als Teil unserer unabhängigen Risikomanagementfunktion, legen ein konzernweites Value-at-risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Group Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche auf. Darunter werden die Limite auf die untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen weiter aufgeteilt.

Unser Value-at-risk-Ausweis für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis unseres eigenen internen Value-at-risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser internes Value-at-risk-Modell zur Berechnung des Kapitalbedarfs für das allgemeine Marktrisiko und das emittentenspezifische Marktrisiko genehmigt. Diese Genehmigung wurde im Jahr 2000 bestätigt und im Jahr 2002 nochmals erneuert.

Unsere Value-at-risk-Angaben sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche Darstellung des Marktrisikos sowohl für die interne Risikosteuerung als auch für die externe Offenlegung und für aufsichtsrechtliche Zwecke sicherzustellen. Das Value-at-risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 9. März 2004 bei 80 Mio € und vom 10. März bis zum 31. Dezember 2004 bei 90 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99%, wie weiter unten beschrieben, und einer Haltedauer von einem Tag). In den entsprechenden Zeiträumen lag das Value-at-risk-Limit für die Handelspositionen des Gesamtkonzerns bei 82 Mio € beziehungsweise 92 Mio €. Im Jahr 2004 wurden vier zeitweilige Überschreitungen des Konzernlimits vom Vorstand genehmigt.

### Besonderheiten der deutschen aufsichtsrechtlichen Marktrisikomeldung

Nach deutschem Aufsichtsrecht gelten für die Marktrisikomeldung spezifische Regeln, die insbesondere die Konsolidierung von Unternehmen, die Berechnung der Gesamtmarktrisikoposition sowie die Definition des Handelsbuch- und Anlagebuchbestands betreffen.

**Konsolidierung.** Für deutsche aufsichtsrechtliche Meldezwecke werden solche Unternehmen nicht konsolidiert, bei denen es sich nicht um Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen oder Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten handelt. Einige dieser Unternehmen

werden jedoch unter US GAAP konsolidiert. Dazu zählen unsere Versicherungsgesellschaften und bestimmte Investmentgesellschaften, die ihre Marktrisiken im Einklang mit den für diese Unternehmen geltenden Regularien selbst steuern. Zum 31. Dezember 2004 hielten diese Unternehmen 10,0 Mrd € an Nichthandelsaktiva, während die Handelsaktiva nicht materiell waren.

**Gesamtmarktrisikoposition.** Wir schließen bei unserem Marktrisikoaussweis Positionen in fremder Währung aus, die nach deutschem Aufsichtsrecht von der Berechnung der Währungsgesamtposition ausgeschlossen werden dürfen. Hierbei handelt es sich um Währungspositionen, die vom haftenden Eigenkapital abgezogen oder in vollem Umfang mit haftendem Eigenkapital unterlegt werden, sowie Beteiligungen an verbundenen Unternehmen in fremder Währung, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden (strukturelle Währungspositionen). Am 31. Dezember 2004 hatten diese Positionen einen Buchwert von insgesamt 12,3 Mrd € und lauteten vor allem auf US-Dollar (64%), Pfund Sterling (17%) und japanische Yen (8%).

**Definition des Handelsbuch- und Anlagebuchbestands.** Wir halten Aktiva, die in den Value-at-risk der Handelsbereiche einbezogen werden, obwohl sie nach US GAAP nicht zum Handelsbestand zählen. Bei diesen Aktiva handelt es sich typischerweise um handelbare Kredite und Geldmarktdarlehen, die vor allem unseren Geschäftssparten Global Corporate Finance und Global Markets zufallen. Zum Jahresende 2004 wurden Kredite in Höhe von 2,1 Mrd € im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Meldung dem Handelsbuch zugeordnet. Umgekehrt halten wir auch Positionen, die für aufsichtsrechtliche Meldezwecke dem Anlagebuch zugeordnet werden, obwohl sie nach US GAAP zum Handelsbestand zählen. Zum 31. Dezember 2004 umfassten diese Positionen Derivate mit einem positiven Marktwert von insgesamt 1,1 Mrd € sowie Derivate mit einem negativen Marktwert von insgesamt 1,5 Mrd €, die nach US GAAP als Non-qualifying Hedges ausgewiesen wurden.

### Value-at-risk-Analyse

Der Value-at-risk-Ansatz dient dazu, ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Dabei wird eine Schätzung des potenziellen künftigen Verlusts (bezogen auf den Marktwert) vorgenommen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Das Risikomaß Value-at-risk ermöglicht es uns, ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anzuwenden. Es erlaubt auch einen Vergleich der ermittelten Marktrisiken sowohl über einen bestimmten Zeitraum hinweg als auch mit den tatsächlichen täglichen Handelserträgen.

Wir berechnen den Value-at-risk sowohl für interne als auch externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99%, gemäß den Bestimmungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Für interne Meldezwecke legen wir eine Haltedauer von einem Tag zu Grunde. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Wir sind davon überzeugt, dass unser Value-at-risk-Modell alle wesentlichen Risikofaktoren unter Annahme normaler Marktbedingungen berücksichtigt. Beispiele solcher Risikofaktoren sind Zinssätze, Aktienkurse, Währungskurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Die statistischen Parameter, die für die Value-at-risk-Berechnung erforderlich sind, werden auf Basis einer Beobachtungszeitreihe über die letzten 261 Handelstage (was mindestens einem Kalenderjahr entspricht) bestimmt, wobei jede Beobachtung gleich gewichtet wird. Generell benutzen wir zur Value-at-risk-Berechnung das Monte Carlo-Simulationsverfahren, wobei wir annehmen, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen. Bei einigen Portfolios wie beispielsweise im Integrated Credit Trading und im Verbriefungsgeschäft verwenden wir jedoch weiterhin einen Varianz-Kovarianz-Ansatz zur Berechnung spezifischer Zinsrisiken.

Zur Bestimmung unseres aggregierten Value-at-risk benutzen wir historisch beobachtete Korrelationen zwischen den verschiedenen allgemeinen Marktrisikoklassen. Bei der Aggregation allgemeiner und spezifischer Marktrisiken nehmen wir hingegen an, dass beide Risikokomponenten unkorreliert sind.

### Back-testing

Wir benutzen in unseren Handelsbereichen ein Back-testing-Verfahren, um die Vorhersagekraft unserer Value-at-risk-Berechnungen zu prüfen. Bei diesem Verfahren werden auf täglicher Basis die tatsächlich sowie die hypothetisch erzielten Gewinne und Verluste nach der Buy-and-hold-Annahme (entsprechend den deutschen aufsichtsrechtlichen Vorgaben) mit den durch das Value-at-risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Ein Back-testing-Komitee bespricht die Back-testing-Ergebnisse für den Konzern und für die einzelnen Bereiche auf vierteljährlicher Basis. Dem Komitee gehören Risikomanager, Risikocontroller und Business-Area-Controller an. Sie analysieren die aufgetretenen Gewinn- und Verlustschwankungen und prüfen die Prognosegüte unseres Value-at-risk-Modells. Dies wiederum versetzt uns in die Lage, den Risikomessprozess weiterzuentwickeln.

### Stresstests und Ökonomisches Kapital

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, führen wir auch Stresstests durch, bei denen unser Handelsportfolio unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall unseres Value-at-risk-Modells abgedeckt werden, bewertet wird.

Die Ergebnisse dieser Stressszenarien bilden die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, das nach unserer Einschätzung zur Deckung der Marktrisiken aller von uns gehaltenen Positionen benötigt wird. Hierbei werden die zu Grunde liegenden Risikofaktoren (Marktparameter), die sich auf die verschiedenen Produkte auswirken, extrem ausgelenkt, das heißt einer plötzlichen Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen. Stressszenarien leiten wir aus historischen Worst-Case-Szenarien ab, berücksichtigen aber auch strukturelle Veränderungen der Märkte.

Für alle Emerging Markets berechnen wir beispielsweise länderspezifische Event-Risk-Szenarien und überprüfen die Ergebnisse dieser Event-Risk-Analysen täglich. Darüber hinaus prüft ein Komitee auf zweiwöchentlicher Basis Länderratings und Scenario-Loss-Limite.

Zusätzlich zu den länderspezifischen Event-Risk-Szenarien für Emerging Markets werden die Positionen aller bedeutenden Portfolios in regelmäßigen Abständen Marktstressszenarien unterworfen. Für die Handelsportfolios geschieht das auf wöchentlicher und für die Nichthandelsportfolios auf monatlicher Basis.

Unsere Stresstestszenarien beinhalten im Einzelnen:

- Preis- und Volatilitätsrisiken für Zinsen, Aktienkurse, Währungskurse und Rohwarenpreise für Industrieländer. Dabei berücksichtigen wir sowohl Handels- und Nichthandelsbestände an Wertpapieren und Investments als auch Handelsportfolios in Derivaten. Darüber hinaus werden zahlreiche Basisrisiken erfasst;
- Risiken in Emerging Markets, einschließlich sinkender Aktienkurse, starker Zinsschwankungen und Devisenabwertungen;
- Risiken aus Änderungen der emittentenbezogenen Renditedifferenzen für Anleihen, Kreditderivate und handelbare Kredite aus Industrie- und Emerging-Markets-Ländern;
- Underwritingrisiken im Anleihe- und Aktienemissionsgeschäft.

Wir berechnen das Ökonomische Kapital, indem wir die Verluste aus diesen Stressszenarien aggregieren. Dabei benutzen wir Korrelationen, die extreme Marktbedingungen widerspiegeln (an Stelle von Korrelationen, die bei normalen Marktbedingungen gelten).

Im Jahr 2004 haben wir unsere Stresstestprozesse und ihre Parametrisierung weiter verfeinert und verbessert. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für die Marktrisiken in unseren Handelsbereichen betrug 1,6 Mrd € zum 31. Dezember 2004 (und durchschnittlich 1,5 Mrd € für den Monat Dezember 2004), verglichen mit 1,0 Mrd € zum 31. Dezember 2003. Ein wesentlicher Teil des Anstiegs des Ökonomischen Kapitals für unsere handelsbezogenen Marktrisiken resultiert aus der verfeinerten Stresstestparametrisierung, die wir 2004 eingeführt haben. Wendet man die vorher benutzten Parameter auf Pro-forma-Basis auf den Handelsbestand zum Jahresende 2004 an, so führt dies im Jahresvergleich zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitals für unsere handelsbezogenen Marktrisiken von 0,2 Mrd € anstatt 0,6 Mrd €.

### Grenzen unserer eigenen Risikomodelle

Wenngleich wir davon überzeugt sind, dass unsere eigenen Marktrisikomodelle einen hohen Standard aufweisen, entwickeln wir diese Modelle ständig weiter und stellen beträchtliche Ressourcen für ihre Überprüfung und Verbesserung bereit.

Die Ergebnisse unserer Stresstests und unsere Abschätzungen für das Ökonomische Kapital sind zwangsläufig durch die Anzahl unserer Stresstests eingeschränkt und durch die Tatsache, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Verlust aus unseren Marktrisikopositionen größer ausfällt als durch unser Ökonomisches Kapital abgeschätzt.

Darüber hinaus sollten bei unseren Value-at-risk-Analysen die Grenzen der zu Grunde liegenden Methode nicht außer Acht gelassen werden. So sollte der Value-at-risk nicht als Maß für den Maximalverlust verstanden werden, der bei unseren Marktrisikopositionen auftreten kann. Zu den Grenzen der Value-at-risk-Methode zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Abschätzung zukünftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse erfasst werden, insbesondere solche, die ihrer Natur nach extrem sind.
- Die Annahme, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen, kann sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.
- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum aufgelöst oder abgesichert werden können. Diese Annahme führt zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos während illiquider Zeitperioden, in denen eine Auflösung oder Absicherung der Positionen unter Umständen nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99% werden Verluste, die über dieses Niveau hinaus auftreten können, weder berücksichtigt noch wird über solche Verluste eine Aussage getroffen.
- Wir berechnen den Value-at-risk an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss. Für untertägige Engagements nehmen wir keine untertägigen Value-at-risk-Berechnungen vor.
- Value-at-risk erfasst nicht alle komplexen Einflüsse der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios und kann demzufolge zu einer Unterschätzung potenzieller Verluste führen. So ist beispielsweise die Art und Weise, in der Sensitivitäten in unser Value-at-risk-Modell einbezogen werden, unter Umständen nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

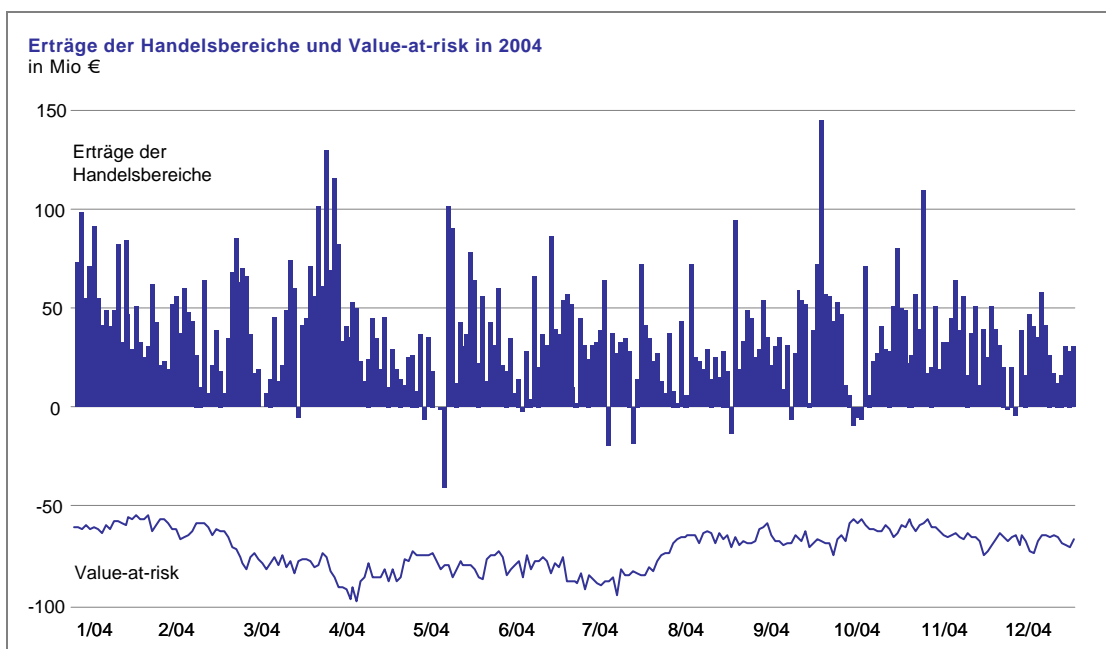
Im Rahmen des Back-testing-Verfahrens erweist sich der aggregierte Value-at-risk für unser handelsbezogenes Marktrisiko als konservativer Risikoschätzer (was durch die Zahl hypothetischer Buy-and-hold-Portfolioverluste im Vergleich zur Value-at-risk-Prognose verdeutlicht wird). Dennoch ergänzen wir im Bewusstsein um die Grenzen der Value-at-risk-Methode unsere Value-at-risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stresstests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene.

### Value-at-risk der Handelsbereiche des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank

Folgende Tabelle zeigt den Value-at-risk unserer Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von einem Tag). Unser handelsbezogenes Marktrisiko außerhalb dieser Bereiche ist immateriell. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem gegebenen Tag der aggregierte Value-at-risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Falls man die Value-at-risk-Werte der einzelnen Risikoklassen zur Berechnung des aggregierten Value-at-risk einfach addiert, so spiegelt dies die Annahme wider, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-risk der Handelsbereiche in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003
Durchschnitt	71,6	48,4	- 38,4	- 33,5	61,7	45,9	30,8	21,9	10,6	7,7	7,0	6,4
Maximum	97,9	72,1	- 61,5	- 57,3	91,1	64,1	45,1	37,0	25,9	17,5	10,8	16,7
Minimum	54,5	32,3	- 28,1	- 21,9	39,7	27,6	19,9	13,0	2,9	3,2	3,8	3,3
Jahresende	66,3	60,0	- 39,8	- 33,8	41,1	52,6	42,6	27,3	17,2	6,8	5,1	7,1

Das folgende Schaubild zeigt den aggregierten täglichen Value-at-risk der Handelsbereiche, unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten, sowie die tatsächlichen Erträge der Handelsbereiche im Jahresverlauf 2004.



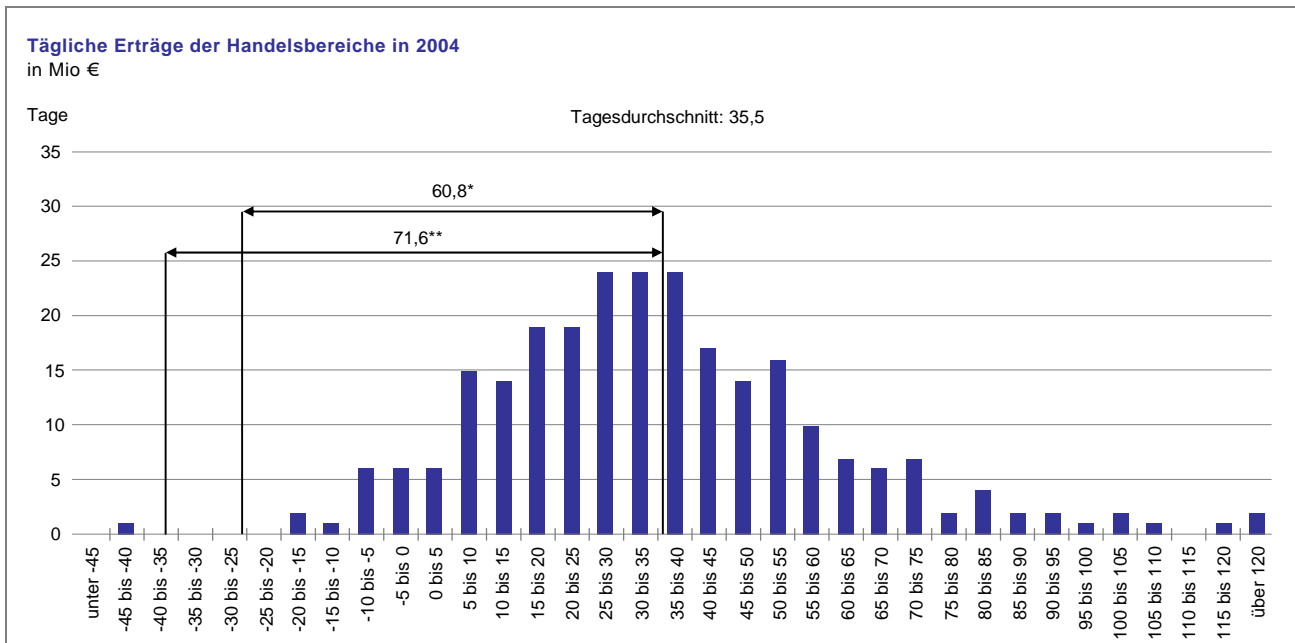
Das höhere Value-at-risk-Niveau um die Jahresmitte ist vor allem auf ein Anwachsen unserer Risikopositionen und einen geringeren Diversifikationsnutzen zurückzuführen. Unsere Value-at-risk-Werte zu Beginn und zum Ende 2004 waren vergleichbar mit dem Niveau zum Jahresende 2003. Im Jahresverlauf 2003 erhöhte sich unser Value-at-risk von durchschnittlich 37,3 Mio € im ersten Quartal auf durchschnittlich 62,6 Mio € im vierten Quartal, so dass der Durchschnitt im vierten Quartal über dem Durchschnitt für das Gesamtjahr 2003 lag.

In 2004 erzielten unsere Handelsbereiche an über 93% der Handelstage einen positiven Ertrag (an über 96% der Handelstage in 2003). Darüber hinaus kam es an keinem Handelstag der beiden Jahre zu einem tatsächlichen Verlust, der die Value-at-risk-Prognose für diesen Tag übertraf.

Zudem trat an keinem Handelstag der Jahre 2004 und 2003 ein hypothetischer Buy-and-hold-Verlust auf, der den prognostizierten Gesamt-Value-at-risk für die Handelsbereiche überstieg. Dies

liegt unterhalb der erwarteten zwei bis drei Ausreißer pro Jahr, die ein Value-at-risk-Modell mit einem 99%igen Konfidenzniveau erwarten lässt, und zeigt, dass unsere Risikoabschätzung konservativ ausfällt.

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge der Handelsbereiche in 2004. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.



\* 99%-Quantil der Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge.  
\*\* Durchschnittlicher Value-at-risk (Konfidenzniveau 99%; Haltedauer von einem Tag).

Neben unserem Back-testing eröffnet uns der Vergleich der Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge mit dem durchschnittlichen Value-at-risk eine weitere Möglichkeit, die Angemessenheit der Value-at-risk-Prognose zu überprüfen. Das Balkendiagramm zeigt, dass das 99%-Quantil der Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche bei einem Wert von nur 60,8 Mio € unterhalb des Tagesdurchschnitts von 35,5 Mio € liegt und somit kleiner ist als die durchschnittliche Value-at-risk-Prognose von 71,6 Mio €.

**Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios**

Das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios begründet die bedeutendste Marktrisikoposition des Konzerns.

**Bewertung des Marktrisikos in unseren Nichthandelsportfolios**

Zur Bewertung des Marktrisikos in unseren Nichthandelsportfolios verwenden wir Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktänderungen sowie die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Abschätzung des Ökonomischen Kapitals, mit Hilfe dessen wir das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios aktiv überwachen und steuern, und steht im Einklang mit der Bewertungsmethodik, die bei Handelspositionen zum Einsatz kommt. So benutzen wir beispielsweise für unsere Industriebeteiligungen individuelle Preisschocks in Höhe von 24% bis 37%, die auf historisch beobachteten Marktänderungen basieren. Darüber hinaus setzen wir Wertminderungen in Höhe von 10% bis 15% an, um Liquiditätsbeschränkungen zu berücksichtigen. Bei Private-Equity-Engagements werden alle Positionen Stressbewegungen unterworfen, die sich zum einen aus der Anwendung unseres Ökonomischen Kapitalmodells für Kreditrisiken und zum anderen aus Marktpreisschocks bis zu



100%, je nach Vermögensgegenstand, ableiten. Siehe hierzu auch „Risikosteuerungsinstrumente – Ökonomisches Kapital“ und „Marktrisiko – Stresstests und Ökonomisches Kapital“.

Auf Grund des Charakters unserer Nichthandelsportfolios sowie der teilweise fehlenden Preistransparenz wird die Größe Value-at-risk nicht als primäre Marktrisikomessgröße herangezogen.

#### Nichthandelsbezogenes Marktrisiko nach Risikoklasse

Das größte Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios ist das Aktienkursrisiko, das weiter unten näher erläutert wird. Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nichthandelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf die Geschäftssparte Global Finance im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-risk-Basis gesteuert und ist in unsere handelsbezogenen Value-at-risk-Zahlen einbezogen.

#### Nichthandelsbezogenes Marktrisiko nach Konzernbereich

Alle Konzernbereiche halten und steuern nichthandelsbezogene Marktrisiken. Das mit Abstand größte nichthandelsbezogene Marktrisiko ergibt sich wie im Vorjahr im Konzernbereich Corporate Investments, vor allem im Bereich der Industriebeteiligungen, sonstigen Unternehmensbeteiligungen und Private-Equity-Investments. Das im Konzernbereich Private Clients and Asset Management vorhandene nichthandelsbezogene Marktrisiko resultiert vorwiegend aus Eigenanlagen in Immobilien, Investmentfonds und Hedgefonds, die zur Unterstützung des Client-Asset-Management-Geschäfts getätigt werden. Im Konzernbereich Corporate and Investment Bank, der den geringsten Teil des nichthandelsbezogenen Marktrisikos verantwortet, stammt dieses überwiegend aus einer geringen Zahl strategischer Investments.

#### Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere Nichthandelsportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere wichtigsten Industriebeteiligungen, sonstigen Unternehmensbeteiligungen (darunter auch EUROHYPO AG und Atradius N.V.) sowie Alternative Assets. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für diese Nichthandelsportfolios belief sich zum Jahresende 2004 auf insgesamt 3,9 Mrd € und fiel somit um 1,0 Mrd € oder 21% niedriger aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2003. In diesem Rückgang kommt die weitere Reduzierung unserer Alternative Assets und Industriebeteiligungen zum Ausdruck, die vorwiegend auf den Verkauf von Private Equity Primary Funds, Venture Portfolio Assets und Immobilieninvestments sowie den Abbau unserer Beteiligung an der DaimlerChrysler AG zurückzuführen ist. In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist kein Diversifikationsnutzen zwischen den verschiedenen Vermögensklassen (zum Beispiel zwischen Industriebeteiligungen, Private-Equity-Investments, Immobilieninvestments und so weiter) berücksichtigt.

Nichthandelsportfolios in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	2004	2003	2004	2003 <sup>1</sup>
Wichtigste Industriebeteiligungen	5,5	6,4	1,2	1,3
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	5,2	5,4	1,8	1,8
Alternative Assets	2,6	4,3	0,9	1,8
Private Equity	1,1	2,0	0,6	1,3
Immobilien	1,3	2,0	0,2	0,4
Hedgefonds	0,2	0,3	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>13,3</b>	<b>16,1</b>	<b>3,9</b>	<b>4,9</b>

<sup>1</sup> Um Konsistenz mit der in 2004 gewählten Assetklassifizierung sicherzustellen, wurde ein Ökonomischer Kapitalbetrag von 0,2 Mrd € für bestimmte Alternative Assets nunmehr den sonstigen Unternehmensbeteiligungen zugewiesen.

Alternative Assets definieren wir als direkte Investments in Private Equity (darunter Venture Capital, Mezzanine Debt und Leveraged-Buy-out-Fonds), Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie Hedgefondsinvestments. Unser Alternative-Assets-Portfolio besteht weiterhin überwiegend aus Immobilieninvestments wie auch Private-Equity-Investments und ist gut diversifiziert. Ungefähr die Hälfte unserer Private-Equity-Investments war in extern gemanagten Fonds investiert.

Wir führen Private Equity-, Venture Capital- und Immobilieninvestments in der Bilanz entweder zu historischen Anschaffungskosten (gegebenenfalls abzüglich Abschreibungen) oder zum Fair Value. Unter bestimmten Umständen – abhängig von unserer Beteiligungsquote oder Befugnissen im Rahmen der Geschäftsführung – wird die Equitymethode zur Bewertung eines Investments angewandt. In einigen Fällen konsolidieren wir im Private-Equity-Bereich getätigte Anlagen. Unsere Investments in Leveraged-Buy-out-Fonds werden nach der Equitymethode bewertet, während Hedgefondsinvestments zum aktuellen Marktwert ausgewiesen werden.

### Management unserer Nichthandelsportfolios

Um eine koordinierte Anlagestrategie, einen konsistenten Risikomanagementprozess und eine angemessene Portfoliodiversifikation sicherzustellen, werden sämtliche Nichthandelsportfolios von unserem Group Corporate Investments/Alternative Assets Governance Committee beaufsichtigt. Unser Global Head of Group Market Risk Management ist gleichzeitig Chief Risk Officer für Corporate Investments und Alternative Assets und ist Mitglied dieses Komitees. Das Komitee legt Anlagestrategien und risiko-adjustierte Renditeerfordernisse fest, setzt Limite und weist den einzelnen Alternative-Assets-Klassen Ökonomisches Kapital zu. Des Weiteren genehmigt das Gremium Richtlinien, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement der Alternative Assets und erhält auf monatlicher Basis Portfolioberichte zur Performance, zu geschätzten Marktwerten und Ökonomischem Kapital sowie zum Risikoprofil der Portfolios. Das Komitee beaufsichtigt auch unser Industriebeteiligungsportfolio und unsere sonstigen Unternehmensbeteiligungen im Konzernbereich Corporate Investments.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Beteiligungssätze und Marktwerte der wichtigsten Industriebeteiligungen, die zum Jahresende 2004 beziehungsweise 2003 direkt und/oder indirekt gehalten wurden. Unser Konzernbereich Corporate Investments, der für die Administration und Restrukturierung unseres Industriebeteiligungsportfolios zuständig ist, beabsichtigt gegenwärtig, die meisten seiner börsennotierten Beteiligungen im Laufe der kommenden Jahre zu verkaufen, abhängig vom rechtlichen Umfeld und von den Marktbedingungen.

Wichtigste Industriebeteiligungen		Kapitalbeteiligung (in %)		Marktwert (in Mio €)	
Name	Sitzland	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2003
DaimlerChrysler AG	Deutschland	10,4	11,8	3.706	4.445
Allianz AG	Deutschland	2,5	2,5	935	965
Linde AG	Deutschland	10,0	10,0	544	509
Südzucker AG	Deutschland	4,8	4,8	128	126
Fiat S.p.A.	Italien	1,0	1,0	59	61
DEUTZ AG	Deutschland	4,5	10,5	12	31
Sonstige	N/A	N/A	N/A	106	242
<b>Insgesamt</b>				<b>5.490</b>	<b>6.379</b>

N/A – Nicht aussagefähig

### Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2004 hat unser Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

### Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Group Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, unsere Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Die zu Grunde liegenden Richtlinien werden regelmäßig von dem Group Asset and Liability Committee überprüft. Die endgültige Genehmigung der Richtlinien erfolgt durch das für Group Treasury verantwortliche Vorstandsmitglied. In den Richtlinien werden die auf den Konzern, die Filialen und die Tochtergesellschaften anzuwendenden Methoden festgelegt.

Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt während des Tages mit der Steuerung der Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und unserem Zugang zu Zentralbanken (operative Liquidität). Als nächstes folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu unbesicherten Finanzierungsquellen und den Liquiditätseigenschaften unseres Bestands an Vermögenswerten befasst (Liquidität der Aktiva). Schließlich umfasst die strategische Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitenprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie.

Zur Bereitstellung von täglichen Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management haben wir ein cashflowbezogenes Reportinginstrument (Lima-System) entwickelt.

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Die Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen, Fallstudien von Liquiditätskrisen oder hypothetischen Modellen.

### **Kurzfristige Liquidität**

Unser Reportinginstrument verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Hiermit können wir unsere kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt sowie nach Geschäftsbereich bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows unserer bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus nicht bilanziellen Transaktionen. Wir modellieren das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mit Hilfe statistischer Methoden zur Erfassung ihres tatsächlichen Verhaltens. Liquiditätsabflusslimite (MCO Limits) zur Begrenzung globaler und regionaler Nettoabflüsse werden täglich überwacht und stellen unseren Zugang zur Liquiditätsversorgung sicher.

### **Unbesicherte Finanzierungsmittel**

Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig vom Mittel, von der Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Das Group Asset and Liability Committee hat für die einzelnen Geschäftsbereiche Limite gesetzt, um unseren Zugang zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern.

### **Liquidität der Aktiva**

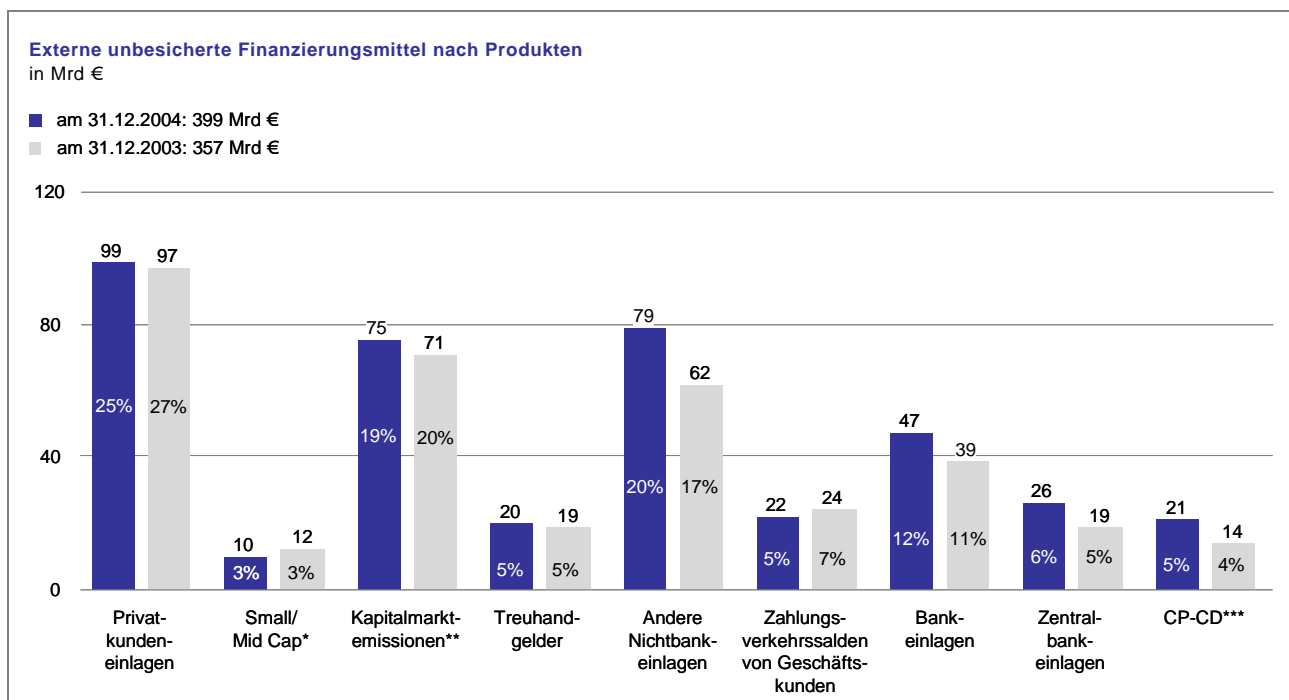
Mit dieser Komponente bestimmen wir die Volumina und Verbuchungsorte unseres konsolidierten Bestands an unbesichert refinanzierten liquiden Aktiva, die wir nutzen können, um Liquidität entweder am Repo-Markt oder durch Verkauf zu generieren. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette unterschiedlicher Wertpapierklassen zusammen. Zunächst trennen wir in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet.

Die Liquidität dieser Aktiva ist ein entscheidender Schutz der Bank vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen. Zusätzlich unterhalten wir ein Portfolio von hochliquiden Wertpapieren in den führenden Weltwährungen in Höhe von 27,2 Mrd. € zur Stellung von Sicherheiten für Barmittelerfordernisse im Rahmen der Clearingaktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen wichtigen Währungen.

### **Diversifikation der Finanzierungsmittel**

Die Diversifikation unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Mitteln ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Liquiditätsmanagements. Unsere Kernfinanzierungsquellen wie Privatkunden-, Mittelstands- und Treuhandeinlagen sowie langfristige Kapitalmarktmittel bilden die Grundlage unseres Verbindlichkeitenprofils. Kundeneinlagen, Gelder institutioneller Anleger sowie Interbankeneinlagen sind weitere Finanzierungsquellen. Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen unbesicherten Finanzierungsmittel zum 31. Dezember 2004 und zum 31. Dezember 2003, jeweils in Mrd €, sowie als prozentualen Anteil an den unbesicherten Verbindlichkeiten insgesamt.



\* Small/Mid Cap: bezeichnet Einlagen mittelständischer deutscher Firmenkunden.  
 \*\* Kapitalmärkte: Infolge der Harmonisierung der Definition von Kapitalmarkt-emissionen wurden unsere unter dem Label „X-Markets“ vermarkteten Produkte herausgerechnet.  
 \*\*\* CP-CD: Commercial Paper/Certificates of Deposit.

### Liquiditätsablaufbilanz

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellen wir alle relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, werden sie unterteilt in liquide Wertpapiere (Einstellung in das Zeitband von einem Jahr und darunter) und illiquide Wertpapiere (gleichmäßige Einstellung in Zeitbänder zwischen zwei und fünf Jahren). Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Hypothekenkredite und Retaileinlagen), werden entsprechend einer Modellanalyse bestimmten Zeitbändern zugeordnet. Wholesaleprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln. Somit können wir offene Liquiditätspositionen identifizieren und steuern. Zusätzlich haben wir ein Instrument zur Vorhersage der künftigen Zunahme beziehungsweise Abnahme der Überschüsse/Fehlbestände entwickelt. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan, der nach Genehmigung durch das Group Asset and Liability Committee unsere Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt.

Aus der Liquiditätsablaufbilanz geht hervor, dass wir am Jahresende 2004 strukturell langfristig finanziert waren.

### Stresstests und Szenarioanalyse

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001) oder auf hypothetischen Model-

len. Letztere beinhalten interne Szenarien wie operationelle Risiken, Fusionen oder Akquisitionen, Bonitätsherabstufung durch die Ratingagenturen um eine beziehungsweise drei Stufen sowie externe Szenarien wie Marktrisiko, Emerging-Markets-Krise, systemischer Schock und anhaltende globale Rezession. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen wären beispielsweise der Verkauf von Wertpapieren, ein Übergang von unbesicherter zu besicherter Finanzierung und eine Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten (Kapazität zur Positionsschließung).

Diese Analyse ist in das bestehende Liquiditätsrisikomanagement-Konzept vollständig integriert. Wir verfolgen unsere vertraglichen Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise) und wenden die einzelnen Stressfälle auf jedes Produkt an. Diese Analyse wird durch die Bestimmung der Liquidität der Aktiva ergänzt.

Unsere Stresstestanalysen geben Auskunft darüber, ob wir unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnten, und dienen als wichtige Informationen zur Festlegung unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Wir führen die Analyse monatlich durch. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht unsere Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2004. Für jedes Szenario zeigt sie unsere maximale Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses. Ferner analysieren wir, ob sich das Liquiditätsrisiko für unsere Liquidität sofort auswirken würde und ob es sich im Zeitverlauf eher verbessert oder verschlechtert. Außerdem analysieren wir, wieviel Liquidität wir zum jeweiligen Zeitpunkt zur Schließung der Lücke hätten aufbringen können.

Szenario	Finanzierungslücke <sup>1</sup> (in Mrd €)	Auswirkung auf Liquidität	Kapazität zur Positionsschließung <sup>2</sup> (in Mrd €)
Marktrisiko	9,1	Allmählich ansteigend	96,0
Emerging Markets	13,5	Allmählich ansteigend	98,8
Anhaltende globale Rezession	19,2	Allmählich ansteigend	101,6
Systemischer Schock	13,8	Sofort, mit zweiwöchiger Dauer	101,5
DB-Herabstufung auf A1/P1 (kurzfristiges Rating) und A1/A+ (langfristiges Rating)	11,2	Allmählich ansteigend	96,0
Operationelles Risiko	10,2	Sofort, mit zweiwöchiger Dauer	96,0
Fusionen und Akquisitionen	35,8	Allmählich ansteigend, Auszahlung in 6. Woche	96,0
DB-Herabstufung auf A2/P2 (kurzfristiges Rating) und A3/A- (langfristiges Rating)	52,3	Allmählich ansteigend	103,1

<sup>1</sup> Finanzierungslücke nach Annahme einer teilweise eingeschränkten Prolongation von Verbindlichkeiten.

<sup>2</sup> Maximale Generierung von Liquidität auf der Grundlage von Gegensteuerung und Marktgängigkeit der Aktiva.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor betrachten wir es als wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität, liquiditätsrisikobezogene Themen mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern zu diskutieren. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern.

Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wir halten alle anwendbaren Liquiditätsbestimmungen ein.

## Operationelles Risiko

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht veröffentlichte 2004 die endgültige Version des neuen Kapitaladäquanzrahmens, vielfach auch „Basel II“ genannt. Die EU-Kommission hat ihren Entwurf einer entsprechenden Richtlinie zur Kapitaladäquanz veröffentlicht, der dem Europäischen Parlament derzeit zur Beratung vorliegt. Der Dialog zwischen dem Kreditgewerbe und den Aufsichtsbehörden

über spezifische Themen sowie über die Auslegung der neuen Vereinbarung und der Richtlinie dauert an. Gemäß dieser aufsichtsrechtlichen Diskussion bezeichnet das operationelle Risiko den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Projektmanagement, vertraglichen Vereinbarungen und Dokumentationen, Technologie, Versagen der Infrastruktur und Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäftsrisiko.

### Organisationsstruktur

Das Management der operationellen Risiken ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion innerhalb der Bank. Der Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk trägt konzernweite Verantwortung und berichtet unmittelbar an den Group Chief Risk Officer. Der Global Head of Operational Risk Management berichtet an den Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk und beide sind Mitglieder des Group Risk Committee. Das Operational Risk Management Committee ist ein ständiger Unterausschuss des Group Risk Committee und setzt sich aus Mitgliedern des Operational Risk Management Teams zusammen. Es ist das Hauptentscheidungsgremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements. Es verabschiedet Konzernrichtlinien für die Identifizierung, Bewertung, Berichterstattung und Überwachung von operationellen Risiken.

Unser operationelles Risikomanagement ist für die Definition des operationellen Risikorahmenwerks sowie dazugehöriger Richtlinien verantwortlich, während die Verantwortung für die Umsetzung des Rahmenwerks und das tagtägliche operationelle Risikomanagement bei unseren Geschäftsbereichen liegt. Dieses Business-Partnership-Modell führt zu einer engen Kontrolle und zu einem verstärkten Bewusstsein für operationelle Risiken. Das operationelle Risikomanagement ist in regionale und funktionale Teams aufgeteilt. Die regionalen Teams sorgen für die konsequente Umsetzung der übergeordneten Ziele im operationellen Risikomanagement sowie die proaktive Steuerung von operationellen Risiken. Die funktionalen Teams befassen sich vorwiegend mit der Entwicklung und Umsetzung des Instrumentariums und der Berichterstattung im operationellen Risikomanagement, der Überwachung der aufsichtsrechtlichen Auflagen, der Mehrwertanalyse und der Festsetzung von Verlustschwellen.

### Steuerung unseres operationellen Risikos

Unser Ziel besteht in einer proaktiven konzernweiten Steuerung der operationellen Risiken. Aus diesem Grund haben wir ein konzernweites Rahmenwerk für operationelle Risiken erstellt, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil feststellen und Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikoverringering definieren können.

Für die effiziente Steuerung des operationellen Risikos wenden wir vier unterschiedliche, von uns entwickelte Infrastrukturelemente an:

- Mit dem db-SAT-Instrument nehmen wir „Self-Assessments“ der operationellen Risiken nach einem Bottom-up-Ansatz vor. Das Resultat sind ein spezifisches operationelles Risikoprofil für jede Geschäftssparte und eine deutliche Hervorhebung der Bereiche mit „High Risk Potential“.
- Wir dokumentieren Verluste aus operationellen Risiken in unserer Datenbank db-Incident Reporting System.
- Wir erfassen und überwachen qualitative Risikoindikatoren mit dem Instrument db-Score, das als Frühwarnsystem dient.
- Die Ergebnisse der „Self-Assessments“ oder aus db-Score werden in db-Track erfasst. In db-Track überwachen wir fortlaufend die Ergebnisse der Maßnahmen zur Steuerung von operationellen Risiken.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken zum 31. Dezember 2004 basiert auf einem statistischen Modell, das interne und externe Verlustdaten mit bestimmten „Top-down“-Anpassungen nutzt. Im Jahr 2005 ist eine Weiterentwicklung der Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das operationelle Risiko auf der Grundlage des „Advanced Measurement Approach“ gemäß Basel II geplant.

Ausgehend von der Organisationsstruktur, den vorhandenen Systemen zur Identifizierung und Steuerung der operationellen Risiken und mit Unterstützung der für spezifische operationelle Risikoar-

ten zuständigen Kontrollfunktionen (wie Compliance, Business Continuity Management) streben wir eine Optimierung des operationellen Risikos an. Künftige operationelle Risiken, die wir durch zukunftsgerichtete Analyse identifizieren, werden mit Hilfe von vorbeugenden Maßnahmen wie der Entwicklung von Back-up-Systemen und Krisenplänen gesteuert. Wenn es uns erforderlich erscheint, schließen wir Versicherungen für operationelle Risiken ab.

## Gesamtrisikoposition

Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtrisikoposition des Konzerns zum 31. Dezember 2004 und zum 31. Dezember 2003, gemessen am Ökonomischen Kapital, das für Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berechnet wird. Das Liquiditätsrisiko ist in dieser Gesamtposition nicht enthalten.

Ökonomischer Kapitalbedarf (in Mio €)	31.12.2004	31.12.2003
Kreditrisiko	5.971	7.363
Marktrisiko	5.476	5.912
Marktrisiko aus Handelspositionen	1.581	972
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	3.895	4.940
Diversifikationseffekte zwischen Kredit- und Marktrisiko	- 870	- 1.152
Zwischensumme der Kredit- und Marktrisiken	10.577	12.123
Geschäftsrisiko	381	1.117
Operationelles Risiko	2.243	2.282
<b>Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt</b>	<b>13.201</b>	<b>15.522</b>

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition addieren wir in der Regel die Schätzwerte für das Ökonomische Kapital der einzelnen Risikoarten. Bei der Aggregation von Kredit- und Marktrisiken berücksichtigen wir jedoch den Diversifikationsnutzen zwischen diesen Risikoklassen, den wir zum 31. Dezember 2004 auf 870 Mio € und zum 31. Dezember 2003 auf 1,2 Mrd € schätzen. Eine Berechnung des Diversifikationsnutzens über alle Risikoklassen hinweg liegt noch nicht vor.

Am 31. Dezember 2004 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf insgesamt 13,2 Mrd € und lag somit um 2,3 Mrd € oder 15% unter dem Stand von 15,5 Mrd € am 31. Dezember 2003.

Die Reduzierung des Ökonomischen Kapitals für Kreditrisiken ist in erster Linie auf den generellen Rückgang unserer ausleihebezogenen Kreditengagements sowie die verbesserte Qualität unseres Kreditportfolios zurückzuführen. Die Reduzierung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken resultiert vor allem aus geringeren nichthandelsbezogenen Marktrisiken aus Alternative Assets und Industriebeteiligungen. Dem gegenüber stand ein erhöhter Bedarf an Ökonomischem Kapital für handelsbezogene Marktrisiken. Allerdings ist ein wesentlicher Teil des Anstiegs des Ökonomischen Kapitals für handelsbezogene Marktrisiken auf die verfeinerte Stresstestparametrisierung zurückzuführen, die wir 2004 eingeführt haben. Wendet man die vorher genutzten Parameter auf Pro-forma-Basis auf den Handelsbestand zum Jahresende 2004 an, so führt dies im Jahresvergleich zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitals für handelsbezogene Marktrisiken von 0,2 Mrd €, verglichen mit den in der Tabelle ausgewiesenen 0,6 Mrd €. Die Verringerung des Ökonomischen Kapitals für Geschäftsrisiken spiegelt den freundlicheren Marktausblick sowie unsere verbesserte Fähigkeit wider, auf schwache Märkte mit entsprechenden Anpassungen auf der Kostenseite zu reagieren.

Die Allokation des Ökonomischen Kapitals kann sich im Zeitablauf durch Verfeinerungen unserer Risikomessmethoden verändern.

## Erklärung des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Bank AG ist für den Konzernabschluss verantwortlich. Dieser wurde in Übereinstimmung mit den Accounting Principles Generally Accepted in the United States of America erstellt und erfüllt damit die Voraussetzungen des § 292a HGB zur Befreiung von der Aufstellung eines Konzernabschlusses nach deutschem Handelsrecht. Darüber hinaus werden die Publizitätsanforderungen der Europäischen Union erfüllt.

Die Verantwortung für eine zutreffende Rechnungslegung erfordert ein effizientes internes Steuerungs- und Kontrollsystem und eine funktionsfähige Revision. Das interne Kontrollsystem der Deutschen Bank basiert auf schriftlichen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation, einem ausgebauten Risiko-Controlling für Adressenausfall- und Marktrisiken sowie der Beachtung der Funktionstrennung. Es bezieht sämtliche Geschäftsvorfälle, Vermögenswerte und die Führung der Bücher ein. Die Revision der Deutschen Bank erfolgt entsprechend den umfangreichen Prüfungsplänen, die alle Bereiche des Konzerns abdecken und auch die Einhaltung der organisatorischen Vorgaben einschließen.

Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat die Prüfung des Konzernabschlusses nach den US-amerikanischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung (Auditing Standards Generally Accepted in the United States of America) vorgenommen und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft sowie die Revision der Deutschen Bank hatten ungehinderten Zugang zu sämtlichen Unterlagen, die sie im Rahmen ihrer Prüfungen für die Beurteilung des Konzernabschlusses sowie die Einschätzung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems benötigen.


Frankfurt am Main, 15. März 2005  
Deutsche Bank AG



Josef Ackermann



Clemens Börsig



Tessen von Heydebreck



Hermann-Josef Lamberti



## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Bank AG aufgestellten Konzernabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung, umfassender Periodenerfolgsrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Erläuterungen (Notes), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004 geprüft. Aufstellung und Inhalt des Konzernabschlusses nach den Accounting Principles Generally Accepted in the United States of America liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach den deutschen Prüfungsvorschriften und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für die Wertansätze und Angaben im Konzernabschluss auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung beinhaltet die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den Accounting Principles Generally Accepted in the United States of America ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie der Zahlungsströme des Geschäftsjahres.

Unsere Prüfung, die sich auch auf die vom Vorstand für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004 aufgestellte geordnete Darstellung der nach Artikel 36 der 7. EU-Richtlinie zusätzlich geforderten Angaben zur Lage des Konzerns erstreckt hat, hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Überzeugung gibt die geordnete Darstellung zusammen mit den übrigen Angaben des Konzernabschlusses insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Außerdem bestätigen wir, dass der Konzernabschluss und die geordnete Darstellung der zusätzlichen Angaben zur Lage des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004 die Voraussetzungen für eine Befreiung der Gesellschaft von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts nach deutschem Recht erfüllen.

Frankfurt am Main, 16. März 2005  
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Wiedmann  
Wirtschaftsprüfer



Becker  
Wirtschaftsprüfer

## Bericht des Aufsichtsrats

In unserer Aufgabe, den Vorstand zu beraten und seine Geschäftsführung zu überwachen, wurden wir vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichtet und uns wurden alle Sachverhalte vorgelegt, die der Entscheidung durch den Aufsichtsrat bedurften. Zwischen den Sitzungen wurden wir vom Vorstand über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Wie schon in den Vorjahren haben einzelne Mitglieder des Group Executive Committee in den Sitzungen des Aufsichtsrats über die Entwicklung in ihren Geschäftsbereichen berichtet.

Der Vorstand hat regelmäßig über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, der Strategie, die finanzielle Entwicklung und Ertragslage der Bank, das Risikomanagement der Bank sowie Geschäfte, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren, berichtet. Aktuelle Einzelthemen und Entscheidungen wurden in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Sprecher des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Darüber hinaus haben wir uns fortlaufend über das Strafverfahren in Sachen Mannesmann, den Stand der Verfahren Dr. Kirch gegen die Bank und Herrn Dr. Breuer sowie die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2003 und 2004 berichten lassen.

Ausführlich wurden die Wachstumschancen der Bank als globaler Anbieter, die organisatorische Weiterentwicklung der Geschäftsbereiche und die Zusammenlegung von unterstützenden Funktionen im Rahmen des Business Realignment Program, das verschiedene Initiativen mit weitreichenden strategischen und finanziellen Auswirkungen umfasst, und weitere Investitionen in die Kerngeschäftsfelder diskutiert. Durch ein einheitliches Modell der Kundenbetreuung, die kontrollierte Erhöhung der Kreditvolumina, das verstärkte Cross-Selling und die Verzahnung von globaler Präsenz und regionaler Kundennähe mit der Beibehaltung einer strikten Kosten-, Kapital- und Risikodisziplin sollen die angestrebten Renditeziele im Jahr 2005 erreicht werden. Die Anpassung der Führungsstruktur an die strategischen Schwerpunkte und die Stärkung der Führung in den Regionen haben zum Ziel, die operativen Erträge der Bank zu steigern, um der weltweit führende Anbieter von Finanzlösungen für anspruchsvolle Kunden zu werden und damit nachhaltig Mehrwert für unsere Aktionäre und Mitarbeiter zu schaffen.

### Sitzungen des Aufsichtsrats

In der ersten Sitzung des Jahres am 4. Februar 2004 haben wir die Geschäftsentwicklung im Jahr 2003, die Eckdaten des Jahresabschlusses 2003, den Dividendenvorschlag sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2004 bis 2006 diskutiert.

Am 19. März 2004 haben wir den Jahresabschluss 2003 gebilligt, der damit festgestellt war. Ferner wurden der Corporate-Governance-Bericht und der Compliance-Bericht diskutiert sowie die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2004 verabschiedet und es wurde das Risikomanagement im Konzern erörtert. Zwei Mitglieder des Group Executive Committee, Anshu Jain und Jürgen Fitschen, haben in der Sitzung zur Entwicklung in ihren Geschäftsbereichen beziehungsweise zur Entwicklung in Asien vorgetragen.

In der Sitzung am 29. Juli 2004 haben wir uns über die geschäftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2004 informiert und die Umsetzung der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats im Jahr 2003 diskutiert. Das für den Geschäftsbereich Private Wealth Management zuständige Mitglied des Group Executive Committee, Pierre de Weck, berichtete über die aktuelle Entwicklung in seinem Geschäftsbereich. Außerdem wurde die Geschäftsordnung für den Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken, der in Risikoausschuss umbenannt wurde, verabschiedet.

In der letzten Sitzung des Jahres am 28. Oktober 2004 wurden neben der geschäftlichen Entwicklung der ersten neun Monate insbesondere die Strategie und die neue Struktur der Bank erörtert. Der Vorstand erläuterte die Anpassung der Führungsstruktur der Gruppe an die neuen strategischen Schwerpunkte und insbesondere die stärkere regionale Führung. Des Weiteren wurde der Personalbericht der Bank zur Nachwuchs- und Nachfolgeplanung erörtert.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben während ihrer Amtszeit im Jahr 2004 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

### **Corporate Governance**

Die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie des amerikanischen Sarbanes-Oxley Act haben wir in mehreren Sitzungen des Aufsichtsrats, des Präsidialausschusses und des Prüfungsausschusses erörtert. Diese führte zu einer Reihe von Änderungen in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse. Im Juli haben wir die Umsetzung der Empfehlungen zur im Jahr 2003 durchgeführten Effizienzprüfung des Aufsichtsrats behandelt. Außerdem wurde eine Geschäftsordnung für den Risikoausschuss verabschiedet. Sämtliche Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse und des Vorstands sind im Internet auf der Homepage der Deutschen Bank ([www.deutsche-bank.de](http://www.deutsche-bank.de)) unter Corporate Governance veröffentlicht. Zweimal fanden im Sinne von Ziffer 3.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex sogenannte Executive-Sitzungen des Aufsichtsrats ohne den Vorstand statt. Die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt im Oktober 2003 abgegeben hatten, wurde im Oktober 2004 erneuert.

Wie vom Sarbanes-Oxley Act gefordert, hat der Präsidialausschuss zusammen mit dem Vorstand einen Ethikkodex für die Senior Financial Officers verabschiedet.

Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom 28. Oktober 2004 ist im Finanzbericht auf den folgenden Seiten und auf unserer Homepage im Internet unter [www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht.

### **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Der Aufsichtsrat hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum fünfmal. Er behandelte in seinen Sitzungen neben Vorstandsangelegenheiten insbesondere die Festsetzung der variablen Bezüge für den Vorstand für das Jahr 2003, Fragen zu den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, zur Einführung einer neuen Geschäftsordnung für den Risikoausschuss und eines Ethikkodex für die Senior Financial Officers, zur Nachfolgeplanung des Vorstands und zur Auswahl neuer Aufsichtsrats- und Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken, der am 29. Juli 2004 in Risikoausschuss umbenannt wurde, befasste sich in sechs Sitzungen mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements sowie mit allen größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Krediten und erteilte – sofern erforderlich – seine Zustimmung. Im Ausschuss wurden neben Kredit-, Liquiditäts-, Länder- und Marktrisiken operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken ausführlich behandelt. Ferner wurden globale Branchenportfolios nach einem festgelegten Plan vorgestellt und eingehend erörtert.

Der Prüfungsausschuss tagte im Jahr 2004 fünfmal. An seinen Sitzungen nahmen auch Vertreter des Abschlussprüfers teil. Behandelt wurden die Prüfung und Billigung des Jahres- und des Konzernabschlusses, der Bericht 20-F für die SEC, die Quartalsabschlüsse sowie die Beziehungen zum Abschlussprüfer, der Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2004, seine Vergütung und der Prüfungsauftrag mit bestimmten Prüfungsschwerpunkten sowie die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss ist der Überzeugung, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte bestehen. Wie schon in den Vorjahren hat er sich ausführlich mit den Auswirkungen des Sarbanes-Oxley Act auf die Arbeitsweise des Prüfungsausschusses beschäftigt und, soweit erforderlich, Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Beschlüsse empfohlen. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Arbeit der internen Revision sowie über Rechts- und Reputationsrisiken berichtet.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2004 nicht erforderlich.

### **Interessenkonflikte und deren Behandlung**

Der Risikoausschuss hat sich mit den nach § 15 Kreditwesengesetz erforderlichen Kreditgenehmigungen befasst. Dabei haben diejenigen Aufsichtsratsmitglieder nicht teilgenommen, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers waren.

Der Aufsichtsrat hat sich regelmäßig über die Verfahren Dr. Kirch gegen die Deutsche Bank und Dr. Breuer informiert und über die weitere Vorgehensweise beraten. Der Aufsichtsrat beschloss, ohne Teilnahme von Herrn Dr. Breuer an der Abstimmung, einen externen Rechtsanwalt mit der Beratung des Aufsichtsrats in allen sich für den Aufsichtsrat aus diesen Verfahren ergebenden Fragen zu beauftragen, und bestimmte für ihn einen unmittelbaren Ansprechpartner im Aufsichtsrat.

An der Erörterung und Beschlussfassung des Präsidialausschusses, dem Beschluss des Vorstands zu folgen, die Anwaltskosten in einem anderen Verfahren, in dem eine Klage gegen die Bank sowie Herrn Dr. Breuer erhoben und später zurückgenommen wurde, zu übernehmen, hat Herr Dr. Breuer als Betroffener nicht teilgenommen.

### **Jahresabschluss**

Vertreter des Abschlussprüfers haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und Erläuterungen gegeben.

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2004 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2004 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Wir haben dem Ergebnis dieser Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers zugestimmt.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss haben wir heute festgestellt sowie den Konzernabschluss gebilligt. Dem Vorschlag für die Gewinnverteilung und zur Zahlung einer Dividende von 1,70 € je dividendenberechtigte Stückaktie schließen wir uns an.

### **Personalia**

Im Berichtszeitraum gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand.

Aus dem Aufsichtsrat sind am 29. Juli 2004 Herr Dr. Michael Otto und am 28. November 2004 Herr Dr. Ulrich Cartellieri ausgeschieden. Herr Dr. Karl-Gerhard Eick, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Deutsche Telekom AG, wurde durch Beschluss des Registergerichts mit Wirkung zum 3. August 2004 zum neuen Aufsichtsratsmitglied bestellt. Herr Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D. und Universitätsprofessor an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg, wurde durch Beschluss des Registergerichts mit Wirkung zum 30. November 2004 zum neuen Aufsichtsratsmitglied bestellt. Beide Bestellungen sollen durch die nächste Hauptversammlung am 18. Mai 2005 bestätigt werden.

Wir danken Herrn Dr. Otto und Herrn Dr. Cartellieri für ihr Engagement sowie die konstruktive Begleitung des Unternehmens und des Vorstands während der vergangenen Jahre.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz.

Frankfurt am Main, 18. März 2005

Der Aufsichtsrat

Dr. Rolf-E. Breuer  
Vorsitzender

# Corporate-Governance-Bericht

## Vorstand und Aufsichtsrat

### Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Geschäftsverfahren des Vorstands und der von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die auf der Internetwebsite der Deutschen Bank ([www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance)) zur Verfügung steht.

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands, einschließlich ihres Alters (Stand: 31. Dezember 2004), des Jahres ihrer ersten Bestellung und des Jahres, in dem die Bestellung endet, der aktuellen Position beziehungsweise ihres Verantwortungsbereichs sowie ihrer sonstigen Funktionen.

Unsere Vorstandsmitglieder haben sich zur Vermeidung von Interessenkonflikten generell verpflichtet, keinen Aufsichtsratsvorsitz außerhalb des Konzernverbunds anzunehmen.

#### **Dr. Josef Ackermann**

Alter: 56

Erste Bestellung: 1996

Bestellt bis: 2006

Dr. Josef Ackermann wurde mit seinem Eintritt in die Deutsche Bank im Jahr 1996 Mitglied des Vorstands. Am 22. Mai 2002 übernahm er seine jetzige Funktion als Vorstandssprecher und Vorsitzender unseres Group Executive Committee.

Daneben bekleidet Dr. Ackermann die nachstehenden Positionen: Er ist Mitglied des Aufsichtsrats der Bayer AG, der Deutsche Lufthansa AG, der Linde AG und der Siemens AG (zweiter stellvertretender Vorsitzender).

Im Februar 2003 erhob die Staatsanwaltschaft Düsseldorf beim Landgericht Düsseldorf Anklage gegen Dr. Ackermann und andere ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands der Mannesmann AG. Die Anklage stützte sich auf den Verdacht der Untreue im Zusammenhang mit Zahlungen an ehemalige Mitglieder des Vorstands und sonstige Mitglieder der Geschäftsleitung von Mannesmann nach Übernahme durch Vodafone im Frühjahr 2000. Am 19. September 2003 ließ das Landgericht Düsseldorf die Anklage zu und beschloss die Einleitung eines Verfahrens, das am 21. Januar 2004 eröffnet wurde. Das Verfahren endete am 22. Juli 2004 mit einem Freispruch für Dr. Ackermann und alle anderen Angeklagten. Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft hat im Dezember 2004 beim Bundesgerichtshof Revision eingelegt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bank haben öffentlich erklärt, dass sie Dr. Ackermann im weiteren Verfahren uneingeschränkt unterstützen und die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen für ungerechtfertigt halten.

#### **Dr. Clemens Börsig**

Alter: 56

Erste Bestellung: 2001

Bestellt bis: 2010

Dr. Clemens Börsig wurde im Januar 2001 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank bestellt. Er trat im Jahr 1999 als Chief Financial Officer in die Deutsche Bank ein. Er ist auch Chief Risk Officer und Corporate-Governance-Beauftragter der Bank.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank übt Dr. Börsig die nachstehenden Funktionen aus: Er ist Mitglied des Aufsichtsrats der Heidelberger Druckmaschinen AG und seit September 2004 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der EUROHYPO AG. Er ist außerdem Non-Executive-Mitglied des Board of Directors der Foreign & Colonial Eurotrust Plc.

**Dr. Tessen von Heydebreck**

Alter: 59

Erste Bestellung: 1994

Bestellt bis: 2006

Dr. Tessen von Heydebreck wurde 1994 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank, von 1994 bis 1996 als stellvertretendes Vorstandsmitglied. Dr. von Heydebreck ist unser Chief Administrative Officer.

Neben seinen Aufgaben bei der Deutschen Bank übt Dr. von Heydebreck die nachstehenden Funktionen aus: Er ist Mitglied des Aufsichtsrats der BASF AG, der Duerr AG und des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. und war Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Euroshop AG (bis Juni 2004) und der Gruner + Jahr AG & Co KG (bis August 2004). Des Weiteren war er bis Mai 2004 Non-Executive-Mitglied des Board of Directors der EFG Eurobank Ergasias S.A.

**Hermann-Josef Lamberti**

Alter: 48

Erste Bestellung: 1999

Bestellt bis: 2009

Hermann-Josef Lamberti wurde 1999 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank bestellt. Er war 1998 als Executive Vice President in die Deutsche Bank eingetreten und ist derzeit unser Chief Operating Officer.

Ferner übt Hermann-Josef Lamberti die nachstehenden Funktionen aus: Er ist Mitglied des Aufsichtsrats oder vergleichbarer Gremien der Schering AG, der Fiat S.p.A., der Carl-Zeiss-Stiftung (bis Juni 2004), der Carl Zeiss AG (ab Juli 2004), der e-millennium 1 GmbH & Co. KG (als Vorsitzender), der Euroclear plc und der Euroclear Bank S.A. bis Dezember 2004 und der Euroclear S.A./N.V. seit Januar 2005.

**Group Executive Committee**

Das 2002 gegründete Group Executive Committee ist ein nicht auf dem Aktiengesetz basierendes Gremium. Im Group Executive Committee sind die Vorstandsmitglieder, die Business Heads unserer Konzernbereiche CIB und PCAM sowie seit 21. September 2004 der Leiter des regional ausgerichteten Managements vertreten. Das Group Executive Committee dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen.

Aufgaben (Verantwortlichkeiten) des Group Executive Committee:

- fortlaufende Unterrichtung des Vorstands über Geschäftsentwicklungen und spezifische Transaktionen;
- regelmäßige Überprüfung der Geschäftssegmente der Bank;
- Erörterung strategischer Fragen mit dem Vorstand sowie Beratung desselben;
- Vorbereitung von Vorstandsvorlagen.

Am 21. September 2004 hat der Vorstand ein Mitglied des Group Executive Committee zum „Head of Regions“ berufen, zu dem die regionalen CEOs berichten. Mit diesen neuen Verantwortlichkeiten wird das regional ausgerichtete Management gestärkt sowie die Koordination zwischen Regionen und allen Bereichen im Interesse unserer Kunden verbessert.

**Aufsichtsrat**

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Die Aufgaben, Verfahren und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die auf der Internetwebsite der Deutschen Bank ([www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance)) zur Verfügung steht.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 10. Juni 2003 gewählt. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2003. Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind Angaben zu ihrem Alter (Stand: 31. Dezember 2004), dem Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung,

dem Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihrer Haupttätigkeit, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstige Mandate.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
<b>Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann</b> Alter: 69 Erstmals gewählt: 1998 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats; Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens AG, München, bis Januar 2005	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> E.ON AG; Linde AG; Schering AG; ThyssenKrupp AG bis Januar 2005
<b>Dr. Rolf-E. Breuer</b> Alter: 67 Erstmals gewählt: 2002 Gewählt bis: 2008	Vorsitzender des Aufsichtsrats	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Bertelsmann AG; Deutsche Börse AG (Vorsitzender); E.ON AG; Compagnie de Saint-Gobain S.A.; Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW); Landwirtschaftliche Rentenbank  <b>Andere Positionen:</b> Präsident des Bundesverbands deutscher Banken; Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Verwaltungsrat)
<b>Dr. Karl-Gerhard Eick</b> Alter: 50 Gerichtlich bestellt: 2004 Bestellt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats; stellvertretender Vorsitzender der Deutsche Telekom AG, Bonn	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> DeTe Immobilien Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH; T-Mobile International AG; T-Online International AG; T-Systems International GmbH; GMG Generalmietgesellschaft mbH (Vorsitzender); Sireo Real Estate Asset Management GmbH (Vorsitzender); FC Bayern München AG
<b>Heidrun Förster</b> Alter: 57 Erstmals gewählt: 1993 Gewählt bis: 2008	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats (Arbeitnehmervertreterin); Vorsitzende des Betriebsrats der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Berlin	
<b>Klaus Funk</b> Alter: 57 Erstmals gewählt: 1999 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmervertreter); Vorsitzender des Betriebsrats der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main	
<b>Ulrich Hartmann</b> Alter: 66 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats; Vorsitzender des Aufsichtsrats der E.ON AG, Düsseldorf	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Deutsche Lufthansa AG; Hochtief AG; IKB Deutsche Industriebank AG (Vorsitzender); Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft  <b>Sonstige Mandate:</b> ARCELOR; Henkel KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses)
<b>Sabine Horn</b> Alter: 43 Erstmals gewählt: 1998 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmervertreterin)	
<b>Rolf Hunck</b> Alter: 59 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmervertreter)	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Deutsche Bank Trust AG; Fibula Finanz AG, HCI Kapital AG seit Januar 2005
<b>Sir Peter Job</b> Alter: 63 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Bertelsmann AG  <b>Sonstige Mandate:</b> GlaxoSmithKline Plc (GSK); Schroders Plc; Tibco Software Inc.; Instinet Inc.; Shell Transport and Trading Plc

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
<b>Prof. Dr. Henning Kagermann</b> Alter: 57 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats; Sprecher des Vorstands der SAP AG, Walldorf	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> DaimlerChrysler Services AG; Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft
<b>Ulrich Kaufmann</b> Alter: 58 Erstmals gewählt: 1988 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmersvertreter); Vorsitzender des Betriebsrats der Deutschen Bank AG, Düsseldorf	
<b>Prof. Dr. Paul Kirchhof</b> Alter: 61 Gerichtlich bestellt: 2004 Bestellt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats, Professor, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Allianz Lebensversicherungs-AG
<b>Henriette Mark</b> Alter: 47 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmersvertreterin); Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Bank AG, München und Südbayern	
<b>Margret Mönig-Raane</b> Alter: 56 Erstmals gewählt: 1996 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmersvertreterin); Stellvertretende Vorsitzende der ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin	<b>Sonstige Mandate:</b> BHW Holding AG (Mitglied des Beirats), Kreditanstalt für Wiederaufbau (Mitglied des Verwaltungsrats)
<b>Gabriele Platscher</b> Alter: 47 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmersvertreterin); Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.
<b>Karin Ruck</b> Alter: 39 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmersvertreterin); Deutsche Bank AG	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG
<b>Tilman Todenhöfer</b> Alter: 61 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats; Persönlich haftender Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Robert Bosch GmbH; Robert Bosch Int. Beteiligungen AG (Vorsitzender des Verwaltungsrats); Carl Zeiss AG seit Juli 2004 (Vorsitzender), Schott AG seit Juli 2004 (Vorsitzender)
<b>Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Jürgen Weber</b> Alter: 63 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats; Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Lufthansa AG, Köln	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Allianz Lebensversicherungs-AG; Bayer AG; Deutsche Post AG; Thomas Cook AG (Vorsitzender); Voith AG; Loyalty Partner GmbH (Vorsitzender); Tetra Laval Group
<b>Dipl.-Ing. Albrecht Woeste</b> Alter: 69 Erstmals gewählt: 1993 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats, Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Henkel KGaA, Düsseldorf	<b>Aufsichtsratsmandate:</b> Henkel KGaA (Vorsitzender); Allianz Lebensversicherungs-AG  <b>Sonstige Mandate:</b> IKB Deutsche Industriebank (Mitglied des Beirats); R. Woeste & Co. GmbH & Co. KG (Vorsitzender des Beirats)
<b>Leo Wunderlich</b> Alter: 55 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2008	Mitglied des Aufsichtsrats (Arbeitnehmersvertreter); Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank AG; Deutsche Bank AG, Mannheim	

Dr. Michael Otto war Mitglied des Aufsichtsrats bis zum 29. Juli 2004 und wurde durch Herrn Dr. Karl-Gerhard Eick ersetzt. Dr. Ullrich Cartellieri war Mitglied des Aufsichtsrats bis zum 28. November 2004 und wurde durch Herrn Prof. Dr. Paul Kirchhof ersetzt.



### Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden vier ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats.

Ausschuss	Sitzungen in 2004	Aufgaben	Mitglieder
Präsidialausschuss	5	Vorbereitung von Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie die langfristige Planung für die Nachfolge von Vorstandsmitgliedern; Zuständigkeit für Abschluss, Änderung und Beendigung der Anstellungs- und Pensionsverträge des Vorstands und Zustimmung zu Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern; Zustimmung des Aufsichtsrats zu Geschäften mit Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern sowie ihnen nahe stehenden Personen und Unternehmen; Vorbereitung von Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance	Dr. Rolf-E. Breuer – Vorsitzender  Dr. Ulrich Cartellieri bis 28.11.2004  Heidrun Förster  Ulrich Hartmann ab 28.11.2004  Ulrich Kaufmann
Prüfungsausschuss	5	Beschlussfassung über die Erteilung des Prüfungsauftrags an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer; Festlegung des Honorars für den unabhängigen Abschlussprüfer und der Prüfungsschwerpunkte; Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers; Erörterung der Quartalsberichte sowie der Jahresabschlüsse und Besprechung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer; Vorbereitung der Entscheidung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Konzernabschlusses; Besprechung von Änderungen der Rechnungslegungs- und Abschlussprüfungsmethoden; Einrichtung regelmäßiger Berichterstattung über die interne Revision; Zuständigkeit für die Bearbeitung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung, internen Kontrollen und Fragen der Abschlussprüfung; Erteilung der Zustimmung zu prüfungsnahen Leistungen an den Abschlussprüfer	Dr. Karl-Hermann Baumann – Vorsitzender  Dr. Rolf-E. Breuer  Dr. Ulrich Cartellieri bis 28.11.2004  Dr. Karl-Gerhard Eick ab 28.11.2004  Heidrun Förster  Sabine Horn  Rolf Hunck
Risikoausschuss	6	Zuständigkeit für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen; Bestätigung von Investitionen in andere Unternehmen in Höhe von 2% bis 3% unseres aufsichtsrechtlichen Kapitals; der Vorstand informiert diesen Ausschuss über Rechts- und Reputationsrisiken, Kreditengagements und damit zusammenhängende Geschäftsgegebenheiten, wenn diese auf Grund der damit verbundenen Risiken oder Verpflichtungen oder aus sonstigen Gründen von besonderer Bedeutung sind	Dr. Rolf-E. Breuer – Vorsitzender  Dr. Karl-Hermann Baumann  Dr. Ulrich Cartellieri bis 28.11.2004  Prof. Dr. Henning Kagermann ab 28.11.2004  Sir Peter Job – stellvertretendes Mitglied  Ulrich Hartmann – stellvertretendes Mitglied
Vermittlungsausschuss	0	Unterbreitung von Personalvorschlägen an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde	Dr. Rolf-E. Breuer – Vorsitzender  Heidrun Förster  Dr. Ulrich Cartellieri bis 28.11.2004  Ulrich Hartmann ab 28.11.2004  Henriette Mark

Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse des Präsidialausschusses, des Risikoausschusses und des Prüfungsausschusses sind in den jeweiligen Geschäftsordnungen niedergelegt, die auf der Internetwebsite der Deutschen Bank ([www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance)) zur Verfügung stehen.

## Erfolgsorientierte Vergütung

### Vorstand

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats ist für die Festlegung von Struktur und Höhe der Vergütung der Mitglieder des Vorstands zuständig. Insbesondere legt der Präsidialausschuss Gehälter und andere Vergütungsbestandteile für den Vorstand fest.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Dienstverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

**Gehalt.** Das Grundgehalt der Mitglieder des Vorstands wird monatlich ausgezahlt und auf Basis einer Analyse der Gehälter festgesetzt, die in einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer internationaler Unternehmen an die Mitglieder ihrer jeweiligen Geschäftsleitungen gezahlt werden.

**Bonuszahlung in bar.** Als Bestandteil der variablen Vergütung erhalten die Mitglieder des Vorstands abhängig von der Erreichung der geplanten Eigenkapitalrendite eine erfolgsabhängige jährliche Bonuszahlung in bar.

**Mid-Term Incentive („MTI“).** Als weiteren Bestandteil der variablen Vergütung erhalten die Vorstandsmitglieder ein Mid-Term Incentive, das – bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet wird. Die Mid-Term-Incentive-Zahlung besteht aus einer Barvergütung (ein Drittel) und aktienbasierten Vergütungselementen (zwei Drittel), welche langfristige Risikokomponenten im Rahmen des DB Global Partnership Plan enthalten.

Die Mitglieder des Vorstands haben für das Geschäftsjahr 2004 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 25.101.614 € erhalten. Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

in €	2004
Gehälter	3.550.000
Boni, Mid-Term Incentives (bar und aktienbasiert) und sonstige Zahlungen	20.901.900
Sonstige Vergütungen <sup>1</sup>	649.714
<b>Gesamtvergütung</b>	<b>25.101.614</b>

<sup>1</sup> Versicherungsprämien, nicht geldliche Leistungen und Steuern.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten als Teil ihres Mid-Term Incentive aktienbasierte Vergütungselemente. Der endgültige Wert des den Vorstandsmitgliedern gewährten aktienbasierten Vergütungsteils wird vom Wert der Deutsche Bank-Aktie abhängen. Die entsprechenden aktienbasierten Vergütungselemente werden nachstehend beschrieben.

**DB Equity Units.** Im Februar 2005 wurden den Vorstandsmitgliedern insgesamt 138.713 Aktienrechte gewährt. Die Aktien aus diesen Rechten werden am 1. August 2008 zugeteilt.

Weitere Informationen zu den Konditionen unseres DB Global Partnership Plan, dem zufolge DB Equity Units ausgegeben werden, sind in Note [20] des Konzernabschlusses enthalten.

Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Dienstverträge haben diese bei Ausscheiden aus dem Vorstand Anspruch auf bestimmte Übergangszahlungen. Wenn das Mandat eines Mitglieds ohne triftigen Grund endet, hat das Mitglied Anspruch auf eine Abfindungszahlung, die sich grundsätzlich aus dem Grundgehalt für die restliche Laufzeit des Dienstvertrags sowie dem durchschnittlichen Jahresbonus und MTI in den vorangegangenen drei Jahren zusammensetzt.

Unsere am 31. Dezember 2004 amtierenden Vorstandsmitglieder erhielten für das Jahr 2004 die nachstehende Vergütung:

Mitglieder des Vorstands  in €	Jahresvergütung (bar)		Aktienbasierte Vergütung (MTI)	Summe
	Vergütung	Bonus/Mid-Term Incentive (Baranteil)	Wert der aktienbasierten Vergütung*	
Dr. Josef Ackermann	1.150.000	5.016.000	3.915.000	10.081.000
Dr. Clemens Börsig	800.000	2.235.300	1.755.000	4.790.300
Dr. Tessen v. Heydebreck	800.000	2.235.300	1.755.000	4.790.300
Hermann-Josef Lamberti	800.000	2.235.300	1.755.000	4.790.300

\* Die Anzahl der an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde durch Division der genannten Eurowerte durch den Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie am Tag des Ausgabebtags in Höhe von 66,18 € ermittelt. Hieraus ergeben sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Dr. Josef Ackermann 59.157, Dr. Clemens Börsig 26.519, Dr. Tessen v. Heydebreck 26.519 und Hermann-Josef Lamberti 26.519.

Zusätzlich zu den obigen Zuwendungen an die Mitglieder des Vorstands wurden im Jahr 2004 den ehemaligen Vorstandsmitgliedern oder deren Hinterbliebenen insgesamt 17.918.080 € gezahlt. Im Jahr 2004 stellten wir 1.087.064 € für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber Mitgliedern des Vorstands zurück.

#### Aufsichtsrat

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung bestimmt. Diese Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 10. Juni 2003 angepasst.

Die Vergütung besteht grundsätzlich aus einer festen Vergütung in Höhe von 30.000 € pro Jahr (zuzüglich Umsatzsteuer) und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 1.000 € pro Jahr je angefangene 0,05 € ausgeschüttete Dividende, die 0,15 € je Aktie übersteigt. Sowohl die feste Vergütungskomponente als auch der dividendenabhängige Bonus erhöhen sich um 25% je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats, für den Ausschussvorsitzenden beträgt die Erhöhung 50% und 75%, wenn der Ausschussvorsitzende nicht mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats identisch ist. Diese Beträge werden unter der Voraussetzung gezahlt, dass der entsprechende Ausschuss im Verlauf des Geschäftsjahres zusammengetreten ist. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Dreifache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außerdem eine an unseren langfristigen Erfolg geknüpfte jährliche Vergütung. Die Höhe dieser Vergütung ist abhängig von dem Verhältnis zwischen Aktienrendite – basierend auf Aktienkursentwicklung, Dividende und Kapitalmaßnahmen – und durchschnittlicher Gesamtrendite der Aktien einer Gruppe von vergleichbaren Unternehmen (derzeitige Vergleichsgruppe: Citigroup Inc., Credit Suisse Group, J. P. Morgan Chase & Co., Merrill Lynch & Co. Inc. und UBS AG) in den drei Geschäftsjahren unmittelbar vor dem Jahr, für das die Vergütung gezahlt wird. Bei einem Verhältnis zwischen –10% und +10% erhält jedes Mitglied einen Betrag von 15.000 €, bei einer um 10% bis 20% besseren Entwicklung der Deutschen Bank-Aktie erhöht sich der Betrag auf 25.000 € und bei einer um mehr als 20% besseren Entwicklung auf 40.000 €. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von uns unterhaltene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von uns entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzaufwendungen, die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Angestellte Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhalten außerdem ihr Mitarbeitergehalt. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht dem ganzen Geschäftsjahr angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Auf- oder Abrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2005 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2004 eine feste

Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung wurde mit null berechnet. Zusätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2005 für seine Tätigkeit im Jahr 2004 die in der Satzung festgelegte dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2005 der vorgeschlagenen Dividende von 1,70 € pro Aktie zustimmen wird, setzt sich die Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2004 wie folgt zusammen (ohne Umsatzsteuer):

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2004			
	Fest	Variabel	Sitzungsgeld	Summe
Dr. Rolf-E. Breuer	127.500	131.750	20.000	279.250
Heidrun Förster	60.000	62.000	14.000	136.000
Dr. Karl-Hermann Baumann	60.000	62.000	15.000	137.000
Dr. Ulrich Cartellieri <sup>3</sup>	48.125	49.729	16.000	113.854
Dr. Karl-Gerhard Eick <sup>2</sup>	13.125	13.563	1.000	27.688
Klaus Funk	30.000	31.000	4.000	65.000
Ulrich Hartmann	38.125	39.396	8.000	85.521
Sabine Horn	37.500	38.750	9.000	85.250
Rolf Hunck	37.500	38.750	8.000	84.250
Sir Peter Job	37.500	38.750	9.000	85.250
Prof. Dr. Henning Kagermann	30.625	31.646	4.000	62.271
Ulrich Kaufmann	37.500	38.750	9.000	85.250
Prof. Dr. Paul Kirchhof <sup>4</sup>	2.500	2.583	–	5.083
Henriette Mark	30.000	31.000	4.000	65.000
Margret Mönig-Raane	30.000	31.000	4.000	65.000
Dr. Michael Otto <sup>1</sup>	17.500	18.083	3.000	38.583
Gabriele Platscher	30.000	31.000	4.000	65.000
Karin Ruck	30.000	31.000	4.000	65.000
Tilman Todenhöfer	30.000	31.000	4.000	65.000
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Jürgen Weber	30.000	31.000	4.000	65.000
Dipl.-Ing. Albrecht Woeste	30.000	31.000	4.000	65.000
Leo Wunderlich	30.000	31.000	4.000	65.000
<b>Summe (gerundet)</b>	<b>817.500</b>	<b>844.750</b>	<b>152.000</b>	<b>1.814.250</b>

<sup>1</sup> Mitglied bis 29. Juli 2004.

<sup>2</sup> Neues Mitglied seit 3. August 2004.

<sup>3</sup> Mitglied bis 28. November 2004.

<sup>4</sup> Neues Mitglied seit 30. November 2004.

Die meisten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sind Angestellte der Deutschen Bank. Ferner waren Dr. Breuer und Dr. Cartellieri bei uns angestellt. Im Jahr 2004 erhielten diese Mitglieder des Aufsichtsrats von der Deutschen Bank AG und deren Konzerngesellschaften insgesamt einen Betrag (inklusive Mitarbeitergehältern, Ruhestandsgehältern und Pensionen) von 3.160.198 €.

In 2004 legten wir für Mitglieder unseres Aufsichtsrats, die bei uns angestellt sind, für Pensionen und ähnliche Leistungen 0,1 Mio € zurück.

## Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Note [20] des Konzernabschlusses enthalten.

## Rechnungslegung und Transparenz

### Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

**Vorstand.** Am 28. Februar 2005 setzte sich der individuelle Aktienbesitz (einschließlich DB Equity Units und Performanceoptionen) der Vorstandsmitglieder wie folgt zusammen:

Mitglieder des Vorstands	Anzahl Aktien	Anzahl DB Equity Units	Anzahl Performanceoptionen
Dr. Josef Ackermann	114.420	177.499	100.374
Dr. Clemens Börsig	10.250 <sup>1</sup>	83.921	63.684
Dr. Tessen von Heydebreck	10.000	85.172	64.919
Hermann-Josef Lamberti	21.558	85.172	64.919
<b>Summe</b>	<b>156.228</b>	<b>431.764</b>	<b>293.896</b>

<sup>1</sup> Darin nicht enthalten sind 150 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts zuzurechnen sind und an der Dr. Börsig mit weniger als 25% beteiligt ist.

Die gegenwärtigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 28. Februar 2005 156.228 Aktien, was 0,03% unseres Aktienkapitals an dem betreffenden Stichtag entsprach. Kein Mitglied des Vorstands hält 1% oder mehr der ausstehenden Aktien.

Die nachstehende Tabelle stellt die per 28. Februar 2005 von den gegenwärtigen Mitgliedern des Vorstands gehaltenen 431.764 DB Equity Units dar:

Anzahl DB Equity Units	Ausübungsdatum	Datum der Zuteilung
58.827	1. Februar 2004	1. August 2005
14.707	1. August 2005	1. August 2005
95.853	1. Februar 2005	1. August 2006
23.963	1. August 2006	1. August 2006
79.759	1. Februar 2006	1. August 2007
19.940	1. August 2007	1. August 2007
110.970	1. Februar 2007	1. August 2008
27.743	1. August 2008	1. August 2008

Die nachstehende Tabelle zeigt die per 28. Februar 2005 von den gegenwärtigen Mitgliedern des Vorstands gehaltenen 293.896 Performanceoptionen. Alle Performanceoptionen wurden im Rahmen des DB Global Partnership Plan gewährt. An jede Performanceoption ist jeweils ein Partnership Appreciation Right gekoppelt.

Anzahl Performanceoptionen	Ausübungspreis in €	Ausübungsdatum	Verfallsdatum
32.772	89,96	1. Februar 2004	1. Februar 2008
32.772	89,96	1. Februar 2005	1. Februar 2008
32.772	89,96	1. Februar 2006	1. Februar 2008
80.700	47,53	1. Februar 2005	1. Februar 2009
38.293	76,61	1. Februar 2006	1. Februar 2010
38.293	76,61	1. Februar 2007	1. Februar 2010
38.293	76,61	1. Februar 2008	1. Februar 2010

Zusätzliche Informationen zu den DB Equity Units, Performanceoptionen und Partnership Appreciation Rights, die alle im Rahmen des DB Global Partnership Plan gewährt werden, finden sich in Note [20] zum Konzernabschluss.

**Aufsichtsrat.** Am 28. Februar 2005 setzte sich der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienansprüchen und Aktienoptionen) der Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien	Anzahl Aktienoptionen
Dr. Rolf-E. Breuer	20.107	29.013	57.310
Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann	–	–	–
Dr. Karl-Gerhard Eick	–	–	–
Heidrun Förster	500	10	200
Klaus Funk	150	10	200
Ulrich Hartmann	–	–	–
Sabine Horn	35	10	100
Rolf Hunck	124	9.267	986
Sir Peter Job	–	–	–
Prof. Dr. Henning Kagermann	–	–	–
Ulrich Kaufmann	55	10	200
Prof. Dr. Paul Kirchhof	–	–	–
Henriette Mark	238	10	200
Margret Mönig-Raane	–	–	–
Dr. Michael Otto	–	–	–
Gabriele Platscher	699	10	100
Karin Ruck	70	10	120
Tilman Todenhöfer	–	–	–
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Jürgen Weber	300	–	–
Dipl.-Ing. Albrecht Woeste	–	–	–
Leo Wunderlich	672	10	200
<b>Insgesamt</b>	<b>22.950</b>	<b>38.360</b>	<b>59.616</b>

Am 28. Februar 2005 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats 22.950 Aktien, was 0,0044% aller ausstehenden Aktien entsprach. Kein Mitglied des Aufsichtsrats hält 1% oder mehr der ausstehenden Aktien.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitarbeiter der Bank sind oder waren, erhielten Ansprüche auf Aktien gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen, die sie berechtigen, zu einem bestimmten Zeitpunkt Aktien zu beziehen, beziehungsweise Optionen, um Aktien zu beziehen. Eine genaue Beschreibung dieser Programme ist unter Note [20] des Konzernabschlusses zu finden. Aktien, die auf Grund dieser Programme an die Aufsichtsratsmitglieder zugeteilt wurden, sind in der Tabelle unter „Anzahl Aktien“ aufgeführt, Aktienansprüche, die auf Grund dieser Programme noch nicht zugeteilte Aktien beinhalten, sind in der Tabelle unter „Ansprüche auf Aktien“ aufgeführt.

Die Aktienansprüche Dr. Breuers beinhalten 29.013 Aktien, die dieser im Rahmen des DB Global Partnership Plan als Vergütung während seiner vorangegangenen Tätigkeit als Vorstandssprecher erhielt und die zum 1. August 2005 zugeteilt werden. Rolf Hunck hat Anspruch auf 9.267 Aktien im Rahmen des Restricted Equity Units Plan als Teil seiner Mitarbeitervergütung, die in Teilen jeweils zum 1. August der Jahre 2007, 2008 und 2009 zugeteilt werden. Die übrigen in der Tabelle aufgeführten Aktienansprüche wurden unseren Arbeitnehmervertretern des Aufsichtsrats im Rahmen des DB Global Share Plan 2004 gewährt. Die Aktien werden zum 1. November 2005 zugeteilt.

Dr. Rolf-E. Breuer hält 57.310 Performanceoptionen, die im Rahmen des DB Global Partnership Plan als Teil seiner Vergütung während seiner vorangegangenen Tätigkeit als Vorstandssprecher gewährt wurden. Dr. Breuers Optionen haben einen Ausübungspreis von 89,96 € und es gelten die Ausübungstermine 1. Februar 2004, 2005 und 2006 sowie das Verfallsdatum 1. Februar 2008. Rolf Hunck hält 726 Performanceoptionen, die im Rahmen des DB Global Partnership Plan als Teil seiner Mitarbeitervergütung gewährt wurden. Sie haben einen Ausübungspreis von 89,96 € und es gelten die Ausübungstermine 1. Februar 2004, 2005 und 2006 sowie das Verfallsdatum 1. Februar 2008. An jede Performanceoption ist jeweils ein Partnership Appreciation Right gekoppelt. Rolf Hunck hält außerdem

4.000 Stock Appreciation Rights, die im Rahmen des Stock Appreciation Rights Plan als Teil seiner Vergütung gewährt wurden. Diese Stock Appreciation Rights, die er im Dezember 2001 erhielt, haben einen Ausübungspreis von 86,50 € und sind vom 12. Januar 2005 bis zum 5. Januar 2007 ausübbar. Die übrigen in der Tabelle aufgeführten Optionen wurden durch die freiwillige Teilnahme der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat am DB Global Share Plan erworben. Die in 2001 ausgegebenen DB-Global-Share-Plan-Optionen hatten einen Ausübungspreis von 87,66 €, waren ab 2. Januar 2004 ausübbar und verfallen am 13. November 2007; die in 2002 ausgegebenen Optionen haben einen Ausübungspreis von 55,39 €, sind ab 2. Januar 2005 ausübbar und verfallen am 13. November 2008; die in 2003 ausgegebenen Optionen haben einen Ausübungspreis von 75,24 €, sind ab 2. Januar 2006 ausübbar und verfallen am 11. Dezember 2009. Alle Optionen beziehen sich auf unsere Stammaktien.

### Geschäfte in Aktien und Rechten (Directors' Dealings)

Seit 30. Oktober 2004 gilt die erweiterte Regelung des § 15a Wertpapierhandelsgesetz zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften. Danach müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder sich darauf beziehende Finanzinstrumente, insbesondere Derivate, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen. Wie zuvor gilt diese Pflicht für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Darüber hinaus wurde die Anzeigepflicht auf Personen erweitert, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben gilt diese Pflicht auch für Personen, die Personen mit Führungsaufgaben in der Deutschen Bank nahe stehen.

Im Einklang mit den Unternehmensgrundsätzen und deutschem Recht wurden seit 1. Januar 2004 folgende Transaktionen gemeldet (bis 28. Februar 2005):

Handelstag	Name	Bezeichnung Wertpapier/ Finanzinstrument	WKN/ISIN	Geschäftsart	Stückzahl/ Nennbetrag	Kurs/ Preis Währung	Erläuterungen
<b>Mitglieder des Vorstands</b>							
28.2.2004	Dr. Josef Ackermann	Neue DB-Aktien	DB0G1Q/ DE000DB0G1Q4	Bezug durch Ausübung von Optionen	57.420	€ 47,53	Erwerb im Rahmen des DB Global Partnership Plan
<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>							
17.2.2005	Gabriele Platscher	Neue DB-Aktien	DB0G1Q/ DE000DB0G1Q4	Bezug durch Ausübung von Optionen	100	€ 55,39	Bezug aus Mitarbeiterbeteiligungsprogramm
10.2.2005	Gabriele Platscher	DB-Aktien	514000 DE0005140008	Verkauf	100	€ 67,78	
24.11.2004	Klaus Funk	DB-Aktien	514000	Verkauf	50	€ 63,69	
10.11.2004	Ulrich Kaufmann	DB-Aktien	514000	Verkauf	118	€ 63,39	
8.11.2004	Klaus Funk	DB-Aktien	514000	Verkauf	150	€ 63,34	
2.11.2004	Rolf Hunck	DB-Aktien	514000	Verkauf	602	€ 60,96	
2.8.2004 bis 6.8.2004	Rolf Hunck	DB-Aktien	514000	Verkauf	93,104	€ 55,44	Teilverkauf zur Abführung der auf Grund der aktienbasierten Vergütung anfallenden Einkommensteuer (Durchschnittskurs der niedrigsten Kurse vom 02.08.2004 – 06.08.2004)
2.8.2004 bis 6.8.2004	Rolf Hunck	DB-Aktien	514000	Vergütung	196,09		Arbeitsvertragliche aktienbasierte Vergütung brutto: 196,09 Aktien netto: 102 Aktien (abgerundet)
3.5.2004	Sabine Horn	DB-Aktien	514000	Verkauf	258	€ 68,20	
6.2.2004	Rolf Hunck	DB-Aktien	514000	Verkauf	450	€ 65,38	
<b>Sonstige Führungspersonen</b>							
3.2.2005	Detlef Bindert Group Treasurer	DB-Aktien	514000	Verkauf	4,000	€ 66,80	
16.12.2004	Detlef Bindert Group Treasurer	Eurex gehandelte Option	DBK 1204	Kauf Closing	20 Kontrakte	€ 0,34	



### Geschäfte mit nahe stehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen bieten wir diesen vielfach die gleichen Finanzdienstleistungen, die wir für unsere Kunden im Allgemeinen erbringen.

Unseres Erachtens tätigen wir sämtliche Geschäfte mit diesen Unternehmen zu den gleichen Bedingungen, wie wenn wir an ihnen keinen Anteilsbesitz oder gemeinsame Mitglieder in einem Führungsorgan hätten, und wir haben die Geschäfte mit diesen Unternehmen im Jahr 2004 und in den vorangegangenen Jahren auf dieser Grundlage betrieben. Keines dieser Geschäfte ist oder war für uns wesentlich.

Zu unseren Geschäften mit nahe stehenden Unternehmen im Jahr 2004 gehörten und gehören noch immer Kredite, Garantien und Zusagen. Diese ausleihebezogenen Engagements in Höhe von insgesamt 3,5 Mrd € (ohne Derivate) zum 28. Februar 2005, in denen 1,7 Mrd € aus dem at equity bewerteten Investment in die EUROHYPO AG enthalten sind, wurden

- im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs vergeben;
- grundsätzlich zu den gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie im selben Zeitraum vergebene vergleichbare Kredite an Dritte gewährt und
- waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Wir haben keine wesentlichen Geschäfte mit Dritten, die nicht unter die Definition der „nahe stehenden Dritten“ fallen, getätigt, mit denen wir oder uns nahe stehende Dritte eine Geschäftsbeziehung unterhalten, die es den Parteien ermöglicht, Bedingungen für wesentliche Geschäfte auszuhandeln, welche von anderen deutlich unabhängigeren und rechtlich selbstständigen Parteien nicht erhältlich wären.

### EUROHYPO

In Übereinstimmung mit der Grundsatzvereinbarung aus dem Jahr 2001 verschmolzen wir im dritten Quartal 2002 unsere Hypothekenbank-Tochtergesellschaft EUROHYPO Aktiengesellschaft Europäische Hypothekenbank der Deutschen Bank AG („Eurohypo Alt“) mit den Hypothekenbank-Tochtergesellschaften der Dresdner Bank AG und der Commerzbank AG, um die neue EUROHYPO AG („EUROHYPO“) zu gründen. Im Anschluss an die Verschmelzung brachten wir unser Londoner Immobilien-Investment-Banking-Geschäft im Dezember 2002 in die EUROHYPO AG ein. Darüber hinaus wurde im Januar 2003 ein Teil unseres deutschen Finanzierungsgeschäfts im Bereich Gewerbeimmobilien auf die EUROHYPO AG übertragen. Unser Beteiligungsanteil an der EUROHYPO AG stieg danach unter Berücksichtigung der Einbringung des US-amerikanischen Immobilien-Investment-Banking der Dresdner Bank AG auf 37,7%.

Zwei Mitglieder des Aufsichtsrats der EUROHYPO AG sind Angestellte der Deutschen Bank. Des Weiteren waren zwei Mitglieder des Vorstands der EUROHYPO AG, darunter der Sprecher des Vorstands, vor der Verschmelzung Mitglieder des Vorstands der Eurohypo Alt.

Über die Kapitalbeteiligung hinaus, die zum 31. Dezember 2004 einen Buchwert in Höhe von 2,5 Mrd € auswies, stellt die Deutsche Bank AG der EUROHYPO AG sowohl Kredite als auch Kreditzusagen zur Verfügung. Die gesamten Zusagen (einschließlich Derivatelinien) beliefen sich zum 31. Dezember 2004 auf 4,3 Mrd €, deren Inanspruchnahme 2,2 Mrd € betrug.

Deutsche Bank AG, Commerzbank AG und Dresdner Bank AG stellten der EUROHYPO AG jeweils finanzielle Garantien bis zum 31. Dezember 2006 bereit, um die EUROHYPO AG vor möglichen Verlusten aus den jeweils eingebrachten Kreditportfolios bis zu einem festen maximalen Betrag abzusichern. Während der maximale Betrag der finanziellen Garantien der Commerzbank AG und der Dresdner Bank AG bereits Ende 2003 ausgeschöpft war, besteht die Garantiezusage der Deutschen Bank AG in Höhe von anfänglich 283 Mio € mit einem zum 31. Dezember 2004 noch nicht in Anspruch genommenen Betrag in Höhe von 51 Mio € fort. Darüber hinaus hielten wir zum 31. Dezember 2004 von der EUROHYPO AG emittierte, festverzinsliche Wertpapiere über 665 Mio €, die als Wertpapiere „Available for Sale“ klassifiziert waren.

In der oben erwähnten Grundsatzvereinbarung haben sich die Deutsche Bank AG, die Commerzbank AG und die Dresdner Bank AG auf Beschränkungen für den Handel ihrer EUROHYPO AG-Aktien geeinigt, die bis zum 31. Dezember 2008 in Kraft bleiben und auch Bezugsrechte betreffen.

Im März 2004 verzichteten die Hauptaktionäre auf ihr Recht auf eine Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 2003 und die EUROHYPO AG gab bekannt, dass sie im März 2004 beschlossen hatte, nach deutschem Handelsrecht (HGB) zusätzliche Mittel in den Fonds für allgemeine Bankrisiken einzustellen. Die Deutsche Bank AG bilanziert ihre Beteiligung an der EUROHYPO AG nach der Equitymethode. Entsprechend werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank anteilige, nach US GAAP ermittelte Nachsteuergewinne und -verluste der EUROHYPO AG vereinbart. Im November 2004 hat der Bereich Retail Banking der EUROHYPO etwa 14.000 leistungsge störte Darlehen aus seinem deutschen Hypothekenkreditportfolio an eine zu diesem Zweck neu gegründete Assetgesellschaft verkauft, an der EUROHYPO mit 33% beteiligt ist. Die restlichen Anteile werden von einem Konsortium unter Führung der Citibank gehalten.

### **Xchanging etb GmbH**

Nach Maßgabe der im Mai 2004 getroffenen Vereinbarungen hat die Deutsche Bank AG ihre Beteiligung an der etb ag („etb“) bei der in Deutschland domizilierten Xchanging etb GmbH (vormals Zweite Xchanging GmbH) eingebracht und wurde dafür mit 49% am Kapital der Xchanging etb GmbH beteiligt. Der restliche Anteil in Höhe von 51% wird von der Xchanging HoldCo No 3 Ltd (UK), einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Xchanging B.V. (NL) („Xchanging“), gehalten. Die 1998 gegründete Xchanging ist weltweit als Outsourcer von Geschäftsprozessen und Back-Office-Leistungen tätig und in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Vereinigten Staaten und Asien mit eigenen Geschäftsstellen vertreten. Die etb, in 1999 von uns gegründet, bietet in erster Linie Wertpapierabwicklungsleistungen an. Der Wechsel in der Geschäftsführung wurde mit Übernahme des etb-Managements durch Xchanging, die auch die operative Gesamtverantwortung für die etb trägt und 100% der Stimmrechte an Xchanging etb GmbH hält, zum 31. Mai/1. Juni 2004 wirksam.

Einer von vier Geschäftsführern der Xchanging etb GmbH ist Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns; ein Aufsichtsrat besteht noch nicht bei der Xchanging etb GmbH. Des Weiteren ist ein Mitglied des Aufsichtsrats der etb im Deutsche Bank-Konzern beschäftigt. Zwei Mitglieder des Vorstands der etb übten diese Funktion bereits vor dem Wechsel der Unternehmensverantwortung aus, als die etb noch unsere hundertprozentige Tochtergesellschaft war.

Die Vereinbarungen mit der etb (unter der Leitung von Xchanging) beinhalten ein Serviceagreement über zwölf Jahre. Ein Ziel dieser Vereinbarung ist die Senkung der Kosten für die vereinbarten Wertpapierabwicklungsleistungen, wobei die Kontrolle der erbrachten Serviceleistungen einschließlich der Sicherstellung der gewünschten Qualität und Leistungen weiterhin bei uns liegt. Mit der Vereinbarung sollen bedeutende Investitionen seitens Xchanging sichergestellt werden, damit die Prozessabläufe verbessert und die Leistungsplattform der etb mit Blick auf die Betreuung von Neukundschaft ausgebaut werden kann. Als Gegenleistung stellt die Deutsche Bank AG, wie bereits vor dem Transfer, auch weiterhin Serviceleistungen der Bereiche Human Resources, Controlling, Audit, Corporate Security zur Verfügung. In 2004 belief sich das Volumen der von der etb erhaltenen Serviceleistungen auf 130 Mio €. Das Volumen unserer Leistungen gegenüber der etb in 2004 betrug 43 Mio €. Die Deutsche Bank AG bilanziert ihre Beteiligung an der Xchanging etb GmbH nach der Equitymethode. Zurzeit beabsichtigt die Deutsche Bank AG, einen 5%igen Anteil der Xchanging etb GmbH an einen Kunden der etb, der in größerem Umfang dort Serviceleistungen in Anspruch nimmt, zu verkaufen.

### **Kredite ohne Zinsabgrenzung an nahe stehende Unternehmen**

Neben unseren sonstigen Beteiligungen haben wir Anteile an einigen dieser Unternehmen aus der Bestrebung heraus erworben, die seinerzeit ihnen gegenüber bestehenden Kredite zu schützen.

Die folgende Tabelle gibt Informationen über Ausleihungen an diese nahe stehenden Unternehmen, die wir zum 31. Dezember 2004 als Kredite ohne Zinsabgrenzung eingestuft haben. Als solches können diese Kredite mit höheren als üblicherweise bestehenden Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet sein. Die zum 28. Februar 2005 berichteten ausstehenden Beträge beliefen sich auf insgesamt 61 Mio € und waren damit 201 Mio € beziehungsweise 77% niedriger

als zum 29. Februar 2004. Wir halten einen bedeutenden Teil des ausstehenden Anteilsbesitzes an den unten genannten Kunden B und D und bilanzieren diesen Anteilsbesitz in unserem Jahresabschluss nach der Equitymethode (siehe Erläuterung in Note [6] des Konzernabschlusses). Unsere Beteiligungen an den Kunden A und C sowie Radio Movil Digital Americas, Inc. betragen 10% oder mehr ihrer Stimmrechte.

in Mio €	Ausstehender Betrag zum 28. Februar 2005	Größter ausstehender Betrag vom 1. Januar 2004 bis 28. Februar 2005	Art des zu Grunde liegenden Kredits beziehungsweise Geschäfts
Kunde A	34	97	Ein Immobilienfinanzierungskredit in Höhe von 33 Mio € mit einem Zinssatz von 6,27% p. a. und Garantien, die nach Liquidationsanmeldung des Unternehmens eingelöst und zinslos gestellt wurden. Der Kredit ist täglich fällig und die Zinsabgrenzung ist eingestellt.
Kunde B	8	9	Eine frühere gekündigte Verkaufs- und Rückmiettransaktion, für welche die Zinsabgrenzung eingestellt ist
Kunde C	1	4	Täglich fälliger Barkredit mit einem Zinssatz von 8% p. a., für den die Zinsabgrenzung eingestellt ist
Kunde D	3	3	Langfristige Refinanzierung einer Miettransaktion ohne Rückgriffsrecht mit einem Zinssatz von 6,9% p. a. und Fälligkeit im Juni 2019, für welche die Zinsabgrenzung eingestellt ist
Radio Movil Digital Americas, Inc.	15	18	Täglich fälliger Barkredit mit einem Zinssatz von 12% p. a. Die Zinsabgrenzung ist eingestellt.

Die Namen der Kunden, an deren Stelle Buchstaben aufgeführt sind, werden nicht angezeigt, weil eine Namensnennung unseres Erachtens gegen die maßgeblichen Bestimmungen des Personenschutzgesetzes wie Kundenvertraulichkeits- und Datenschutzvorschriften verstoßen würde und die betreffenden Kunden auf die Anwendung der Vorschriften zum Personenschutz nicht verzichtet haben.

## Wirtschaftsprüfung und Controlling

### Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Abschnitt 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann, Dr. Rolf-E. Breuer und Dr. Karl-Gerhard Eick.

### Ethikkodex

Entsprechend Abschnitt 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir einen Ethikkodex verabschiedet. Dieser gilt für unseren Chief Executive Officer, unseren Chief Financial Officer, unseren Chief Accounting Officer oder Controller oder für Personen, die ähnliche Funktionen ausüben. Dieser Ethikkodex ist auf der Internetwebsite der Deutschen Bank unter [www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance) nachzulesen.

### Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Gemäß deutscher Gesetzgebung wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Empfehlung des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet die Empfehlungen des Aufsichtsrats für die Abschlussprüfer vor. Nach der Wahl der Abschlussprüfer erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung wie auch der Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. In 2003 und 2004 wählte die Hauptversammlung KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die seit einigen Jahren unser Abschlussprüfer ist, als Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2003 und 2004.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unseren Abschlussprüfern abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und regulatorischen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonoraren ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen und Umsatzsteuer nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2004	2003
Prüfungshonorare	40	32
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	6	12
Honorare für Steuerberatung	15	8
Sonstige Honorare	–	1
<b>Summe der Honorare</b>	<b>61</b>	<b>53</b>

Die Honorare für sonstige Prüfungsleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

Nach den seit dem 6. Mai 2003 geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften sowie unseren eigenen Richtlinien muss generell jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt werden. Unser Prüfungsausschuss hat die folgenden Richtlinien und Weisungen für die Prüfung und Genehmigung von Anfragen zur Beauftragung unseres Abschlussprüfers zur Erbringung von prüfungsfremden Dienstleistungen verabschiedet. Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Controlling- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich die Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss die Anfrage abgelehnt werden. Unser Prüfungsausschuss hat eine Vorabgenehmigung für bestimmte Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Betrifft die Anfrage zur Beauftragung solche Leistungen, kann sie durch das Group Finance Committee genehmigt werden. Dies muss die Genehmigung anschließend dem Prüfungsausschuss melden. Betrifft die Anfrage zur Beauftragung weder verbotene Nichtprüfungsleistungen noch vorab genehmigte Nichtprüfungsleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder müssen jede von ihnen erteilte Genehmigung bei der nächsten Sitzung dem Prüfungsausschuss melden.

Darüber hinaus kann nach den seit dem 6. Mai 2003 geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von Nichtprüfungsleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5% der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmi-

gung verzichtet werden, wenn die Beauftragung von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt wurde und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. Im Geschäftsjahr 2003 und 2004 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5%.

## **Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex**

### **Entsprechenserklärung 2004**

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 28. Oktober 2004 eine neue Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz abgegeben. Demnach hat die Bank den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ seit der letzten Entsprechenserklärung vom 29. Oktober 2003 mit der folgenden Ausnahme entsprochen:

- Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bestand eine Directors & Officers-Versicherung (D&O-Versicherung) ohne Selbstbehalt (Kodex Ziffer 3.8).

Die Bank wird den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 21. Mai 2003 künftig mit folgender Ausnahme entsprechen:

- Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziffer 3.8). Es handelt sich dabei um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Mitarbeitern im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich. Eine Differenzierung zwischen Organmitgliedern und Mitarbeitern erscheint im Übrigen nicht sachgerecht.

Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetwebsite der Deutschen Bank unter [www.deutsche-bank.de/corporate-governance](http://www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht, wo auch der Deutsche Corporate Governance Kodex zu finden ist.

### **Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex**

Die Regierungskommission hat im Mai 2003 den Deutschen Corporate Governance Kodex angepasst. Unter anderem wurde die Anregung aufgenommen, dass im Geschäftsbericht auch zu den Anregungen des Kodex Stellung genommen werden sollte (Kodex Ziffer 3.10). Dem wollen wir nachkommen. Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 21. Mai 2003 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Nichtteilnehmer erreichen die Stimmrechtsvertreter am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, so dass für die Meinungsbildung der Nichtteilnehmer keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung, mit der Verwaltung zu diskutieren.
- Bislang sind alle Aufsichtsratsmitglieder für eine einheitliche Amtsperiode gewählt (Kodex Ziffer 5.4.4). Gemäß § 9 Absatz 1 unserer Satzung besteht jedoch die Möglichkeit, bei künftigen Wahlen stärker zu differenzieren.

## Aufsichtsrat

**Dr. Rolf-E. Breuer**

– Vorsitzender,  
Frankfurt am Main

**Heidrun Förster\***

– Stellvertretende Vorsitzende,  
Deutsche Bank Privat- und  
Geschäftskunden AG, Berlin

**Dr. rer. oec.**

**Karl-Hermann Baumann**  
München

**Dr. Ulrich Cartellieri**

Frankfurt am Main  
(bis 28. November 2004)

**Dr. Karl-Gerhard Eick**

Stellvertretender Vorsitzender  
des Vorstands der  
Deutsche Telekom AG, Bonn  
(ab 3. August 2004)

**Klaus Funk\***

Deutsche Bank Privat- und  
Geschäftskunden AG,  
Frankfurt am Main

**Ulrich Hartmann**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der E.ON AG, Düsseldorf

**Sabine Horn\***

Deutsche Bank AG,  
Frankfurt am Main

**Rolf Hunck\***

Deutsche Bank AG, Hamburg

**Sir Peter Job**

London

**Prof. Dr.**

**Henning Kagermann**  
Sprecher des Vorstands  
der SAP AG, Walldorf/Baden

**Ulrich Kaufmann\***

Deutsche Bank AG, Düsseldorf

**Prof. Dr. Paul Kirchhof**

Universitätsprofessor,  
Ruprecht-Karls-Universität,  
Heidelberg  
(ab 30. November 2004)

**Henriette Mark\***

Deutsche Bank AG, München

**Margret Mönig-Raane\***

Stellvertretende Vorsitzende der  
ver.di Vereinte Dienstleistungs-  
gewerkschaft, Berlin

**Dr. Michael Otto**

Vorsitzender des Vorstands  
der Otto (GmbH & Co. KG),  
Hamburg  
(bis 29. Juli 2004)

**Gabriele Platscher\***

Deutsche Bank Privat- und  
Geschäftskunden AG,  
Braunschweig

**Karin Ruck\***

Deutsche Bank AG,  
Bad Soden am Taunus

**Tilman Todenhöfer**

Persönlich haftender  
Gesellschafter der Robert  
Bosch Industrietreuhand KG,  
Stuttgart

**Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E. h.**

**Jürgen Weber**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der Deutsche Lufthansa AG,  
Hamburg

**Dipl.-Ing. Albrecht Woeste**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
und Gesellschafteraus-  
schusses der Henkel KGaA,  
Düsseldorf

**Leo Wunderlich\***

Deutsche Bank AG,  
Mannheim

\* Von den Arbeitnehmern gewählt.

## Ausschüsse

### Präsidialausschuss

Dr. Rolf-E. Breuer  
 – Vorsitzender  
 Dr. Ulrich Cartellieri  
 (bis 28. November 2004)  
 Heidrun Förster\*  
 Ulrich Hartmann  
 (ab 28. November 2004)  
 Ulrich Kaufmann\*

### Vermittlungsausschuss

Dr. Rolf-E. Breuer  
 – Vorsitzender  
 Dr. Ulrich Cartellieri  
 (bis 28. November 2004)  
 Heidrun Förster\*  
 Ulrich Hartmann  
 (ab 28. November 2004)  
 Henriette Mark\*

### Prüfungsausschuss

Dr. rer. oec.  
 Karl-Hermann Baumann  
 – Vorsitzender  
 Dr. Rolf-E. Breuer  
 Dr. Ulrich Cartellieri  
 (bis 28. November 2004)  
 Dr. Karl-Gerhard Eick  
 (ab 28. November 2004)  
 Heidrun Förster\*  
 Sabine Horn\*  
 Rolf Hunck\*

### Risikoausschuss

Dr. Rolf-E. Breuer  
 – Vorsitzender  
 Dr. rer. oec.  
 Karl-Hermann Baumann  
 Dr. Ulrich Cartellieri  
 (bis 28. November 2004)  
 Prof. Dr. Henning Kagermann  
 (ab 28. November 2004)  
 Sir Peter Job  
 – Ersatzmitglied  
 Ulrich Hartmann  
 – Ersatzmitglied

\* Von den Arbeitnehmern gewählt.

## Beraterkreis

**Werner Wenning**

– Vorsitzender  
Vorsitzender des Vorstands  
der Bayer AG, Leverkusen

**Dr. Kurt Bock**

ab 2. Juni 2004,  
Mitglied des Vorstands  
der BASF Aktiengesellschaft,  
Ludwigshafen

**Carl L. von Boehm-Bezing**

Frankfurt am Main

**Dr. Karl-Gerhard Eick**

bis 31. Juli 2004,  
stellvertretender Vorstands-  
vorsitzender der Deutsche  
Telekom AG, Bonn

**Dr. Karl-Ludwig Kley**

Mitglied des Vorstands  
der Deutsche Lufthansa AG,  
Köln

**Dr. Jürgen Krumnow**

bis 31. Oktober 2004,  
Frankfurt am Main

**Francis Mer**

ab 2. Juni 2004,  
Bourg-la-Reine

**Dr. h. c. August Oetker**

Persönlich haftender  
Gesellschafter  
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

**Eckhard Pfeiffer**

Houston

**Dr. Bernd Pischetsrieder**

Vorsitzender des Vorstands  
der Volkswagen AG, Wolfsburg

**Dr. Wolfgang Reitzle**

Vorsitzender des Vorstands  
der Linde AG, Wiesbaden

**Dr. rer. pol. Michael Rogowski**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der J. M. Voith AG, Heidenheim

**Dr. Ronaldo H. Schmitz**

Frankfurt am Main

**Prof. Jürgen E. Schrempp**

Vorsitzender des Vorstands  
der DaimlerChrysler AG,  
Stuttgart

**Marcus Wallenberg**

bis 31. Dezember 2004,  
Executive Vice President  
INVESTOR AB, Stockholm



## Der Konzern im Fünfjahresvergleich

<b>Bilanz</b> in Mio €	<b>2004</b>	2003	2002	2001	2000
Bilanzsumme	840.068	803.614	758.355	918.222	928.994
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	136.344	144.946	167.303	259.838	274.660
Verbindlichkeiten	814.164	775.412	728.364	878.029	885.311
Eigenkapital	25.904	28.202	29.991	40.193	43.683
BIZ-Kernkapital	18.727	21.618	22.742	24.803	23.504
BIZ-Eigenkapital insgesamt	28.612	29.871	29.862	37.058	39.343
<b>Gewinn-und-Verlust-Rechnung</b> in Mio €	<b>2004</b>	2003	2002	2001	2000
Zinsüberschuss	5.182	5.847	7.186	8.620	7.028
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	372	1.113	2.091	1.024	478
Provisionsüberschuss	9.506	9.332	10.834	10.727	11.693
Handelsergebnis	6.186	5.611	4.024	6.031	7.625
Sonstige zinsunabhängige Erträge	1.044	478	4.503	4.163	8.133
<b>Erträge insgesamt nach Risikovorsorge</b>	<b>21.546</b>	<b>20.155</b>	<b>24.456</b>	<b>28.517</b>	<b>34.001</b>
Personalaufwand	10.222	10.495	11.358	13.360	13.526
Abschreibungen/nicht temporäre Wertminderungen auf Goodwill/immaterielle Vermögenswerte	19	114	62	871	771
Restrukturierungsaufwand	400	- 29	583	294	125
Sonstige zinsunabhängige Aufwendungen	6.876	6.819	8.904	12.189	12.710
<b>Zinsunabhängige Aufwendungen</b>	<b>17.517</b>	<b>17.399</b>	<b>20.907</b>	<b>26.714</b>	<b>27.132</b>
<b>Ergebnis vor Steueraufwand/-ertrag (-) und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden</b>	<b>4.029</b>	<b>2.756</b>	<b>3.549</b>	<b>1.803</b>	<b>6.869</b>
Ertragsteueraufwand	1.437	1.327	372	434	2.643
Steueraufwand/-ertrag (-) aus Steuersatzänderungen und Umkehreffekte	120	215	2.817	995	- 9.287
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	-	151	37	- 207	-
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.472</b>	<b>1.365</b>	<b>397</b>	<b>167</b>	<b>13.513</b>
<b>Kennziffern</b>	<b>2004</b>	2003	2002	2001	2000
Ergebnis je Aktie	5,02 €	2,44 €	0,64 €	0,27 €	22,00 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	4,53 €	2,31 €	0,63 €	0,27 €	21,72 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	1,50 €	1,30 €	1,30 €	1,30 €	1,15 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) <sup>1</sup>	9,1%	4,7%	1,1%	2,3%	41,4%
Bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) <sup>2</sup>	10,5%	5,2%	10,2%	7,1%	20,1%
Aufwand-Ertrag-Relation <sup>3</sup>	79,9%	81,8%	78,8%	87,6%	76,5%
BIZ-Kernkapitalquote (Tier-I)	8,6%	10,0%	9,6%	8,1%	7,8%
BIZ-Eigenkapitalquote (Tier-I- +II + -III)	13,2%	13,9%	12,6%	12,1%	13,1%
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	65.417	67.682	77.442	86.524	89.784

<sup>1</sup> Der Jahresüberschuss ist in 2001 und 2000 um Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte bereinigt.

<sup>2</sup> Wir berechnen eine bereinigte Messgröße für unsere Eigenkapitalrendite, anhand derer ein Vergleich mit unseren Konkurrenten vereinfacht wird. Diese bereinigte Messgröße definieren wir als „Bereinigte Eigenkapitalrendite, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich jedoch nicht um eine Performancemesszahl nach US GAAP. Bei einem Vergleich unserer Quote mit jener anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die wichtigsten Positionen, um die wir unsere Quote bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne und Verluste aus Wertpapieren „Available for Sale“, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen. Zusätzlich bereinigen wir unser durchschnittliches Eigenkapital um den Effekt unserer jährlichen Dividendenzahlung, die nach Zustimmung durch die Hauptversammlung erfolgt. Bei dieser Berechnung wird der Jahresüberschuss um den Steueraufwand aus Steuersatzänderungen und Umkehreffekten, Effekte der Bilanzierungsänderungen und zusätzlich in 2001 um Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte bereinigt.

<sup>3</sup> Summe der zinsunabhängigen Aufwendungen (ohne Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte in 2001 und 2000) in Prozent der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängigen Erträgen (ohne Erträge aus negativem Goodwill in 2001).

## Patronatserklärung<sup>1</sup>

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Asset Management GmbH)	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., New York/USA (früher: Deutsche Bank North America Holding Corp.)	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur (früher: Deutsche Morgan Grenfell Futures Pte Ltd.)
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	Deutsche Securities Limited, Hongkong (früher: Deutsche Morgan Grenfell Capital Markets Limited)
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon (früher: Deutsche Bank de Investimento, S.A.)	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Asset Management Europe GmbH)
Deutsche Bank Rt., Budapest	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main (früher: DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH)
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	DWS Investment S.A., Luxemburg (früher: DB Investment Management S.A.)
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	OOO Deutsche Bank, Moskau
	Schiffshypothekenbank zu Lübeck Aktiengesellschaft, Hamburg

<sup>1</sup> Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

# Glossar

## Allgemeine Geschäftsrisiken

Risiken, die auf Grund geänderter Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten und technischen Fortschritts entstehen. Diese Veränderungen können unsere Ertragslage beeinträchtigen, wenn wir uns nicht sofort auf die veränderten Bedingungen einstellen.

## Alternative Assets/Investments

Direkte Investitionen in à Private Equity, Wagniskapital, Mezzaninekapital, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie à Hedgefonds.

## Anlagebuch

Risikotragende Positionen, die nicht dem à Handelsbuch zugeordnet werden.

## Asset-backed Securities

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Restrukturierung bestimmter Finanzaktiva entstanden (à Securitization).

## Aufsichtsrechtliche Risikoposition

Die Risikoposition nach à BIZ setzt sich zusammen aus den gewichteten Risikoaktiva, die insbesondere die Adressenausfallrisiken des à Anlage- und à Handelsbuchs umfassen, sowie dem Marktrisikoäquivalent für Zins-, Währungs-, Aktien- und Rohwarenpreisrisiken. Während sich die gewichteten Risikoaktiva nach aufsichtsrechtlich vorgegebenen Standardmethoden errechnen, entspricht das Marktrisikoäquivalent dem 12,5fachen des auf Basis aufsichtsrechtlich anerkannter interner Risikomodelle berechneten und mit einem institutsindividuell festgelegten Multiplikator (mindestens 3) hochskalierten Value-at-risk (99% à Konfidenzniveau, zehn Tage Haltedauer).

## Aufwand-Ertrag-Relation

Grundsätzlich: Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.  
Hier: Summe der zinsunabhängigen Aufwendungen in Prozent der Summe aus Zinsüberschuss und Summe der zinsunabhängigen Erträge.

## Ausfallwahrscheinlichkeit

Gibt die erwartete durchschnittliche Wahrscheinlichkeit an, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, basierend auf statistischen Analysen der historischen Ausfälle in unserem à Portfolio.

## Back-testing

Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft des à Value-at-risk-Konzepts. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste mit den durch das Value-at-risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

## Bereinigte Eigenkapitalrendite

Messgröße, die einen Vergleich mit unseren Konkurrenten vereinfacht. Die wichtigste Position, um die wir unsere Eigenkapitalrendite bereinigen, ist der Gesamtbetrag der unrealisierten Gewinne und Verluste (einschließlich Steuereffekt) aus unserem Beteiligungsbestand an börsennotierten Unternehmen. In der Position Active Equity erfassen wir die realisierten Gewinne und Verluste (nach Steuereffekt) ab dem Zeitpunkt, zu dem die Anteile verkauft und die entsprechenden Gewinne geschäftsrelevant verwendet werden. à Return on Equity (ROE)/Eigenkapitalrendite.

## BIZ

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel.

## BIZ-Eigenkapitalquote

Kennziffer international tätiger Kreditinstitute, die das in Prozent ausgedrückte Verhältnis von Eigenkapital zu aufsichtsrechtlicher Risikoposition angibt. Die einzuhaltende Mindestkennziffer für die Eigenkapitalquote beträgt 8% und für die Kernkapitalquote 4%.

## Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

## Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

## Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

## Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

## Credit Default Swap

Eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, gemäß der eine Partei einen festen Kupon über eine spezialisierte Periode zahlt. Die andere Partei nimmt so lange keine Zahlung vor, bis ein spezifiziertes Ereignis wie zum Beispiel ein Ausfall eintritt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann eine Zahlung getätigt und der Credit Default Swap ist beendet.

## Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

**Derivate**

Produkte, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preis-erwartungen der zu Grunde liegenden Basisinstru-mente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbe-sondere à Swaps, à Optionen und à Futures.

**E-Commerce**

Gesamtheit des elektronischen Datenaustauschs in Verbindung mit kaufmännischen Aktivitäten: Infor-mationsflüsse und Transaktionen mit Produkten oder Dienstleistungen. E-Commerce erstreckt sich auf die Beziehungen von Unternehmen untereinan-der, zwischen Unternehmen und Behörden, zwi-schen Unternehmen und Privatpersonen. E-Commerce nutzt verschiedene Formen der Daten-übertragung (Telefon, Fernsehen, Datennetze).

**Eigenkapital gemäß BIZ**

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapital-übereinkunft von 1988 (zuletzt geändert im Januar 1996) für international tätige Kreditinstitute. Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus:

- Kernkapital oder Tier-I-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und Hybridkapitalteile;
- Ergänzungskapital oder Tier-II-Kapital: insbeson- dere Genusssrechtskapital, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren und sonstige Wertber-ichtigungen für inhärente Risiken;
- Dritttragsmitteln oder Tier-III-Kapital: im Wesentli-chen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Ergänzungskapital.

Ergänzungskapital kann nur bis zur Höhe des Kernkapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Ergänzungskapi-tal auf 50% des Kernkapitals beschränkt ist.

**Emerging Markets**

Aufstrebende Märkte von Schwellenländern, primär Finanzmärkte.

**Equity Capital Markets**

In erster Linie Aktivitäten rund um den Börsengang eines Unternehmens beziehungsweise um die Ausgabe neuer Aktien. Ebenso fallen Privatisierun-gen von staatseigenen Betrieben darunter.

**Equitymethode**

Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unter-nehmen, auf deren Geschäfts- und Finanzpolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse (-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermindern) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Ge-winn-und-Verlust-Rechnung ein. Ausschüttun-gen/Dividen-den vermindern den Beteiligungs-buchwert, ohne die Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berühren.

**Ergebnis je Aktie**

Nach à US GAAP ermittelte Kennziffer, die den Jahresüberschuss nach Steuern der durchschnittli-chen Zahl an Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der Wandlung und Ausübung ausstehen-der Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandelschuldverschreibungen die Zahl der Aktien erhöhen kann.

**Erwarteter Verlust**

Maßeinheit für den Ausfallverlust unseres Kredit-portfolios, der innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist.

**Event-Risk-Szenarien**

Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispiele-weise große Bewegungen in Zinsen oder Wechsel-kursen darstellen.

**Exposure**

Geldbetrag, welcher der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, bei-spielsweise beim Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.

**Fair Value**

Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragswilligen und von-einander unabhängigen Geschäftspartnern ge-tauscht würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis.

**Futures**

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin stan-dardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zuge-höriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festge-setzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzuneh-men ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (bei-spielsweise Terminkontrakten auf Basis von Aktien-indizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflich-tung an Stelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

**Goodwill**

Der Betrag, den ein Käufer bei Übernahme eines Unternehmens unter Berücksichtigung zukünftiger Ertragserwartungen über den à Fair Value der einzeln identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden hinaus zahlt.

**Handelsbuch**

Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene Geschäfte (zum Beispiel zur Absicherung). Nicht zum Han-delsbuch gehörige risikotragende Positionen wer-den dem à Anlagebuch zugeordnet.

**Handelsergebnis**

Saldo der realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den Positionen unseres Handelsbestands sowie Zinsüberschüsse aus  $\Delta$  Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten werden. Handelsaktivitäten sind in der Regel durch eine hohe Umschlaghäufigkeit gekennzeichnet, das heißt, die Positionen werden eingegangen, um Gewinne aus kurzfristigen Kursveränderungen zu erzielen.

**Hedge Accounting**

Bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Bildung von Bewertungseinheiten), die an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind.

**Hedgefonds**

Fonds, der normalerweise von Institutionen und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Er setzt Strategien ein, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und  $\Delta$  Derivate. Da es in den USA eine gesetzliche Beschränkung auf maximal 100 Investoren gibt, beträgt die übliche Mindestanlage 1 Mio US-\$. Hedgefondsrenditen sind meist nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte korreliert.

**Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)**

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Kernkapital. Andernfalls sind sie dem Ergänzungskapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).

**IFRS (International Financial Reporting Standards)/normals IAS (International Accounting Standards)**

Rechnungslegungsregeln des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

**Investment Banking**

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren  $\Delta$  Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und  $\Delta$  Private Equity.

**Kapitalflussrechnung**

Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.

**Konfidenzniveau**

Im Rahmen des  $\Delta$  Value-at-risk-Konzepts ist es die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust innerhalb des Intervalls liegt, welches durch den Value-at-risk angegeben wird.

**Kreditderivate**

Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene  $\Delta$  Kreditrisiko auf als sogenannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.

**Kreditrisiko**

Gefahr, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, Länder- ( $\Delta$  Länderrisiko) und Abwicklungsrisiken.

**Länderrisiko**

Das Risiko, dass in einem beliebigen Land ein Verlust auf Grund politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.

**Latente Steuern**

Posten zur Darstellung steuerlicher Bewertungsunterschiede. Latente Steuern bildet man bei zeitlich begrenzten Differenzen zwischen Konzernbilanz und Steuerbilanz, um den Steueraufwand entsprechend dem Konzernergebnis auszuweisen.

**Late-stage Private Equity**

Anlage in nicht börsennotierten Gesellschaften, die sowohl vom Alter als auch vom positiven Cashflow her zu den reiferen Investitionsobjekten gehören.

**Liquiditätsrisiko**

Bezeichnet die Gefährdung unserer Gewinne und unseres Kapitals bei einer potenziellen Unfähigkeit der Bank, ihre Verpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen, ohne dabei unannehmbar hohe Verluste einzugehen.

**Management Buy-out**

Übernahme aller umlaufenden Aktien durch das im Unternehmen tätige Management, welches die Börsennotierung beendet.

**Mark-to-market-Bewertung**

Bewertung zu aktuellen Marktpreisen. Gilt zum Beispiel für Handelsaktivitäten ( $\Delta$  Handelsergebnis).

**Marktrisiko**

Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.

**Mezzanine**

Anlagen vor allem in festverzinslichen Wertpapieren mit einer Eigenkapitalkomponente. Im Rang stehen diese Schuldinstrumente in der Regel hinter den Bankschulden des Emittenten, aber vor dessen sonstigen Schuldtiteln, Vorzugspapieren und Aktien. Die Eigenkapitalkomponente besteht üblicherweise aus Optionsscheinen.

**Monte Carlo-Simulation**

Modell, das den Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion für eine große Zahl (beispielsweise 10.000) von unterschiedlichen Marktszenarien berechnet.

**Namensaktien**

Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.

**Nettingvereinbarungen**

Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Nettingvereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.

**Ökonomisches Kapital**

Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen. Es ist streng vom bilanziellen Eigenkapital zu unterscheiden.

**Operationelles Risiko**

Risiko des Verlusts im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Projektmanagement, vertraglichen Spezifikationen und deren Dokumentation, Technologie, Infrastrukturausfällen und Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt unter anderem rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken ein.

**Option**

Recht, den zu Grunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

**OTC-Derivate**

Finanzinstrumente (à Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-counter) gehandelt werden.

**Passives Asset Management**

Befasst sich mit Fonds, die eine Vielzahl weltweiter Finanzindizes verfolgen. Ziel des passiven Asset Managements ist die Schaffung eines à Portfolios, das die Risiko- und Gesamtrenditecharakteristika des jeweiligen Index widerspiegelt und dabei die Kosten für den Handel mit den betreffenden Wertpapieren so niedrig wie möglich hält.

**Portfolio (Portfeuille)**

Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung.

Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder à Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.

**Private Banking**

Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.

**Private Equity**

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

**Projected Unit Credit Method**

Anwartschaftsbarwertverfahren für die Bewertung von Pensionszusagen; es handelt sich um ein Kapitalansammlungsverfahren nach SFAS 87, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsmathematischen Barwert des am Abschlussstichtag erworbenen Versorgungsanspruchs anzusetzen ist. Charakteristisch ist, dass bei dynamischen Pensionszusagen Trendannahmen (zum Beispiel hinsichtlich zu erwartender Gehaltssteigerungen) zu berücksichtigen sind. Der Zinsfuß zur Diskontierung orientiert sich an Zinssätzen für Schuldverschreibungen, die von Unternehmen mit hoher Bonität begeben werden.

**Rating**

Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen.

Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes à Exposure eines Schuldners.

**Relationship Management**

Allgemein: In Kombination mit Produktspezialisten betreuen qualifizierte Firmenkundenberater ausgewählte Firmenkunden in einem definierten Marktsegment.

Hier: Betreuungsansatz im nationalen und internationalen Firmenkundengeschäft.

**Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)**

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

**Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite**

Grundsätzlich: Kennziffer zur Ertragslage eines Unternehmens, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt.

Hier: Ergebnis in Prozent des im Jahresdurchschnitt eingesetzten Eigenkapitals ã Bereinigte Eigenkapitalrendite.

**Sarbanes-Oxley Act (SOX)**

US-Kapitalmarktgesetz aus dem Jahr 2002, das als Reaktion auf eine Anzahl von Bilanzskandalen die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die neuen und erweiterten Regelungen gelten für alle an einer US-Börse gelisteten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

**Securitization (Verbriefung)**

Grundsätzlich: Verkörperung von Rechten in Wertpapieren (beispielsweise Aktien und Schuldverschreibungen).

Hier: Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (etwa Schuldverschreibungen oder Commercial Paper).

**Segmentberichterstattung**

Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen eines Unternehmens, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).

**Shareholder Value**

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

**Swaps**

Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen.

Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel).

Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

**Übriger umfassender Periodenerfolg (Other Comprehensive Income)**

Enthält im Wesentlichen unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Währungsumrechnung und aus ã Wertpapieren „Available for Sale“. Diese unrealisierten Gewinne und Verluste werden nicht im laufenden Ergebnis berücksichtigt, sondern unter dem kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

**Umfassender Periodenerfolg (Comprehensive Income)**

Veränderung des Eigenkapitals ohne Transaktionen mit Aktionären (zum Beispiel Dividendenausschüttungen, Kapitalerhöhungen). Er besteht primär aus dem Jahresüberschuss und dem ã Übrigen umfassenden Periodenerfolg.

**US GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles)**

Rechnungslegungsregeln der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den ã IFRS liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

**Value-at-risk-Konzept**

Misst für ein gegebenes ã Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode und mit einem bestimmten ã Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

**Wertpapiere „Available for Sale“**

Wertpapiere, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem ã Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des ã Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral im ã Übrigen umfassenden Periodenerfolg innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Bei einem Rückgang des ã Fair Value unter die fortgeführten Anschaffungskosten wird eine entsprechende Wertminderung, soweit der Rückgang als nicht temporär anzusehen ist, in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesen. Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls in der Gewinn- und Verlust-Rechnung vereinnahmt.

# Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft  
Taunusanlage 12  
60262 Frankfurt am Main  
Telefon: (0 69) 9 10-00  
[deutsche.bank@db.com](mailto:deutsche.bank@db.com)

Aktionärshotline:  
08 00-9 10 80 00  
Hauptversammlungshotline:  
08 00-1 00 47 98

Investor Relations:  
(0 69) 9 10-3 80 80  
[db.ir@db.com](mailto:db.ir@db.com)

Der Jahresbericht 2004 und  
Finanzbericht 2004 im Internet:  
[www.deutsche-bank.de/04](http://www.deutsche-bank.de/04)

## Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Jede Aussage in dieser Präsentation, die unsere Absichten, Annahmen, Erwartungen oder Vorhersagen (sowie die zu Grunde liegenden Annahmen) wiedergibt, ist eine zukunftsgerichtete Aussage. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unseres Business Realignment Program, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 24. März 2005 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter [www.deutsche-bank.com/ir](http://www.deutsche-bank.com/ir) verfügbar.

## Gern senden wir Ihnen die folgenden Publikationen zum Jahresabschluss.

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2004 und dem Finanzbericht 2004, besteht.

**Jahresbericht 2004**  
(in Deutsch und Englisch)

**Finanzbericht 2004**  
(in Deutsch und Englisch)

**Form 20-F** (in Englisch)

**Jahresabschluss und Lagebericht der Deutsche Bank AG 2004**  
(in Deutsch und Englisch)

**Verzeichnis der Mandate 2004**  
(in Deutsch und Englisch)

**Verzeichnis des Anteilsbesitzes 2004**  
(in Deutsch und Englisch)

**Verzeichnis der Beiratsmitglieder 2004**  
(in Deutsch)

**Gesellschaftliche Verantwortung – Bericht 2004**  
(in Deutsch und Englisch)

## So können Sie bestellen:

– per E-Mail an  
[deutsche-bank@pks-direkt.de](mailto:deutsche-bank@pks-direkt.de)

– im Internet unter  
[www.deutsche-bank.de/04](http://www.deutsche-bank.de/04)

– per Fax an (0 69) 95 00 95 29

– mit Anruf unter (0 69) 95 00 95 30

– per Post bei:  
Deutsche Bank AG  
Leser-Service-PKS  
60262 Frankfurt am Main



### Wichtige Termine 2005/2006

29. April 2005	Zwischenbericht zum 31. März 2005
<b>18. Mai 2005</b>	<b>Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)</b>
19. Mai 2005	Dividendenzahlung
29. Juli 2005	Zwischenbericht zum 30. Juni 2005
28. Oktober 2005	Zwischenbericht zum 30. September 2005
2. Februar 2006	Veröffentlichung der Jahreszahlen 2005
3. Mai 2006	Zwischenbericht zum 31. März 2006
<b>1. Juni 2006</b>	<b>Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)</b>
2. Juni 2006	Dividendenzahlung
1. August 2006	Zwischenbericht zum 30. Juni 2006
1. November 2006	Zwischenbericht zum 30. September 2006

# Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2004





<b>Lagebericht</b>	2 Lagebericht 2 Erfolgsrechnung 5 Bilanz 7 Risikobericht 10 Ausblick
<b>Bilanz</b>	12 Bilanz der Deutschen Bank AG
<b>Gewinn-und-Verlust-Rechnung</b>	14 Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank AG
<b>Anhang</b>	16 Anhang 16 Grundlagen und Methoden 18 Erläuterungen zur Bilanz 29 Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung 30 Sonstige Angaben 31 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
<b>Gremien</b>	32 Vorstand 33 Aufsichtsrat 34 Ausschüsse 35 Beraterkreis

## Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2004 war das wirtschaftliche Umfeld stabiler als in den beiden Vorjahren. Wir konnten unsere Position sowohl in Deutschland als auch international durch den Ausbau unserer Kerngeschäftsfelder weiter festigen. Die im vierten Quartal eingeleiteten Maßnahmen zur organisatorischen Weiterentwicklung unserer Geschäftsbereiche (Business Realignment Program) enthalten eine Reihe von Initiativen für weiteres Ertragswachstum und zur Kostensenkung. Die Umsetzung dieses Programms führte im Berichtsjahr zu Sonderbelastungen, die sich im Wesentlichen als Restrukturierungskosten niederschlugen. Auch im Jahr 2005 werden Aufwendungen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Effizienzsteigerung anfallen.

Am 28. Juni 2004 haben wir unser zweites Aktienrückkaufprogramm erfolgreich abgeschlossen und 38 Mio Aktien eingezogen. Dies entsprach 6,5% unseres Grundkapitals. Auf Grund der Ermächtigung aus der letzten Hauptversammlung haben wir im dritten Quartal 2004 ein neues Rückkaufprogramm gestartet, das uns bis zum 30. November 2005 den Rückkauf von bis zu 10% der ausstehenden Aktien ermöglicht.

Im Geschäftsjahr 2004 erwirtschaftete die Deutsche Bank AG einen Jahresüberschuss von 0,9 Mrd € nach 0,8 Mrd € im Jahr 2003. Der am 18. Mai 2005 stattfindenden Hauptversammlung schlugen wir eine Anhebung der Dividende von 1,50 € auf 1,70 € je Stückaktie vor. Dies unterstreicht unser Vertrauen in die zukünftige geschäftliche Entwicklung. Mit unserem Dividendenvorschlag sind wir im nationalen und internationalen Vergleich mit unseren Wettbewerbern gut positioniert.

### Erfolgsrechnung

Infolge des abgeschwächten Handelsergebnisses ermäßigten sich die gesamten Erträge (Zins- und Provisionsüberschuss sowie Nettoertrag aus Finanzgeschäften) gegenüber dem Vorjahr um 5,2% auf 10.563 Mio €. Ohne Wechselkurseffekte reduzierte sich der Rückgang der gesamten Erträge auf 4,0%.

#### Deutliche Zunahme des Zinsüberschusses

Der Zinsüberschuss belief sich auf 5.872 Mio €. Während die Zinserträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren kräftig stiegen, gingen die Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen zurück. Insgesamt verbesserte sich der Zinsüberschuss um 11,0%.

Von den Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen von 1.237 Mio € (+ 194 Mio €) betrafen unter anderem 682 Mio € die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, 404 Mio € die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH und 73 Mio € die DB Export-Leasing GmbH.

#### Provisionsüberschuss auf hohem Niveau

Im Provisionsgeschäft erzielte die Bank einen Überschuss von 4.193 Mio €, der den hohen Wert des Vorjahres um 2,6% verfehlt. Gut die Hälfte des Rückgangs ist auf geringere Provisionen aus dem Dienstleistungsgeschäft für Tochtergesellschaften zurückzuführen. Außerdem verringerten sich die An- und Verkaufsprovisionen im Geschäft mit Aktien und Rentenwerten. Dagegen legten die Provisionserträge aus der Kreditbearbeitung und dem Avalgeschäft sowie aus dem Absatz von Investmentzertifikaten deutlich zu. Erfreulich entwickelten sich auch die Provisionen aus dem Vermittlungsgeschäft.

#### Rückläufiger Nettoertrag aus Finanzgeschäften

Die Handelsbereiche konnten das gute Ergebnis des Vorjahres nicht fortschreiben. Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften von 498 Mio € blieb um 67,7% hinter dem Ergebnis des Vorjahres. Rückläufig waren vor allem die Erträge aus dem Geschäft mit Wandelanleihen und in den Emerging Markets.

#### Kosten gesenkt

Die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenreduktion wirken sich aus. Dies zeigt sich am Verwaltungsaufwand, der sich gegenüber dem Vorjahr um 400 Mio € oder 4,0% auf 9.545 Mio € ermäßigte, teilweise bedingt durch Wechselkursveränderungen. Die Entlastung der Kostenseite vollzog sich im Perso-

nalaufwand durch die niedrigere Anzahl der Beschäftigten und durch geringere Abfindungszahlungen. Darüber hinaus blieb der Aufwand für die Dotierung der Pensionsrückstellung unter dem Vorjahreswert, der durch den Einmaleffekt aus der Umstellung auf beitragsorientierte Kapitalkontenpläne belastet war.

Auch die anderen Verwaltungsaufwendungen ermäßigten sich auf 3.872 Mio € (– 276 Mio € oder 6,7%). Ausschlaggebend dafür waren geringere Inanspruchnahmen von Dienstleistungen unserer Tochtergesellschaften sowie rückläufige Beratungskosten und Mieten für Gebäude.

Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen waren 283 Mio € abzuschreiben (Vorjahr: 297 Mio €).

Aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen verblieb per saldo ein Ertrag von 14 Mio €. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die auf die Deutsche Bank AG entfallenden Aufwendungen aus dem WorldCom-Vergleich berücksichtigt.

#### **Weitere Fortschritte beim Abbau von Kreditrisiken**

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft werden – nach Verrechnung mit Erträgen gemäß § 340f Abs. 3 HGB – in Höhe von 158 Mio € (2003: 363 Mio €) ausgewiesen. In der deutlich reduzierten Risikovorsorge zeigen sich sowohl das Ergebnis aus dem disziplinierten Kreditrisikomanagement als auch der Einfluss aus dem verbesserten Kreditumfeld. Die Nettozuführung zur Risikovorsorge betraf ausschließlich das inländische Kreditgeschäft; dagegen konnten Vorsorgen im Kreditgeschäft mit ausländischen Kunden aufgelöst werden.

Aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve (bestimmte Wertpapiere) resultierte per saldo ein Ertrag von 66 Mio € (im Vorjahr 117 Mio €).

#### **Betriebsergebnis**

Im Berichtsjahr erwirtschaftete die Bank ein Betriebsergebnis von 874 Mio €; es blieb – vor allem durch Abschwächung der Handelserträge – um 190 Mio € unter dem Vorjahreswert.

#### **Übrige Erträge / Aufwendungen**

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren beliefen sich – nach der gemäß § 340c Abs. 2 HGB vorgenommenen Verrechnung mit Aufwendungen – auf 33 Mio €.

Die außerordentlichen Aufwendungen von 481 Mio € betreffen Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit der organisatorischen Weiterentwicklung der Geschäftsbereiche (Business Realignment Program). Mit diesem Programm, das bis in das Jahr 2005 hineinreicht, wird eine Reihe von Initiativen für weiteres Ertragswachstum und zur Kostensenkung umgesetzt.

#### **Steuern**

Der Steuerertrag von 550 Mio € resultiert aus der Abgrenzung aktiver latenter Steuern bei den Auslandsfilialen und aus geänderten Steuerfestsetzungen für frühere Jahre.

#### **Jahresüberschuss**

Die Bank erzielte im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 880 Mio € und übertraf damit den Vorjahreswert um 60 Mio € (+ 7,3%).

Auf Grund des aufgestockten Bestands an Eigenen Aktien waren der Rücklage für eigene Anteile 648 Mio € zuzuführen; dieser Betrag wurde den anderen Gewinnrücklagen entnommen.

#### **Gewinnverwendungsvorschlag: erneute Anhebung der Dividende**

Einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr von 45 Mio € beträgt der Bilanzgewinn 925 Mio €. Wir schlagen unseren Aktionären vor, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer von 1,50 € auf 1,70 € erhöhten Dividende je Stückaktie zu verwenden.

Infolge der Dividendenanhebung steigt die Ausschüttungssumme um 109 Mio €; andererseits ermäßigte sie sich um 57 Mio € durch den im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms erfolgten Einzug von 38 Mio Stückaktien.

Aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank AG:

in Mio €	2004	2003 <sup>1</sup>	Veränderung	
			in Mio €	in %
Zinserträge <sup>2</sup>	15.145	17.345	- 2.200	- 12,7
Laufende Erträge <sup>3</sup>	5.637	4.394	+ 1.243	+ 28,3
Zinserträge insgesamt	20.782	21.739	- 957	- 4,4
Zinsaufwendungen	14.910	16.448	- 1.538	- 9,4
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>5.872</b>	<b>5.291</b>	<b>+ 581</b>	<b>+ 11,0</b>
Provisionserträge	5.479	5.456	+ 23	+ 0,4
Provisionsaufwendungen	1.286	1.151	+ 135	+ 11,7
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>4.193</b>	<b>4.305</b>	<b>- 112</b>	<b>- 2,6</b>
<b>Nettoertrag aus Finanzgeschäften</b>	<b>498</b>	<b>1.542</b>	<b>- 1.044</b>	<b>- 67,7</b>
Löhne und Gehälter	4.139	4.278	- 139	- 3,2
Soziale Abgaben <sup>4</sup>	1.251	1.222	+ 29	+ 2,4
Personalaufwand	5.390	5.500	- 110	- 2,0
Andere Verwaltungsaufwendungen <sup>5</sup>	4.155	4.445	- 290	- 6,5
<b>Verwaltungsaufwand</b>	<b>9.545</b>	<b>9.945</b>	<b>- 400</b>	<b>- 4,0</b>
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	14	234	- 220	- 94,1
Risikovorsorge	158	363	- 205	- 56,4
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>874</b>	<b>1.064</b>	<b>- 190</b>	<b>- 17,9</b>
<b>Saldo der übrigen Erträge/Aufwendungen</b>	<b>- 490</b>	<b>- 920</b>	<b>+ 430</b>	
<b>Jahresüberschuss vor Steuern</b>	<b>384</b>	<b>144</b>	<b>+ 240</b>	<b>+ 165,1</b>
Steuern	- 496	- 676	+ 180	
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>880</b>	<b>820</b>	<b>+ 60</b>	<b>+ 7,3</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	45	53	- 8	
	925	873	+ 52	+ 5,9
<b>Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>	<b>648</b>	<b>780</b>	<b>- 132</b>	
- aus der Rücklage für eigene Anteile	-	780	- 780	
- aus anderen Gewinnrücklagen	648	-	+ 648	
<b>Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>	<b>648</b>	<b>780</b>	<b>- 132</b>	
- in die Rücklage für eigene Anteile	648	-	+ 648	
- in andere Gewinnrücklagen	-	780	- 780	
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>925</b>	<b>873</b>	<b>+ 52</b>	<b>+ 5,9</b>

<sup>1</sup> Zahlen 2003 zur besseren Vergleichbarkeit an Darstellung 2004 angepasst; siehe Anhang S. 16.

<sup>2</sup> Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen.

<sup>3</sup> Aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen (einschließlich Gewinnabführungsverträgen) sowie dem Leasinggeschäft.

<sup>4</sup> Einschließlich Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

<sup>5</sup> Einschließlich Normalabschreibungen auf Sachanlagen.

## Bilanz

Die Bilanzsumme der Deutschen Bank AG belief sich zum 31. Dezember 2004 auf 852,5 Mrd €. Die Volumenausweitung um 110,1 Mrd € oder 14,8% ist vornehmlich auf den Anstieg der Bestände an Wertpapieren und der Forderungen an Kunden zurückzuführen. Wechselkursveränderungen, vor allem des US-Dollar, schwächten den Zuwachs der Bilanzsumme erheblich ab.

### Kreditvolumen

Das Kreditvolumen (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften) ermäßigte sich geringfügig um 1,5% auf 181,0 Mrd €. In den letzten drei Jahren wurde das Kreditvolumen um 43,8 Mrd € abgebaut.

An Firmen- und institutionelle Kunden waren insgesamt 156,7 Mrd € (– 2,4 Mrd €) sowie an Privat- und Geschäftskunden 4,8 Mrd € (– 0,6 Mrd €) ausgereicht; die im Kreditvolumen enthaltenen Kredite an Kreditinstitute gingen um 1,1 Mrd € auf 15,0 Mrd € zurück.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditvolumens (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften):

in Mrd €	31.12.2004	31.12.2003	Veränderung	
			in Mrd €	in %
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>165,6</b>	<b>167,2</b>	<b>– 1,6</b>	<b>– 0,9</b>
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren <sup>1</sup>	147,9	147,2	+ 0,7	+ 0,2
mehr als 5 Jahren	17,7	20,0	– 2,3	– 11,8
<b>Wechselkredite<sup>2</sup></b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 26,9</b>
<b>Kredite an Kreditinstitute</b>	<b>15,0</b>	<b>16,1</b>	<b>– 1,1</b>	<b>– 6,9</b>
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren <sup>1</sup>	14,0	14,2	– 0,2	– 1,7
mehr als 5 Jahren	1,0	1,9	– 0,9	– 45,5
<b>Insgesamt</b>	<b>181,0</b>	<b>183,8</b>	<b>– 2,8</b>	<b>– 1,5</b>

<sup>1</sup> Einschließlich täglich fälliger und mit unbestimmter Laufzeit.

<sup>2</sup> Soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen.

Forderungen an Kreditinstitute (ohne Kredite) nahmen durch höhere Geldanlagen bei Auslandsbanken um 10,8 Mrd € auf 137,7 Mrd € zu. Darin sind Forderungen von 44,2 Mrd € an eigene Konzernbanken enthalten.

Das Gesamtvolumen der durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäfte – einschließlich der mit Kunden abgeschlossenen Geschäfte – wuchs um 18,9 Mrd € auf 168,3 Mrd €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich Ende 2004 auf 345,5 Mrd €. Der Zuwachs von 22,1 Mrd € entfiel etwa jeweils zur Hälfte auf täglich fällige bzw. befristete Gelder. Die Einlagen unserer Konzernbanken betragen insgesamt 91,1 Mrd €.

### Wertpapiere

Die Bestände an Wertpapieren haben wir im Zuge verstärkter Handelsaktivitäten weiter aufgestockt, insbesondere Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (+ 26,9 Mrd € auf 170,4 Mrd €).

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere stiegen um 11,7 Mrd € auf 86,2 Mrd €.

### Beteiligungen

Der unter Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz wird nach einem Anstieg von 0,5 Mrd € mit 1,6 Mrd € ausgewiesen. Zugängen im Beteiligungsbestand von 0,7 Mrd € standen Verkäufe sowie sonstige Abgänge von insgesamt 0,2 Mrd € gegenüber.



### Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen ermäßigten sich um 1,7 Mrd € auf 32,9 Mrd €. Zugängen von 1,3 Mrd €, vor allem Kapitalerhöhungen und Kapitaleinzahlungen, standen Abgänge, größtenteils aus Kapitalrückzahlungen, von 3,0 Mrd € gegenüber.

### Eigene Aktien

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 wurde ein drittes Aktienrückkaufprogramm aufgelegt, das den Rückkauf von bis zu 10% unserer ausstehenden Aktien erlaubt. Von diesem Beschluss haben wir Gebrauch gemacht und bis zum Jahresende 2004 Stück 26,6 Mio Eigene Aktien erworben. Zusammen mit den übrigen Handelsbeständen belief sich der Bestand an Eigenen Aktien am 31. Dezember 2004 auf 27,2 Mio Stück (31.12.2003: 16,7 Mio Stück).

### Einlagen von Kunden

Nach einem Anstieg von 46,7 Mrd € werden die Einlagen von Kunden mit 323,3 Mrd € ausgewiesen. Die 2004 zugeflossenen Einlagen betreffen ausschließlich täglich fällige Gelder. Termin- und Spareinlagen blieben nahezu unverändert auf dem Stand des Vorjahres.

Verbriefte Verbindlichkeiten nahmen per saldo um 2,4 Mrd € auf 77,6 Mrd € zu; während die Verbindlichkeiten aus Geldmarktpapieren um 8,7 Mrd € und die begebenen Schuldverschreibungen um 2,2 Mrd € zurückgeführt wurden, erhöhten sich die anderen verbrieften Verbindlichkeiten (überwiegend Indexzertifikate) um 13,4 Mrd €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten:

in Mrd €	31.12.2004	31.12.2003	Veränderung	
			in Mrd €	in %
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>345,5</b>	<b>323,4</b>	<b>+ 22,1</b>	<b>+ 6,8</b>
täglich fällig	189,3	178,4	+ 10,9	+ 6,1
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	156,2	145,0	+ 11,2	+ 7,7
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>323,3</b>	<b>276,6</b>	<b>+ 46,7</b>	<b>+ 16,9</b>
Spareinlagen	2,2	2,5	- 0,3	- 6,7
andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig	149,1	101,9	+ 47,2	+ 46,3
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	172,0	172,2	- 0,2	- 0,1
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>77,6</b>	<b>75,2</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>+ 3,2</b>
begebene Schuldverschreibungen	23,1	25,3	- 2,2	- 8,9
andere verbrieftete Verbindlichkeiten	54,5	49,9	+ 4,6	+ 9,4
(darunter Geldmarktpapiere)	(15,4)	(24,1)	(- 8,7)	(- 36,2)

Nachrangige Verbindlichkeiten haben wir durch Begebung eigener Schuldverschreibungen um 1,6 Mrd € auf 10,6 Mrd € aufgestockt. Das Genussrechtskapital wurde auf Grund der Fälligkeit vollständig zurückgeführt (- 0,7 Mrd €).

### Eigenkapital

Das Eigenkapital der Deutschen Bank AG (einschließlich 0,9 Mrd € Bilanzgewinn) verminderte sich um 2,4 Mrd € auf 17,6 Mrd €. Der Vorstand hat von seiner Ermächtigung durch die Hauptversammlung, im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms Eigene Aktien einzuziehen, im Berichtsjahr Gebrauch gemacht. Danach wurden 38 Mio Stück Aktien im Gegenwert von 2,5 Mrd € eingezogen.

Auf Grund des gegenüber dem 31. Dezember 2003 höheren Bestands an Eigenen Aktien waren der Rücklage für eigene Anteile 0,6 Mrd € zuzuführen; dieser Betrag wurde den anderen Gewinnrücklagen entnommen.

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel gemäß Kreditwesengesetz (KWG) beliefen sich auf 22,5 Mrd €. Sie setzen sich im Wesentlichen aus dem handelsrechtlichen Eigenkapital und den als Ergänzungskapital sowie als Drittrangmittel anerkannten nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

## Risikobericht

### Arten von Risiken

Die Deutsche Bank AG ist Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen und allgemeinen Geschäftsrisiken ausgesetzt.

### Die Risiken der Deutschen Bank AG im Konzernverbund

Die Wirkung der beschriebenen Risiken auf die Deutsche Bank AG lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die anderen rechtlich selbstständigen Einheiten der Deutschen Bank isolieren. Dafür sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Die interne Gliederung des Konzerns nach Konzernbereichen orientiert sich an den Kundenbedürfnissen, das heißt an den vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die externe rechtliche Gliederung hat sich an lokalrechtlichen Vorgaben zu orientieren und folgt daher nicht zwangsläufig der internen Struktur. Beispielsweise kann es von der lokalen Gesetzgebung abhängen, ob das Geschäft des Konzerns in einem Land von einer Filiale der Deutschen Bank AG oder einer selbstständigen Tochtergesellschaft geführt wird. Die Geschäftsleitung muss aber die Risiken des Geschäfts betrachten – unabhängig davon, ob es sich um eine Filiale oder eine Tochtergesellschaft handelt.
- Eine angemessene Risikoüberwachung und -steuerung erfordern die Kenntnis, wie die Ertragslage des Konzerns von der Entwicklung einzelner Risikofaktoren, das heißt der Bonität einzelner Kunden oder Wertpapieremittenten beziehungsweise der Änderung von Marktpreisen, abhängt. Daher ist eine die rechtlichen Einheiten übergreifende Analyse der entsprechenden Geschäfte vorzunehmen. Insbesondere für das Kreditrisiko, das von einem Kreditnehmer ausgeht, ist es weitgehend unerheblich, ob das Kreditengagement gegenüber einem Unternehmen auf mehrere Konzerngesellschaften verteilt oder auf die Deutsche Bank AG konzentriert ist. Eine separate Betrachtung des nur die Deutsche Bank AG betreffenden Risikoanteils würde die Gefahr vernachlässigen, die im Fall der Insolvenz des Unternehmens auf den Konzern und damit indirekt auf die AG als Konzernmutter ausgeht.
- Zwischen den einzelnen Risikofaktoren bestehen zum Teil Abhängigkeiten, zum Teil wirken sie unabhängig voneinander. Liegen Abschätzungen über Art und Ausmaß dieser Zusammenhänge vor, kann das Management des Konzerns durch Streuung der Geschäfte über Kundengruppen, Emittenten und Länder eine deutliche Senkung des Gesamtrisikos herbeiführen (Diversifikation). Diese Zusammenhänge zwischen den Risiken sind ebenfalls von den rechtlichen und divisionalen Strukturen des Konzerns unabhängig. Daher kann das Management die risikomindernden Diversifikationseffekte nur dann optimal ausnutzen, wenn es diese konzernweit und die rechtlichen Einheiten übergreifend steuert.

### Risikomanagement der Deutschen Bank AG im Konzernverbund

Aus den dargelegten Gründen sind die Identifikation, Überwachung und Steuerung aller Risiken der Deutschen Bank AG in das konzernweite Risikomanagement integriert. Selbstverständlich werden alle rechtlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auch von der Deutschen Bank AG eingehalten.

### Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand gibt den Rahmen für das Risikomanagement des Konzerns vor. Der Group Chief Risk Officer, Mitglied des Vorstands, ist insbesondere für die Risikomanagementaktivitäten zu Kredit-, Markt-, operationellen und Geschäftsrisiken im Konzern verantwortlich. Er hat den Vorsitz im Group Risk Committee, das für die Steuerung dieser Risiken im Konzern zuständig ist. Die Liquiditätsrisikosteuerung obliegt Group Treasury. Die der Liquiditätsrisikosteuerung zu Grunde liegenden Richtlinien werden regelmäßig von dem Group Asset and Liability Committee überprüft, dessen Vorsitz das Vorstandsmitglied mit Verantwortung für Group Treasury innehat.

### Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken wendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium an quantitativen Kenngrößen und Messinstrumenten an. Einige dieser Instrumente sind anwendbar auf mehrere Risikoarten, während andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten sind. Diese quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente stellen die folgenden Informationen bereit:

- Informationen, die eine Abhängigkeit des Marktwerts einzelner Positionen beziehungsweise Portfolios von Änderungen der Marktparameter beziffern (sogenannte Sensitivitätsanalysen).
- Informationen, die aggregierte Risiken unter Berücksichtigung gegenseitiger Abhängigkeiten und Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten auf Basis statistischer Verfahren messen.
- Informationen, die Verlustrisiken aus extremen Bewegungen in Marktpreisen oder Kursänderungen (Krisensituationen) unter Verwendung von Szenarioanalysen quantifizieren.

Die Grundsätze und Risikolimits der Deutschen Bank beziehen sich auf diese quantitativen Steuerungsinstrumente und Kenngrößen über alle Konzernbereiche hinweg, um Risiken zielgerecht zu steuern.

### Von der Bankaufsicht vorgeschriebene Kenngrößen

Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die Aufsichtsbehörden sind die Kenngrößen Risikoposition und aufsichtsrechtliche Eigenmittel festzustellen.

### Risikoposition

Die Risikoposition ist das gesamte von der Bank eingegangene Risiko, das nach bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften in Form von Risikoaktiva für Kredit- und Marktrisiken ermittelt wird. Die deutsche Bankenaufsicht erlaubt der Deutschen Bank AG, einen internen Value-at-risk-Ansatz zur Berechnung der Marktrisikokomponente anzuwenden. Die Risikoposition der Bank wird mit Eigenmitteln unterlegt, damit die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Eigenkapitalquoten eingehalten werden.

### Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel setzen sich aus Kernkapital (Tier-I), Ergänzungskapital (Tier-II) und Drittrangmitteln (Tier-III) zusammen.

### Angaben zu Risikoarten

Die folgenden Abschnitte enthalten Ausführungen zu den einzelnen Risikoarten.

### Marktrisiko

Die Deutsche Bank geht Marktrisiken sowohl im Handelsbuch als auch im Bankbuch ein. Zur Messung dieser Risiken kommen verschiedene Verfahren zum Einsatz, die speziell auf die Risikosituation im Handelsbuch beziehungsweise im Bankbuch zugeschnitten sind. Value-at-risk ist die wichtigste Messgröße für die Marktrisiken der Handelsportfolios, während die Marktrisiken im Bankbuch primär auf Basis von Stressszenarien quantifiziert werden. Das Marktrisiko des Konzerns wird über das Group Risk Committee und die für das Marktrisikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert. Dabei kommt eine umfangreiche Risikolimitstruktur nach Geschäftsbereichen und Regionen zum Einsatz, die in ihren wesentlichen Teilen vom Group Market Risk Management festgelegt wird.

### Kreditrisiko

Alle Konzernbereiche der Deutschen Bank AG gehen Kreditrisiken ein. Das Kreditrisiko des Konzerns wird über das Group Risk Committee und die für das Risikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert.

### Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisikosteuerung obliegt Group Treasury. Die Steuerung basiert auf einer Analyse aller zukünftigen Cashflows nach Geschäftsbereich, Produkt, Währung und Lokation. Der Steuerungsprozess beinhaltet die Überwachung und Limitierung aggregierter Mittelabflüsse und Mittelaufnahmen.

Diversifikationseffekte und Kundenkonzentration werden beobachtet. Ergänzend werden regelmäßig Szenarioanalysen durchgeführt, um mögliche Liquiditätsengpässe auf Grund unerwarteter bankspezifischer oder externer Ereignisse ermitteln und ausgleichen zu können.

### Operationelles Risiko

Operational Risk Management ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion der Deutschen Bank. Der Group Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk hat einen Global Head of Operational Risk Management ernannt. Er ist Mitglied im Group Risk Committee und leitet das Operational Risk Management Committee. Operational Risk Management legt die übergreifende Strategie zur Steuerung von operationellen Risiken sowie die entsprechenden Richtlinien fest und stellt den Geschäftsbereichen die notwendigen Risikomanagementinstrumente zur Verfügung. Die Geschäftsbereiche sind für die Umsetzung der Vorgaben verantwortlich.

### Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet die Risiken, die auf Grund veränderter Rahmenbedingungen entstehen; dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf die veränderten Bedingungen einstellen, können diese Risiken unsere Ertragslage beeinträchtigen.

### Gesamtrisikoposition nach Aufsichtsrecht

Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive stellen sich die Risikopositionen nach Grundsatz I (Risikoaktiva des Anlagebuchs, Adressenrisiken des Handelsbuchs sowie Marktrisikooäquivalent) gemäß nachfolgender Tabelle dar. Der Berechnung liegen die Bestimmungen des Kreditwesengesetzes (KWG), des Grundsatzes I und des Handelsgesetzbuchs (HGB) zu Grunde. Die folgende Tabelle zeigt die Risikopositionen nach Grundsatz I:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Risikoaktiva des Anlagebuchs	162.384	152.065
Marktrisikooäquivalent sowie Adressenrisiken des Handelsbuchs	56.419	52.379
<b>Insgesamt</b>	<b>218.803</b>	<b>204.444</b>

### Eigenmittel

Die Eigenmittel nach KWG, die auf Basis des HGB ermittelt werden, setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Kernkapital (Tier-I)	14.445	17.542
Ergänzungskapital (Tier-II)	7.294	8.729
Abzugsposten gemäß §10 Abs. 6 KWG	- 1.991	- 2.578
Nutzbare Drittrangmittel (Tier-III)	2.780	-
<b>Anrechenbare Eigenmittel insgesamt</b>	<b>22.528</b>	<b>23.693</b>
Eigenkapitalquote	12,2%	15,6%
Gesamtkennziffer	10,3%	11,6%

Mit einer Gesamtkennziffer von 10,3% liegt die Deutsche Bank AG deutlich über der vom KWG geforderten Mindestquote von 8%.

## Ausblick

Die Weltwirtschaft startete in das Jahr 2004 mit einem kräftigen Wachstum der Bruttoinlandsprodukte. Ende letzten Jahres verlangsamte sich der Aufschwung auf Grund steigender Ölpreise und nachlassender politischer Impulse in den USA. Zu Beginn des Jahres 2005 bleiben maßgebliche Indikatoren für die Weltwirtschaft auf einem soliden Niveau und weisen somit auf ein durchschnittliches Wachstum hin. China und die USA sind voraussichtlich auch 2005 die Triebfedern der Weltwirtschaft. Das Wirtschaftswachstum in China wird für 2005 auf 8,5% geschätzt, nach einer Quote von 9,5% im letzten Jahr. Das Wachstum in den USA liegt trotz des höheren Leitzinssatzes der amerikanischen Zentralbank und fehlender zusätzlicher fiskalischer Anreize weiterhin bei rund 4%. Die Rentabilität bei den Unternehmen bleibt weiterhin hoch und ermöglicht zusätzliche Ausgaben für Investitionen und Neueinstellungen. Der leichte Konjunkturanstieg in der Eurozone dürfte sich vor dem Hintergrund eines BIP-Wachstums von nahezu 1,5% und eines stärkeren privaten Verbrauchs als in den vergangenen Jahren in 2005 fortsetzen. Gehemmt durch erhebliche Strukturprobleme und durch einen steigenden Euro war die Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2004 erneut schwach; es wird in diesem Jahr voraussichtlich um nur 1% steigen.

Die zukünftigen Risiken insbesondere für Europa beruhen primär auf dem hohen Leistungsbilanzdefizit der USA und einem möglichen Erstarren des Euro angesichts der Tatsache, dass viele asiatische Länder keine wesentliche Aufwertung ihrer Währungen zulassen. Zudem sind nahezu alle Preise für Vermögenswerte stark gestiegen, während Risikoprämien in den letzten zwei Jahren infolge niedriger Zinssätze in den großen Volkswirtschaften wesentlich gesunken sind. Dies steigert das Risiko eines Rückschlags an den Anlagemärkten und führt zu rückläufigem Verbrauch und weltweit nachlassenden Investitionen.

Im Laufe des Jahres 2004 haben wir ein nachhaltiges Gewinnwachstum erreicht. Wir haben den Abbau von Risiken durch die Verringerung unserer Problemkredite, unserer Risikoversorge im Kreditgeschäft sowie unseres Engagements in Alternative Assets weiter fortgeführt und gleichzeitig unsere starke Kapitalisierung beibehalten. Den Erfolg unserer ‚Transformation‘ haben wir mit attraktiven Dividenden und fortlaufenden Aktienrückkäufen an unsere Aktionäre weitergegeben. Gleichzeitig haben wir weiter in unsere Kerngeschäftsfelder investiert. So haben wir beispielsweise mit dem erfolgreichen Ausbau unseres Unternehmensbereichs Private & Business Clients eine stabile, bedeutende Ertragsquelle geschaffen und dadurch eine solide Basis für anhaltendes profitables Wachstum in 2005 und den kommenden Jahren gelegt.

Das im vierten Quartal 2004 bekannt gegebene Business Realignment Program (BRP) umfasst fünf Schlüsselinitiativen mit weitreichenden strategischen und finanziellen Auswirkungen: Neuaufstellung unserer Verkaufs- und Handelsplattformen sowie unseres Firmenkundengeschäfts, Umstrukturierung unseres Geschäftsbereichs Asset Management, Stärkung der Regionen und Fokus auf Deutschland sowie Verschlankeung unserer Infrastruktur. Diese Initiativen sollen das Ertragswachstum in gezielten Bereichen sowohl durch eine bessere Kundenbetreuung als auch durch Produktsynergien beschleunigen und gleichzeitig Kostensynergien durch Rationalisierung, verbesserte Prozessabläufe und Outsourcing schaffen.

- *Neuaufstellung unserer Verkaufs- und Handelsplattformen.* Wir haben eine weltweit führende Verkaufs- und Handelsplattform für Wertpapiere geschaffen, die sich durch hervorragende Mitarbeiter, kontinuierliche Innovationen und eine dynamische Organisation auszeichnet. Die Kunden wünschen zunehmend integrierte Lösungen, die beide Anlageformen, das Aktien- und Anleihegeschäft, umfassen, während der Margendruck in ausgereiften Produkten und gesättigten Märkten zunimmt. Darauf reagieren wir, indem wir die Betreuung von Investoren über alle Bereiche hinweg integrieren und Produkteinheiten dort, wo Synergien am größten sind, zusammenführen. Das gilt auch für unsere Emerging Markets-Abteilungen im Aktien- und Anleihegeschäft, unser Research und unsere Entwicklungs- und Vertriebsaktivitäten für Privatkunden.
- *Neuaufstellung unseres Firmenkundengeschäfts.* Der Bedarf an integrierten Lösungen nimmt auch seitens der Firmenkunden zu. Deswegen werden wir die Kundenbetreuung in diesem Bereich zusammenfassen, unsere Kunden intensiver betreuen und die Produktgestaltung gezielter auf die

Kundenbedürfnisse ausrichten. Dadurch können wir sowohl in den Geschäfts- als auch in den unterstützenden Infrastruktureinheiten kostengünstiger verfahren.

- *Umstrukturierung unseres Geschäftsbereichs Asset Management.* 2005 ist unser Hauptaugenmerk darauf gerichtet, eine effiziente und kostengünstige Organisation zu schaffen und die operative Komplexität zu verringern. Darüber hinaus planen wir unseren Geschäftsmix neu auszurichten, indem wir in Produktbereiche investieren, die hohe Erträge erwirtschaften und den Ausbau der DWS europaweit und im asiatisch-pazifischen Raum vorantreiben. Wir werden uns auch weiterhin auf die Steigerung unseres Anlageergebnisses konzentrieren. Dazu sollen die neu geschaffene Funktion des Global Chief Investment Officer (CIO) und unsere neue, globale Anlageplattform beitragen. Derzeit führen wir eine umfassende globale strategische Überprüfung aller Asset Management Einheiten durch und prüfen sämtliche Optionen insbesondere für die Geschäfte in Großbritannien. Zu diesen Optionen gehören entweder das organische Wachstum des Geschäfts oder dessen vollständige oder teilweise Veräußerung.
- *Stärkung der Regionen und Fokus auf Deutschland.* Das neu geschaffene Management Committee Deutschland, das sich aus Vertretern all unserer Geschäftsbereiche und zentralen Schlüsselfunktionen zusammensetzt, wird eine wichtige Rolle spielen, unsere Kundenbeziehungen zu vertiefen, das Cross-Selling zu verbessern, unser Geschäft weiterzuentwickeln und den Dialog mit nationalen Regierungs- und Aufsichtsbehörden sowie Industrieverbänden zu fördern. Des Weiteren wurden vergleichbare Gremien auch in Nord- und Südamerika, dem asiatisch-pazifischen Raum und Japan sowie in unseren europäischen Kernmärkten geschaffen. Diesen Gremien kommt eine Schlüsselrolle in der Erreichung unseres Ziels zu, das Gewicht der Regionen weltweit zu stärken.
- *Verschlanung unserer Infrastruktur.* Die Weiterentwicklung unserer Front-Office-Strukturen schafft Potenzial für weitere Optimierungen im Back-Office-Bereich. Hierzu werden wir eine zielorientierte Organisation schaffen, in der Smartsourcingmöglichkeiten umfassend genutzt werden. Smartsourcing umfasst die Konsolidierung von dezentralen Einheiten, Outsourcing von Prozessen oder von Teilprozessen sowie die Möglichkeit, Vorteile aus Unterschieden im Kostenniveau verschiedener Lokationen, z.B. bei den Arbeitskosten, zu ziehen. In den Bereichen IT, Operations, Kreditrisikomanagement und anderen Back Office-Funktionen wollen wir unsere Effizienz erheblich steigern, indem manuelle Prozesse automatisiert und redundante Systeme abgebaut werden. Diese Maßnahmen werden von gezielten Investitionen in unser Kontrollumfeld flankiert.

Das BRP sieht zusammen mit zusätzlichen Maßnahmen einen Abbau von Arbeitsplätzen vor. Der Großteil betrifft Infrastrukturbereiche. Darunter fällt auch die Reduzierung von Stellen im Rahmen des Effizienz- und Investitionsprogramms für Deutschland, das wir im Dezember letzten Jahres bekannt gegeben haben.

Das Ziel, unsere Profitabilität weiter zu erhöhen, wird durch ein aktives Kapitalmanagement unterstützt. Im Rahmen unserer Kapitalsteuerung investieren wir gezielt in Geschäftsfelder, die eine besonders hohe Profitabilität versprechen. Wir gehen davon aus, dass unser im Juli 2004 gestartetes Aktienrückkaufprogramm angesichts unserer anhaltend soliden regulatorischen und wirtschaftlichen Kapitalisierung zu Ende geführt wird. Zusätzlich werden wir unsere Aktionäre im Rahmen der nächsten Hauptversammlung im Mai 2005 um die Zustimmung zu einem vierten Aktienrückkaufprogramm bitten.

In unseren Kerngeschäftsfeldern wollen wir unsere Führungsposition nachhaltig ausbauen und die Rentabilität erhöhen. Auf diese Weise können wir überdurchschnittliche Gewinne für unsere Aktionäre erzielen und unsere strategische Eigenständigkeit festigen, indem wir die Deutsche Bank zu einem der weltweit führenden Finanzhäuser gemessen an der Marktkapitalisierung machen.

Das Jahr 2005 hat gut für uns angefangen. Wir haben bereits große Fortschritte bei der Umsetzung unseres Business Realignment Program erzielt. Wenn sich die Weltwirtschaft und die Lage an den Finanzmärkten weiterhin positiv entwickeln, sind wir zuversichtlich, dass wir unser erklärtes finanzielles Ziel erreichen können.

# Bilanz

Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2004

Aktivseite in Mio €		31.12.2004	31.12.2003
<b>Barreserve</b>			
a) Kassenbestand		14	16
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		5.454	5.579
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	2.971		( 3.935)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		—	—
		5.468	5.595
<b>Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen		4.058	1.530
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	35		( 333)
b) Wechsel		393	538
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	318		( 474)
		4.451	2.068
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>			
a) täglich fällig		70.599	68.038
b) andere Forderungen		82.029	74.937
darunter: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	47.889		142.975
		152.628	(52.041)
<b>Forderungen an Kunden</b>		317.167	288.935
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	3.477		( 3.820)
Kommunalkredite	3.472		( 2.553)
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	120.456		(97.431)
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	6.448		1.092
ab) von anderen Emittenten	5.802		5.955
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	49		( 93)
		12.250	7.047
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten		82.661	58.770
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	57.256		(38.474)
bb) von anderen Emittenten		73.508	76.126
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	11.501		(13.571)
		156.169	134.896
c) Eigene Schuldverschreibungen		1.988	1.543
Nennbetrag	1.726		( 1.770)
		170.407	143.486
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>		86.235	74.523
<b>Beteiligungen</b>		1.645	1.156
darunter: an Kreditinstituten	334		( 334)
an Finanzdienstleistungsinstituten	293		( 6)
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>		32.941	34.676
darunter: an Kreditinstituten	5.400		( 5.357)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.055		( 960)
<b>Treuhandvermögen</b>		2.457	944
darunter: Treuhandkredite	460		( 423)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>		604	610
<b>Sachanlagen</b>		702	716
<b>Eigene Aktien (rechnerischer Wert 70 Mio €)</b>		1.613	965
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>		71.703	42.049
<b>Steuerabgrenzungsposten</b>		3.039	2.456
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		1.402	1.247
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>852.462</b>	<b>742.401</b>

Passivseite in Mio €		31.12.2004	31.12.2003
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>			
a) täglich fällig	189.315		178.352
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>156.189</u>		<u>145.006</u>
		345.504	323.358
darunter:			
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	40.310		(37.990)
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.437		1.567
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>832</u>		<u>866</u>
		2.269	2.433
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	149.072		101.899
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>172.004</u>		<u>172.224</u>
		321.076	274.123
darunter:		323.345	276.556
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	51.681		(52.614)
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>			
a) begebene Schuldverschreibungen	23.069		25.322
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	<u>54.522</u>		<u>49.838</u>
		77.591	75.160
darunter:			
Geldmarktpapiere	15.400		(24.141)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	11		( 29)
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>		2.457	944
darunter: Treuhandkredite	460		( 423)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>		64.821	28.192
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		703	593
<b>Rückstellungen</b>			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.886		2.733
b) Steuerrückstellungen	1.910		1.590
c) andere Rückstellungen	<u>5.080</u>		<u>3.581</u>
		9.876	7.904
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>		10.591	8.965
<b>Genussrechtskapital</b>			728
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–		( 728)
<b>Eigenkapital</b>			
a) gezeichnetes Kapital	1.392		1.490
bedingtes Kapital 275 Mio € (31.12.2003: 226 Mio €)			
b) Kapitalrücklage	11.159		11.062
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	13		13
cb) Rücklage für eigene Anteile	1.613		965
cc) andere Gewinnrücklagen	<u>2.472</u>		<u>5.598</u>
		4.098	6.576
d) Bilanzgewinn	<u>925</u>		<u>873</u>
		17.574	20.001
<b>Summe der Passiva</b>		<b>852.462</b>	<b>742.401</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Seiten 23 und 24)	30.511		23.174
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	<u>29</u>		<u>4</u>
		30.540	23.178
<b>Andere Verpflichtungen</b>			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	32		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	<u>82.021</u>		<u>73.360</u>
		82.053	73.360



# Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Deutsche Bank AG für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004

Aufwendungen in Mio €	2004	2003
<b>Zinsaufwendungen</b>	14.910	16.448
<b>Provisionsaufwendungen</b>	1.286	1.151
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	4.139	4.278
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.251	1.222
	5.390	5.500
darunter: für Altersversorgung	539	( 603)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	3.872	4.148
	9.262	9.648
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	283	297
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	280	794
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	158	363
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	–	807
<b>Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>	42	156
<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	481	2
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	– 550	– 708
<b>Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen</b>	54	32
<b>Jahresüberschuss</b>	880	820
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>27.086</b>	<b>29.810</b>

	2004	2003
<b>Jahresüberschuss</b>	880	820
<b>Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>	45	53
	925	873
<b>Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>		
– aus der Rücklage für eigene Anteile	–	780
– aus anderen Gewinnrücklagen	648	–
	648	780
<b>Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>		
– in die Rücklage für eigene Anteile	648	–
– in andere Gewinnrücklagen	–	780
	648	780
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>925</b>	<b>873</b>

Erträge in Mio €	2004	2003
<b>Zinserträge aus</b>		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	12.280	13.940
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>2.865</u>	<u>3.405</u>
	15.145	17.345
<b>Laufende Erträge aus</b>		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	3.068	1.918
b) Beteiligungen	38	193
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	<u>1.284</u>	<u>1.208</u>
	4.390	3.319
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	1.237	1.043
<b>Provisionserträge</b>	5.479	5.456
<b>Nettoertrag aus Finanzgeschäften</b>	498	1.542
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	33	–
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	304	1.059
<b>Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	–	16
<b>Außerordentliche Erträge</b>	0	30
<b>Summe der Erträge</b>	<b>27.086</b>	<b>29.810</b>

## Anhang

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2004 ist nach den Vorschriften des Bilanzrichtlinie-Gesetzes (§§ 340 ff. HGB, RechKredV) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zwecke der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

Zur besseren Vergleichbarkeit wurden Vorjahreszahlen innerhalb der Positionen Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Provisionserträge und Nettoertrag aus Finanzgeschäften an die Darstellung für 2004 angepasst. Im Wesentlichen handelt es sich um die Zuordnung von „manufactured dividends“ (Dividendenäquivalent aus Short-Positionen), die dem Handelsergebnis zugewiesen werden.

### Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

#### Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten ausgewiesen, erforderliche Wertberichtigungen werden gekürzt.

#### Wertpapiere

Grundsätzlich werden Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren nach dem für das Umlaufvermögen geltenden strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

#### Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und Sachanlagen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Sachanlagen und entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um gegebenenfalls planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sowohl bei den Wertpapieren als auch bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen werden bei nicht dauernder Wertminderung Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot (§ 280 Abs. 2 HGB) vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Von der gemäß § 340c Abs. 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

#### Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Barwert ausgewiesen.

#### Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt; im Inland werden Pensionsrückstellungen nach dem Teilwertverfahren nach § 6a Einkommensteuergesetz unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 6% ermittelt.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

#### Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken.

Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf Basis eines Ratingsystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

### Handelsaktivitäten

Ausgangspunkt für die Bewertung der Handelsaktivitäten ist die Berücksichtigung des wirtschaftlichen Zusammenhangs der einzelnen Transaktionen. Diese unter einem einheitlichen und institutionalisierten Risikomanagement stehenden und eng limitierten Handelsgeschäfte mit Wertpapieren, Finanzinstrumenten einschließlich Derivaten sowie Devisen und Edelmetallen werden auch für Zwecke der Rechnungslegung als „Bücher“ oder Portfolios zusammengefasst.

Die Handelsportfolios werden mit differenzierten Verfahren nach den Grundsätzen von Bewertungseinheiten bewertet, wobei dem Vorsichtsprinzip Rechnung getragen wird.

Hierbei kommen grundsätzlich die drei folgenden Bewertungskonzeptionen zur Anwendung:

- Portfolio-Ansatz
- Zeroline-Ansatz
- Risikoadjustiertes Mark-to-Market

Ergebnisse aus Portfolios in OTC-Derivaten werden nach der Barwertmethode ermittelt. Positive Werte werden zeitanteilig für die Berichtsperiode vereinnahmt, negative Werte in voller Höhe durch Bildung von Rückstellungen berücksichtigt.

Beim Zeroline-Ansatz werden im Sinne einer Gesamtrisikobewertung des Handelsbuchs unrealisierte Gewinne bis maximal zur Nulllinie aufgerechnet, wenn das nach dem strengen Niederstwertprinzip ermittelte Ergebnis der Berichtsperiode negativ ist. Diesem Ansatz liegt die Prämisse zu Grunde, dass die Portfolios eine homogene Produkt- und Risikostruktur aufweisen und weitestgehend abgesichert sind. Die aktivierten unrealisierten Gewinne werden – nach einem möglichen Netting mit den unrealisierten Verlusten – unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Für Portfolios, bei denen die Bewertungsgewinne als quasi sicher anzusehen sind, wird ein risikoadjustierter Mark-to-Market-Ansatz angewandt. Um dem Gläubigerschutzprinzip Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um eine zusätzliche Vorsorge für noch verbleibende latente Marktpreisrisiken, den sogenannten Value-at-risk-Abschlag, reduziert.

### Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in § 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassa-Mittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden entsprechend § 340h Abs. 2 HGB in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des unseren Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

## Erläuterungen zur Bilanz

Aufgliederung der in nachstehenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere:

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2003
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	144.475	119.978	25.932	23.508
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	80.739	68.362	1.581	1.604
Beteiligungen	–	–	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	–	–	47	47

In der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (86.235 Mio €) sind 3.086 Mio € Fondsanteile enthalten, die ausschließlich für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Pensionären in Deutschland verwendet werden dürfen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens:

in Mio €	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwerte	
	Stand 1.1.2004	Zugänge	Abgänge	kumuliert	lfd. Jahr	Abgänge	Stand 31.12.2004	Stand 31.12.2003
Immaterielle Anlagewerte	722	55	4	169	52	1	604	610
Sachanlagen	2.031	265	264	1.330	231	226	702	716
Grundstücke und Gebäude	46	1	1	11	2	1	35	38
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.930	264	263	1.299	219	225	632	633
Leasinganlagen	55	–	–	20	10	–	35	45
<b>Veränderungen</b>								
Beteiligungen			+ 489				1.645	1.156
Anteile an verbundenen Unternehmen			– 1.735				32.941	34.676
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			– 56				–	56
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			– 4				22	26

Von der nach §34 Abs.3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursveränderungen, die sich auf Grund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand 1.1.2004) und bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 14 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

## Nachrangige Vermögensgegenstände

In den nachstehenden Positionen enthaltene nachrangige Vermögensgegenstände:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Forderungen an Kreditinstitute	1.135	1.306
Forderungen an Kunden	399	343
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	990	689
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9	–

## Immaterielle Anlagewerte

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von 5 bis 15 Jahren abgeschrieben.

## Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden insbesondere Steuererstattungsansprüche an Finanzämter, gezahlte Prämien für erworbene Optionsrechte und aktivierte Gewinne aus Handelsge-

schäften, Balloonzahlungen aus Swap-Geschäften, Saldo aus Abwicklungskonten im Zusammenhang mit Swap-Handelsgeschäften sowie Schecks und fällige Schuldverschreibungen ausgewiesen.

### Steuerabgrenzungsposten

Der aktive Abgrenzungsposten gemäß § 274 Abs. 2 HGB erhöhte sich in 2004 auf 3.039 Mio €. Er entspricht der voraussichtlichen Steuerentlastung aus den Unterschieden der handelsrechtlichen und der steuerrechtlichen Ergebnisse unter Anwendung der landesspezifischen Steuersätze.

### Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Ende 2004 im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und erhaltene Prämien für Optionsverpflichtungen aus Handelsgeschäften. Darüber hinaus werden hier abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten, abzuführende Zinsabschlagsteuer, der passivische Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung sowie Verbindlichkeiten aus Verlustübernahmen ausgewiesen.

### Nachrangige Verbindlichkeiten

Für die nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Deutsche Bank AG. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die Zinsaufwendungen für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 508 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 180 Mio € sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten:

Währung	Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
€	750.000.000,-	von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,41%	27.3.2007
€	1.100.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,13%	31.1.2013
€	1.000.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	3,88%	16.1.2014
€	500.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	2,48%	20.9.2016
€	1.000.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003	5,33%	19.9.2023
€	300.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003	6,15%	2.12.2033
US-\$	1.100.000.000,-	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,70%	13.12.2006
US-\$	318.000.000,-	von der DB Capital LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	3,10%	30.3.2009
US-\$	550.000.000,-	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,50%	25.4.2009
US-\$	250.000.000,-	von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, durchgeleitete Anleiheerlöse	2,48%	30.4.2009
US-\$	650.000.000,-	von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,87%	30.6.2009
US-\$	500.000.000,-	von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, durchgeleitete Anleiheerlöse	3,08%	27.3.2012
US-\$	800.000.000,-	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,38%	2.3.2015
GBP	225.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,25%	15.12.2015

### Genussrechtskapital

Das 1992 begebene Genussrechtskapital in Höhe von 1,4 Mrd DM (0,7 Mrd €) wurde am 30. Juni 2004 zurückgezahlt.

### Eigene Aktien

Verteilt über das Jahr 2004 haben die Bank beziehungsweise mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 538.904.500 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 538.416.459 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien stützte sich auf die von den Hauptversammlungen am 10. Juni 2003 sowie am 2. Juni 2004 erteilten Ermächtigungen gemäß § 71 Abs.1 Nr.7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Die Ermächtigung vom 10. Juni 2003 wurde mit Wirksamwerden der Ermächtigung vom 2. Juni 2004 aufgehoben. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 64,15 €, der durchschnittliche Verkaufspreis 64,12 € je Stückaktie. Der Mindererlös ging in das Betriebsergebnis ein.

Die im Verlauf von 2004 insgesamt umgesetzten Eigenen Aktien entsprechen rund 99% unseres Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 3,18%, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,27% unseres Grundkapitals.

Die Bank wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. November 2005 Eigene Aktien bis zu 10 vom Hundert des derzeitigen Grundkapitals gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die auf Grund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10% des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen; dem wurde Rechnung getragen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10% über- und nicht um mehr als 20% unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots um nicht mehr als 10% unterschreiten und um nicht mehr als 15% überschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Bank ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, die Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Bank verwendet werden sollen.

Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien im Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der auf Grund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG ausgegeben werden, 10% des bei der Ausgabe

beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, auf Grund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die durch die Hauptversammlung am 10. Juni 2003 erteilte und bis zum 30. September 2004 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 2. Juni 2004 aufgehoben.

Am Jahresende 2004 belief sich der Bestand an Eigenen Aktien bei der Deutschen Bank AG gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG auf 631.738 Stück und gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG auf 26.572.700 Stück; das sind 0,12% beziehungsweise 4,89% unseres Grundkapitals. Der Gesamtbestand an Eigenen Aktien am Bilanzstichtag erforderte eine Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Bilanzwerts der Eigenen Aktien von 1.613.215.395,73 €. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2004 2.508.186 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2003: 1.855.874 Stück); das sind 0,46% (Ende 2003: 0,32%) unseres Grundkapitals.

### Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 543.854.246 Stückaktien; die Aktien lauten auf den Namen. Die Stückzahl hat sich im Jahr 2004 durch die im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms eingezogenen 38.000.000 Aktien verringert.

Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2004 auf 516.649.808 Stück (Ende 2003: 565.182.153 Stück); die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 544.896.690 Stück.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals:

	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Genehmigtes Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre	Bedingtes Kapital
in €				
<b>Stand 31.12.2003</b>	<b>1.489.546.869,76</b>	<b>656.000.000,00</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>226.173.391,36</b>
Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Stück 38.000.000 Aktien gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 10.6.2003	- 97.280.000,00			
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 2.6.2004		198.000.000,00		150.000.000,00
Auslaufen des Hauptversammlungsbeschlusses vom 17.5.1999		- 300.000.000,00		
Verfall der Optionsrechte gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 17.5.1999				- 80.000.000,00
Verfall der Optionsrechte gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 17.5.1999				- 20.973.391,36
<b>Stand 31.12.2004</b>	<b>1.392.266.869,76</b>	<b>554.000.000,00</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>275.200.000,00</b>

### Ermächtigungen der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand die folgenden Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen (genehmigte Kapitalia), und zwar

#### Genehmigtes Kapital

- bis zum 30. April 2006 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 17. Mai 2001);
- bis zum 30. April 2007 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 100.000.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen



werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 22. Mai 2002);

- bis zum 30. April 2008 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 10. Juni 2003);
- bis zum 30. April 2009 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 150.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist (HV-Beschluss vom 2. Juni 2004);
- bis zum 30. April 2009 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 48.000.000,00 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 2. Juni 2004).

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 31. Mai 2005 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 30.000.000,00 € für die Ausgabe von Belegschaftsaktien zu erhöhen. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen (HV-Beschluss vom 9. Juni 2000).

#### **Bedingtes Kapital**

- Der Vorstand konnte auf der Grundlage der Ermächtigung vom 17. Mai 2001 bis zum 31. Dezember 2003 mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank an Mitarbeiter des Konzerns Deutsche Bank ausgeben. Bezüglich des Ausgabepreises, des Erfolgsziels und der Ausübungszeiten galten die Regelungen entsprechend der Ausgabe von Optionsrechten an Führungskräfte. Zum 31. Dezember 2004 waren entsprechend dieser Ermächtigung Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 9.178.818,56 € zugeteilt. Das bedingte Kapital beträgt zurzeit 10.000.000,00 €, kann aber nicht weiter genutzt werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank AG an Vorstandsmitglieder und Führungskräfte der Deutschen Bank AG sowie an Mitglieder der Geschäftsführungen und Führungskräfte verbundener Unternehmen auszugeben. Die Ermächtigungen enthalten folgende Bedingungen:

- Hauptversammlungsbeschluss vom 17. Mai 2001: Ausgabe von bis zu 20.000.000 Optionsrechten bis zum 10. Mai 2003. Gewährung in zwei jährlichen Tranchen, die jeweils 70% des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 51.200.000 €);
- Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2002: Ausgabe von bis zu 25.000.000 Optionsrechten bis zum 20. Mai 2005. Gewährung in jährlichen Tranchen, die jeweils 60% des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 64.000.000 €).

Jedes Optionsrecht berechtigt gegen Zahlung des Ausgabebetrags zum Bezug einer Stückaktie der Deutschen Bank AG. Der Ausgabebetrag für eine Aktie bei Ausübung der Option ergibt sich aus einem Basispreis zuzüglich eines Zuschlags von 20%. Der Basispreis entspricht dem durchschnittlichen Schlussauktionspreis der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel an der Wertpapierbörse Frankfurt am Main der letzten zehn Handelstage vor dem Tag der Ausgabe der Optionsrechte. Bei der Ausübung sind die Wartezeit für die erstmalige Ausübung und Ausübungszeiträume zu beachten.

Die bedingten Kapitalerhöhungen werden nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber der ausgegebenen Optionsrechte von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen und die Bank die Optionsrechte nicht durch Übertragung Eigener Aktien oder im Wege einer Barzahlung erfüllt.

Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder an

Stelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von längstens 20 Jahren zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaber-Optionsscheine beigefügt werden oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutsche Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 6.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €).

Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder als die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

### Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €	
<b>Stand am 31.12.2003</b>	<b>20.001</b>
Ausschüttung in 2004	– 828
Gewinnvortrag	– 45
Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Eigenen Aktien	
– Ausbuchung des gezeichneten Kapitals	– 98
– Einstellung in die Kapitalrücklage	+ 98
– Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	– 2.479
Gewinnrücklagen	
– Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile	+ 648
– Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	– 648
Bilanzgewinn 2004	925
<b>Stand am 31.12.2004</b>	<b>17.574</b>

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel gemäß Kreditwesengesetz (KWG) beliefen sich auf insgesamt 22,5 Mrd €.

### Eventualverbindlichkeiten

In der Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen werden ausgewiesen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Bürgschaften, Garantien	17.196	16.349
Akkreditive	2.934	2.446
Kredithaftungen	10.381	4.379

### Andere Verpflichtungen

Von den in der Bilanz vermerkten unwiderruflichen Kreditzusagen (82.021 Mio €) betreffen 72.106 Mio € Zusagen für Buch- und Wechselkredite an Nichtbanken.

### Sonstige Verpflichtungen

Die jährlichen Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 384 Mio €, bei Restlaufzeiten von bis zu 19 Jahren. Von diesen Verpflichtungen bestehen 115 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen. Im Zusammenhang mit Outsourcingprojekten bestehen längerfristige Verpflichtungen zur Abnahme von Dienstleistungen und Gütern in Höhe von insgesamt 3,8 Mrd €.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2004 auf 77 Mio €. Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe

von 27 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus unserer Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 70 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2004 auf insgesamt 2 Mio €.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von ihr beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß § 3 Abs. 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit unserer Auslandsfilialen waren Sicherheitsleistungen auf Grund gesetzlicher Regelungen von 1.421 Mio € erforderlich.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2004 auf 609 Mio €.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 56 Mio €.

Des Weiteren bestehen noch sonstige Verpflichtungen aus Andienungsrechten von Dritten in Höhe von 171 Mio €.

### Patronatserklärung<sup>1</sup>

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Asset Management GmbH)	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., New York/USA (früher: Deutsche Bank North America Holding Corp.)	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur (früher: Deutsche Morgan Grenfell Futures Pte Ltd.)
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	Deutsche Securities Limited, Hongkong (früher: Deutsche Morgan Grenfell Capital Markets Limited)
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon (früher: Deutsche Bank de Investimento, S.A.)	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Asset Management Europe GmbH)
Deutsche Bank Rt., Budapest	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main (früher: DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH)
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	DWS Investment S.A., Luxemburg (früher: DB Investment Management S.A.)
Deutsche Bank S.A. – Banco Alem�o, S�o Paulo	OOO Deutsche Bank, Moskau
	Schiffshypothekenbank zu Lübeck Aktiengesellschaft, Hamburg

<sup>1</sup> Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

### Laufzeitgliederung der Forderungen

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
<b>Andere Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>82.029</b>	<b>74.937</b>
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	47.778	55.256
mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.833	10.806
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.495	6.310
mehr als fünf Jahre	1.923	2.565
<b>Forderungen an Kunden</b>	<b>317.167</b>	<b>288.935</b>
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	231.257	212.802
mehr als drei Monate bis ein Jahr	30.521	22.547
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.032	32.395
mehr als fünf Jahre	20.598	20.956
mit unbestimmter Laufzeit	759	235

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (170.407 Mio €) werden 40.725 Mio € in 2005 fällig.

### Laufzeitgliederung der Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</b>	<b>156.189</b>	<b>145.006</b>
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	111.706	106.242
mehr als drei Monate bis ein Jahr	15.705	14.255
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.495	16.086
mehr als fünf Jahre	8.283	8.423
<b>Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten</b>	<b>832</b>	<b>866</b>
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	354	401
mehr als drei Monate bis ein Jahr	284	281
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	190	180
mehr als fünf Jahre	4	4
<b>Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</b>	<b>172.004</b>	<b>172.224</b>
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	117.495	121.535
mehr als drei Monate bis ein Jahr	11.869	7.960
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	29.544	29.976
mehr als fünf Jahre	13.096	12.753
<b>Andere verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>54.522</b>	<b>49.838</b>
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	13.115	16.172
mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.685	15.769
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	27.318	15.280
mehr als fünf Jahre	3.404	2.617

Von den begebenen Schuldverschreibungen (23.069 Mio €) werden 7.755 Mio € in 2005 fällig.

### Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 1.402 Mio € sind 621 Mio € wegen des Unterschiedsbetrags gemäß § 250 Abs. 3 HGB enthalten. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 703 Mio € betreffen mit 104 Mio € Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB.

### Treuhandgeschäfte

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2004	31.12.2003		31.12.2004	31.12.2003
Forderungen an Kreditinstitute	1.935	468	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9	11
Forderungen an Kunden	456	419	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.448	933
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	52	42			
Beteiligungen	14	15			
<b>Insgesamt</b>	<b>2.457</b>	<b>944</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>2.457</b>	<b>944</b>

### Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2003
Forderungen an Kreditinstitute	47.897	50.118	389	190
Forderungen an Kunden	183.670	149.491	759	872
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.341	902	1.070	1.582
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	91.062	85.025	751	50
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	116.038	89.948	872	1.111
Verbriefte Verbindlichkeiten	521	1.334	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.769	6.937	–	–

### Anteilsbesitz

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist beim Handelsregister in Frankfurt am Main hinterlegt. Sie kann bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

### Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio €	31.12.2004	31.12.2003
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.142	9.457
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	395	486

### Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 69.889 Mio € betraf ausschließlich im Rahmen von Repo-Geschäften verpensionierte Wertpapiere.

### Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 478.049 Mio €, der der Schulden auf umgerechnet 445.767 Mio €.

### Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte  
Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschafte, Zins austauschvereinbarungen, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes;
- Wechselkursbezogene Geschäfte  
Devisen- und Edelmetalltermingeschafte, Austauschvereinbarungen in Devisen, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte;
- Sonstige Geschäfte  
Aktientermingeschafte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes.

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

### Marktwerte von Derivaten

in Mio €	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
<b>OTC-Produkte</b>			
Zinsbezogene Geschäfte	17.643.723	223.236	– 222.681
Wechselkursbezogene Geschäfte	3.026.961	66.011	– 63.841
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	1.006.885	26.773	– 35.415
Sonstige Geschäfte	197.230	10.685	– 8.796
<b>Börsengehandelte Produkte</b>			
Zinsbezogene Geschäfte <sup>1</sup>	51.117	0	0
Wechselkursbezogene Geschäfte <sup>1</sup>	40	0	0
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	152.265	4.639	– 4.364
Sonstige Geschäfte	333	1	– 1
<b>Insgesamt</b>	<b>22.078.554</b>	<b>331.345</b>	<b>– 335.098</b>

<sup>1</sup> Auf Grund von täglichen Ausgleichszahlungen sind die Marktwerte der zins- und wechselkursbezogenen Geschäfte null bzw. annähernd null.

Börsenkurse sind in liquiden Märkten die verlässlichste Messgröße für den Fair Value. Die Fair Values von Finanzaktiva und -passiva werden, falls Börsenkurse nicht verfügbar sind, nach der Discounted-Cashflow-Methode auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen oder anderen Bewertungsmodellen ermittelt. Die Discounted-Cashflow-Methode basiert auf geschätzten zukünftigen Cashflows und zu Grunde gelegten Abzinsungsfaktoren. In Bewertungen auf Basis von Finanzmodellen gehen Parameter wie Zeitwerte, Zinsstrukturkurven, Volatilitäts- und Korrelationsfaktoren, vorzeitige Tilgungen, Ausfallquoten, die Verlusthöhe sowie die aktuellen Markt- und Transaktionspreise der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente ein. Das Verfahren zur Bewertung von Finanzinstrumenten zum Fair Value beinhaltet die Berichtigung der Preise und der nach dem Bewertungsmodell ermittelten Ergebnisse um Faktoren wie Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken.

Schwebende Geschäfte sind handelsrechtlich grundsätzlich nicht zu bilanzieren. Ihre Bewertung folgt handelsrechtlichen Vorschriften, wobei für die im Rahmen von Handelsaktivitäten gehaltenen Derivate die im Abschnitt „Grundlagen und Methoden“ dargestellten Ansätze angewandt werden. Dabei wird dem Vorsichtsprinzip Rechnung getragen.

## Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

### Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Abs. 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio €	2004	2003
Bundesrepublik Deutschland	10.860	11.640
Europa ohne Deutschland	10.695	12.458
Amerika	2.075	2.481
Afrika/Asien/Australien	2.186	2.142
<b>Insgesamt</b>	<b>25.816</b>	<b>28.721</b>

### Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

### Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 304 Mio € enthält im Wesentlichen 117 Mio € realisierte Devisengewinne aus Ergebnistransfer der Auslandsfilialen, 60 Mio € aus dem Verkauf von Krediten sowie 9 Mio € Erträge aus dem Leasinggeschäft.

### Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 280 Mio € werden unter anderem ausgewiesen: 56 Mio € Aufwendungen aus der Kostenübernahme aus aktienbasierten Vergütungen für Tochtergesellschaften, 36 Mio € Währungskursdifferenzen aus der Umrechnung des unseren Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen), 27 Mio € Verluste aus dem Verkauf von Einrichtungsgegenständen sowie Aufwendungen für Abmietungen von Bankräumen und 28 Mio € aus operativen Risiken.

### Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 481 Mio € betreffen Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit der organisatorischen Weiterentwicklung der Geschäftsbereiche (Business Realignment Program).



## Sonstige Angaben

### Vorstand und Aufsichtsrat

Im Jahr 2004 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 25.101.613,92 €, davon entfielen 20.901.900,- € auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 17.918.079,50 € gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt neben einer festen Vergütung von 1.124.620,- € eine dividendenabhängige Vergütung in Höhe von 979.910,- €.

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 171.093.311,- € zurückgestellt.

Zum Jahresende 2004 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 5.100,- € und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 400.900,- €.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 32 und 33 aufgeführt.

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung aller Mandate im In- und Ausland und ist beim Handelsregister in Frankfurt am Main hinterlegt. Es kann, ebenso wie der Corporate-Governance-Bericht, bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 26.732 (2003: 27.965), darunter befanden sich 10.187 Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 13.409 (2003: 13.403) Mitarbeiter tätig.

### Corporate Governance

Die Bank hat die nach §161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Frankfurt am Main, den 15. März 2005

Deutsche Bank Aktiengesellschaft  
Der Vorstand



Josef Ackermann



Clemens Börsig



Tessen von Heydebreck



Hermann-Josef Lamberti

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 16. März 2005

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wiedmann  
Wirtschaftsprüfer

Becker  
Wirtschaftsprüfer

## Vorstand

**Josef Ackermann**  
Sprecher

**Clemens Börsig**

**Tessen von Heydebreck**

**Hermann-Josef Lamberti**

## Aufsichtsrat

**Dr. Rolf-E. Breuer**

– Vorsitzender,  
Frankfurt am Main

**Heidrun Förster\***

– Stellvertretende Vorsitzende,  
Deutsche Bank Privat- und  
Geschäftskunden AG, Berlin

**Dr. rer. oec.**

**Karl-Hermann Baumann**  
München

**Dr. Ulrich Cartellieri**

Frankfurt am Main  
(bis 28. November 2004)

**Dr. Karl-Gerhard Eick**

Stellvertretender Vorsitzender  
des Vorstands der  
Deutsche Telekom AG, Bonn  
(ab 3. August 2004)

**Klaus Funk\***

Deutsche Bank Privat- und  
Geschäftskunden AG,  
Frankfurt am Main

**Ulrich Hartmann**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der E.ON AG, Düsseldorf

**Sabine Horn\***

Deutsche Bank AG,  
Frankfurt am Main

**Rolf Hunck\***

Deutsche Bank AG, Hamburg

**Sir Peter Job**

London

**Prof. Dr.**

**Henning Kagermann**  
Sprecher des Vorstands  
der SAP AG, Walldorf/Baden

**Ulrich Kaufmann\***

Deutsche Bank AG, Düsseldorf

**Prof. Dr. Paul Kirchhof**

Universitätsprofessor,  
Ruprecht-Karls-Universität,  
Heidelberg  
(ab 30. November 2004)

**Henriette Mark\***

Deutsche Bank AG, München

**Margret Mönig-Raane\***

Stellvertretende Vorsitzende  
der ver.di Vereinte Dienstleis-  
tungsgewerkschaft, Berlin

**Dr. Michael Otto**

Vorsitzender des Vorstands  
der Otto (GmbH & Co. KG),  
Hamburg  
(bis 29. Juli 2004)

**Gabriele Platscher\***

Deutsche Bank Privat- und  
Geschäftskunden AG,  
Braunschweig

**Karin Ruck\***

Deutsche Bank AG,  
Bad Soden am Taunus

**Tilman Todenhöfer**

Persönlich haftender  
Gesellschafter der Robert  
Bosch Industrietreuhand KG,  
Stuttgart

**Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E. h.**

**Jürgen Weber**  
Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der Deutsche Lufthansa AG,  
Hamburg

**Dipl.-Ing. Albrecht Woeste**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
und Gesellschafterausschusses  
der Henkel KGaA, Düsseldorf

**Leo Wunderlich\***

Deutsche Bank AG,  
Mannheim

\* Von den Arbeitnehmern gewählt.

## Ausschüsse

### **Präsidialausschuss**

Dr. Rolf-E. Breuer  
– Vorsitzender  
Dr. Ulrich Cartellieri  
(bis 28. November 2004)  
Heidrun Förster\*  
Ulrich Hartmann  
(ab 28. November 2004)  
Ulrich Kaufmann\*

### **Vermittlungsausschuss**

Dr. Rolf-E. Breuer  
– Vorsitzender  
Dr. Ulrich Cartellieri  
(bis 28. November 2004)  
Heidrun Förster\*  
Ulrich Hartmann  
(ab 28. November 2004)  
Henriette Mark\*

### **Prüfungsausschuss**

Dr. rer. oec.  
Karl-Hermann Baumann  
– Vorsitzender  
Dr. Rolf-E. Breuer  
Dr. Ulrich Cartellieri  
(bis 28. November 2004)  
Dr. Karl-Gerhard Eick  
(ab 28. November 2004)  
Heidrun Förster\*  
Sabine Horn\*  
Rolf Hunck\*

### **Risikoausschuss**

Dr. Rolf-E. Breuer  
– Vorsitzender  
Dr. rer. oec.  
Karl-Hermann Baumann  
Dr. Ulrich Cartellieri  
(bis 28. November 2004)  
Prof. Dr. Henning Kagermann  
(ab 28. November 2004)  
Sir Peter Job  
– Ersatzmitglied  
Ulrich Hartmann  
– Ersatzmitglied

\* Von den Arbeitnehmern gewählt.

## Beraterkreis

**Werner Wenning**

– Vorsitzender  
Vorsitzender des Vorstands  
der Bayer AG, Leverkusen

**Dr. Kurt Bock**

ab 2. Juni 2004,  
Mitglied des Vorstands der  
BASF Aktiengesellschaft,  
Ludwigshafen

**Carl L. von Boehm-Bezing**

Frankfurt am Main

**Dr. Karl-Gerhard Eick**

bis 31. Juli 2004,  
stellvertretender Vorstands-  
vorsitzender der Deutsche  
Telekom AG, Bonn

**Dr. Karl-Ludwig Kley**

Mitglied des Vorstands  
der Deutsche Lufthansa AG,  
Köln

**Dr. Jürgen Krumnow**

bis 31. Oktober 2004,  
Frankfurt am Main

**Francis Mer**

ab 2. Juni 2004,  
Bourg-la-Reine

**Dr. h. c. August Oetker**

Persönlich haftender  
Gesellschafter  
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

**Eckhard Pfeiffer**

Houston

**Dr. Bernd Pischetsrieder**

Vorsitzender des Vorstands  
der Volkswagen AG, Wolfsburg

**Dr. Wolfgang Reitzle**

Vorsitzender des Vorstands  
der Linde AG, Wiesbaden

**Dr. rer. pol.****Michael Rogowski**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der J. M. Voith AG, Heidenheim

**Dr. Ronaldo H. Schmitz**

Frankfurt am Main

**Prof. Jürgen E. Schrempp**

Vorsitzender des Vorstands  
der DaimlerChrysler AG,  
Stuttgart

**Marcus Wallenberg**

bis 31. Dezember 2004,  
Executive Vice President  
INVESTOR AB, Stockholm









---

**ABSCHNITT III: AKTUELLE  
GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER EMITTENTIN**

---

---

## AKTUELLE GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER EMITTENTIN

### 1. Wesentliche nachteilige Veränderungen

Außer den in diesem Prospekt angegebenen sind seit Ende des letzten Geschäftsjahrs, für das ein Abschluss erstellt wurde, keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen der Finanzlage der Emittentin eingetreten, welche die Fähigkeit, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren zu erfüllen, beeinträchtigen würden.

### 2. Gerichts- oder Schiedsverfahren der Deutsche Bank

Außer den hier dargestellten Verfahren sind keine Gerichts-, Schieds-, Verwaltungs- oder sonstige Verfahren anhängig, an denen die Deutsche Bank (als Beklagte oder auf andere Weise) beteiligt ist und die im Falle eines negativen Ausgangs einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der Deutschen Bank haben können oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben, noch sind nach Kenntnis der Deutsche Bank solche Verfahren angedroht.

#### *Untersuchung zur Unabhängigkeit von Research-Analysten*

Am 28. April 2003 haben die US-amerikanische Börsenaufsichtsbehörde (U.S. Securities and Exchange Commission, „SEC“), die National Association of Securities Dealers, die New York Stock Exchange und die bundesstaatlichen Wertpapieraufsichtsbehörden („U.S. Wertpapieraufsichtsbehörden“) einen Vergleich mit zehn Investmentbanken im Zusammenhang mit Untersuchungen der Unabhängigkeit von Research-Analysten bekanntgegeben. Kurz zuvor hatte die Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“), die bei der SEC registrierte Wertpapierhandels-Tochter der Deutschen Bank, E-Mail-Korrespondenz gefunden, die im Verlauf der Untersuchung versehentlich nicht vorgelegt worden war. Infolgedessen gehörte die DBSI nicht zu der Gruppe von Investmentbanken, für die an diesem Tag ein Vergleich abgeschlossen wurde.

Nachdem die DBSI alle relevanten E-Mails vorgelegt hatte, schloss sie am 26. August 2004 einen Vergleich mit den U.S. Wertpapieraufsichtsbehörden. Die DBSI hat die Vorwürfe weder bestätigt noch dementiert. Die DBSI verpflichtete sich zur Zahlung von (i) US\$ 50 Mio, bestehend aus einer Zivilstrafe in Höhe von US\$ 25 Mio und einer Wiedergutmachungszahlung in Höhe von US\$ 25 Mio, (ii) US\$ 25 Mio für Research-Leistungen Dritter zu Gunsten von Kunden über einen im ersten Quartal 2005 beginnenden Zeitraum von fünf Jahren, (iii) US\$ 5 Mio für die Schulung von Investoren über einen Zeitraum von fünf Jahren und (iv) US\$ 7,5 Mio als Strafe im Zusammenhang mit der Vorlage von E-Mails. Die Deutsche Bank in ihren Finanzausweisen Vorsorge für die gegenwärtigen Belastungen getroffen.

Darüber hinaus hat sich die DBSI im Rahmen dieses Vergleichs verpflichtet, bestimmte Reformen vorzunehmen, die der Stärkung der Unabhängigkeit der Analysten einerseits und des Anlegervertrauens andererseits dienen sollen. Die DBSI hat die meisten dieser Reformen bereits freiwillig umgesetzt.

---

### *IPO-Zuteilung*

DBSI und ihre Vorgängerunternehmen wurden zusammen mit zahlreichen anderen Wertpapierunternehmen in über 80 als Sammelklagen (*class actions*) bezeichneten Verfahren vor dem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Südlichen Bezirk von New York (United States District Court for the Southern District of New York) als Beklagte benannt. Diese Klagen behaupten, dass im Zusammenhang mit der Zuteilung von Aktien bei einer großen Anzahl von erstmaligen öffentlichen Angeboten (*Initial Public Offerings* - „IPOs“) durch Emittenten, Vorstände und leitende Angestellte der Emittenten sowie Konsortialbanken dieser Wertpapiere die Wertpapier- und Kartellgesetze verletzt hätten. DBSI ist in diesen Klagen als Konsortialbank benannt. Die mutmaßlichen Wertpapiersammelklagen behaupten sich auf wesentliche Falschdarstellungen und Auslassungen in Zulassungsunterlagen (*registration statements*) und Prospekten für IPOs sowie die Marktmanipulation in Bezug auf den Sekundärmarktthandel mit IPO-Wertpapieren. Einige der Behauptungen gehen dahin, dass die Konsortialbanken die Zuteilung von IPO-Wertpapieren an erforderliche Sekundärmarktkäufe durch Kunden und die Zahlung von nicht offengelegten Kompensationen für die Konsortialbanken in Form von Provisionen für den Wertpapierhandel gekoppelt hätten und dass die Konsortialbanken die Veröffentlichung irreführender Analysten-Berichte veranlasst hätten. Die kartellrechtlichen Klagen behaupten auf der Grundlage ähnlicher Behauptungen, wonach die Konsortialbanken im Gegenzug für die Zuteilung von IPO-Aktien Sekundärmarktkäufe und nicht offengelegte Provisionen verlangt haben sollen, ein illegales Zusammenwirken, um den Aktienkurs zu beeinflussen. In den mutmaßlichen Wertpapiersammelverfahren wurden die Klageabweisungsanträge der DBSI und anderer am 13. Februar 2003 abgelehnt. Die Kläger haben einen Antrag auf Bestätigung der Kategorisierung der Klägerklassen in den Wertpapierverfahren gestellt, die DBSI und andere Beklagte sind diesem Antrag mit Schriftsätzen entgegengetreten. In den Wertpapierverfahren findet derzeit die wechselseitige Auskunftserteilung (*discovery*) statt. In den mutmaßlichen kartellrechtlichen Sammelklagen wurde dem Klageabweisungsantrag der Beklagten am 3. November 2003 stattgegeben. Die Kläger legten daraufhin beim Berufungsgericht des Zweiten Gerichtsbezirks (Court of Appeals for the Second Circuit) Berufung ein.

### *Enron*

Die Deutsche Bank AG, einige ihrer Tochtergesellschaften und mit ihr verbundene Unternehmen sind in zahlreiche Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit ihren Beziehungen zur Enron Corp. und ihrer Tochtergesellschaften („Enron“) im Bankgeschäft involviert. Zu diesen Rechtsstreitigkeiten gehört eine Reihe von als Sammelklagen bezeichneten Verfahren, die im Namen von Enron-Aktionären erhoben wurden, einschließlich des als *Newby v. 148 Enron Corp* bezeichneten Hauptverfahrens. Die in der Sache *Newby* eingereichte konsolidierte Klageschrift benennt als Beklagte unter anderem die Deutsche Bank AG, einige andere Investmentbanken, einige Anwaltskanzleien, die früheren Abschlussprüfer von Enron sowie verbundene Unternehmen und Einzelpersonen und andere einzelne Beklagte, einschließlich gegenwärtige und frühere Direktoren und leitende Angestellte von Enron; mutmaßlich behauptet sie Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen gegen die Deutsche Bank AG. Am 20. Dezember 2002 wies das Gericht sämtliche in der *Newby*-Klage gegen die Deutsche Bank AG geltend gemachten Ansprüche ab. Die Kläger in der Sache *Newby* haben am 14. Mai 2003 eine erste ergänzte konsolidierte Klageschrift eingereicht und erneut Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen gegen die Deutsche Bank AG geltend gemacht sowie des Weiteren gleichartige Ansprüche gegen ihre Tochtergesellschaften DBSI und Deutsche Bank Trust

---

Company Americas („DBTCA“) hinzugefügt. Der Antrag der Deutsche Bank-Unternehmen auf Abweisung der ersten ergänzten konsolidierten Klage ist noch anhängig.

Ferner wurde von Enron vor dem Konkursgericht ein Streitverfahren unter anderem gegen die Deutsche Bank AG und einige mit ihr verbundene Unternehmen eingeleitet. In diesen Streitverfahren fordert Enron von Deutsche Bank-Parteien wie auch von den anderen Beklagten Schadensersatz wegen behaupteter Beihilfe zur Verletzung von Treuepflichten durch Enron-Insider, Beihilfe zum Betrug und unrechtmäßigem kollusivem Zusammenwirken (*civil conspiracy*), und fordert zudem die Rückgabe von behaupteten Vermögensübertragungen und Vorrechten zum Nachteil der Gläubiger sowie den Rangrücktritt ihrer Ansprüche aus Billigkeitsgründen in dem Enron Konkurs. Der Antrag der Deutsche Bank-Unternehmen auf Abweisung des Streitverfahrens ist noch anhängig.

Zusätzlich zu *Newby* und dem oben genannten Streitverfahren wurden von Arthur Anderson Klagen in Fällen mit Bezug zu Enron eingereicht, die Ansprüche auf Beiträge zum Schadensausgleich gegen die Deutsche Bank AG, DBSI und viele andere Beklagte behaupten, sowie bei verschiedenen Gerichten Einzel- und angebliche Sammelklagen von Enron-Investoren und -gläubigern, die Ansprüche aus US-Bundes- und einzelstaatlichem Recht gegen die gleichen wie von Arthur Anderson genannten Unternehmen sowie die DBTCA behaupten. Am 28. Juli 2003 hat ein im Enron-Konkursverfahren ernannter Prüfer den dritten einer Serie von Berichten beim Konkursgericht eingereicht. In diesem Bericht vertritt der Prüfer die Ansicht, dass die Enron-Konkursmasse glaubhaft Ansprüche gegen (unter anderem) die Deutsche Bank AG wegen Beihilfe zur Verletzung von Treuepflichten durch bestimmte leitende Angestellte Enrons im Hinblick auf bestimmte Geschäfte mit Beteiligung von Enron, auf Rangrücktritt aus Billigkeitsgründen, Anfechtung von angeblich bevorzugenden Zahlungen sowie die Ablehnung der Aufrechnung in Bezug auf eine bestimmte Transaktion habe. Der Bericht bestätigt, dass gegen jeden dieser Ansprüche Einwendungen bestehen können, die von der Deutschen Bank AG geltend gemacht werden könnten.

Aufgrund gemeinsamen Beschlusses des mit *Newby* und einigen anderen Enron-bezogenen Klagen befassten Bezirksgerichts sowie des mit dem Konkursverfahren von Enron befassten Gerichts wurde ein Mediationsverfahren zwischen verschiedenen klagenden Investoren und Gläubigern, der Enron-Konkursmasse und einigen beklagten Finanzinstituten einschließlich der Deutsche Bank AG vor William C. Conner, Senior United States District Judge for the Southern District of New York, begonnen.

#### *WorldCom*

Die Deutsche Bank AG und die Wertpapierhandelstochter des Konzerns in den USA, Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“), sind Beklagte in mehr als 40 Prozessen, die auf Grund behaupteter wesentlicher Falschdarstellungen und Auslassungen in den Finanzausweisen der WorldCom Inc. bei Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten in den Vereinigten Staaten eingeleitet wurden. DBSI war Mitglied des Konsortiums, das im Mai 2000 und Mai 2001 Anleiheemissionen von WorldCom übernahm, welche neben anderen Anleiheemissionen Gegenstand der Prozesse sind. Die Deutsche Bank AG, Filiale London, war Mitglied des Konsortiums, welches die Pfund-Sterling- und Euro-Tranchen der Anleiheemission vom Mai 2001 übernahm. Die Kläger behaupten, Erwerber dieser und anderer WorldCom-Schuldtitel zu sein. Beklagte in den diversen Prozessen sind auch einige Direktoren und leitende Angestellte von WorldCom, der Abschlussprüfer von WorldCom sowie Mitglieder der Übernahmekonsortien für die Schuldtitel. Die Kläger behaupten, dass die Angebotsunterlagen wesentliche Falschdarstellungen beziehungsweise Auslassungen bezüglich der Finanzlage von WorldCom

---

beinhalteten. Die Ansprüche gegen DBSI und die Deutsche Bank werden aus Gesetzen der Vereinigten Staaten und ihrer Einzelstaaten (einschließlich der Wertpapiergesetze) und unter verschiedenen Lehrmeinungen des Common Law abgeleitet. Die weitestgehende der Klagen gegen die Deutsche Bank und DBSI ist eine Sammelklage vor dem Bundesgericht für den Southern District of New York. Die Kläger dieses Rechtsstreits halten eine bedeutende Mehrheit der umstrittenen Schuldtitel. Am 10. März 2005 haben Deutsche Bank AG und DBSI unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Zustimmung einen Vergleich geschlossen, der die gegen sie mit der Sammelklage erhobenen Ansprüche gegen eine Zahlung von annähernd 325 Mio US-\$ erledigt. Der Vergleich über die mit der Sammelklage geltend gemachten Ansprüche erledigt nicht die Einzelklagen, die von Anlegern außerhalb der Sammelklage erhoben wurden. Die Effekte aus dem Abschluss des Vergleichs sind im Konzernabschluss 2004 berücksichtigt.

#### *Bestimmte Fragen zur Unabhängigkeit von Wirtschaftsprüfern in der Sache KPMG LLP*

Am 20. November 2003 hat die US-amerikanische Börsenaufsichtsbehörde (U.S. Securities and Exchange Commission) die Deutsche Bank aufgefordert, im Zusammenhang mit einer laufenden Untersuchung bestimmter Fragen zur Unabhängigkeit von Wirtschaftsprüfern in Bezug auf KPMG LLP Unterlagen vorzulegen. Die Deutsche Bank arbeitet bei dieser Untersuchung mit der SEC zusammen. Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG DTG), ein mit der KPMG LLP verbundenes Unternehmen, ist der Abschlussprüfer der Deutschen Bank. Während aller relevanter Zeiträume, einschließlich des laufenden, hat KPMG DTG der Deutsche Bank bestätigt, dass KPMG DTG von der Deutschen Bank AG „unabhängig“ im Sinne der anwendbaren Rechnungslegungs- und SEC-Vorschriften war und ist.

#### *Kirch*

Im Mai 2002 erhob aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht Dr. Leo Kirch Klage gegen Dr. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Kirch finanziell geschädigt. Am 18. Februar 2003 erließ das Landgericht München I ein Feststellungsurteil des Inhalts, dass die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer gesamtschuldnerisch für den Schaden zu haften hätten, welcher Dr. Kirch, der Taurus Holding GmbH & Co. KG und der PrintBeteiligungs GmbH aus der Interviewäußerung entstanden ist. Im Berufungsverfahren hat das Oberlandesgericht München am 10. Dezember 2003 die Entscheidung des Landgerichts München I gegen die Deutsche Bank AG bestätigt, während es die Klage gegen Dr. Breuer abwies. Gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts haben beide Parteien Rechtsmittel eingelegt. Um einen Zahlungstitel gegen die Deutsche Bank AG zu erhalten, müsste Dr. Kirch ein neues Verfahren anstrengen. In diesem Verfahren müsste er detailliert nachweisen, dass und in welcher Höhe ihm durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Dr. Kirch hat außerdem Mitte 2003 ein weiteres Verfahren vor dem Supreme Court des Staates New York angestrengt, in dem er aufgrund des Interviews die Zuerkennung von Schadenersatz und Strafschadenersatz (*Punitive Damages*) begehrt. Nach der Verweisung an das United States District Court for the Southern District of New York wurde die Klage am 24. September 2004 abgewiesen. Die Entscheidung des Gerichts ist noch nicht rechtskräftig.

---

## *Philipp Holzmann AG*

Bei der Philipp Holzmann AG („Holzmann“) handelt es sich um ein großes deutsches Bauunternehmen, das im März 2002 Insolvenzantrag gestellt hat. Wir sind für viele Jahrzehnte ein bedeutender Kreditgeber von Holzmann gewesen und haben eine Beteiligung gehalten. Von April 1997 bis April 2000 war ein früheres Mitglied unseres Vorstands Vorsitzender des Aufsichtsrats des Unternehmens. Als Holzmann Ende 1999 zahlungsunfähig wurde, beteiligte sich ein von uns geführtes Bankenkonsortium Ende 1999 und Anfang 2000 an der Sanierung von Holzmann mit Einräumung einer Kreditlinie, der Beteiligung an einer Kapitalerhöhung und dem Tausch von Forderungen in Wandelanleihen. Im März 2002 haben Holzmann und verschiedene der Konzerngesellschaften, insbesondere die imbau Industrielles Bauen GmbH („imbau“), Insolvenzantrag gestellt. Infolge dieser Insolvenz haben uns die Insolvenzverwalter für Holzmann und für imbau sowie eine Gruppe von Anleihegläubigern informiert, dass sie Ansprüche gegen uns geltend machen könnten wegen unserer Rolle als Kreditgeber der Holzmann-Gruppe vor und nach der Restrukturierung und als Führer des Bankenkonsortiums, das die Restrukturierung unterstützt hat. Die angeblichen Forderungen ergäben sich daraus, dass an die Banken geleistete Zahlungen anfechtbar gewesen seien und deshalb an die insolventen Unternehmen zurückgegeben werden müssten. Außerdem sei die Bank als Kreditgeber haftbar wegen der Unterstützung der Banken für eine angeblich undurchführbare Sanierung. Obwohl wir uns in andauernden Gesprächen befinden, können wir nicht ausschließen, dass einzelne dieser Parteien Klagen gegen uns einreichen. Bis jetzt hat die Insolvenzverwalterin für imbau im August 2004 eine Klage gegen uns erhoben, mit der behauptet wird, dass Zahlungen, die wir in 1997 und 1998 auf einen Kredit an imbau erhalten haben, ebenso wie Zahlungen im Zusammenhang mit einer Immobilientransaktion, die Bestandteil der Restrukturierung war, anfechtbar gewesen seien und deshalb an das insolvente Unternehmen zurückgegeben werden müssten. Außerdem hat die Gebema N.V. in 2000 eine Klage gegen uns erhoben, mit der Schadensersatzansprüche wegen angeblicher Fehler in den Angebotsunterlagen geltend gemacht werden, auf Grund derer Gebema N.V. 1998 Aktien und Wandelschuldverschreibungen von Holzmann erworben hatte.

Infolge der Charakteristik ihrer Geschäftsaktivitäten sind die Deutsche Bank und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen können. Solche Angelegenheiten unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten. Das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Angelegenheiten wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss für einen bestimmten Berichtszeitraum haben können, ist die Bank der Überzeugung, dass die Finanzlage des Konzerns davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird.

### **3. Der Fall Mannesmann**

Im Februar 2003 erhob die Staatsanwaltschaft Düsseldorf beim Landgericht Düsseldorf Anklage gegen Dr. Ackermann und andere frühere Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sowie einen Manager der Mannesmann AG. Die Anklage stützt sich auf den Verdacht der Untreue im Zusammenhang mit Zahlungen an ehemalige Mitglieder des Vorstands und sonstige Mitglieder der Geschäftsleitung von Mannesmann nach der Übernahme durch Vodafone im Frühjahr 2000. Am 19. September 2003 hat das Landgericht Düsseldorf die Anklage zugelassen und die Eröffnung einer Hauptverhandlung beschlossen. Die Hauptverhandlung begann am 21. Januar 2004. Am 22. Juli 2004 hat das Landgericht Düsseldorf alle Angeklagten freigesprochen. Die

---

Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat gegen das Urteil Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG hat erklärt, daß er die Verteidigung von Dr. Ackermann unterstützt.

#### **4. Ausblick**

Ausführungen zum gegenwärtigen Ausblick für die Deutsche Bank befinden sich im Kapitel II auf den Seiten 37 bis 38 des Finanzberichts.

Sobald die Deutsche Bank einen neuen Jahresabschluß oder Zwischenbericht veröffentlicht, wird dieser Abschnitt durch die Veröffentlichung eines Nachtrags zu diesem Verkaufsprospekt aktualisiert.